

REZENSIONEN

Estnische Kirchengeschichte im vorigen Jahrtausend / Estonian Church History in the Past Millennium, hrsg. v. Riho Altnurme, Kiel: Friedrich Wittig Verlag 2001, 212 S.

Kirchengeschichte fristet im Kontext der baltischen Geschichte ein Schattendasein. Umso erfreulicher ist das Erscheinen des vorliegenden Sammelbands, der aus einer im Januar 2001 in Tartu organisierten Tagung hervorgegangen ist. Zwar wurden „aus unterschiedlichen Gründen“, wie es im Vorwort heißt, nicht alle Vorträge veröffentlicht, doch behandelt die vorliegende Auswahl einen guten Querschnitt durch die Jahrhunderte. Thematisch bilden sich Schwerpunkte aus Anlass der 700-Jahr-Feier der Dominikaner in Tartu sowie zur Geschichte des 20. Jahrhunderts. Die Artikel sind in Deutsch oder Englisch verfasst – mit Ausnahme des Vorworts von Prof. em. Vello Salo, das in Estnisch und Latein publiziert wurde.

Siiri Rebane stellt die Geschichte des Dominikanerklosters in Dorpat/Tartu vor (S. 54-60) und wendet sich der interessanten Überlegung zu, ob nicht Meister Eckart als Provinzial der Provinz Saxonien, zu der ab 1303 auch Riga und Dorpat gehörten, das Baltikum besucht haben könnte. Spannende Überlegungen finden sich auch bei Reinhart Staats, der sich mit Bernhard von Clairvaux und den Zisterziensern im Baltikum auseinandersetzt (S. 62-72). Gerade Bernhard hat im Zusammenhang mit der geistigen Militia Christi der Benediktinerregel zu einem realen Kriegsdienst für Christus aufgerufen und hierbei ausdrücklich auch Verbrecher und sonstige Exkommunizierte angesprochen. Zugespitzt fragt Staats nun, ob „im Blick auf die Kriegsgräuel der Schwertbrüder (...) das alles nicht auch im Rahmen einer gewaltigen Resozialisierungsmaßnahme des Westens“ begreiflich wird (S. 70).

Unter demselben Gesichtspunkt ist Inna Pöltšams Beobachtung zu sehen, derzufolge die Reformation vielen zwielichtigen Personen ermöglicht habe, „als redlicher Mensch neu aufzutreten“ (S. 82). In ihrem Beitrag über den Einfluss der lutherischen Reformen auf den Alltag in Livland (S. 73-85) kommt sie zu dem Schluss, dass die Reformation zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt habe. Neben den Möglichkeiten, welche diese Umbruchsphase pragmatischen Krisengewinnlern bot, habe sie eine Intoleranz hervorgebracht, die manch einem zum Verhängnis wurde: Martin Luther einen „Hund“

zu nennen, ging unter den neuen Verhältnissen z.B. nicht an. Für diese Beleidigung musste der Revaler Hans Natelkoper zweieinhalb Wochen ins Gefängnis. Neben der streng überwachten Einführung neuer Verhaltensregeln blieb die Reformation Pöltsam zufolge vor allem wegen der mit ihr einhergehenden Gewalt bei den „normalen“ Zeitgenossen in bleibender Erinnerung, auch wenn dieser Eindruck alsbald durch die Exzesse des Livländischen Kriegs in den Hintergrund treten sollte.

Piret Lotman behandelt das Scheitern Heinrich Stahls als Superintendent von Ingermanland 1641–1656 bei der Konversion der orthodoxen Bevölkerung zum Luthertum (S. 86–97) vor allem im Lichte eines Kulturkonflikts. Da sich die schwedische Staatskirche nicht auf die Argumentation der mehrheitlich orthodoxen Bevölkerung einließ, die auch 30 Jahre nach dem Frieden von Stolbovo die Autorität des Metropoliten von Novgorod als bindend ansah und keine andere Sprache als das Altkirchenslavische als Liturgiesprache akzeptierte, könne man das Scheitern des Konversionsprojekts nicht auf die Person Stahls zurückführen. Der kulturelle Abstand zwischen dem „modernen“ Westen und dem „mittelalterlichen“ Osten sei unüberwindbar gewesen.

Weitere Artikel behandeln die Herrnhuterbewegung (Jouko Talonen), estnische Kirchensiegel (Tiiu Oja), den estnischen Kirchenbau im 20. Jahrhundert (Egle Tamm), das Wirken von Theodosius Andreas Harnack an der Universität Dorpat (Urmas Petti) sowie die dortigen Lehrstühle für römisch-katholische bzw. griechisch-katholische Theologie (Lea Leppik). Die vier Beiträge zum 20. Jahrhundert machen wiederum deutlich, wie viel noch zu tun ist. Mikko Ketolas viereinhalb Seiten über die Kontakte der Lutherischen Kirchen Finnlands und Estlands in der Zwischenkriegszeit können die Relevanz des Themas nur andeuten. Veiko Vihuris Arbeit über die Verhandlungen zwischen den baltischen lutherischen Kirchen und der anglikanischen Kirche in den 1930er Jahren wiederum beschäftigt sich ausführlich mit theologischen Differenzen, ohne dem Laien auf diesem Gebiet deren Bedeutung zu erklären. Riho Altnurmes Beitrag über die Lutherische Kirche Estlands während der Sowjetisierung (S. 157–165) vermag wiederum gerade durch seine ambivalenten Ergebnisse zu überzeugen. Innere Differenzen der Kirchenleute, deren liberale oder konservative Ansichten, waren für die neuen Herren zunächst ohne Belang. Kollaboration sei nicht erwünscht gewesen, sondern wurde höchstens toleriert. Letztere hing wiederum nicht von den politischen Ansichten der Pastoren ab, entscheidend war Alt-

nurme zufolge deren Fähigkeit, sich auf die neuen Umstände einzustellen. Schließlich untersucht Mikko Malkavaara die Frage der Mitgliedschaft der lutherischen Kirchen des sowjetischen Baltikums bzw. der entsprechenden Exilorganisationen in der Lutheran World Convention, die erst 1963 mit der Aufnahme beider Organisationen entschieden wurde.

Insgesamt liegt hier ein abwechslungsreicher Band vor, der Aspekte baltischer Kirchengeschichte von den Kreuzzügen bis zum Kalten Krieg untersucht und reichlich Anknüpfungspunkte für weitere Forschungen bietet. Den meisten Texten, die oft reichlich kurz geraten sind, hätte eine sprachliche Überarbeitung allerdings gut getan.

Karsten Brüggemann, Tallinn

Dänemark, Norwegen und Schweden im Zeitalter der Reformation und Konfessionalisierung. Nordische Königreiche und Konfession 1500 bis 1660, hrsg. v. Matthias Asche u. Anton Schindling. Münster: Aschendorff Verlag 2003, 332 S. (Katholisches Leben und Kirchenreform im Zeitalter der Glaubensspaltung. 62).

Eine kompakte, klar strukturierte und inhaltsreiche Gesamtdarstellung der Reformation in den drei nordischen Königreichen Dänemark, Norwegen und Schweden gehört schon seit langem zu den Desideraten der Geschichtsforschung. Insofern ist es sehr zu begrüßen, dass die Gesellschaft zur Herausgabe des Corpus Catholicorum es auf sich genommen hat, nicht nur dieser Lücke in ihrer Reihe „Katholisches Leben“ ein Ende zu bereiten, sondern auch durch die Gesamtreihe eine vergleichende Übersicht der Ereignisse in ganz Europa zu ermöglichen. Dieses ist umso wichtiger, standen die Ereignisse in Skandinavien doch in einer engen personellen, aber auch kulturgeschichtlichen Verbindung zum Heiligen Römischen Reich und haben sich die Entwicklungen hüben wie drüben nachhaltig beeinflusst.

Als Bearbeiter der einzelnen Teilgebiete wurden von den Herausgebern die Greifswalder Werner Buchholz und Jens Olesen sowie der Odenser Professor Tore Nyberg gewonnen, ferner Matthias Asche, der eine summierende Einleitung zum Text verfasst hat.

Jens Olesen behandelt in seinem Teil die Königreiche Dänemark und Norwegen sowie die norwegische Kolonie Island. Die beiden König-

reiche Dänemark und Norwegen standen seit 1375 unter einer gemeinsamen Herrschaft und waren seit 1380 in Personalunion miteinander verbunden, wobei Norwegen bis zum 16. Jahrhundert mehr und mehr als ein Nebenland der Krone behandelt wurde. Insofern ist es durchaus legitim, beide Reiche in einem Kapitel nebeneinander zu behandeln. Olesen schildert ausführlich und stringent die historischen und politischen Ereignisse des beginnenden 16. Jahrhunderts, bei denen die kirchlich-religiösen Auseinandersetzungen durch die Thronkonflikte zwischen dem vertriebenen dänischen König Christian II. (reg. 1513–1523) und seinem Nachfolger König-Herzog Friedrich I. (reg. 1523–1533) überlagert wurden, weshalb die konfessionellen Fragen zugleich auch eine besondere militärische und politische Note erhielten. Diese Komponente erhielt ein besonderes Gewicht, als die konfessionellen Differenzen die Wahl eines Nachfolgers für Friedrich I. verhinderten und erst durch die so genannte „Grafenfehde“ eine neue konfessionelle und machtpolitische Lage geschaffen werden konnte.

In der politisch schwierigen Situation zu Beginn des 16. Jahrhunderts begann die reformatorische Bewegung in Dänemark auf verschiedenen Wegen Fuß zu fassen. Zum einen durch Prädikanten, die ihre Ideen auf den großen Handelsrouten und bei den Kaufleuten verbreiteten, und zum anderen vor allem durch die Familie Friedrichs I., die sich mit persönlichem Engagement einsetzte. Allerdings war die tatsächliche Durchdringung der Lande mit den reformatorischen Ideen und die Festlegung auf eine einheitliche Lehrmeinung ein langanhaltender Prozess, auch wenn mit der dänischen Kirchenordnung von 1537, der ersten lutherischen Königskrönung ebenfalls 1537 und der Wiedereröffnung der Universität Kopenhagen 1539 deutliche Signale gesetzt wurden. Jens Olesen zeichnet diese Entwicklungen detailliert nach einer der Reihe inhärenten Struktur nach, so dass auch hier die Vergleichbarkeit zu anderen Territorien durchaus gegeben ist.

Das Königreich Schweden, zu dem als Provinz auch Finnland gehörte, stellt Werner Buchholz in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Auch in Schweden bestimmten politische Konstellationen wesentlich die konfessionellen Auseinandersetzungen, vor allem die Trennung von Dänemark-Norwegen, mit denen man seit 1397 in einer Union verbunden war, und die Machtstrukturen innerhalb des Reiches, bei denen die Bergbaudistrikte zeitweise an Einfluss gegenüber dem Großadel gewannen. In Schweden war die Frage der Konfession damit zugleich auch eine innenpolitische Machtfrage, zumal es unter Sigismund Vasa (reg. 1592–1599) zu einer schwedisch-polni-

schen Personalunion gekommen war, die an der Konfessionsfrage zerbrach.

Auch in Schweden waren es vor allem Prädikanten, die in der Stockholmer Kaufmannschaft die neue Lehre verbreiteten, eine Lehre, die später von Gustav Vasa (reg. 1523–1560) politisch instrumentalisiert wurde, wobei sich die Reformation auch in diesem Königreich erst spät in allen Bereichen durchsetzen konnte.

Abschließend referiert Tore Nyberg über „Das religiöse Profil des Nordens – Die Entwicklung von Kirchlichkeit und Frömmigkeit in den skandinavischen Ländern vom Späten Mittelalter bis zum Konfessionellen Zeitalter“. Hinter diesem Titel verbirgt sich nicht nur der überaus gelungene Versuch, die Entwicklungen in den drei Königreichen miteinander zu vergleichen, sondern auch die gegenseitige Beeinflussung sowie die Beziehungen in das Heilige Römische Reich aufzuzeigen. Um dieses zu erreichen, bereitet Nyberg die historischen Fakten noch einmal kompakt auf und schafft durch die Parallelisierung neue und instruktive Einblicke.

Insgesamt bietet der Band ein äußerst gemischtes Bild. Die Einleitung von Matthias Asche ist ausschließlich eine Zusammenfassung der folgenden Texte, zumeist ohne erkennbar eigene Ausrichtung, wenn man von den Universitätsverbindungen absieht, dafür aber mit einigen historischen Ungenauigkeiten, wenn z.B. S. 15 f. die Struktur und der Ablauf der Haderslebener Reformen völlig missverstanden werden. Jens E. Olesen bemüht sich zwar, das Thema kompakt aufzubereiten, doch sind Zweifel an seiner Sichtweise der Ereignisse angebracht. So fehlt ein Hinweis auf die direkten und bedeutsamen Einflüsse, die Landgraf Philipp von Hessen auf die dänische Reformation ausgeübt hat, wie auch eine Würdigung des persönlichen Engagements Herzog Christians, des späteren Königs Christian III., der durch eine Begegnung mit Luther in Worms zu einem überzeugten Lutheranhänger geworden war. Auch ist die Konzentration auf die zwei größten Städte Kopenhagen und Malmö durchaus einseitig, lässt sie zum Beispiel die Verbreitung der reformatorischen Gedanken über die internationalen Messen und das frühe Auftreten der Prädikanten in kleineren Handelsstädten, wie z.B. Halmstad, außer Acht. Auch am Beitrag Werner Buchholz' sind Zweifel angebracht. Einerseits fehlt ihm eine gewisse innere Stringenz, ein Defizit, welches durch zahlreiche, mehrmalige und wortgleiche Wiederholungen desselben Sachverhaltes verstärkt wird. Eine gute Redaktion des Textes hätte ihn durch Streichung der Redundanzen sicherlich um ein Drittel kürzen und innerlich straffen können. Auch fehlen teilweise historisch wichtige

Fakten, die einen Überblick erst ermöglichen. So wird zum Beispiel S. 210 f. lapidar berichtet, dass das Kloster Vadstena 1593 aufgelöst wurde; warum sich aber das wichtigste schwedische Kloster so lange gegen die Reformation wehren konnte und warum es ausgerechnet zu diesem Zeitpunkt aufgelöst wurde, bleibt, wie vieles andere, im Dunklen, zumal die konfessionelle Entwicklung im 17. Jahrhundert nur sporadisch behandelt wird.

Ganz anders stellt sich der Beitrag von Tore Nyberg dar. Hier findet sich nicht nur eine stringente Darstellungsweise, sondern hier werden auch die wichtigsten Fakten informativ in ihren historischen Zusammenhang gestellt, hier findet sich z.B. auch der Hintergrund der Auflösung Vadstenas (S. 302). Der Beitrag von Tore Nyberg kann insofern viele Defizite der vorangegangenen Texte ausgleichen, auch wenn dieses durchaus nicht seine Aufgabe war.

So bleibt ein gemischtes Fazit zu ziehen. Der Band ist seiner Aufgabe, eine kompakte, klar strukturierte und inhaltsreiche Gesamtdarstellung der Reformation in den drei nordischen Königreichen Dänemark, Norwegen und Schweden bis 1660 zu liefern, nur bedingt gerecht geworden, zu sehr stört das eine oder andere Defizit den Gesamteindruck. Doch ist er als Einstieg in die Thematik sicherlich dienlich und wird hoffentlich die eine oder die andere Forschung anregen.

Carsten Jahnke, Kiel

Die deutsche Reformation zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit, hrsg. v. Thomas A. Brady unter Mitarbeit von Elisabeth Müller-Luckner. München: R. Oldenbourg Verlag 2001, 258 S. (Schriften des Historischen Kollegs. Kolloquien. 50).

Der von Thomas A. Brady herausgegebene Band ist hervorgegangen aus einem Kolloquium des „Historischen Kollegs“, das der Herausgeber als Forschungsstipendiat des Kollegs vom 9. bis 12. Mai 1999 in München veranstaltet hat. An diesem Kolloquium beteiligten sich zehn deutsche, zwei englische/schottische, zwei Schweizer Historiker und vier Historiker aus den USA. Der Band ist ein Spiegelbild der vielfältigen und zum Teil gegensätzlichen Forschungs- und Deutungs-

ansätze gegenwärtiger sozialgeschichtlicher Arbeiten zur Reformation des 16. Jahrhunderts.

Der Band aus insgesamt zehn Beiträgen (vier in englischer, sechs in deutscher Sprache) enthält in der Mehrzahl historisch-analytische Arbeiten zu Einzelthemen des 16. Jahrhunderts auf dem Hintergrund der beiden vorangegangenen Jahrhunderte, einschließlich besonders instruktiver territorial und personell vergleichender Darstellungen. – In deutender Ausführung des Buchtitels sind die Beiträge des Herausgebers Thomas A. Brady („Zur Einführung“) und seines bekannten (im Kolloquium nicht anwesenden) Lehrers Heiko A. Oberman („The long Fifteenth Century: In Search of its Profile“) und der den Band abschließende Beitrag Constantin Fasoltz der historischen Einordnung der Reformation in einen die Epochen übergreifenden, prozessual verstandenen Weg der Geschichte hin zur Moderne gewidmet.

I. Die analytisch-historischen Beiträge

Ernst Schubert (Göttingen) beschreibt den Wandel fürstlicher Herrschaft vom 15. zum 16. Jahrhundert, von den auf den Herrscher als Person bezogenen Ordnungen zu den territorialen Ordnungen und Gesetzen, dank dem Buchdruck nun in zunehmender Vereinheitlichung als Landes-Kirchen- und „Polizey“-Ordnungen. Schubert betont das Kontinuum: „Alte und Neue Kirche sind sich im 16. Jahrhundert darin einig, daß weltliche und kirchliche Ordnung im Verständnis christlicher Obrigkeit zusammengehören“ (S. 39). Gleichwohl bringt das 16. Jahrhundert neue Gewichtungen: „Das Prinzip des gemeinen Nutzens kannte zwar schon das spätmittelalterliche Fürstentum, aber erst im 16. Jahrhundert rückt dieser Leitbegriff städtischer Statuten in den Mittelpunkt der landesherrlichen Gesetzgebung“ (S. 57).

Manfred Schulze (Tübingen) zeigt in seinem Beitrag „Berichte zur Reformation aus dem Reichsregiment“ für die Jahre 1521–1524 am Beispiel des Kursächsischen Gesandten Hans von Planitz, „daß die säkularen Nutzeffekte der Reformation für die Obrigkeiten nicht einfach auf der Hand liegen“ (S. 90). Die Ausschreitungen Karlstadts und seiner Anhänger in Thüringen drängten zu energischen Maßnahmen. Schulze stellt fest: „Die Theologie, die von Wittenberg ausging, erbrachte über Jahre hinweg Gefahren für die Macht, sowohl durch Unruhen im Innern wie durch Pressionen von außen“ (ebenda). Planitz hatte zuerst versucht, „die Konflikte durch Hinauszögern und durch Beharren auf der eigenen Unzuständigkeit zu entschärfen“ (S. 67), konnte aber, um Kaisertreue zu bewahren, nur auf Maßnahmen gegen

die Unruhen aus Wittenberg dringen. Die aus Luthers Visitation im August 1524 resultierende Maßnahme war Karlstadts Ausweisung am 18. September 1524 (S. 87 ff.), die nach außen hin der eigenen Sicherung und dem Lutherschutz dienen konnte.

Berndt Hamm (Erlangen) will in der Frage der Geltung der „sozialen Werte“ keine Alternative von „Kontinuität oder Abbruch“ vom 15. zum 16. Jahrhundert gelten lassen, sondern will untersuchen, wo sich „Fortsetzung, Modifizierung, Forcierung und Transformation bestimmter Kräfte“ ereignet hat (S. 91). Der „gemeine Nutzen“ war „der dominierende Leitwert des bürgerlichen Gemeinwesens vor und nach 1500“ (S. 92), jedoch stets begleitet von Krisensymptomen: „Die Reformation in den Städten und auf dem Lande forciert oder intensiviert ein dezidiert christliches, vergeistlichtes Verständnis der sozialen Werte“ gegenüber der „gemeinschaftszerrüttenden Sittenlosigkeit, Habsucht und Machtgier“ der vorangegangenen Epoche (S. 93). Doch die Reformation verursachte wiederum eine „Grundlagenkrise des sozialen Zusammenlebens“ und damit eine „Krise der sozialen Werte“ durch „Zersplitterung der Stadtbevölkerung“, „metaphysische Diabolisierung des Gegners“, „Partikularisierung der Werte in ihrer Beschränkung auf einen konfessionell homogenisierten Bereich“ (S. 94 f.).

Hamm beschreibt für die Jahre 1525–1530 unterschiedliche Versuche reformatorisch eingestellter Ratsschreiber, das „Gemeinwohl“ zu gewährleisten: Im „milden oberrheinischen südwestdeutschen Klima“ auf irenische Weise Georg Maurer in Memmingen, Peter Butz in Straßburg; „zwischen Duldung und Zwang“ der Ratsherr Jakob Sturm in Straßburg; antiirenisch mit dem Ziel konfessioneller Einheitlichkeit in Nürnberg Lazarus Spengler, dort in einer Gegenposition Georg Frölich in konsequenter Entflechtung des weltlichen und geistlichen Reichs (Gegenüberstellung S. 118–122).

Heinrich Richard Schmidt (Bern) bringt in einer vergleichenden Betrachtung das spezifische Anliegen der Reformation „im Reich und in der Schweiz als Handlungs- und Sinnzusammenhang“ zur Sprache. Er untersucht die Vorgänge in Bern als „kirchliche Gemeindereformation“ mit ethischen, sozialen und politischen Zielen, „ohne ihren religiösen Sinn zu verlieren“ (S. 130). Die Ziele für Nürnberg seien geistliche und konkret soziale Ziele gewesen einschließlich „Wirtschaftsreformen im Sinne des ‚gemeinen Nutzens‘ und der Brüderlichkeit“ (S. 138). Ihren Beweggründen nach war die Reformation hier wie dort eine „charismatische, soziale und religiöse Bewegung“, „Erneuerung der genossenschaftlichen Lebensgemeinschaft aus dem

Evangelium“, insbesondere für die Laien, in enger Verbindung zu kommunalen Prinzipien (S. 155 f.).

Susan C. Karant-Nunn (Tucson, Ariz.) beschreibt „Nichttheologische Merkmale in Modellen religiöser Praxis“ in ihren jeweiligen sozialpsychologischen Voraussetzungen, und zwar in ihren norddeutschlutherischen und in den (von kommunalen Impulsen getragenen) südwestdeutsch reformierten Ausprägungen z.B. in unterschiedlichen affektiven Zugängen, als „Andacht“ oder „inhaltliche Reflexion“. Als Beispiel für unterschiedliche emotionale Zugänge wählt Susan C. Karant-Nunn Passionspredigten lutherischer und reformierter (calvinistischer) Theologen. Konfessionell deutlich unterschieden ist die Darstellung von Gottes Gegenwart: in der bildreichen Ausgestaltung der Kirchen und im Verständnis des Abendmahls bei den Lutheranern und in der Symbolik des Lichtes für Gottes Anwesenheit im Heiligen Geist bei den Reformierten. „Calvin's God is over all the world; Luther's is still within it“ (S. 170).

Tom Scott (London) beschreibt in der Gegenüberstellung des Thüringers Martin Luther und des Tirolers Michael Gaismair Gemeinsamkeiten und aus ihrer jeweiligen Lebenswelt resultierende Unterschiede in ihren ökonomischen Auffassungen und Wertungen. Von familiär ähnlichen Voraussetzungen aus bejahen beide das Recht persönlichen Besitzes. Von seiner personal verstandenen Berufsauffassung her, die städtisch-bürgerliche und agrarische Verhältnisse im Blick hat, ist für Luther das „Nähramt“ Leitbegriff für ein Verhalten in sozialer, nachbarschaftlicher Verantwortung, kritisch gegenüber persönlichem Egoismus. In gleicher Richtung denkt Gaismair, vertraut mit kommerziellen Verhaltensweisen und Notwendigkeiten im Silberbergbau, mit dem Anliegen, dass größere Betriebe dem Territorium Nutzen bringen. Gaismair sucht eine Balance mit wirtschaftlichen Interessen in öffentlichen Kontrollen innerhalb einer visionär neuen christlichen Republik (Tirolische Landesordnung) unter Aufnahme Zwinglischer Gedanken.

Horst Wenzel (Berlin) untersucht Luthers Briefe „im Medienwechsel von der Manuskriptkultur zum Buchdruck“ im Zusammenhang von öffentlicher und privater, mündlicher und schriftlicher Übermittlung im 16. Jahrhundert, zugleich hinsichtlich der Bildkräftigkeit von Luthers Sprache und die zusätzliche argumentative Kraft der Bilder. Luthers gedruckte Privatbriefe werden „zum öffentlichen Muster für den persönlichen oder privaten Brief“, jedoch rückgebunden in die persönliche Begegnung und „eingeschrieben in die Strukturen des Buchdrucks“ (S. 229).

II. Beiträge zur Einordnung der Reformation in die europäische Geschichte

Wie Thomas A. Brady einführend anzeigt, versteht er das Buch erstens als Weiterführung der von Heiko A. Oberman aufgeworfenen Alternativfrage, ob die Reformation als Station eines bereits 200 Jahre währenden „emanzipatorischen“ Prozesses oder aber als Umwälzung („revolution“) zu verstehen sei, und zweitens als Beitrag zur These Ernst Troeltschs, dass die mit Luther eingeleiteten Veränderungen der Reformationszeit, die unter den besonderen deutschen territorialen Bedingungen nicht erfolgreich sein konnten, erst in den aus calvinistischem Geist erwachsenen Veränderungen in Westeuropa zum glücklichen Ergebnis kommen konnten. Drittens sieht Brady einen Widerspruch zwischen sozialgeschichtlichen Erkenntnissen einer Kontinuität zwischen den Jahrhunderten und der immer noch üblichen Behauptung eines Bruches zwischen „Mittelalter“ und „Früher Neuzeit“. Brady will in seinem Kolloquium empirische Erkenntnisse der deutschen Sozialgeschichte und Vertreter der älteren Auffassung von der Reformation als deutsches, europäisches und welthistorisches Ereignis ins Gespräch bringen.

Das Buch kann allerdings eine solche Verständigung über den Charakter der deutschen Reformation nicht anregen, da sich Thomas A. Brady durch seine Anlehnung an Heiko A. Oberman selbst bereits in seiner Auffassung festgelegt hat.

Heiko A. Oberman qualifiziert in seinem Beitrag zum Buch Thomas A. Brady als wichtigen Repräsentanten der englischsprachigen Welt für die „neue Sozialgeschichte des frühen modernen Europa“ in Abgrenzung zu Bernd Moellers Arbeiten zur Reformation in den deutschen Städten von 1962 und dessen These von der „frühen Reformation als Umbruch“ (Gütersloh 1998). Oberman sieht die Reformation als Ende einer langen Periode aus vier Stufen, einem „Aufschwung“ nach der großen Pest des 14. Jahrhunderts, dem Konziliarismus, der *Devotio moderna* und den Franziskanerpredigern. Die deutsche Reformation sei kein welthistorisches Ereignis, sondern der Beginn eines durch den Augsburger Religionsfrieden 1555 für die Folgezeit programmierten deutschen Sonderweges. Viel wichtiger sei die Geschichte des europäischen Calvinismus und seiner Exulanten, die es auch künftig vor allem zu beachten gelte, allerdings auch nicht als „die“, sondern nur als „eine“ Reformation auf dem Wege der langfristigen individuellen und kollektiven Emanzipation.

Constantin Fasolt (Chicago) wendet sich in seinem Beitrag „Europäische Geschichte, zweiter Akt: die Reformation“ am schärfsten gegen eine „theologisch periodisierte Geschichte“ (S. 253). Kriterium für eine Periodisierung soll „die Entwicklung einer europäischen Zivilisation als ganze“ sein (S. 237). Ihren Beginn sieht Fasolt im 11./12. Jahrhundert, zunächst als „Wettbewerb zwischen Adel, Klerisei und Bürgertum um Macht und Reichtum“, in stillem Einvernehmen als Herrschaft über die Masse der Bevölkerung (S. 239). An ihre Stelle seien im 15./16. Jahrhundert dauerhafte „Machtmonopole“ getreten (S. 240), die eine neue Ausdifferenzierung einleiteten: „Aus dem Christenmenschen wurde der Italiener, der Deutsche, der Franzose, der Engländer, der Spanier, aus dem Adligen wurde der Soldat, aus dem Geistlichen der Bürokrat, aus dem Bürger der Geschäftsmann und aus allen wurde der Untertan. Der Gottesdienst wurde zum Dienst an der Natur, die Kirche zur Nation und die Hierarchie zur Arbeitsteilung“ (S. 242). Die Erkenntnis des Wandels „von der Kirche zur Nation“ ist für Fasolt Voraussetzung für ein „angemessenes Verständnis der Reformation“. Diesen Wandel möchte Fasolt nicht als „Säkularisation“ bezeichnet wissen, sondern als „Laizisierung“, als „Fortsetzung geistlicher Herrschaft in weltlichen Händen“ (S. 246 f.).

Die gegensätzlichen Auffassungen in diesem von Thomas A. Brady herausgegebenen Band werden am deutlichsten erkennbar an den gegensätzlichen Empfehlungen für die künftige Forschungs- und Deutungsarbeit zum Verständnis der deutschen Reformation. Constantin Fasolt empfiehlt, „die Geschichte der europäischen Gesellschaft“ zu schreiben und diese nur „gegebenenfalls in theologischer und nationaler Hinsicht zu vertiefen“ (S. 249). Reformationshistoriker sollten „von konfessionellen und nationalen Kriterien soweit Abstand nehmen, daß sie dieselben in ihren Untersuchungen der Reformation nicht mehr stillschweigend voraussetzen“ (S. 250).

Heinrich Richard Schmidt möchte „als dringendes Desiderat der Forschung anmahnen, die Reformation kulturgeschichtlich tiefer zu erfassen. Christlich zu leben und zwar als ‚sinnstiftende Praxis für die Individuen und die Gemeinschaften‘ (Andreas Holzem) war das Ziel der Reformation. Ihm sollte die Forschung mehr Aufmerksamkeit schenken. Und das heißt: der religiösen Dimension wieder mehr Interesse widmen. Wenn wir nicht die diesseitige wie die religiöse Welt- und Selbstdeutung der einfachen wie der predigenden wie der regierenden Menschen erfassen, entgleitet uns auch das Verständnis der Reformation“ (S. 157 als Schluss seines Beitrags).

Heinrich Wittram, Hemmingen

Friedrich Heyer, Kirchengeschichte der Ukraine im 20. Jahrhundert. Von der Epochenwende des Ersten Weltkrieges bis zu den Anfängen in einem unabhängigen ukrainischen Staat. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2003, 556 S.

In seinem 96. Lebensjahr hat der emeritierte Professor für Konfessionskunde und Ökumenische Theologie an der Universität Heidelberg diese umfangreiche Darstellung zu einer Thematik vorgelegt, der er bereits vor einem halben Jahrhundert intensiv nachgegangen war: „Die Orthodoxe Kirche in der Ukraine von 1917 bis 1945“ (Köln-Braunsfeld 1953). In diesen 50 Jahren hat sich Heyer mit vielen anderen Themen beschäftigt: schwerpunktmäßig mit den Altorientalen (früher fälschlich als Monophysiten bezeichnet) und ihrer Kirchengeschichte – vor allem mit der Armenischen, der Koptischen, auch der Äthiopischen Orthodoxen Kirche (incl. der Altorientalen in Eritrea). Ein Platz, wo sich Heyer gern aufhielt, war Jerusalem mit seinen heiligen Stätten. Überall gewann der zierliche, behende und fröhliche Mann mit den blitzenden Augen die Herzen seiner Zuhörer. Die zahlreichen Legenden, die sich viele Jahre schon um seine Person ranken, nahm er stets schmunzelnd zur Kenntnis. – Friedrich Heyer weilt noch unter uns, vermutlich aber kann er die Besprechungen dieses Buches leider nicht mehr bewusst zur Kenntnis nehmen.

Heyer gewann die Aufmerksamkeit der Hörer sehr schnell, weil er ein Meister der Anekdote war. Stets würzte er Vorträge durch kleine Skizzen – selbst erlebte oder jedenfalls gut erfundene. Diese Vorliebe für die Anekdote, für das Detail, die interessante Nebengeschichte ist in vielen seiner zahlreichen breit gefächerten Arbeiten zu beobachten.

Dass Heyer der Ukrainethematik nie untreu geworden ist, zeigt das vorliegende Werk. Es ist fast dreimal so umfangreich wie dasjenige von 1953. Offenkundig hat Heyer alles, was ihm in einem halben Jahrhundert über die Ukraine zur Kenntnis gelangt ist, gesammelt und nun in die Neugestaltung des früheren Werkes eingearbeitet. Die zitierten Titel machen einige hundert aus. Übrigens ist nur ein Teil davon in die 21-seitige Bibliografie (S. 519-539) eingeflossen. Abgesehen von den alten Passagen der alten Studie 1953 basiert der neue Band in starkem Maße auf Materialien, die nach dem Zerfall der Sowjetunion in Zeitschriften, Zeitungen, auch Monografien (Ergebnisse neuer Archivstudien!) publiziert worden sind – sie werden vor allem im letzten Teil (Kapitel VII-X), zuweilen etwas unüberlegt, ausgebreitet. Eigene neue Archivstudien liegen dem neuen Band nicht zugrun-

de. Schon erscheint manches hier Gebotene, was vor wenigen Jahren noch der Erwähnung wert schien, heute nur noch wenig relevant. – Die Darstellung endet im Wesentlichen mit dem Jahre 1995.

Dieser Band hat mit der Studie von 1953 nur noch wenig gemein. Selbst die Zeitabschnitte, die schon in der Erstfassung behandelt wurden, also bis etwa 1945/50, sind durch die erwähnten neu publizierten Materialien stark angereichert. Die in den Fußnoten zahlreich genannte neuere Literatur zur „älteren“ Zeit (1900–1945/50) verstärkt den Eindruck, man habe eine völlig neue Studie vor sich – mit anderen Worten: Es handelt sich im Prinzip um eine neue Darstellung und nicht um die Neubearbeitung eines älteren Werkes. Bei aufmerksamer Lektüre fällt eine gewisse Uneinheitlichkeit der Gestaltung, des Aufbaus einzelner Abschnitte und der Diktion auf; sie findet ihre Erklärung im Vorwort des Autors, wo die komplizierte Entstehung des Buches mit Hilfe mehrerer Redaktoren angedeutet ist, von denen anscheinend nicht alle in der Gunst des Meisters blieben. S. 16 heißt es: „Christian Weise hat viele Anhänge erarbeitet und am Text der Kapitel VI bis X mitgewirkt. An der Schlußfassung des Textes hat Christian Weise nicht mitgearbeitet.“ Dem Rezensenten war Mitte der 1990er Jahre das damalige Textfragment zur Begutachtung und Ergänzung vorgelegt worden, dabei drängte sich ihm der Eindruck relativer Disharmonie zwischen dem damaligen Mitarbeiter und Heyer auf.

Was bei der Lektüre dieses mit etwa 500 Textseiten ja doch recht umfangreichen Bandes auf Schritt und Tritt stört, ist das Fehlen von Landkarten. Keine einzige findet sich. Wer nur eine ungefähre Kenntnis der ukrainischen Geschichte hat, weiß, dass man ohne die Orientierung an Kartenmaterialien leicht den Überblick verlieren kann. Zu fast jedem Jahrhundert wäre mindestens eine historische Landkarte nötig – man denke nur (wahllos herausgegriffen) an die mit dem Namen Chmelnicki/Chmelnyc'ky verbundenen Kosakenaufstände 1648 und die bald folgenden polnisch-russischen Grenzverschiebungen in der Folge, an die Teilungen Polens und weitere Grenzveränderungen (Wiener Kongress 1815) oder an die ständigen Grenzverschiebungen vom Zusammenbruch des Zarenreiches bis 1925 oder auch an die territorialen Verhältnisse während des Zweiten Weltkrieges vor dem Hintergrund der deutschen Besetzung (Militär- und Zivilverwaltung, „Transnistrien“). Da Heyer zwangsläufig ständig mit geografischen Bezügen arbeitet, nicht jeder Leser aber die notwendigen Hilfsmittel an der Hand hat, stellt das fehlende Kartenmaterial ein echtes Manko des Buches dar. Hier hat der Verleger sicher am falschen Platz gespart.

Allgemein ist anzumerken, dass Heyer und seine Mitarbeiter ungeheuer viel in die Anmerkungen gepackt haben, vermutlich, um den Umfang nicht ins Unbezahlbare ausufern zu lassen. Neben den Literaturnachweisen finden sich Ergänzungen, Erläuterungen, inhaltliche Querverbindungen, wichtige biografische Daten, die noch einen spannenden Sonderband füllen würden. Das beginnt bereits mit den Anmerkungen 1-3 (S. 17 f.) und springt besonders ins Auge auch bei Anm. 69 (S. 75 f.) oder Anm. 72 (S. 76 f.), die eigentlich vollwertige Kapitelabschnitte bilden. – Von einer nicht sehr gründlichen Endredaktion zeugen Fälle, wo längere Textpassagen entweder in den Anmerkungen fast wörtlich wieder auftauchen, z.B. S. 39, Anm. 76, oder aber im nächsten Kapitel wörtlich wiederholt werden, z.B. S. 69. Hierzu gehören auch Spuren der Studie von 1953: Mehrfach wurden daraus Angaben übernommen, die längst obsolet sind – z.B. heißt es auf S. 92 von dem damaligen Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Auslandskirche, Metropolit Anastasij (Gribanovskij, 1873–1965): Es „floh die Hierarchie von Karlowitz unter ihrem *jetzigen* [Hervorhebung G. S.] Haupte, dem Metropoliten Anastasij (Gribanovskij), aus dem Lande“, der beim Erscheinen dieses Buches (2003) bereits 38 Jahre tot war.

Verschiedene Entstehungsphasen des Bandes meint man einzelnen Kapiteln anzumerken. Es gibt Abschnitte mit mehr oder weniger wissenschaftlicher Diktion; sie wechseln mit Passagen stärker erhebend-erzählerischen Charakters, die von blumigen (S. 23: in Westeuropa „verfocht er die Religion des Zaren“), z.T. saloppen (S. 89: „Kavalierieraid“, S. 24: „Hierarchenschub“, ebenda „Öffnung der Reliquien“ – gemeint: der Reliquienschreine; S. 43: „Überreste“ = Gebeine, S. 430: „war nun wieder ein Hierarchenkorpus von Hierarchen beieinander“; S. 431: „Kučma zog am gleichen Strick“; 395: „Klöster zu Orten geistlichen Auftankens machen“), zuweilen auch altertümelnden und „verquast“ Wendungen (S. 100: „die Rückerziehung der östlichen Katholiken zu ihrem östlichen Erbe“; S. 33, Anm. 57: „wie geeignet Frauen für das Mönchsleben sind“, S. 123: „eine irdische Abzweckung“) und vielfach auch von rhetorischen Fragen und Ausrufen (S. 430: „Aber nein! Erzbischof Petro [...] begab sich nach ...“) begleitet sind. Daneben stehen z.B. Passagen, deren kompakte Darstellung des Grauens bolschewistischer Massenmorde den Leser erschauern lässt (S. 109 f.).

Das schwierige Problem der Transkription des Russischen und mehr noch des Ukrainischen ist insgesamt gut gelöst, von gelegentlichen Inkonsequenzen und Fehlern abgesehen. Dass der Hl. Synod, also die

Kirchenregierung, durchgängig mit „Hl. Sinod“ wiedergegeben wird, ist wohl eher Ausdruck von Pseudo-Wissenschaftlichkeit denn von Notwendigkeit und steht in krassem Widerspruch zu Fällen wie der Verwendung nicht existierender Ortsnamen, z.B. „Orlov“ – das ist falsch abgeleitet vom Adjektiv „orlovskij“, was aber auf die bekannte Stadt „Orël“ zurückgeht (S. 19, Anm. 6).

Die Schreibung der Mönchs- und Bischofsnamen ist inkonsequent, was in einem Buch kirchengeschichtlichen Inhalts, verfasst von einem Theologen, nicht vorkommen sollte. Bekanntlich wählen männliche und weibliche Novizen, wenn sie die monastischen Gelübde ablegen, den Namen eines Heiligen und legen ihren Taufnamen ab. Da sich aber die Heiligennamen oft wiederholen, werden bei irgendwie hervortretenden Mönchen und Nonnen die bürgerlichen Familiennamen dem monastischen Namen in Klammern nachgestellt: Metropolit Vladimir (Sabodan), Oberhaupt der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Moskauer Patriarchat) oder sein Gegenspieler Filaret (Denisenko), Oberhaupt des Kiewer Patriarchats – um nur einige ganz Prominente zu nennen. Neben meist korrekter Schreibung findet sich auch sehr häufig die Schreibung ohne Klammer – also Metropolit Vladimir Sabodan oder „Patriarch“ Filaret Denisenko. – Störend ist die durchgängige Verwendung des Begriffs „Oberpriester“, womit der russische „Protoerej“ gemeint ist: In der deutschsprachigen Fachliteratur hat sich dafür der Terminus „Erzpriester“ durchgesetzt. – Es ist auch ärgerlich, wenn ein Fachmann wie Heyer immer wieder schreibt, ein künftiger Bischof sei z.B. „für Staraja Russa geweiht“ worden (S. 21): Ein Mönch (in der Regel ein Archimandrit) erhält zunächst einmal die Bischofsweihe: das ist das Wichtigste. Seine künftige Funktion – Vikarbischof oder Leiter einer eigenständigen Eparchie – ist vor dem Hintergrund der Bischofsweihe zweitrangig – er wird zum Bischof, nicht aber „für Staraja Russa“ geweiht, auch wenn von vornherein klar ist, dass ihm dieser Sitz nach seiner Weihe zugewiesen wird.

Schließlich sei noch angemerkt, dass der eingangs erwähnte Hang Heyers zum Anekdotischen häufig begegnet. Zuweilen treten Analyse und Synthese hinter Geschichten und persönlichen Eindrücken sowie hinter Materialien (deren Relevanz nicht immer ganz klar wird) zurück: Dabei geht der „rote Faden“ zuweilen verloren, den der Leser dann durch Zurückblättern und nochmaliges Lesen zwischen spannenden Details selbst auffinden muss.

Die Darstellung, die eigentlich „nur“ das 20. Jahrhundert umfasst, deckt trotzdem, wenn auch nicht systematisch, mit weiten Rückblicken bei zentralen Vorgängen viele Bereiche der 1000-jährigen Kirchengeschichte der Ukraine ab. Damit werden nicht nur die das 20. Jahrhundert kennzeichnenden Prozesse, sondern auch die gegenwärtigen Entwicklungen sowohl in ihrer Abfolge als auch in ihrer inneren Logik durchschaubar. Dafür kann Heyer nicht genug gedankt werden.

Dem Buch ist ein historischer Abriss vorangestellt, der – angesichts der Komplexität ukrainischer Geschichte – mit etwas über 30 Seiten eher knapp geraten ist, den aber die erwähnten Rückblenden im Verlauf der Darstellung immer wieder komplettieren. Dabei tritt hinter den konfessionellen Spaltungen (die Unionen von Brest 1596 und Užgorod 1646) und ihren Folgen leider die schwierige Phase der Jurisdiktion Konstantinopels über die Orthodoxen in Polen-Litauen (in der zweiten Hälfte des 15. und im 16. Jahrhundert) zurück. Das Holzschnittartige des historischen Abrisses drückt sich zuweilen in unzutreffenden Behauptungen aus wie derjenigen, dass nach dem Moskauer Landeskonzil von 1917/18 „in Gesamtrußland die [Bischofs-]Wahl an Stelle der Berufung trat“ (S. 21 mit Anm. 10). Aber irreführend ist die Behauptung doch. Heyer stellt die „demokratische“ Entscheidung des Moskauer Landeskonzils der ukrainischen autoritären Praxis (Einsetzung der Bischöfe durch die Kirchenführung) als Vorbild hin: Dabei konnte unter dem Druck der Kirchenverfolgungen im bolschewistischen „Gesamtrußland“ die Wahl der Bischöfe durch Eparchialrat, Priester und Gemeinden in Wirklichkeit nur 1918/19 und auch nur in ganz wenigen Fällen praktiziert werden; auch nach der „Wende“ hat das Moskauer Patriarchat die Einsetzung der Bischöfe durch Eparchialrat, Priester und Gemeinden nicht wieder eingeführt, sondern die Einsetzung der Bischöfe „von oben“, ohne Beteiligung der Eparchien, bewusst beibehalten – und zwar bis heute (so ausdrücklich im Statut des Moskauer Patriarchats vom Jahre 2000).

Die kirchlichen Versuche, im ukrainischen Nationalstaat (1917–1920) zu einer autokephalen, d.h. (von Moskau) völlig selbstständigen Nationalkirche, zu gelangen, waren vielgestaltig, kontrovers und kaum durchschaubar; auch bei Heyer werden die Vorgänge wegen der Vielfalt der vorgeführten Einzelzüge nicht immer ganz oder nur mit großer Mühe klar. Allein die „staatlichen“ Gebilde auf ukrainischem Boden, die jeweils eine eigene Kirchenpolitik zu betreiben und die Orthodoxen auf ihre Seite zu ziehen suchten, sind in ihrer Buntheit verwirrend. Und umgekehrt zielten die Versuche der national-ukrainisch gesonnenen Kleriker meist darauf, in einem engen Bündnis mit

einem ukrainischen Staat die Russen – auch in der orthodoxen Kirche – auszuschalten. Das Problem bestand aber darin, dass die meisten Bischöfe in der Ukraine ethnische Russen oder russifizierte Ukrainer waren, die jeglichen ukrainischen Eigenständigkeitsbestrebungen entgegenwirkten, so dass es letztlich zu verschiedenen Schismen kam.

Der erste prominente Märtyrer der Orthodoxie in der Ukraine, Metropolit Vladimir (Bogojavlenskij, geb. 1848), der bereits am 25. Januar 1918 von einem Trupp Soldaten erschossen wurde, war ein typischer Vertreter des russischen Episkopats, der alle Autonomie- und Ukrainisierungsversuche zurückwies. Seine Mörder waren aber nicht ukrainische Nationalisten, sondern demoralisierte bolschewistische Fanatiker. Metropolit Vladimir wurde am 4. April 1992 von der Russischen Orthodoxen Kirche heiliggesprochen.

Ein weiterer (der dritte) Abschnitt befasst sich vor allem mit den orthodoxen Abspaltungen vom Moskauer Patriarchat in der Ukraine in den 1920er Jahren. Diese Schismen waren einerseits nationalistischen Ursprungs: die sog. „Autokephalen“ wurden als „Selbstweiher“ verspottet, weil sie, da sich ihnen kein kanonisch geweihter Bischof zur Verfügung stellte, sich ihre ersten Hierarchen durch gemeinsames Handauflegen selbst weihten (und damit aus der sog. apostolischen Sukzession traten); da aber auch viele orthodoxe Ukrainer diese merkwürdige Form der Bischofsweihe ablehnten, kam es, jedenfalls im Gebiet von Poltava, doch noch zur Gründung einer „synodalen“ bischöflichen ukrainischen Kirche mit kanonisch geweihten Bischöfen. Zum anderen handelte es sich bei den Abspaltungen um modernistische Gruppierungen, die – ähnlich und im Zusammenhang mit den Moskauer resp. russischen „Erneuerern“ Lehre und Brauchtum der traditionellen Orthodoxie reformieren wollten (verheirateter Episkopat, Abschaffung des Mönchtums, russische resp. ukrainische Kirchensprache u.a.m.). Diese sehr ausführlich und anschaulich dargestellten Entwicklungen hatten verschiedenes gemeinsam: Zum Teil gingen sie ineinander über, waren wegen ständiger Fluktuation von Priestern, auch von Bischöfen ausgesprochen instabil; alle wurden sie mehr oder weniger offen von den Bolschewiki unterstützt bzw. gesteuert, denen es darum ging, die auch in der Ukraine nach wie vor bedeutendste Kirche – das Moskauer Patriarchat – zu schwächen, letztlich zu vernichten. Schließlich wurden alle vom Moskauer Patriarchat abgespaltenen Gruppierungen seit Ende der 20er Jahre von den Bolschewiki fallengelassen und faktisch vernichtet, nachdem sich gezeigt hatte, dass das noch verbliebene Kirchenvolk in seiner Masse der traditionellen Kirche die Treue hielt. Die Bolschewiki wechselten ihre

Taktik – zwangen den von ihnen als provisorischen Vorsteher der Russischen Kirche anerkannten Moskauer Metropoliten (seit 1943 Patriarchen) Sergij (Stragorodskij, 1867–1944) zu einer Loyalitätserklärung, die das Moskauer Patriarchat – in den Augen der Bolschewiki – zu einer sowjetischen Institution machte.

Ein besonders im Westen oft vernachlässigtes Kapitel ist den ukrainischen Gebieten auf polnischem Territorium gewidmet – sowohl und vor allem den Orthodoxen, aber auch den Griechisch-Katholischen („Unierten“), die im auf nationale Homogenität drängenden polnischen Staat unter starkem Druck standen, worauf sich die Orthodoxen, um einigermaßen existieren zu können und nicht von Kirchenschließungen und anderen Repressionen bedrängt zu sein, als „autokephale“, also unabhängige Kirche in den polnischen Staat einbinden ließ. Es handelt sich bekanntlich um jene Territorien Westweißrusslands und der Westukraine, die nach Kriegsende der Sowjetunion angegliedert worden sind.

Die Sowjet-Ukraine unter deutscher Besetzung wird auf fast 70 Seiten abgehandelt. Was Heyer auf diesem Gebiet 1953 vorgelegt hat, ist bis heute atemberaubend und in dieser Form sicher einmalig. Nach der deutschen Besetzung kam es zwischen den von den Sowjets in den Untergrund gedrängten Gruppierungen zu einem Wettlauf um die Wiedererrichtung ihrer einstigen Strukturen. Die Darstellung der Versuche orthodoxer „schismatischer“ Gruppen, über die Deutschen etwas zu erreichen, sodann die Schilderung der sich bald abzeichnenden Enttäuschung bis hin zu Partisanenkampf und regelloser Flucht mit den deutschen Armeen in den Westen sind unglaublich spannend. Die persönlichen Gespräche mit kirchlichen Funktionären, die Heyer als Offizier in der Ukraine unter zum Teil abenteuerlichen Umständen am Rande des Krieges führen konnte, sind für die Beurteilung der damaligen Lage bis heute unverzichtbar.

Die Zeit zwischen Krieg und Perestrojka (Annexion Galiziens durch die Sowjetunion, 1946 faktisches Verbot der Griechisch-katholischen Kirche und Überführung ihrer Immobilien in staatlichen resp. orthodoxen Besitz, Chruščev'sche Verfolgungen) ist vergleichsweise knapp gefasst, wohl weil diese Dinge häufig dargestellt worden sind. In den Abschnitten über die Entwicklungen während und nach der Perestrojka geht es zunächst einmal um die Wiederezulassung der von Stalin 1946 in den Untergrund gedrängten Griechisch-katholischen Kirche (1989) und um die daraus resultierenden Probleme: Faktisch verschwand danach das Moskauer Patriarchat aus Galizien, da der allergrößte Teil jener „Unierten“, deren Eltern und Großeltern 1946 in die

Orthodoxie oder aber in den Untergrund gezwungen worden waren, die Gemeinden des Moskauer Patriarchats verließ, aus dem Untergrund auftauchte und ein stürmisches Wiederaufleben der „Ukrainischen Griechisch-katholischen Kirche“ herbeiführte. Die Verdrängung des Moskauer Patriarchats aus Galizien und sein meist verlorener Kampf um die einst „unierten“, 1946 aber von Stalin den Orthodoxen übergebenen Gotteshäuser belastet die Beziehungen zwischen Moskauer Patriarchat und Vatikan bis heute.

Es kam seit 1989 auch zu national-ukrainischen Abspaltungen vom Moskauer Patriarchat: Bis heute ist die Ukrainische Orthodoxe Kirche/Moskauer Patriarchat hinsichtlich der amtlich registrierten Gemeinden die bei weitem größte orthodoxe Kirche in der Ukraine. Die „Ukrainische Orthodoxe Kirche/Kiever Patriarchat“ mit ihrem schillernden „Patriarchen“, dem wegen seiner Vergehen exkommunizierten früheren Exarchen des Moskauer Patriarchats in der Ukraine, Filaret (Denisenko, geb. 1929), sowie die kleine Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche sind vor allem in der westlichen und südlichen Ukraine zu Hause und machen zusammen nicht einmal die Hälfte der Gemeinden des Moskauer Patriarchats aus; auch sind sie von der Gesamtorthodoxie nicht als „kanonisch“ anerkannt. Die drei orthodoxen Kirchen stehen in scharfem Konkurrenzkampf, teilweise in scharfer Gegnerschaft zueinander. Die Griechisch-katholische Kirche gehört vor allem in der westlichen Ukraine zum ostkirchlichen Kontext und ist in deren Spannungen einbezogen. – In diesem Abschnitt kommen auch Annäherungsversuche der drei konkurrierenden orthodoxen Kirchen an die ukrainische Staatsführung zur Darstellung, wobei sich bei jedem Präsidenten neue Konstellationen ergaben.

Der vorletzte Abschnitt ist statistisch kleineren, überwiegend nicht-orthodoxen Glaubensgemeinschaften gewidmet. Es ist an dieser Stelle hervorzuheben, dass sich in der Ukraine infolge des Konkurrenzkampfes der dreigeteilten Orthodoxie die „Sonstigen“, namentlich Katholiken, Lutheraner, Baptisten, Pfingstler usw., viel ungehinderter entfalten können als in Russland oder Weißrussland, wo die russische Orthodoxie als ein Block, im engen Schulterschluss mit dem Staat, die „Sonstigen“ gut im Griff hat. Man kann sich allerdings des Eindrucks nicht erwehren, dass dieser Abschnitt lediglich angehängt wurde, um den über die Orthodoxie hinausweisenden Titel des Buches zu rechtfertigen: „Kirchengeschichte der Ukraine“. Die Darstellungen hier sind skizzenhaft, die vorgelegten Fakten wirken oft zufällig und sind heute zum Teil schon überholt. Manchmal überwiegen historische Rückblicke (bei Lutheranern), manchmal fehlen sie (bei Katholiken).

– Der Schlussabschnitt (Kirchenpolitik des Staates, Zukunftsperspektiven des Staates) gibt Einblicke in das kirchliche Medien- und Bildungswesen, spricht ökumenische Aspekte an, charakterisiert die staatliche Religionspolitik und spürt vor allem dem ukrainischen Nationalismus in den Kirchen nach. Relevant ist in diesem Zusammenhang aber in erster Linie die nationale Frage.

Friedrich Heyer ist zu danken für dieses Spätwerk, das materialreich ist wie keine bisherige deutsche Darstellung der „Geschichte der Ostkirchen in der Ukraine“ (so sollte der Titel richtiger lauten, da die orthodoxen und die Griechisch-katholische Kirche im Mittelpunkt stehen). Eine Vielzahl formaler, struktureller, sprachlicher und anderer Kritikpunkte treten hinter der Vielfalt und dem Detailreichtum sowie der unerschöpflichen angeführten Literatur dieses Kompendiums zurück, das für den kirchlich interessierten Osteuropahistoriker künftig unerlässlich sein wird.

Gerd Stricker, Zürich

Religion und Nation. Die Situation der Kirchen in der Ukraine, hrsg. v. Thomas Bremer. Wiesbaden: Harrassowitz Verlag 2003, 147 S. (Schriften zur Geistesgeschichte des Östlichen Europas. 27).

„In keinem osteuropäischen Land ist die Lage der christlichen Kirchen derart unübersichtlich wie in der Ukraine“ (S. 7). Mit diesem Satz leitet der Herausgeber dieses Bandes, Prof. Dr. Thomas Bremer, Leiter des Instituts für Ökumenische Theologie der katholischen Fakultät der Universität Münster, sein Vorwort ein. Die Vielfalt der christlichen Konfessionen wird in diesem Band aber auf die orthodoxen, die Griechisch- und die römisch-katholischen Kirchen eingegrenzt, wobei deren Träger – Bürger der Ukraine – und ihre Probleme im Mittelpunkt stehen.

Die vorliegende Aufsatzsammlung beschränkt sich keineswegs auf die Gegenwart, doch bildet diese die Folie, auf der man die Beiträge sehen muss. Um es vorweg zu sagen: Die Beiträge sind bemerkenswert differenziert, vielschichtig und vor allem hilfreich; sie machen die heutige Situation verstehbar. Dem Herausgeber des Bandes ist es gelungen, diese Beiträge, die zum großen Teil von ausländischen Fachkollegen auf einer Fachkonferenz in Berlin vorgetragen worden sind, in

eine hervorragend lesbare Form zu bringen (nur wer beruflich fremdsprachliche Texte in eine gute deutsche Fassung zu bringen hat, hat eine Vorstellung davon, was das Team von Thomas Bremer an Mühe, Zeit und Nerven aufgewandt hat, um diesen Band so hervorragend zu gestalten).

Wie in der Besprechung der „Kirchengeschichte der Ukraine“ von Friedrich Heyer dargelegt,¹ kreist das religiöse Leben in der Ukraine heute um zwei Zentren, wobei sich die beiden Zirkel sehr markant überlappen. Den einen Kreis bilden die drei orthodoxen Kirchen, die einander zum Teil gar nicht, zum Teil nur bedingt anerkennen: Die Ukrainische Orthodoxe Kirche/Moskauer Patriarchat mit knapp 10 000, die Ukrainische Orthodoxe Kirche/Kiever Patriarchat mit 3 200 und die Ukrainische Autokephale Orthodoxe Kirche mit 1 100 Gemeinden (die beiden letzteren gelten als „unkanonisch“, weil sie als abgespaltene [schismatische] Kirchen von der orthodoxen Christenheit nicht anerkannt werden). Die hier genannten Zahlen wurden vom staatlichen Kirchenamt der Ukraine am 1. Januar 2003 veröffentlicht (S. 95 f.). Die beiden (national-)ukrainischen Kirchen machen also zusammen nicht einmal die Hälfte der Gemeinden der Ukrainischen Orthodoxen Kirche/Moskauer Patriarchat aus.

Den zweiten wichtigen Aktionskreis der ukrainischen Kirchenlandschaft bildet der Katholizismus: die starke Ukrainische Griechisch-katholische Kirche (3 300 Gemeinden), hervorgegangen aus der Union von Brest 1596, und die kleinere, überwiegend aus Polen bestehende römisch-katholische Kirche (840 Gemeinden). Wegen der tief sitzenden, aus der polnischen Geschichte und dem Zweiten Weltkrieg herrührenden gegenseitigen Verletzungen stehen sich die *ukrainische* „unierte“ und die *polnische* römisch-katholische Kirche ziemlich feindselig gegenüber: Als Papst Johannes Paul II. im Juni 2001 in der Ukraine weilte, war es ihm ein besonders Anliegen, die beiden Gruppen miteinander zu versöhnen: Ein tief greifender Erfolg seiner Bemühungen ist aber bisher nicht erkennbar.

Ein Wort sei zu den hier genannten und anderswo publizierten Religionsstatistiken gesagt, wie sie von den staatlichen Behörden der meisten GUS-Länder vorgelegt werden. Diese Statistiken nennen keine Mitgliederzahlen; ihre Angaben berücksichtigen lediglich sog. „Religiöse Institutionen“: Gemeinden, Klöster, geistliche Bildungsstätten, aber auch kirchenleitende Gremien (Bistumsverwaltungen) usw. Wie

¹ Vgl. in diesem Heft, S. 330-338.

absurd sich diese Art von Statistik zuweilen auswirkt, zeigt das folgende Beispiel: Das Moskauer Patriarchat hat seit 1989, da Gorbachev die von Stalin 1946 in den Untergrund gedrängte Griechisch-katholische („Unierte“) Kirche wieder zugelassen hat, in Galizien fast alle Mitglieder verloren: Die „krypto-unierten“ Glieder aus den orthodoxen Gemeinden des Moskauer Patriarchats sind in der Mehrzahl meist zur Griechisch-katholischen Kirche zurückgekehrt oder aber haben sich einer der neuen national-ukrainischen orthodoxen Kirchen angeschlossen. In der amtlichen Statistik jedoch ist von den faktischen Verlusten nichts zu spüren: Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats führt seine erheblich geschrumpften Gemeinden juristisch (mit mindestens zehn Mitgliedern) weiter, um die staatliche Registrierung nicht zu verlieren. – Amtliche Statistiken können also nur als ungefähre Richtschnur dienen.

Aber auch noch aus einem anderen Grund vermitteln amtliche Angaben nur ein ungenaues Bild von den wirklichen statistischen Verhältnissen in der ukrainischen Orthodoxie. Die Fluktuation von Bischöfen und Priestern (mit ihren Gemeinden) von einer der drei orthodoxen Kirchen zu einer anderen unter ihnen war zeitweise (oder ist noch immer) ziemlich stark. Oft wissen die Gemeinden gar nicht, in welche Jurisdiktion sie ihr Priester geführt hat. Diese Jurisdiktionswechsel können von den amtlichen Statistiken in der Regel nicht erfasst werden, weil man sie ihnen oft gar nicht mitteilt. – Und kircheneigenen Statistiken gegenüber muss man mit fast noch größerer Skepsis begegnen, da sie erfahrungsgemäß nichts anderes als beeindruckende Zahlen in die Öffentlichkeit tragen sollen.

Dieser Aufsatzband bietet eine Reihe von Einzeluntersuchungen zur ukrainischen nationalen Frage mit ihren vielfältigen Facetten, dazu Untersuchungen zu Religion(en) und Kultur(en) im Kontext der Geschichte jener unterschiedlichen Territorien, die heute „Ukraine“ heißen und deren Bewohner jetzt „ukrainische“ Staatsbürger sind; damit engstens verbunden sind Beobachtungen zu den Mentalitäten in der Ukraine. Die historischen und die politischen Aspekte spielen natürlich überall eine wichtige Rolle. Dieser Band fragt dort weiter, wo Heyer in seiner eher deskriptiven Kirchengeschichte stehen bleiben bzw. wo er zu komplexe Problemfelder ausklammern musste. Anders ausgedrückt: Heyers Kirchengeschichte bietet den kirchenhistorischen Rahmen für diesen Aufsatzband. Zentrale Stichwörter bei Heyer finden hier eine inhaltliche Ausformung, finden spannende und plausible Antworten.

Überlappungen bzw. Übereinstimmungen zwischen bestimmten orthodoxen und griechisch-katholischen Feldern ergeben sich auf dem nationalen Sektor. Es gibt gewisse Beziehungen zwischen den zwei national-ukrainischen orthodoxen und der Griechisch-katholischen Kirche (letztere sieht sich in besonderer Weise als Trägerin des Ukrainertums). Hingegen steht die kanonische Ukrainische Orthodoxe Kirche/Moskauer Patriarchat solchen Annäherungen schroff ablehnend gegenüber: erstens wegen der prinzipiellen Gegnerschaft zur „unierten“ Griechisch-katholischen Kirche, zweitens wegen ihrer scharfen, grundsätzlichen Verurteilung aller Abspaltungen vom Moskauer Patriarchat: Mit solchen – a priori unkanonischen – Schismatikern verhandelt man nicht.

Bei der Verwendung der konfessionsbezeichnenden Termini muss man sich aber immer darüber im Klaren sein, dass man es nicht mit fest gefügten Blöcken zu tun hat. Im Gegenteil: Vieles ist unscharf. Selbst Priester des Moskauer Patriarchats im westukrainischen Umfeld commemorieren zuweilen nicht den Moskauer Patriarchen von Moskau – zum Teil sind das auch ukrainische Patrioten, zum Teil wollen sie durch zu starke Betonung des Russischen den ukrainischen Nationalisten keine Angriffsflächen bieten. Generell ist in der Ukraine das Festhalten an der Moskauer Kirche nicht immer identisch mit einer pro-russischen Haltung, sondern hat auch zu tun mit kanonischen, theologischen und kirchenhistorischen (Tradition!) Erwägungen. Uneinheitlich ist aber auch die Griechisch-katholische Kirche – allein schon in der Priesterschaft sind drei Gruppen erkennbar: schlichte Priester, die nie ein richtiges Priesterseminar gesehen haben und im Untergrund durch jahrzehntelange Verfolgungen gestählt sind, hochgebildete Priester aus dem Westen mit europäischer oder amerikanischer Prägung und schließlich die junge ukrainische Priestergeneration: Jede Gruppe hat ihre eigene Mentalität; erst allmählich wachsen sie zusammen. – Ein vielfach unscharfes Profil ist auch bzw. erst recht charakteristisch für die beiden unkanonischen national-ukrainischen orthodoxen Kirchen.

Diese beiden Kirchen und die „Unierten“ machen, wie erwähnt, vorsichtige Schritte aufeinander zu; dies geschieht wohl stärker auf der hierarchischen Ebene denn an der Basis. Fasst man die Ergebnisse verschiedener Kontaktgespräche oder sonstiger Äußerungen (nicht zuletzt des griechisch-katholischen Kardinals Ljubomir Husar) zusammen, dann haben die ukrainisch-nationale und die griechisch-katholische Seite (mit unterschiedlichen Akzenten natürlich) die Vision einer großen orthodoxen Kirche in der Ukraine: Sie sehen die Zukunft der

Ostkirche in der Ukraine im Zusammenwirken und Wieder-Zusammenwachsen von Orthodoxie und Griechisch-katholischer Kirche. Immer wieder wird gerade vom Kiever Patriarchat der Versuch unternommen, den Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel, Bartholomaios, in die ukrainische Streitszene hineinzuziehen und diesen zu Stellungnahmen für die Kiever zu gewinnen. Bartholomaios hält sich zurück – obgleich er die ukrainischen „Autokephalisten“ in den USA und Kanada in seine Jurisdiktion aufgenommen hat: Eine Parteinahme Konstantinopels zugunsten der „Unkanonischen“ und gar der „Unierten“ würde dem Moskauer Patriarchat eine willkommene Möglichkeit bieten, gegen den Ökumenischen Patriarchen eine neue Kampflinie aufzubauen und dessen Position weiter zu schwächen (vgl. Johannes Oeldemann, *Die ökumenischen Beziehungen zwischen den Kirchen in der Ukraine*, S. 91-106).

Verschiedene Beiträge befassen sich mit den religiösen Elementen der ukrainischen nationalen Identität (Alfons Brüning, *Orthodoxie als Element ukrainischer nationaler Identität*, S. 11-24; Oleh Turij, *Die Griechisch-katholische Kirche und die ukrainische nationale Identität in Galizien*, S. 25-32). Victor Yelensky (*Religiöse und nationale Identitäten. Die Ukraine im Fokus*, S. 33-44) äußert sich ergänzend zum Phänomen religiöser und nationaler Identitäten im ukrainischen Kontext ganz allgemein; seine Ausführungen kreisen um Fragen der Religion, Mythen, Symbole, Mentalität, Identität (Ethnos – Nation) und schließlich der Nationsbildung und Politik. So macht er die interessante Feststellung (S. 35), dass die Ukrainer ihre Identität markant weniger mit der Orthodoxie verbinden als beispielsweise die Russen. Eine solche Feststellung führt mitten hinein in die zentrale Thematik dieses Bandes: Wer ist Ukrainer – der Moskau-orientierte ukrainische Staatsbürger russischer Sprache, der national-ukrainisch gesonnene Galizier oder die Bürger eher fließender oder widersprüchlicher Identität im Süden, im Norden, in der Mitte oder auf der Krim?

Natalia Kotschan wendet sich einem weiteren höchst brisanten Problemfeld zu: „polnische“ und russische Kirche: Die ukrainischen Kirchen und fremde Identitäten (S. 107-118). Hier geht es u.a. um die Frage einer politisch oder ethnisch verstandenen Identität: So habe man in der Ukraine nach Erringen der Eigenstaatlichkeit mangels fehlender Erfahrungen auf eine ethnisch verstandene Identität gesetzt und damit tendenziell und propagandistisch gegen die „russische“ orthodoxe Kirche, also das Moskauer Patriarchat, als Repräsentantin der einstigen Herrschermacht polemisiert – in der Westukraine fiel diese Büsserrolle der „polnischen“, d.h. der römisch-katholischen Kirche

zu, die ebenfalls eine Nation repräsentiert, die einst über die Ukrainer geherrscht hat. Dieses ethnisch begründete Modell habe sich in 15-jähriger erfolgloser Polemik allmählich totgelaufen; „lupenreine“ Identitäten gibt es kaum: Heute bestimmen konfessionelle und nationale Mischehen das Bild, ebenfalls Ukrainer im russischen bzw. polnischen Umfeld bzw. mit polnischen bzw. russischen Ambitionen – und umgekehrt (z.B. ukrainisch sprechende römische Katholiken) – führen zu ethnisch unklar begründeten Identitäten. Man neige jetzt in der Ukraine stärker dem Modell einer politischen Identität zu, deren Hauptmerkmale sich aber noch herauskristallisieren müssten. Das Ukrainische als Amtssprache in allen Teilen des Landes, auch in den russischen, wurde offenkundig unter dem Vorzeichen „politisch-ethnisch“ interpretierter Identität dekretiert.

In seiner abschließenden soziologischen Untersuchung führt Ben Schennink (*Religiöse Identität als Konfliktpotential und Wege zur Lösung: ein analytischer Rahmen in Anwendung auf die Ukraine*, S. 119-133) noch einmal das den Religionsgemeinschaften innewohnende mobilisierende Konfliktpotenzial vor Augen und demonstriert es an ukrainischen Fallbeispielen. Dabei führt er aufschlussreiche soziologische Daten an, u.a. die Tatsache, dass bei den Wahlen 1998 alle christlich etikettierten Parteien zusammen gerade 3,75% der Stimmen auf sich vereinigten (S. 126). Er lokalisiert „das Konfliktpotential in der Ukraine hauptsächlich auf der Staatsebene“; es werde durch „Konflikte innerhalb der Eliten ausgelöst“, was typisch sei „für Länder im Übergang von einem autokratischen zu einem demokratischen Regime“ (S. 132). Hier setzen seine Lösungsvorschläge (vor allem Aufklärung, Bildung) an: Ob sie ausreichen zur Konfliktbewältigung, erscheint zumindest fraglich. – Zwei weitere Beiträge (Wolfgang Ullmann, *Religion und Nationalität in theologischer Sicht*, S. 45-52; Hans-Dieter Döpman, *Kirchliche Identität und kanonisches Territorium*, S. 53-67) haben keinen direkten Bezug zur Ukraine – allerdings den, dass die Ukraine vom Moskauer Patriarchat als zu ihrem „kanonischen Territorium“ gehörig deklariert wird.

Der Herausgeber einer solchen Aufsatzsammlung steht immer wieder vor dem bekannten Problem der inhaltlichen Überschneidung – je nachdem wie innig die redundanten Passagen in den übrigen Text eingeschmolzen sind. Bei einer so spezifischen Thematik wie „Religion und Nation in der Ukraine“ ist es unausweichlich, dass bestimmte Grundlinien in verschiedenen Artikeln angerissen werden. Deutliche Überschneidungen gibt es nur in den Beiträgen von Katrin Boeckh (*Staat und Kirche während der Transformation in der Ukraine*, S. 67-

90), Victor Yelensky (s.o.) und Ben Schennink (s.o.). Boeckh und Oeldemann (S. 91-106) präsentieren staatliche Statistiken: Boeckh (S. 70) vom 1. Januar 2001, Oeldemann (S. 95 f.) vom 1. Januar 2003; Statistiken mit wieder anderen Zahlen bieten Yelensky (S. 41) und Ben Schennink (S. 127), leider ohne das Bezugsjahr. Jedenfalls ist es aufschlussreich, beim Vergleich dieser Angaben die Entwicklungen der konkurrierenden Kirchen zu beobachten.

Dieser Band erfreut auch durch seine technische Perfektion, unterschiedliche Schreibungen wie Kiev und Kiew fallen da nicht ins Gewicht (eher das „Tschernoseme“ auf S. 69 bei sonstiger Verwendung diakritischer Zeichen). Ärgerlicher ist, dass hemmungslos der sprachlichen Unsitte gefolgt wird, dem Genitiv sein „-s“ zu entziehen, wie etwa S. 53 „des Baltikum“, S. 100 „des Vatikan“ und öfter. Publikationen wie diese, die inhaltlich an die Gegenwart heranreichen, sind natürlich – wenn man sie an ihrer Tagesaktualität misst – mit Abschluss des Manuskripts manchmal schon veraltet. Die Entwicklungen gehen weiter, manchmal in eine andere als die prognostizierte Richtung. So wird z.B. (S. 59) eine Vereinigung des Moskauer Patriarchats mit der Russischen Orthodoxen Auslandskirche (Sitz: New York) als „nicht in Sicht“ bezeichnet – aber: Am 23. September 2003 empfing Präsident Vladimir Putin die maßgeblichen Hierarchen der Auslandskirche in New York und betreibt seitdem die Vereinigung der Kirchen gegen nicht unerhebliche Widerstände in Moskau und New York mit Nachdruck. So weilte das Oberhaupt der Auslandskirche, Metropolit Lavr (Škurla), im Mai 2004 mit mehreren seiner Bischöfe und Kleriker in Moskau – der Vereinigungsprozess läuft auf Hochtouren. – Oder: Es konnte noch nicht vorausgehen werden, dass mit der Verlegung seines Metropolitsitzes von Lemberg nach Kiev im Frühjahr 2004 Kardinal Ljubomir Husar neue Tatsachen geschaffen hat, die die kirchliche Gesamtsituation zumindest komplizieren und der Reflexion bedürfen.

Dieser Band richtet den Blick primär auf die Kirchenlandschaft der Ukraine, unter den dramatischen und (nicht nur!) in der Ukraine noch immer zündenden Stichwörtern „Religion und Nation“. Was die Palette der Einzelbeiträge bietet, ist nicht nur eine kompetente, differenzierte Darstellung dieser speziellen Problematik, vielmehr bietet sie globale, aber intensive Einblicke in die geistige Situation einer in vieler Hinsicht höchst inhomogenen Bevölkerung – zwölf Jahre, nachdem die Ukraine unabhängig geworden war.

Gerd Stricker, Zürich

Deutsche und polnische Christen. Erfahrungen unter zwei Diktaturen, hrsg. v. Martin Greschat. Stuttgart (u.a.): Kohlhammer 1999, 201 S. (Konfession und Gesellschaft. 19).

Ausgangspunkt dieses Bandes waren die Diskussionen über die evangelischen Kirchen Polens in der Zeit zwischen den Weltkriegen, insbesondere die nationalen Konflikte in ihnen. Vor diesem Hintergrund ist ein Großteil der Beiträge des vorliegenden Buches zu verstehen, die die Zeit zwischen 1917 und 1989 abdecken. Neben sieben wissenschaftlichen Texten steht einleitend ein allgemeiner Beitrag Richard von Weizsäckers über das deutsch-polnische Verhältnis seit 1945, den man eher als ein ausführliches Grußwort denn als eigenständige Auseinandersetzung mit dem Thema betrachten sollte.

Bernd Krebs, Historiker und evangelischer Pfarrer in Berlin, zeichnet in einem ausführlichen Text die Geschichte der verschiedenen evangelischen Kirchen in Polen unter zwei Diktaturen nach, wobei der Schwerpunkt freilich eindeutig auf den Jahren des Kommunismus zwischen 1945 und 1956 liegt. Mit dem Protestantismus der Jahre zwischen 1919 und 1939 hatte er sich bereits in einer größeren Arbeit von 1993 auseinandergesetzt. Krebs vermittelt einen sehr profunden Eindruck vom Leben der Minderheitenkirche mit all seinen Schwierigkeiten. Zu Beginn findet sich allerdings die unzutreffende Behauptung, alle politischen Lager hätten in der Zwischenkriegszeit die Umwandlung Polens in einen ethnisch einheitlichen Nationalstaat angestrebt. Eine derartige Interpretation wird den fundamentalen Unterschieden der politischen Konzepte von Sanacja und Endecja zumindest bis zum Anfang der 1930er Jahre in keiner Weise gerecht. Für die Zeit nach 1945 kann Krebs zeigen, wie sich die „siegreiche“ propolnische Strömung des Protestantismus nur mehr recht als schlecht gegen ihre Marginalisierung und die erdrückende Dominanz der katholischen Kirche behaupten konnte. So entstand die Nähe zum neuen kommunistischen Herrschaftsanspruch, der nun seinerseits massiv auf innerkirchliche Belange Einfluss zu nehmen begann. Die äußerst zwiespältige Rolle von Pfarrer Zygmunt Michelis in diesem Zusammenhang wird deutlich aufgezeigt. Die Kontakte zu den evangelischen Kirchen des Westens, besonders Deutschlands, mussten vor 1956 zurückgefahren werden, rissen jedoch nie ganz ab. Die Rückkehr Gomułkas an die Macht brachte manche Verbesserungen mit sich, doch folgte in den 1960er Jahren ein zunehmendes staatliches Misstrauen gegenüber den verstärkten Kontakten zu den Kirchen der

Bundesrepublik und der DDR. Krebs erwähnt hier die Zusammenarbeit polnischer mit ostdeutschen Stellen, leider ohne diesem Aspekt, etwa in Bezug auf eine mögliche Einflussnahme der Stasi, weiter nachzugehen.

Das Schicksal der evangelischen Christen Posens und des Südens Großpolens vor und nach 1945 untersucht Olgierd Kiec, Mitarbeiter der Posener Außenstelle der Polnischen Akademie der Wissenschaften, der bereits in den 1990er Jahren eine wichtige Studie zur Nationalitätenproblematik der evangelischen Kirchen Großpolens in der Zwischenkriegszeit vorgelegt hatte. Die Begeisterung der deutschen Protestanten über die „Befreiung vom polnischen Joch“ begann sich angesichts des einsetzenden nationalsozialistischen Kirchenkampfes zwar bald zu legen, führte jedoch in der Regel nicht zu einer Unterstützung der bedrängten polnischen Glaubensbrüder. Umgekehrt gab es nach 1945 kaum polnische Hilfe für die verbliebenen deutschen Protestanten. Diese stellten zwar weiterhin die Mehrzahl der Gottesdienstbesucher, verfügten in den Gemeinden allerdings über keinerlei Rechte, weder in organisatorischer noch in sprachlicher Hinsicht.

Trotz der Beteuerungen von Geistlichen, dass polnische Evangelische aktiv gegen die Besatzer gekämpft und teilweise dabei ihr Leben verloren hätten, gelang es zunächst nicht, den eigenen kirchlichen Besitz vor den katholischen Begehrlichkeiten zu schützen, wie Kiec anhand der Schicksale einzelner Kirchengebäude zeigen kann. Noch schlechter war die Situation im Süden Großpolens, wo die wenigen polnischen Pastoren nicht über eine geeignete kirchliche Infrastruktur verfügten und mit der weiterhin bestehenden nationalen Problematik nicht zurecht kamen. Die Gemeinden etwa in den Kreisen Kempen und Ostrowo lösten sich durch die Emigrationsbewegung nach 1956 weitgehend auf, an der sich auch polnische Protestanten beteiligten: eine Entwicklung, wie sie in noch größerem Umfang zur selben Zeit in Masuren stattfand.

In einem sehr engagiert geschriebenen Beitrag skizziert der heute am Deutschen Historischen Institut Warschau tätige Andreas Kossert die Geschichte des Protestantismus in Lodz zwischen 1918 und 1956. Der rasante Bevölkerungszuwachs der Industriemetropole bedeutete auch einen Einflussgewinn der Protestanten, die 1921 etwa 50000 Menschen zählten (11% der Einwohner). Lodz wurde in dieser Zeit unter den Pastoren Adolf Eichler, Alfred Kleindienst und Oskar Wagner zu einem Zentrum deutschnationaler Gedanken. Auch wenn es zunächst nicht gelang, alle Protestanten vor Ort in diesem Sinne zu indoktrinieren, verhärteten sich die Fronten immer mehr. Nach Kriegs-

ausbruch gab es keine polnischen Gottesdienste mehr, die Geistlichen wurden verfolgt, manche später ermordet. Auch nicht NS-treue deutsche Pastoren wie der Senior der Lodzer Diözese Julius Dietrich verloren ihre Ämter. Die neue Führung äußerte keinerlei Proteste gegen die Enteignungen, Deportationen und Ermordungen von Polen und Juden. Kossert nennt als Beispiel die Erinnerungen des Pastors Arthur Schmidt, dem es nur darum ging, deutsche Bewohner vor einer Evakuierung zugunsten des neu angelegten Ghettos zu schützen, ohne ein Wort über die Juden zu verlieren. Die „Unterordnung der evangelischen Kirchenleitung unter das Primat nationalsozialistischer Rassenideologie“ trug maßgeblich zu den Racheaktionen vieler Polen an den in Lodz verbliebenen Deutschen nach dem Einmarsch der Roten Armee bei und erschwerte zusätzlich den Neubeginn des evangelischen Lebens in der Stadt nach 1945. Kossert illustriert diese mit Kirchenbesetzungen und Eigentumsfragen verbundenen Probleme anhand der Lodzer Trinitatiskirche sowie der evangelischen Gemeinde von Zgierz. Am Ende blieb die zwiespältige Bilanz, dass die evangelische Kirche auf lange Sicht zwar den Kampf um den Kirchenbesitz mit staatlicher Unterstützung für sich entscheiden und die Polonisierung vorantreiben konnte, gleichzeitig aber die Mehrzahl der Gläubigen, nämlich die verbliebenen Deutschen, auch nach deren offizieller Rehabilitierung nicht von der Ausreise abhalten konnte.

Der langjährige Leiter des Gesamteuropäischen Studienwerks Vlotho, Theo Mechtenberg, befasst sich in diesem Band mit den Polenkontakten der katholischen Kirche in der DDR. Dazu ist er nicht zuletzt wegen seiner eigenen Biografie prädestiniert, wirkte er doch über viele Jahre hinweg in der DDR, von 1972 bis 1979 auch in Polen. Zu Beginn geht Mechtenberg kurz auf die kirchenrechtlichen und -politischen Hindernisse einer Kontaktaufnahme ein, ohne in der jahrzehntealten Auseinandersetzung um die Befugnisse des national-katholischen polnischen Primas August Hlond Partei zu ergreifen. Wirkliche Begegnungen zwischen Bischöfen aus der DDR und aus Polen konnten vor der Einführung des visafreien Grenzverkehrs 1972 nur bei besonderen Gelegenheiten erfolgen, etwa während des Zweiten Vatikanischen Konzils. Initiativen zur Zusammenarbeit mussten deshalb von der Basis ausgehen, wie Mechtenberg an den Beispielen des Berliner Priesters Kurt Reuter (1908–1965) und des Magdeburger Laien Günter Särchen (1927–2004) veranschaulicht. Im Folgenden weist Mechtenberg auf den oft nicht bekannten Sachverhalt hin, dass der Antwortbrief der deutschen Bischöfe aus dem Jahre 1965 auch von den Oberhirten der Diözesen in der DDR mitunterzeichnet

wurde. Der staatliche Druck, der hierauf folgte, beendete derartige öffentliche Stellungnahmen allerdings schlagartig. Ausführlicher geht der Verfasser auf Formen kirchlicher Polenarbeit an der Basis ein. Hierbei nennt er die ersten Gruppenfahrten in die ehemaligen Konzentrationslager auf polnischem Boden in der Mitte der 60er Jahre und ihr offizielles Verbot sowie die vielfältigen Polenseminare, die eng mit der früh verstorbenen Anna Morawska verbunden waren. Auch die Versuche zum Aufbau einer Polenseelsorge und materieller Hilfe für Polen nach 1981 schildert Mechtenberg. Alles in allem wird deutlich, wie umfangreich die Kontakte der katholischen Diaspora der DDR mit Polen letztlich gewesen sind.

Dieter Bingen, Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, möchte einen Überblick über die Lage der katholischen Kirche in Polen unter den Diktaturen von 1939 bis 1989 darbieten. Für die Zeit, mit der er sich in seinen früheren Publikationen beschäftigt hat, also den Jahren ab 1970, die auch etwa zwei Drittel des Textes ausmachen, gelingt dies gut. Anschaulich gezeigt wird die Rolle des polnischen Papstes, aber auch der erstaunlichen Heterogenität der katholischen Kirche und ihrer Funktion innerhalb des kommunistischen Staates. Während die Primasse Wyszyński und Glemp in den schwierigen Jahren immer bemüht waren, unnötiges Blutvergießen zu vermeiden, fand auf anderen Ebenen eine enge Kooperation mit der Opposition statt. Als Beispiel könnte etwa das hier nicht erwähnte Verhalten des Breslauer Bischofs Gulbinowicz bei der Sicherung des Solidarność-Vermögens in den Jahren 1980–1982 dienen, das kürzlich publik geworden ist. Für die Jahre 1945 bis 1970, die im Kontext von Kirche und Staat besonders interessant sind, bringt Bingens Text keinen Erkenntniswert, der über allgemeine Fakten hinausgeht. Gerade für die Zeit des Stalinismus hätte es sicher nicht geschadet, nicht nur einen Handbuchartikel Bernhard Stasiewskis aus den 50er Jahren zu zitieren, sondern auch die Arbeiten polnischer Historiker der letzten Jahre, z.B. Antoni Dudeks Standardwerk „Państwo i Kościół w Polsce 1945–1970“ (Staat und Kirche in Polen 1945–1970) (Kraków 1995), Paweł Kądziałas „Kościół a Państwo w Polsce 1945–1965“ (Kirche und Staat in Polen 1945–1965) (Wrocław 1990) oder die verschiedenen Beiträge Jan Żaryns und Mirosław Piotrowskis zu erwähnen.

Ein im Westen wenig bekanntes Schicksal hatte die polnische orthodoxe Kirche zu erdulden, worauf ihr Erzbischof Jeremiasz in seinem Text eingeht, der die Jahre 1939 bis 1957 zum Inhalt hat. Vor allem anhand des wechselvollen Schicksals des Metropoliten Dionisy wird gezeigt, wie sehr die aktuellen Geschehnisse die orthodoxe Kirche

Polens in Mitleidenschaft zogen. Gerade die 50er Jahre bedeuteten für sie eine Zeit massiver staatlicher Eingriffe und eine weitgehende Reduzierung auf die Abhaltung von Gottesdiensten.

Der abschließende Beitrag Heinrich Olschowskys hat mit den übrigen Texten außer dem behandelten Zeitraum nichts zu tun, weil er die Erfahrungen der polnischen Literatur mit zwei Diktaturen thematisiert. Warum er in diesen Band aufgenommen wurde, lässt sich rational nicht erklären. Das bedeutet nicht, dass es sich um einen schlechten Aufsatz handelt, liefert der Berliner Slavist doch einen flüssigen Überblick über 50 Jahre literarische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.

Bilanzierend bleibt ein zwiespältiges Urteil. Während sich vor allem die Beiträge von Kiec und Kossert nah am Forschungsstand bewegen und der Aufsatz Mechtenbergs sich durch seinen authentischen Charakter auszeichnet, hätte man dem Herausgeber geraten, für den Komplex katholische Kirche in Polen aktuellere Unterstützung zu suchen und zudem den Band nicht mit zwei thematisch randständigen Texten aufzufüllen.

Markus Krzoska, Mainz

Johannes Rudbeckius, Loci theologici. Föreläsningar vid Uppsala universitet 1611–1613 (utgivna med inledning och kommentar av Bengt Hägglund). Mit einer deutschen Einleitung: Wittenberg-Orthodoxie in Uppsala am Anfang des 17. Jahrhunderts. Lund: Kungl. Humanistiska Vetenskapssamfundet i Lund 2001, 366 S., 1 Abb. (Acta Regiae Societatis Humaniorum Litterarum Lundensis. LXXXIII).

Johannes Rudbeckius (Johan Rudbeck, 1581–1646) war einer der einflussreichsten schwedischen Theologen während der Herrschaftsperiode Gustavs II. Adolf (1611–1632) und des Reichskanzlers Axel Oxenstierna (1632–1644) und darüber hinaus eine der schillerndsten Gestalten der schwedischen Großmachtperiode überhaupt. Kirchengeschichtlich prägte Rudbeckius in Schweden die erste Phase des Zeitalters der „lutherischen Orthodoxie“ – eine Zeit, die sich vor allem durch den endgültigen Durchbruch des Luthertums als Staatskirche, ein starkes Episkopat, die Formierung einer herrschaftstragenden

lutherischen Theologie schwedischer Prägung und eine streng politisch-ethische Ausrichtung auf Grundlage des Augsburger Bekenntnisses von 1530, der Lutherschen Katechismen und des Konkordienbuches auszeichnete. An der Ausformung der entsprechenden theologischen Positionen hatten Rudbeckius und die Universität Wittenberg entscheidenden Anteil.¹

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts erlebte die Universität Wittenberg eine zweite Blüte der *peregrinatio academica* schwedischer Studenten. Damit löste sie Rostock als Zentrum schwedischer Gelehrsamkeit in Deutschland ab und vermittelte gleichzeitig neue Impulse für eine spezifisch schwedisch-lutherische Theologie. Zu den schwedischen Studenten, die zu dieser Zeit in Wittenberg studierten, gehörte außer dem prominenten schwedischen Reichskanzler Axel Oxenstierna (1583–1654) auch der künftige Bischof von Västerås, Johannes Rudbeckius.

Rudbeckius ist der schwedischen Historiografie nicht unbekannt – wenn auch die meisten Darstellungen aus älterer Zeit stammen und den heutigen Anforderungen an Biografien kaum Rechnung tragen.² Er wurde in Ormesta/Närke (Mittelschweden) als Sohn eines Land-, später Stadtschreibers geboren, besuchte die Schulen in Örebro und Västerås und studierte an der (bis dahin einzigen schwedischen und nordeuropäischen) Universität in Uppsala (gegr. 1477). 1601–1603 absolvierte er Studien in Mathematik, Hebräisch und Griechisch in Wittenberg, die er mit dem Magisterexamen abschloss. Von 1604 bis 1607 bekleidete er eine Professur für Mathematik in Uppsala. Gegen

¹ Vgl. Bengt Hägglund, Chemnitz – Gerhard – Arndt – Rudbeckius. Aufsätze zum Studium der altlutherischen Theologie. Waltrop 2003.

² Zur Literatur vor 1918 vgl. Bibliotheca Rudbeckiana. Stockholm 1918, S. 94–103. Aus dieser Zeit sind im Einzelnen zu erwähnen: B. Rudolf Hall, Johannes Rudbeckius (Ner.). En historisk-pedagogisk studie (J.R. Eine historisch-pädagogische Studie). Diss. Uppsala, Bd. 1 (mehr nicht erschienen), Stockholm 1911; Henrika Scheffer, Johannes Rudbeckius. En kämpagestalt från Sveriges storhetstid (J.R. Ein Kämpfe aus Schwedens Großmachtzeit). Stockholm 1914. Im Übrigen: Gustav Lindberg, Johannes Rudbeckius som predikant (J.R. als Prediger). Stockholm 1927; Hans Cnattingius, Johannes Rudbeckius och hans europeiska bakgrund. En kyrkorättshistorisk studie (J.R. und sein europäischer Hintergrund. Eine kirchenrechtliche Studie). Uppsala 1946. Daneben sind nach dem Ersten Weltkrieg zahlreiche Aufsätze erschienen. Die neueste Darstellung, die zugleich eine gute Zusammenfassung des bisherigen Forschungsstandes bietet, stammt von Gunnar Eriksson, Rudbeck 1630–1702. Liv, lärdom och dröm i barockens Sverige (J.R. 1630–1702. Leben, Gelehrsamkeit und Traum im barocken Schweden). Lund 2002; vgl. außerdem Bengt Hägglund, Johannes Rudbeckius som teolog. En introduktion till föreläsningar i dogmatik (J.R. als Theologe. Eine Einleitung zu den Dogmatikvorlesungen), in: Svensk teologisk kvartalskrift 28 (1992), S. 1–9.

die zu dieser Zeit vorherrschende Philosophie des Ramismus propagierte Rudbeckius die Lehren der neuaristotelischen Philosophie. 1607–1609 kehrte er nach Wittenberg zurück, um seine theologischen Kenntnisse zu vertiefen. 1610 lehrte er in Uppsala zunächst nur Hebräisch, 1611 erhielt er eine Professur für Theologie. Wegen einer Auseinandersetzung mit seinem theologischen Kollegen Johannes Messenius (1579–1636) um einige kirchliche Lehrpunkte, die zu Unruhen unter den Studenten führte, mussten 1613 beide Professoren die Universität verlassen. Rudbeckius erhielt eine Stellung als Prediger am Hof Gustavs II. Adolf in Stockholm und wurde Mitglied der Bibelkommission, die 1618 eine überarbeitete Neuauflage der ersten Übersetzung der Bibel ins Schwedische (1541), die sog. „Gustav Adolfs bibel“, herausbrachte. 1617 war Rudbeckius zum Doktor der Theologie an der Universität Uppsala promoviert worden. Im Jahr darauf wurde er zum Bischof von Västerås ernannt. Dieses Amt bekleidete er bis zu seinem Tod im Jahre 1646. In Västerås setzte er sich vor allem für die Schaffung eines schwedischen Bildungswesens und den Ausbau der Armenfürsorge ein. U.a. entstand hier auf Rudbeckius' Initiative das erste Gymnasium Schwedens. In der Kirchenpolitik kämpfte der Bischof insbesondere für die Selbstständigkeit der Kirche gegenüber dem Staat. So schuf er 1627 eine autonome Kirchenorganisation für das Herzogtum (Gouvernement) Estland und widersetzte sich vehement der Einrichtung eines *Consistorium ecclesiasticum generale mixtum*, einer zentralen Reichskircheninstitution, in der Geistlichkeit und Laien (Regierungsmitglieder) gleichermaßen die Geschicke der Kirche bestimmen sollten. Über seine Kirchentätigkeit hinaus war Rudbeckius auch als Historiker, Philosoph, Staatsgelehrter, Jurist, Naturkundler, Drucker und Verleger tätig.

Bei der vorliegenden Publikation von Rudbeckius' *Loci theologici* handelt es sich um die erste Veröffentlichung des (lateinischen) Textes überhaupt. Die *Loci* reihen sich in die üblichen Vorlesungen zur Einführung in die lutherische Dogmatik ein, wie sie der damalige Lehrkanon vorschrieb. Dabei folgte Rudbeckius formal Vorbildern aus Deutschland, blieb aber im Inhalt eigenständig – freilich auf der Grundlage der lutherisch-orthodoxen Lehren, die er in Wittenberg mitbekommen hatte. Dass die Publikation der *Loci* zu einem so späten Zeitpunkt erfolgte, hat seine besonderen Gründe. Zum einen lässt sich der Verfasser des Manuskripts nicht ohne weiteres erschließen, weil das Deckblatt des Manuskriptes verschollen ist. Zum anderen befand sich der Text geraume Zeit in privatem Besitz, hat einen längeren

Überlieferungsweg von Norrland über Berlin und Lund hinter sich und gelangte nur zufällig in die Hand des Herausgebers. Er war also nicht einfach in den öffentlichen Archiven zugänglich und einsehbar. Somit haben wir es mit einer tatsächlichen Neuentdeckung zu tun.

Der Inhalt der *Loci theologici* des Rudbeckius folgt der üblichen Ordnung zur Darstellung der lutherischen Dogmatik in drei Büchern (über Gott, die Engel und den Menschen) und in der Form eines Frage-Antwort-Katalogs (*quaestio/argumentum-responsio*), wie er aus der scholastischen Tradition überliefert ist. Die *Prolegomena*, die die Frage klären, was Theologie überhaupt sei, stellen die eigentlich selbstständige Leistung des Rudbeckius dar. Im Unterschied zu den *Loci theologici* Matthias Hafenreffers (Tübingen 1600), die als entscheidende Vorlage für Rudbeckius' Vorlesungen zu werten sind, behandelt Rudbeckius hier nicht Luthers klassische theologische Sinnerklärung (*oratio, meditatio et tentatio*); vielmehr reflektiert er über den Begriff der Theologie an sich und den Nutzen einer Darstellung der theologischen Dogmatik. Dies stellt in der schwedischen – und überhaupt in der lutherischen – Theologie der Zeit eine Neuerung dar und ist später von dem deutschen Theologen Johann Gerhard (1582–1637) im *Prooemium (De natura theologiae)* zu seinen *Loci theologici* (Jena 1625) aufgenommen und weitervermittelt worden.³ In diesem Sinne ist Rudbeckius auch zu einem Inspirator der deutschen lutherischen Theologie des 17. Jahrhunderts geworden.

Der Herausgeber, der bedeutende Theologiehistoriker Bengt Hägglund (Lund), hat den Text mit einer schwedischen und einer deutschen Einleitung und einigen editorischen Kommentaren im Anhang versehen. Insofern kann man die vorliegende Edition der *Loci theologici* des Rudbeckius prinzipiell als eine kritische Ausgabe auffassen. Die Einleitungen beschränken sich jedoch auf eine knappe Analyse von Rudbeckius' theologischen Positionen. Auf eine weitergehende Einbettung in den allgemeinen oder auch nur kirchenhistorischen Kontext wartet man vergeblich. Auch nähere Angaben zu den in der Einleitung genannten Persönlichkeiten bleiben dem Leser vorenthalten. Eine umfassende Einführung in Rudbeckius' Leben und eine Neubewertung seines Werkes auf der Grundlage der aktuellen historischen Forschung stellt Hägglunds Edition also nicht dar. So bleibt nur, mit sanfter, aber unverhohlener Enttäuschung dem Herausgeber zu-

³ Vgl. Johannes Wallmann, *Der Theologiebegriff bei Johann Gerhard und Georg Calixt*. Tübingen 1961.

zustimmen, wenn er meint, dass die „Bedeutung des neugefundenen Textes (...) nicht am mindesten (sic!) darin (liegt), dass er einen lebendigen Eindruck vermittelt, wie man damals die dogmatische Theologie im konkreten Unterricht auf Universitätsniveau gestaltete“ (S. 28). In diesen Genuss werden jedoch nur die Fachgelehrten und Lateinkundigen kommen. Schade ist, dass der Herausgeber den Text nicht ins Schwedische oder gar in eine der großen modernen Sprachen übersetzt hat, die für das Luthertum eine Rolle spielen (Deutsch, Englisch). Gute Lateinkenntnisse sollte man zwar von jedem Historiker fordern können; einer Verbreitung der Vorlesungen des Rudbeckius unter interessierten fachfremden Lesern steht der Verzicht auf eine Übersetzung jedoch erheblich im Wege – und eine eingehende Würdigung der Lebensleistung des Västeråser Bischofs für das Luthertum der frühen Neuzeit weiterhin auf der Tagesordnung der geeigneten historischen Forschung.

Ralph Tuchtenhagen, Hamburg

Simo Heininen, Mikael Agricola raamatunsuomentajana (Michael Agricola als Bibelübersetzer). Helsinki: Suomalaisen Kirjallisuuden Seura 1999, 301 S. (Suomalaisen Kirjallisuuden Seuran Tomituksia. 761).

Michael Agricola (um 1510–1557) ist als Reformator und – durch seine Bibelübersetzungen – als Begründer der finnischen Schriftsprache eine der großen nationalen Integrationsfiguren Finnlands. Tatsächlich war er nach dem sang- und klanglosen Übergang zum reformatorischen Bekenntnis unter seinem ebenso langlebigen wie persönlich unentschlossenen Vorgänger Martin Skytte der erste Bischof der nunmehr auf die Westhälfte des Landes beschränkten Diözese Åbo/Turku, der sich klar zur Reformation bekannte und der darauf auch durch einen mehrjährigen Studienaufenthalt in Wittenberg (1536–1539) vorbereitet worden war. Seit der Rückkehr aus Wittenberg 1539 Mitglied des schrumpfenden Domkapitels und Rektor der Domschule, war er vom schwedischen König Gustav Vasa in letzterem Amt ab 1548 nicht mehr gelitten. Auch die Ernennung des kompetenten und ehrgeizigen Kirchenmannes zum Bischof 1554, fast vier Jahre nach dem Tod

Skyttes, war eher Folge fehlender Alternativen als zielstrebigere Religions- und Kulturpolitik des Königs.

Michael Agricolas große selbst gestellte Aufgabe war die Übersetzung der Bibel in das Finnische, das außerhalb der vielfach schwedischsprachigen Küstenstreifen die vorherrschende Volkssprache war. Ein ähnliches Unternehmen wurde im schwedischen Mutterland nach deutschem und dänischem Vorbild von 1525 bis 1541 erfolgreich durchgeführt. In dem armen und abgeschiedenen finnischen Reichsteil fehlte allerdings der finanzielle und administrative Rückhalt der Krone; im Gegenteil, nicht einmal die durch königliche Revindikationen finanziell geschwächte Diözese konnte Übersetzung und Druck unterstützen, und so blieb Agricola nur der Weg über eine kleine – möglicherweise nur aus zwei Personen bestehende – Arbeitsgruppe von Freiwilligen sowie über Subskriptionen bei der ebenfalls verarmenden und in ihren Zukunftsaussichten völlig verunsicherten Geistlichkeit. Kein Wunder also, dass sich das Ergebnis der bereits Anfang der 1530er Jahre begonnenen Übersetzungsanstrengungen auf drei Bücher mit ausgewählten Texten aus dem Alten und dem Neuen Testament beschränkte, die 1548, 1551 und 1552 erschienen.

Der Autor, Professor für Kirchengeschichte an der Universität Helsinki und spezialisiert auf das – außerordentlich quellenarme – finnische Mittelalter und das – quellenmäßig schon bedeutend besser belegte – Jahrhundert der Reformation, hat Anfang der 1990er Jahre bereits drei ganz ähnlich aufgebaute Werke über Agricolas Quellen und Übersetzungstechnik bei den Summarien und Glossen zu den Psalmen und bei den Summarien zu den (übrigen) alttestamentlichen Texten (1993) sowie über Agricolas handschriftliche Randbemerkungen in dem von ihm benutzten Psalter von Johannes Bugenhagen veröffentlicht.¹ Nunmehr also folgt, etwas breiter angelegt, die Untersuchung von Vorlagen und Übersetzungstechnik bei den eigentlichen Bibeltexten.

Agricola war bemüht, alle erreichbaren Texteditionen und Übersetzungen zum Vergleich heranzuziehen. Das „Rucouskiria“ („Gebetbuch“) von 1748 folgt bis zum Namen hin dem Vorbild der „Preca-tiones biblicae“ von Otto Brunfels. Bei der Übersetzung der alttestamentlichen Texte stützte sich Agricola aber bevorzugt auf die schwedische Lutherübersetzung, allerdings mit der Vulgata und der deut-

¹ Simo Heininen, Mikael Agricolan salmisummaariot. Helsinki 1992; ders., Mikael Agricola Vanhan testamentin summaariot. Helsinki 1993; ders., Mikael Agricolan psalmtarin reunahuomautukset. Helsinki 1994.

schen Lutherübersetzung (vornehmlich derjenigen von 1541) stets im Hintergrund. Neben der Vulgata sind auch Einflüsse von Sebastian Münsters neuer lateinischer Übersetzung des hebräischen Urtextes von 1534 erkennbar. Der in derselben Ausgabe enthaltene hebräische Text hinterließ keine Spuren. Die Übersetzungsarbeit war also von Agricolas und seiner Mitarbeiter abgestufter sprachlicher Kompetenz abhängig. Vielleicht mehr auf Eile war es zurückzuführen, dass manchmal dieselben Stellen zweimal übersetzt wurden, wenn der lateinische und der luthersche Text sich allzu stark unterschieden. Der Psalter Davids und die „*Weisut ia ennustoxet*“ („Lieder und Prophezeiungen“) von 1551 sowie der ein Jahr später erschienene Nachtrag zu letzterem Werk mit einigen weiteren Prophetentexten folgen in Auswahl und Textgrundlage dem Psalter von Johannes Bugenhagen. Soweit Auszüge aus dem Alten Testament im Gebetbuch von 1548 bereits einmal veröffentlicht worden waren, schrieb Agricola seine alten Übersetzungen fort, lehnte sich dabei aber jetzt stärker an die lutherische Tradition (d.h. die schwedische und deutsche Lutherübersetzung) als an die lateinischen Editionen an.

Agricola hatte mit der Übersetzung des Neuen Testaments schon Anfang der 30er Jahre des 16. Jahrhunderts, also vor seinem Studienaufenthalt in Wittenberg, begonnen und sie spätestens 1543 abgeschlossen. Zu einer Veröffentlichung ist es aber nie gekommen. Auch übernahm er die Texte seines Manuskripts keineswegs unverändert in die Auswahl des Gebetbuchs. Die Veränderungen gingen – wie bei den alttestamentlichen Übersetzungen – deutlich in Richtung einer Anlehnung an die lutherische Tradition, wie sie in der schwedischen und deutschen Lutherbibel vorlag. Als Ergebnis der Glossen- und Summarienuntersuchungen der früheren Bände bleibt noch zu erwähnen, dass Agricola in Ermangelung des Gegners die antikatholische Polemik seiner Quellen erheblich abmildert.

Das Buch ist wie seine Vorgänger über weite Strecken eine synoptische Zusammenstellung von Quellentexten mit tabellarischen und in Worte gefassten Aufbereitungen der Herkunftsbeziehungen der einzelnen Textstellen. Was man aber vergeblich sucht, ist die Interpretation. In den Summarienwerken von 1992 und 1993 hatte es noch geheißen, dass eine Untersuchung von Agricolas eigenen theologischen Auffassungen erst in Frage kommen könne, wenn die Quellen seiner Gedanken geklärt seien. Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Mit der Untersuchung der Textgrundlagen von Bibelstellen hat sich der Autor ein Stück weit von der früher angedeuteten Absicht entfernt. Auch zentrale Kategorien, über die seit mehr als zwei Jahrzehnten in der

Reformationsforschung diskutiert werden, wie Konfessionalisierung, frühmoderner Staat oder Sozialdisziplinierung, vermisst man, obwohl die Ergebnisse von Simo Heininens Arbeiten doch geradezu danach zu rufen scheinen.

Hermann Beyer-Thoma, München

Simo Heininen, Markku Heikkilä, Kirchengeschichte Finnlands. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002, 239 S., 5 Karten, 2 Abbildungen.

Der Kirchenhistoriker Manfred Heim gab eine schöne Beschreibung von dem Gegenstand, den es für Vertreter der Kirchengeschichte wie Simo Heininen und Markku Heikkilä zu untersuchen gilt, als er im Jahre 2000 in der Einleitung seiner „Einführung in die Kirchengeschichte“ schrieb: „Kirche ist eine geschichtliche, von Ereignissen geprägte Größe, jedoch nicht zu verstehen als ein (...) vor zweitausend Jahren fertiggebautes Schiff...“¹

Um den langen Weg der finnischen Christenheit – von den Kreuzzügen gegen die heidnischen Finnen über die Reformation und das ABC-Buch Michael Agricolas, über das Ende der Schwedenzeit und den Beginn der Zarenherrschaft, hin zu der in der Verfassung von 1919 festgeschriebenen bekenntnismäßigen Neutralität des finnischen Staates, bis zur Gegenwart des Landes und seiner sich wandelnden Kirche – besser zu verstehen, dafür schafft das 2002 auf Deutsch erschienene Buch zur finnischen Kirchengeschichte von Simo Heininen und Markku Heikkilä eine gute Grundlage.

Das Buch ist, so die beiden Kirchenhistoriker, als eine „aktuelle, anschauliche Information über die Geschichte Finnlands und des Christentums sowie über die Wirkung der Kirche auf die finnische Gesellschaft und Kultur“ zu lesen. Erschienen ist der Band beim Göttinger Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, der einen seiner Veröffentlichungsschwerpunkte ganz deutlich auf die Kirchengeschichte legt. Hier fin-

¹ Manfred Heim, Einführung in die Kirchengeschichte. München 2000, Einleitung.

den auch, mittlerweile schon fast traditionell, Veröffentlichungen zur finnischen Kirchengeschichte ihren Platz.²

Auch die beiden Professoren der Universität Helsinki, Heininen und Heikkilä, waren vor der 2002 erschienenen Übersetzung ihres Überblickes zur finnischen Kirchengeschichte auf dem deutschen wissenschaftlichen Bücher- und Zeitschriftenmarkt als Autoren tätig. Vom Professor für Praktische Theologie Markku Heikkilä wurde zum Beispiel „Die europäische Baukultur im Spiegel finnischer Kirchen“ im „Internationalen ökumenischen Jahrbuch für Theologie“ 1996 veröffentlicht. Der Professor für Kirchengeschichte Simo Heininen schrieb das 1980 in Finnland auf Deutsch erschienene Buch „Die finnischen Studenten in Wittenberg in den Jahren 1531–1552“, und 1996 erschien Heininens Beitrag „Die deutsche Reformation in der finnischen Forschung“ in dem Band „Finnland und Deutschland, Forschungen zur Geschichte der beiden Länder und ihrer Beziehungen“. Weder die finnische Kirchengeschichte noch die beiden Autoren Heininen und Heikkilä sind also Neulinge auf dem deutschen Büchermarkt.

Das vorliegende Buch der beiden Wissenschaftler ist in neun Kapitel gegliedert und bietet in chronologischer Folge einen Überblick über die zentralen Ereignisse der finnischen Kirche, ihren Einfluss und ihr Wirken auf die Kultur und Gesellschaft des Landes. Die Kapitel, die sich an der Periodisierung der politischen Geschichte des Landes orientieren, berücksichtigen aktuelle Diskussionen der finnischen Kirchenhistorie, ohne dabei ältere Sichtweisen und Theorien zu vergessen. Brennende Fragen der jüngeren Vergangenheit, wie etwa die Rolle von Pastoren in der rechtsradikalen Lapua-Bewegung der Vorkriegszeit, finden genauso ihren Platz wie die Bischofschronik Juustens oder die Vorwürfe J.V. Snellmanns und die Kritik Elias Lönnrots an der Erweckungsbewegung. Aber auch wer etwas zur Gegenwart, der Struktur und gesellschaftlichen Rolle der finnischen Kirchen, hauptsächlich der lutherischen Mehrheitskirche erfahren möchte, ist mit dem Werk von Heininen und Heikkilä gut bedient.

Insbesondere die gelungene Darstellung der Erweckungsbewegungen in Finnland, aber auch die Porträts einzelner Persönlichkeiten der finnischen Kirchengeschichte sind hervorzuheben. Zwei Schwarz-Weiß-Abbildungen, vier Karten und eine Tabelle zur Religionszuge-

² So wurden, um zwei Beispiele zu nennen, bereits veröffentlicht: Geert Sentzke, *Die Kirche Finnlands*. Göttingen 1935; Eino Murtorinne, *Die finnisch-deutschen Kirchenbeziehungen 1940–1944*. Göttingen 1990.

hörigkeit unterstreichen den sachlich-schlichten Stil der Publikation, die im Anhang noch eine Quellen- und Literaturliste, ein Namensregister und ein Ortsregister sowie eine komplette Liste der Erzbischöfe in Finnland von 1157 bis 1998 beinhaltet.

Es handelt sich um ein aktuelles Werk zur Geschichte der finnischen Christenheit, das auch für die breite Leserschaft geschrieben wurde. Dies gilt für Finnland und – mit kleinen Einschränkungen – für die deutschsprachigen Leser, denn diese müssen über ein zumindest skizzenhaftes Vorwissen verfügen. Die Verwendung des Ausdrucks „unser Land“ am Ende des Werkes gibt meinen Eindruck ganz gut wieder; hier möchte jemand die Kirche seines Landes vorstellen. Für falsch erachte ich die Übersetzung des Titels der kirchlichen Zeitung „Kotimaa“, auf Deutsch „Vaterland“; richtig wäre der Titel „Heimat“. Ein kleiner Schnitzer ist beim Lektorat unterlaufen; die Übersetzung der rechtsextremistischen finnischen „Isänmaallinen kansanliike“ (IKL) mal mit „Patriotische Volksbewegung“ (S. 203), mal mit – durchaus korrekt – „Vaterländische Volksbewegung“ (S. 196). Was besser hätte gemacht werden können, sind die im Vorwort versprochenen und im Text auch gebotenen Quellen, die leider beim Zitieren ohne nähere Angaben stehen bleiben. Die Quellen- und Literaturliste im Anhang scheint da auch nur einige Lücken zu schließen. Insgesamt tut dies dem Werk keinen Abbruch, der Text ist flüssig, der Übersetzer Matthias Quaschnig-Kirsch hat gute Arbeit geleistet, die Autoren sind fachlich kompetent und bewandert, verfügen über internationale Erfahrungen auch und gerade im Schreiben zu Themen aus der finnischen Kirchenhistorie.

Ralf Müller, Hamburg

Martin Kaufhold, Europas Norden im Mittelalter. Die Integration Skandinaviens in das christliche Europa (9.–13. Jh.). Darmstadt: Primus Verlag 2001, 176 S.

Die Faszination der Wikingerzeit hält bis in die heutige Zeit an. Sie gilt als eine besondere Epoche in der Geschichte Nordeuropas und umfasst etwa den Zeitraum von 750 bis zur Mitte des 11. Jahrhunderts. In dem Spannungsverhältnis zwischen den Wikingern als wilden Bar-

baren und den Wikingern als Kulturträgern liegt vielleicht eine der Hauptursachen für das dauerhafte Interesse an den Wikingern und ihrer Welt. Neuere Werke in deutscher Sprache, die hier einen Überblick geben könnten, sind leider rar. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass der junge Heidelberger Historiker Martin Kaufhold Abhilfe schaffen will. Sein Buch liefert aber keinen breiten Überblick, sondern verfolgt die Integration bzw. das Hineinwachsen Skandinaviens in das christliche Europa bis in das 13. Jahrhundert hinein. Es geht konkret um die Frage der europäischen Integration von den Karolingern bis ins skandinavische Hochmittelalter im 13. Jahrhundert (dem beginnenden Spätmittelalter in Deutschland!).

Das Leitthema wird konsequent verfolgt. In der Einleitung definiert Kaufhold bewusst, aber leider zu kurz und ohne konkrete Aussagen, sein Verständnis von Europa: „eine Wertegemeinschaft, mit einem ähnlichen Verständnis von politischer, religiöser und rechtlicher Ordnung“ (S. 10). Europa wird hier als Westeuropa mit Papst- und Kaisertum definiert. Eine tiefere Diskussion über Europa und dessen Grenzen wäre durchaus lohnenswert gewesen, besaßen die Skandinavier und deren Königshäuser doch bis zum Ende der Wikingerzeit Kontakte nach Novgorod und Kiev. Gerade die Wikinger trieben Handel mit Byzanz, einige dienten auch in der Warägergarde des Kaisers. Diese lange währenden Beziehungen zeigen deutlich, dass es noch bis zum Beginn des Hochmittelalters in Nordeuropa und speziell in Schweden und Finnland selbstverständlich war, sich in Richtung Osten zu orientieren. Diese Linie in Verbindung mit einer Reihe neuerer Forschungsergebnisse (u.a. Jukka Korpela, Christian Lübke und John Lind) lässt Martin Kaufhold jedoch unberücksichtigt.

Die Darstellung des Verfassers beginnt mit den ersten Missionen aus dem Fränkischen Reich und denen des hl. Ansgar – seinen Reisen nach Dänemark (Haithabu 826) und ins schwedische Birka. Im Jahre 826 wurde der dänische König Harald Klak in Mainz getauft. Taufpate war der Kaiser. Die Missionierung Dänemarks begann, für die neuen Gebiete war aber kein eigenes Erzbistum geplant, sondern die Bischofssitze sollten vom neuen Missionserzbistum Hamburg-Bremen (gegr. 863) abhängig sein. Kaufhold betont, dass dies trotz Rückschlägen das Konzept für die kirchliche Aufteilung des Nordens in den ersten 300 Jahren war.

Das nächste Kapitel beschäftigt sich mit den frühen Wikingerüberfällen, die mit dem Angriff auf das Kloster Lindisfarne in Northumbria 793 einsetzten. Die Raub- und Plünderungszüge nahmen zu und griffen vor der Mitte des 9. Jahrhunderts auch auf das Franken-

reich über. Die Verteidigungsmöglichkeiten der Einwohner waren begrenzt. Auf die Kolonisationsgebiete in England, Danelagen und besonders die Normandie in Nordfrankreich geht Kaufhold in diesem Kapitel ausführlich ein. Der Normannen-Herrscher Rollo und seine Nachfolger wurden innerhalb weniger Generationen ins fränkische Reich integriert. Bereits in der Mitte des 11. Jahrhunderts war die Normandie ein Teil des christlichen Europa geworden.

Die Gründe für die Wikingerzüge erklärte die frühere Forschung oft mit Bevölkerungswachstum, Erbstreitigkeiten und sogar einer Klimaverschlechterung. Kaufhold lehnt diese Aspekte ab, spricht stattdessen von Neugier, Abenteuer und lohnenden Zielen. Soziale und psychologische Momente wie z.B. Ruhm, Ehre und Reichtum werden auch mit einbezogen. Wichtiger wäre an dieser Stelle eine Diskussion über den Beginn der wikingischen Handels- und Plünderungsfahrten parallel zur Entstehung von Handelsplätzen und proto-urbanen Städten im Ostseeraum gewesen. Viele Forschungsergebnisse bestätigen einen frühen Handel von der Mitte des 8. Jahrhunderts an.

Das nächste Kapitel befasst sich mit den entstehenden skandinavischen Königreichen und deren Christianisierung im 10. und 11. Jahrhundert. Der überlieferte Reisebericht des Ottar von Hålogaland/Nordnorwegen gibt eindrucksvolle Einblicke in die damalige politische Geografie. Die Reichssammlung in Norwegen und die Christianisierung werden leider unzureichend behandelt. Gleiches trifft auf Schweden zu, wo die Volksstämme der Svear und Götar erst spät vereint wurden. In dem Abschnitt über die dänischen Jellinge-Könige von Gorm dem Alten bis zu Knud dem Großen († 1035) betont Kaufhold vor allem die christliche Bekehrung Harald Blauzahns und die bekannte Inschrift auf dem großen Runenstein von Jellinge.

Ein spezieller Abschnitt ist der wikingischen Expansion im Nordatlantik gewidmet. Von Island aus zogen Siedler unter Erik dem Roten noch vor der Jahrtausendwende nach Grönland und ließen sich an der Westküste nieder. Von hier aus erreichten sie das nordamerikanische Vinland. Diese Reisen blieben aber fast ohne Folgen, „die auf Europa oder auch nur auf den Norden Europas zurückwirkten“ (S. 62). Es kam zu keiner dauerhaften Besiedlung. An dieser Stelle fehlt eine Diskussion über den Namen „Vinland“ als „Weidenland“ oder „Weinland“. Warum es nicht zu dauerhaften Kolonien in der neuen Welt kam, bleibt ebenfalls offen. Vinland führt überdies zu der Frage, warum die wikingischen Beziehungen zu Russland und Osteuropa, die sich über Jahrhunderte erstreckten und deutliche Spuren in Form

von arabischem Silber und Waren hinterlassen haben, nicht erörtert werden.

Um das Jahr 1000 erreichte die Expansion der Wikinger ihren Höhepunkt. Die Argumentation Kaufholds, der die Wikingerzeit mit dem Tode Knuds des Großen enden lässt und nicht 1066, wie traditionell behauptet wird, hat ihre Berechtigung. Ob man jedoch das Ende der Wikingerzeit auf 1035, 1042 oder 1066 datiert – klar ist in jedem Fall, dass die Regierungszeit Knuds des Großen und das Ende der Wikingerzüge nach England den Übergang zum Hochmittelalter darstellen. Der bedeutende englisch-dänische König pflegte intensive Kontakte zu Rom und dem Kaiser. Dies ist ein Zeichen für die zunehmenden Beziehungen zu Europa. Kaufhold argumentiert ganz richtig, dass der Integrationsvorgang erkennbare Folgen hinterließ und im 11. Jahrhundert eine gemeinsame europäische Grundlage schuf.

Mit Island am Rande des hochmittelalterlichen Europa beschäftigt sich der Verfasser vor allem unter Einbeziehung der Sagas mit der Kolonisation und Bebauung des Landes in der Landnahmezeit ca. 870–930. Bis zum Jahre 1263 besaßen die Isländer keinen König. Streitfragen wurden auf dem Althing und auf unteren Ebenen entschieden. Im Jahre 1000 bekannten sich die Isländer zum Christentum und schafften damit den Anschluss an das christliche Europa. Ihren ersten Bischof mit Sitz in Skalholt erhielten sie rund 50 Jahre später.

Die folgenden Kapitel setzen sich mit dem Ringen um die kirchliche Hegemonie im Norden in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts, dem Aufbau eigenständiger Kirchenstrukturen und der christlichen Herrschaft im 12. Jahrhundert auseinander. Klar treten die starken Unterschiede im Norden und die verschiedenen Entwicklungen in den drei skandinavischen Ländern hervor. Die Betonung liegt hier besonders auf der Rolle des Erzbistums Hamburg-Bremen und der Kirchengeschichte Adam von Bremens als beste Quelle für die Verhältnisse im Norden. Die skandinavische Kirche emanzipierte sich langsam, was vor allem an der Entwicklung der Bistumsstrukturen erkennbar ist.

Der Wunsch der nordischen Kirche nach einem eigenen Erzbistum erfüllte sich erst eine Generation später. Das Ende der Hegemonie der Erzbischöfe von Hamburg-Bremen über die nordische Kirche bedeutete aber keineswegs den Beginn der Eigenständigkeit für die Kirchen in Norwegen und Schweden, denn an die Stelle des hamburgischen trat ein dänischer Erzbischof. Lund wurde 1104 zum Erzbischofssitz erhoben und stand in den folgenden Jahren als Metropole der ganzen

nordischen Kirche einschließlich Norwegen, Island und Schweden vor.

Mit dem Erzbistum Lund erlangte der Norden im 12. Jahrhundert seine kirchliche Eigenständigkeit. Dies war eine päpstliche Anerkennung der bedeutenden Fortschritte in der Christianisierung Nordeuropas, verpflichtete aber auch zum weiteren Ausbau der kirchlichen Organisation als Basis für eine solide christliche Kultur. Kaufhold ist in diesem Kapitel ein instruktiver Überblick gelungen. Die Entwicklung wird anhand zentraler Themen wie der verstärkte päpstliche Einfluss auf den Norden, die Etablierung des kanonischen Rechts und die Festigung der Königsmacht im Laufe des 12.–13. Jahrhunderts herausgearbeitet.

Unter der Überschrift „Zwischen gleicher Augenhöhe und ausgeprägter Hierarchie“ werden die europäischen Ausgleichsvorgänge des Nordens (dänische Eroberungspolitik und Christianisierung im Baltikum, schwedische Reichssammlung, starkes norwegisches Königtum im europäischen Vergleich) hervorgehoben. Kennzeichnend für Dänemark ist die Großmachtzeit im Ostseeraum bis zur Schlacht bei Bornhöved 1227 und der Kampf zwischen Königtum und Kirche. Der König stellte sich gegen den Erzbischof – die Kirche operierte mit Exkommunikation und Interdikt. Im Vergleich zu Dänemark und Norwegen vollendete der schwedische König sein Streben nach Machterweiterung in seinem Herrschaftsgebiet erst später. Eine eigene Kirchenprovinz erhielt Schweden 1164 und konnte dadurch die Verbindungen nach Finnland und ins Baltikum ausbauen. Spätestens Mitte des 13. Jahrhunderts begann der Aufbau des Königtums Schweden nach europäischem Modell. Am deutlichsten lassen sich diese europäischen Umgestaltungsprozesse in Norwegen unter König Håkon als herausragender Persönlichkeit (1247 in Bergen gekrönt) beobachten. Dieser zwang u.a. zwischen 1262 und 1264 die Isländer zur Anerkennung seiner Herrschaft. Der Handel Nordeuropas mit den Hansestädten florierte. Städte wie Bergen, Stockholm und Kopenhagen wurden bedeutende Umschlagplätze. Der hansische Handel unter der Führung Lübecks konnte sich ab 1250 mehr und mehr vom Ostsee- bis in den Nordseeraum hinein verbreiten. Diese Wirtschafts- und Kommunikationsstrukturen wurden – wie Kaufhold formuliert – in den folgenden Jahrhunderten zu einem wichtigen Faktor der Integration. Es entstand ein großer nordeuropäischer Wirtschaftsraum, der sich von Russland im Osten bis nach Flandern und England im Westen und Norwegen im Norden erstreckte.

Auch wenn die drei skandinavischen Staaten im Hochmittelalter auf diese Weise in das Ordnungssystem des mittelalterlichen Europa integriert wurden, konnten sie sich nicht aus ihrer europäischen Randlage lösen. In der Frage der Integration bleibt Kaufhold realistisch. Der Prozess der nordischen Orientierung in Richtung Europa benötigte mehr als 300 Jahre. Ob Neugier auf das Unbekannte hier wirklich maßgebend war (S. 166), ist zu bezweifeln. Die skandinavischen Gründe lassen sich vielmehr in einer Reihe ideologisch-politischer, ökonomischer und kultureller Impulse und Vorbilder finden.

Martin Kaufhold bezeichnet sein Buch als einen Essay – die markanten Linien der Entwicklung hin zu einem gemeinsamen europäischen Ordnungssystem seien „ein großes Thema für ein kleines Buch“ (S. 9). Selbstverständlich ist eine Beleuchtung aller Aspekte nicht möglich. Eine tiefere Darstellung u.a. der Reichssammlung der nordischen Länder, des Einflusses der angelsächsischen auf die norwegische und schwedische Kirche und der Kontakte ins Baltikum und nach Russland (Kiever Rus') wäre lohnenswert gewesen. Dem Quellenverzeichnis sind viele zentrale Quellenwerke zu entnehmen, was positiv zu werten ist. Die Literaturliste hingegen ist leider zu kurz, viele neue bedeutende Publikationen der Forschung speziell aus Nordeuropa sucht man vergeblich. Deren Existenz ist dem Autor offenbar nicht bekannt.

Schon das Fehlen mehrerer skandinavischer Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte¹ untermauern den Eindruck, dass diese Publikation wichtige Präzisierungen vermissen lässt und die Entwicklung im Norden eher aus alter westeuropäischer Perspektive betrachtet. Trotz dieser kritischen Anmerkungen bietet das Buch einen interessanten Überblick über die Geschichte Nordeuropas vom 9. bis zum 13. Jahrhundert, arbeitet die wichtigsten Entwicklungslinien heraus und befasst sich eingehend mit der Integration des Nordens in das christliche Europa. Das Buch ist sowohl für Kenner der nordischen Geschichte als auch für den interessierten Laien lesenswert.

Jens E. Olesen, Greifswald

¹ Vgl. u.a. Haja Hagerman, *Spåren af kungens män. Om när Sverige blev ett kristet rike i skiftet mellan vikingatid och medeltid*. Stockholm 1996; *Norden og Europa i vikingetid og tidlig middelalder*, Red. v. Niels Lund. Kopenhagen 1994; *Viking og Hvidekrist. Norden og Europa i den sene vikingetid og tidligste middelalder*, Red. v. Niels Lund. Kopenhagen 2000; Ole G. Moseng, Erik Opsahl, Gunnar I. Pettersen, Erling Sandmo, *Norsk historie I (750–1537)*. Oslo 1999; Peter Sawyer, *The Making of Sweden*. Alingsås 1999; Preben Meulengracht Sørensen, *Saga og samfund*. Viborg 1977.

Hans-Günter Leder, *Johannes Bugenhagen Pomeranus – Vom Reformator zum Reformator*. Studien zur Biographie, hrsg. v. Volker Gummelt. Frankfurt a.M.: Verlag Peter Lang 2002, 438 S. (Greifswalder theologische Forschungen. 4); Ernst Volk, Dr. Pommer Johannes Bugenhagen – der Reformator im Norden. Gr. Oesingen: Verlag der Lutherischen Buchhandlung H. Harms 1999, 205 S., Abbildungen (Zahrenholzer Reihe. 28).*

Johannes Bugenhagen was one of the Wittenberg reformers who, through personal presence, played an important role in the Reformation of the Church in as well as outside Wittenberg. Not much is known about his childhood and youth apart from his being born in June 1485 in Wollin (Wolin) in Pomerania. At the beginning of the 16th century he was matriculated at the Artes-faculty at the University of Greifswald which he seems to have left without a degree. A few years later we meet him at the town-school of Treptow (Trzebiatow), at which he served as headmaster for several years. Following his ordination in 1509 he also taught at the Premonstratensian monastery of nearby Belbuck. In 1521 he left for Wittenberg, where he quickly was drawn into the circle surrounding Luther and Melanchthon. Two years after his arrival he was called as parish priest at Stadtkirche in Wittenberg, an office he kept until his death. At approximately the same time as his calling he started to teach at the University of Wittenberg, where he became a professor after being promoted Doctor of Theology in 1533. During the years 1527–1539, Bugenhagen spent a considerable time outside Wittenberg working on the introduction and the implementation of the new church ordinances in Northern Germany and in Denmark. Apart from shorter trips abroad, the remaining 19 years of his life were spent in Wittenberg, where he died in April 1558.

Two books about Bugenhagen have been published lately, one by Hans-Günter Leder and one by Ernst Volk.

Leder's book is a collection of twelve articles, of which eight have been published before (1984–1995) either in other composite works or in periodicals; these articles have been reprinted without any corrections or additions. The remaining four articles, probably written in the 1990s are appearing for the first time. The collection, in which the articles are placed chronologically according to the life of Bugenhagen, begins with a description of his life from birth to death, a sort of short

* Redaktion durch Mark Hatlie, Tübingen.

biography. Eight of the articles are concerned with shorter periods in the life of Bugenhagen: the time of study in Greifswald, his years in Treptow, his calling as parish priest and daily life in Wittenberg, including his activity as a preacher as well as a teacher at the university, in the years 1532–1534. Four articles describe Bugenhagen's contribution in establishing the Reformation in Braunschweig, Hamburg, Pomerania and Denmark (including Schleswig-Holstein); here the reader gains insight into Bugenhagen's negotiations with the local authorities, his contribution to the written church ordinances, and the general visitations that in most cases followed the sanctioning of the church ordinances. Of the remaining three chapters, one is concerned with Bugenhagen's "historical" treatise "Pomerania", while another analyzes the sources behind the anecdote about Bugenhagen's "conversion" to Lutheranism. The final chapter describes the relationship between Bugenhagen and the Danish king, Christian III.

As it is a collection of articles written over a number of years, repetitions as well as gaps in the lifespan of the main character are unavoidable, a condition that the author, however, is not to be blamed for.

The articles are in most cases organized as a painstaking description of the course of events during a specific period in Bugenhagen's life. In the chapters about "Pomerania" and the daily life in Wittenberg the reader, however, gains a limited insight into the writings of the reformer. Leder is very detailed in his descriptions, no stone is left unturned. It seems as if every question asked by other scholars in their studies is meticulously considered. Thus, the literature to which Leder refers is more often than not written by other scholars rather than the 16th century sources. One exception, however, are the letters written by Bugenhagen, from which Leder quotes very often.

Breaking this general pattern of composition is, however, the article on "Bugenhagens reformatorisches Wirken in Dänemark" from 1991, but the reason is not any lack of other books or articles. Admittedly, there is only one short article (written in 1987/88 by the late professor Niels Knud Andersen) in which a description and analysis of the time Bugenhagen spent in Denmark is the main subject, but there is a rich literature in Danish about the Reformation, Christian III, and the reestablishment of the University of Copenhagen, with one article of more than 100 pages from 1860–1862 by C.T. Engelstoft on the Danish Church Ordinance. This is still one of the best sources and creates a rather detailed account of the works by Bugenhagen during the years 1537–1539. Leder has not used this literature, so it is not quite

true when he claims that studies in German as well as in Danish on this subject are still lacking.

There is no doubt that for Leder Bugenhagen is “hero” figure – almost flawless: he was among the “überragenden Persönlichkeiten der Reformation”, he endowed the Danish Church and the University of Copenhagen with an inalienable reformatory character, to name just a few examples. Leder’s assessment of Bugenhagen’s importance, by the way, moved Volker Gummelt to characterize Bugenhagen as the “Begründer lutherischen Kirchenwesens im Norden Deutschlands und in Dänemark”, in the introduction to the collection, a statement, which, I am sure, will surprise German as well as Danish scholars of 16th century Reformation history a bit.

Leder’s praise of Bugenhagen does sometimes seem slightly exaggerated. It is often presented as an assertion without documentation rather than forming the conclusion of an account in which the contribution made by Bugenhagen – in relation to others – is clearly uncovered. It also makes the author reprove not only modern historians but also Bugenhagen’s contemporaries. Leder does not approve of historians who judge Bugenhagen less favourably than he does: they are, for example, accused of judging Bugenhagen with the lofty standards of modern times. Furthermore, he is not too pleased that some historians seem to have focused on Bugenhagen’s love of food, a fact that seems to derive from the name “Speckesser”, which Christian III used to address Bugenhagen in a letter from January 1542. Whatever the reason behind the use of this nickname, the letters by Bugenhagen and the contemporary portraits reveal that he did not forsake the pleasures of the table, which – in my opinion – not only makes him more human but also more interesting as a human being. On some occasions Bugenhagen was criticized by his contemporaries: among these were the Danish superintendents (bishops) who accused him of not having backed them up sufficiently in their struggle for better financial circumstances. Later on, when Moritz of Saxony had been declared Elector, Bugenhagen was accused of being disloyal to his patron of many years, the former Elector Johann Friedrich. Leder tries to explain away these – possible – flaws in Bugenhagen’s character with statements like: it was beyond Bugenhagen’s ability, his loyalty was placed elsewhere, he was a realist etc. Throughout most of his life, Bugenhagen demonstrated a certain inclination to support the most powerful party in a dispute, usually the secular authority so there is, in my opinion, little reason to exonerate him. That is, if one should

adopt a moral assessment on events that took place or persons who lived more than 450 years ago at all.

At the centre of the story, or rather the myth, about Bugenhagen's "conversion" to Luther and his teachings is the anecdote about the dinner party in 1520 in the house of the Treptow parish priest Otto Slutow, at which Bugenhagen is supposed to have been presented with a copy of Luther's "De captivitate Babylonica". According to the story, Bugenhagen is supposed to have rejected Luther's opinions out of hand and declared him a heretic. Then, according to the legend, later on, having read the book, he became convinced that Luther was right, and that conviction was the main reason for his move to Wittenberg the following year. Leder submits this story to a minute examination and through this he reveals the oldest sources behind it. There is, however, still a gap of 60-70 years between the time of the event and the dating of the oldest written source, a fact that in itself makes the story less interesting in a description – coherent or fragmentary – of the life of Bugenhagen. My main objection to including the article in this collection is, however, that the author's primary concern is the transmission of tradition at Daniel Cramer and David Chyträus respectively. This article does belong in a book about either of these two, but not in a book about Bugenhagen.

The very same anecdote surfaces in the book by Ernst Volk as well, in this case as the introductory chapter, in which the event is described in a language that would have deserved the headline "It was a dark and stormy night..." and not "Von Erasmus zu Luther". The rest of Volk's book follows more or less the normal pattern of a biography: we follow the main character from birth to death. That is: the book is just as much a description of the development of the Lutheran Reformation with Bugenhagen as one of many actors – sometimes he almost disappears in the confusion of persons – as a biography proper.

In his description of, especially, Bugenhagen's participation in the drawing up of the different church ordinances, Leder focuses very much on Bugenhagen's administration. This is not an aspect that interests Volk very much, only the Pomeranian and the Danish ordinances are the subjects of closer inspection. Instead he focuses on another aspect, the fact that Bugenhagen was a theologian. With the theological discussions and disputes of the early 16th century as the main background, he mentions several of Bugenhagen's treatises, including those on pastoral theology, as well as making some of these the subject of more detailed description and analysis. In this way, Volk has taken the preliminary steps towards a more coherent treatment of the theo-

logy of Bugenhagen in which a development can be seen, also known from some of his contemporaries: a theology that develops from a Erasmian humanism and wish for reform to a theology that reflects that of Luther.

Unfortunately the book is marred by several factual errors. For example, the Pomeranian "history" by Bugenhagen is misnamed "Pommeriania" in the text, while the correct title (Pomerania) is listed in the bibliography at the back of the book. The worst and the most errors are, however, to be found in the chapter about Bugenhagen's work as a reformer in Denmark and Schleswig-Holstein. The later Danish king, Christian III, was not yet duke of Schleswig-Holstein when he in 1521 attended the Diet of Worms, and Christian was not acclaimed king in 1533 and not at all in Schleswig. It is actually one of the points of the history of the Reformation in Denmark that no acclamation took place that year. According to Volk, one of the Danish reform-theologians, Christiern Pedersen, reached the amazing age of 124 years! And it is beyond my comprehension as to why the town of Hadersleben/Haderslev in southern Jutland is consistently referred to as Hardersleben/Harderslev. To a Danish reader these errors are annoying, but some of them could be forgiven, were the information not available in German. However, it is – Hadersleben was even part of Germany for more than 50 years. Thus, the book is occasionally marked not only by slipshod preparation but also by negligent proof-reading.

Naturally, Bugenhagen is also the "hero" in Volk's book, but the praising adjectives are fewer than in the book by Leder. At one point, however, the enthusiasm runs away with the author. In a commentary to Bugenhagen's Gospel harmonies, among which his Passion harmony is still the best known, Volk proclaims that Bugenhagen was not overshadowed by his two Wittenberg colleagues, Luther and Melanchthon. But – it was the theology of Luther, that was the direct cause of the establishment of the Evangelical-Lutheran Church, and it was the theology of Melanchthon that struck the tone of that Church for most of the second half of the 16th century – not the theology of Bugenhagen.

The books by Leder and Volk are, in spite of their common subject, very different in both content and appearance. The book by Volk has the size of a diary, easily slipped into your pocket. The language flows much more easily in Volk's book, there are fewer details and only a fraction of the footnotes found in Leder's book. It is evident that the two books are aimed at different target groups, Leder's first of all at

scholars of History or of Church History, while Volk has written his book with the interested but not necessarily university educated reader in mind. The only common feature seems to be a common wish by the authors to make Bugenhagen known to a broader audience. Both authors regard Bugenhagen – if the prefaces are to be believed – as a person disregarded in the existing literature on the Reformation, a point of view with which I disagree. He might not be the main character, but in the countless books and articles on Reformation history and theology published just during the last 50 years, both in Germany and in Denmark, Bugenhagen is a far from unknown figure.

One question to be asked is: Do these two books contain any new knowledge? Leder collects all known details in the chosen periods of Bugenhagen's life and work and presents these to the reader – the novelties are to be found in these details. In spite of the factual errors, Volk presents not only an insight into the theology of Bugenhagen, a subject that up till now is not too well researched, but also an insight into the development of his theology as it can be discerned from his earliest writings to the latest.

Paradoxically, because Volk is dealing with Bugenhagen's ideas and their development, the subtitle of the book by Leder "Vom Reformator zum Reformator" would have been a far better choice than the book's own "Der Reformator im Norden" – and vice versa.

Louise Lillie, København

Heinrich Lutz, Reformation und Gegenreformation. 5. Aufl., durchgesehen u. ergänzt v. Alfred Kohler. München: R. Oldenbourg Verlag 2002, 288 S. (Oldenbourg Grundriss der Geschichte. 10); Johannes Burkhardt, Das Reformationsjahrhundert. Deutsche Geschichte zwischen Medienrevolution und Institutionenbildung 1517–1617. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 2002, 244 S.

Auf dem deutschsprachigen Buchmarkt liegen mehrere einflussreiche und handbuchartige Veröffentlichungen zur Epoche der Reformation und Konfessionalisierung vor, die dem wissenschaftlichen Publikum eine problemorientierte Einführung in die Forschungsdiskussionen bieten. Im Folgenden soll anhand von zwei repräsentativen und häufig benutzten Darstellungen gefragt werden, welches Wissen vermit-

telt und wie der aktuelle Forschungsstand vorgestellt wird. Zweitens wird nachgefragt, was der Leser über den Ostseeraum und Nordosteuropa, unbestritten Kernregionen einer reformatorischen Veränderung, erfährt.

Ausgewählt wurden Heinrich Lutz' erstmals 1979 erschienene und in fünfter Auflage von Alfred Kohler ergänzte Darstellung, die zudem in der in jeder wissenschaftlichen Bibliothek vorhandenen Reihe „Grundriss der Geschichte“ erschien, sowie Johannes Burkhardts 2002 erschienene synthetische Darstellung des Reformationsjahrhunderts 1517–1617, laut Klappentext eine Bilanz der gesamten Reformationsgeschichte als Medienereignis. Gemeinsam ist beiden Darstellungen, dass sie als repräsentativ für fortdauernde Tendenzen der deutschen Reformations- und Reichsforschung gelten können. Es trennt sie die Perspektive auf das konfessionelle Zeitalter, nämlich eine stärker universalistisch-katholische Akzentsetzung gegenüber einem Beharren auf national-libertären Traditionen bei Burkhardt sowie ein Paradigmenwechsel von der Politik- und Ereignisgeschichte zu einer Betonung der konfessionalisierungs- und kommunikationshistoriografischen Wende.

Lutz' klassische Studie „Reformation und Gegenreformation“ wählt in ihrem ersten, darstellenden Teil nach knappen Einführungen in Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur einen dezidiert politik- und ereignisgeschichtlichen Zugriff, der mit einem Focus auf dem Kaisertum Karls V. und den habsburgisch-spanischen Hegemonieanstrengungen einen mittel- und westeuropäisch geprägten Zugang zum Phänomen von Reformation und Konfessionalisierung ermöglicht. Dieser Zentralperspektive mit den Instanzen Reich – Kaisertum – Universalmonarchie – Papsttum – Hegemonialanstrengungen gelingt es, umfangreiche Informationen zur Reichs- wie zur europäischen Geschichte zu vermitteln, wobei das strukturelle Gewichtungproblem zugunsten eines erweiterten „habsburgischen Reichsbegriffs“ entschieden wird. „Bezahlt“ wird diese Strukturentscheidung mit einem Verzicht auf das Paradigma der Konfessionsbildung als darstellungsleitende Instanz, die erst im zweiten Teil der Darstellung zu Grundproblemen und Tendenzen der Forschung in Abschnitten zu Interpretationsmodellen der Reformation, der bäuerlichen und städtischen Reformation(en), der katholischen Reform, des Calvinismus und des Toleranzgedankens teilweise eingelöst wird.

Burkhardts Darstellung akzentuiert – ausgehend vom Endpunkt der Feiern des Reformationsjahrhunderts – die Reformation als kommunikationsgeschichtliche Wende. Die Durchsetzung der Reformation

wird als Ergebnis von mediengeschichtlichen Neuerungen beschrieben, als welche die günstige Infrastruktur der zahlreichen deutschen städtischen Druckorte, die Ausnutzung des neuzeitlichen Informationssystems, die gedruckte Berichterstattung und ein bibliotheksgestütztes Argumentationsverfahren angesehen werden. Dies habe zu einer neuartigen reformatorischen Öffentlichkeit geführt, die im Lutherdeutsch ein Verständigungsmedium und in den Flugschriften eine Gattung gefunden habe. In einem zweiten Schritt hätten dann die lutherischen Katechismen und Bekenntnisschriften, die straffe Organisation des katholischen Kultes und die reformierte Praxis einer Lebensdisziplinierung und Kultabräumung eine Institutionalisierung paralleler und exklusiver Konfessionen auf den Weg gebracht.

Ein dritter Teil beschreibt schließlich losgelöst von konfessionellen Fragen die Verfestigung der Reichsstrukturen (Reichskammergericht, Reichskreise, Reichstag) als eine „Staatsbildung“, in der sich schon im 16. Jahrhundert ein „politisches System mit einzel- und bundesstaatlichen Zuständigkeiten“ (S. 138) herausgebildet habe. Nachteilig ist es, dass Burkhardt zwar erwägt, aber gänzlich darauf verzichtet, „die Institutionenbildung durchgehend aus der Kommunikationssituation und dem Informationsverhalten abzuleiten“ (S. 202): Geliefert werden so drei Einzelstudien, die nur lose miteinander zusammenhängen und in den gewählten Argumentationswegen teilweise konträr zueinander stehen. Die Darstellung endet nicht von ungefähr 1617, denn die Frage, ob die Konfessionsbildung nicht die Staatsbildung blockiert und nach 1618 gesprengt habe, muss so nicht erörtert werden.

Schließlich sei die Frage gestellt, was der Leser aus beiden Darstellungen zu Nordosteuropa erfährt: Lutz vermittelt zum Ostseeraum knapp gefasstes Handbuchwissen über den allgemeinen Reformationsverlauf und Versuche einer Gegenreformation (S. 42 f., 74 f.), ohne den Versuch einer Durchdringung jenseits der ereignispolitischen Ebene zu unternehmen. Bei Burkhardt kommt auch der deutschsprachige Ostseeraum nicht vor, die Darstellung ist ausschließlich auf die süd-, west- und mitteldeutschen Territorien des Reichs sowie die Habsburger fixiert. Diese Aussparung hat auch inhaltliche Gründe: In die Trias Reformation als kommunikationsgeschichtliches Ereignis – Konfessionsbildung – deutsche Staatsbildung passt insbesondere das Beispiel des Herzogtums Preußen, des ersten protestantischen Territoriums in Europa, nicht hinein. Die Durchsetzung der Reformation erfolgte hier ohne kommunikative Revolution durch eine Herrscherentscheidung und Konfessions- und Staatsbildung standen in enger Wechselwirkung.

Grundsätzlich ist die in beiden Standardwerken sichtbare Verbindung von Reichs- und Reformationsgeschichte problematisch, denn sie versperrt den Blick auf die nord- und nordosteuropäische Dimension der Reformation. Nachdenklich stimmt die Beobachtung, dass diese geografische Beschränkung gerade in dem neueren Überblickswerk dominanter wird. Zwingend ist dies allerdings nicht, denn auch Preußen oder Livland können im 16. Jahrhundert zu den locker mit dem Reich (wie auch mit der polnisch-litauischen Respublica) verbundenen Regionen gezählt werden. Voraussetzen würde dies allerdings die Berücksichtigung auch der Reichslehnstrukturen (und den Verzicht auf den Staatsbegriff) wie eine konsequent europäische (nicht zu verwechseln mit einer westeuropäischen) Orientierung. Mit einer Schrumpfung des Reformationsgeschehens auf das Territorium der heutigen Bundesrepublik ist dies nicht vereinbar.

Hans-Jürgen Bömelburg, Lüneburg

Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte, hrsg. i.A. des Vereins für ostdeutsche Kirchengeschichte v. Peter Maser, Dietrich Meyer u. Roderich Schmidt. Düsseldorf: Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland 1999, 166 S. (Folge 3); Heinrich Wittram, In der Freiheit bestehen. Evangelische Kirchen in den baltischen Ländern zwischen gestern und morgen. Leipzig: Verlag des Gustav-Adolf-Werks 1999, 80 S. (Aus der evangelischen Diaspora: Gestalten – Ereignisse – Gedanken. 7).

Der Wiederaufbau einer breit gefächerten Kirchenarbeit auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion ist in mehrfacher Hinsicht ein interessanter Prozess, spiegeln sich doch in ihm die soziale Lage in den verschiedenen Ländern wie auch der Umgang mit ihr und den kulturellen und weltanschaulichen Grundlagen Europas. Dabei ist die Situation der Kirchen schwierig: Selbst erst im Wiederaufbau begriffen, sind ihre geistlichen, seelsorgerischen und sozialen Aufgaben angesichts des Primats der Ökonomie, der in den ersten zehn Jahren der wieder gewonnenen staatlichen Freiheit dem Zusammenbruch des Kommunismus folgte, enorm. Ein großer Teil der Bevölkerung ist ohne Stütze den Anforderungen des neuen Lebens auf Dauer nur schwerlich gewachsen; doch ist die Kirche selbst auf Hilfe angewiesen,

um helfen zu können: Doch was kann sie außer sozial-humanitärer Hilfe an Zielen, Visionen und Stütze bieten? Die politische Wende im Osten war und ist für die internationale Kirchengemeinschaft eine besondere Aufgabe, ein Prozess, bei dem alle Beteiligten voneinander zu lernen haben und der das Wesen der Kirche, ihr Selbstverständnis neu formen muss. Am Anfang jedoch müssen Verstehen und Wissen für- und voneinander stehen.

Der Ausgangspunkt der dritten Folge der „Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte“ ist konservativ: Er richtet sich gegen das Vergessen der gemeinsamen evangelischen Vergangenheit, die für das Zusammenwachsen Deutschlands und für die Neudefinition des Verhältnisses zum ehemals „deutschen Osten“ auf kulturell-geistlicher Basis hilfreich sei. Doch wie weit trägt diese Tradition heute noch, und kann die protestantische Kirche hier tatsächlich als integratives Element wirken? Bischof Eduard Berger äußert sich dazu einleitend äußerst selbstkritisch (S. 1-8). Ohne eine Überwindung des aus der Zeit der Staatskirche stammenden kleinstaatlich-föderalen Aufbaus und ohne eine übergeordnete, Norm gebende Struktur könne die protestantische Kirche den Anforderungen, die an eine Zukunft gestaltende Weltkirche im globalen Rahmen gestellt würden, kaum gerecht werden.

Ob Probleme der Art, wie sie die Neuorganisation des Kirchenwesens nach 1945 mit sich brachte, in einem umfassenden, überregionalen Rahmen besser hätten gelöst werden können, ist müßig zu diskutieren. Anhand von Peter Masers erhellendem Beitrag über die Evangelische Kirche der Union (EKU) und die Vertriebenen (S. 27-49) könnten aber doch Konsequenzen für bevorstehende ähnliche Situationen gezogen werden. Das Flüchtlingsproblem gehörte nach dem Ende des Krieges zu den vordringlichen Aufgaben der von den Siegermächten stark unterstützten Kirchen in Deutschland. Während die „Leibsorte“ professionell organisiert wurde, bereitete die „Beheimatung“ der aus den Kirchenprovinzen der ehemaligen Ostgebiete stammenden Flüchtlinge in den aufnehmenden Landeskirchen große Probleme. Die vollständige Ein- bzw. Unterordnung unter die Landeskirchen sollte die Gründung von ex-ostdeutschen Kirchen in den alten Landeskirchen verhindern, grenzte jedoch *de facto* die ehemals eigenständigen Kirchen und ihre Diener aus der Kirche aus. Erst die drohende Kirchentrennung führte zur Wahrnehmung des Problems und zur Gründung entsprechender Ausschüsse und Komitees in der EKD und EKU sowie zur Konsolidierung der Ostkirchen in einem eigenen Konvent. Während Fragen der „Ostpfarrrerversorgung“ schnell gelöst

werden konnten, kam es infolge der Ost-Denkschrift der EKD zu schwerwiegenden Auseinandersetzungen um das „Recht auf Heimat“ und somit um die „politische Diakonie“. Erst die Perestrojka und die Wende 1990/91 lösten das innerkirchliche Problem, indem die weiterhin heimatgebundenen, politisch aktiven Aussiedler und ihre Nachfolger die Möglichkeit erhielten, aus ihrer Isolation durch gesamtkirchlich und gesellschaftlich anerkanntes Engagement in ihren Heimatländern aktiv zu werden.

Die Hilfswelle aus dem Westen traf auf Kirchen, die erst für sich entscheiden mussten, welche der Entwicklungen der vergangenen 50 Jahre sie von den westlichen Kirchen übernehmen wollten. Diesen Prozess der evangelischen Kirchenentwicklung seit 1987 beschreiben Juris Rubenis für die Kirche Lettlands (S. 76-89), Tamara Schmidt für die evangelische Kirche in Litauen (S. 90-93) und Burchard Lieberg für die Evangelisch-Lutherische Kirche Estlands (S. 94-100). Neben allen Parallelen in diesen Entwicklungen bestehen Unterschiede zwischen den jeweiligen Kirchen vor allem, was ihren Status gegenüber der katholischen Kirche und die Art der Kontakte mit der internationalen Kirchengemeinschaft anbelangt. Neben aller von außen kommenden notwendigen Hilfe im Schulungs-, Missions-, Diakonie- und Sozialwesen liegt es letztlich an den einzelnen Kirchen selbst, ihr Selbstverständnis in Fragen der Ökumene und im Umgang mit den unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der evangelischen Kirche und in den verschiedenen Gemeinden zu definieren und mit anderen Meinungen umzugehen. Dies ist jedoch ohne tief reichende Kenntnis der Geschichte und der augenblicklichen Situation des Gegenübers nicht möglich.

Vorbildlich sind daher der von Heinrich Wittram, Förderer der baltischen Kirchen(geschichte) bereits in zweiter Generation, vorgelegte Überblick über die Schwerpunkte baltischer Kirchengeschichte (S. 63-73) im zuerst angezeigten Sammelband sowie sein ausführlicheres Büchlein „Evangelische Kirche in den baltischen Ländern“. Erschienen ist es in der Schriftenreihe des Gustav-Adolf-Werkes, das als Diasporawerk ebenso wie der Martin-Luther-Bund in Erlangen auf eine lange Tradition der Baltikumhilfe zurückblicken kann. Wittrams Ton ist seine langjährige Arbeit als Gruppenvorsitzender des Gustav-Adolf-Werkes, während der er sich umfangreiches Wissen über die Diaspora-Kirchen inner- und außerhalb Europas hat aneignen können, sowie eine respektvolle und kenntnisreiche Verbundenheit mit dem kirchlichen Leben im Baltikum anzumerken: Er vermeidet es, den deutschbaltischen Einfluss und die umfangreichen Projekte und Fi-

nanzierungshilfen (S. 76 f.) des Werkes überzubetonen, und spricht Besonderheiten, wie etwa die vorchristlichen Elemente der baltischen Folklore, und problematische Entwicklungen gelassen an, ohne vorschnell zu urteilen. Nach einem kurzen, informativen Überblick über die Geschichte und Gegenwart der drei Staaten zeichnet er die Grundzüge der baltischen Kirchen- und Kulturgeschichte vom 12. Jahrhundert bis 1991 nach. Dieser wohl primär als Informationsschrift für das Diasporawerk gedachte Überblick kann Liebhabern wie auch Kennern des Baltikums nur zur Lektüre empfohlen werden (S. 15-35), ist doch die Geschichte der baltischen Kirchen gerade im 20. Jahrhundert mit ihren internationalen und interkonfessionellen Kontakten und politischen Standortbestimmungen ein spannendes und lohnendes Forschungsfeld. Hier wie auch im knappen statistischen Überblick über Konfessionen und Kirchen im Baltikum (S. 39-44) werden die Grundzüge der Entwicklungen in Litauen ebenso miteinbezogen wie die der katholischen und orthodoxen Kirche. Dieses weite Gesichtsfeld wird von genauen Angaben zu den einzelnen Pfarreien ergänzt, was die Aufbauarbeit der Kirchen seit der Perestrojka (S. 47-64) verdeutlicht. Detailliert informiert Wittram über den Stand der Gemeindegarbeit, Aus- und Weiterbildung, Diakonie und Ökumene in den drei Staaten, die allesamt internationale Unterstützung erfuhren und erfahren. Von unschätzbarem Wert ist diese gerade, was Sozialeinrichtungen für die sozial Schwächsten und die Rettung von renovierungsbedürftigen Kunstschatzen anbelangt. Während der Kontakt zur Exilkirche, der seit 1989 möglich war, in Estland zur einverständigen Zusammenarbeit führte, provozierte die konservative Haltung der Kirche in Lettland weit reichende Kontroversen um die Frauenordination. Zusammenfassend sei nach der Zeit der nationalen Spannung und der kommunistischen Interpretation seit etwa einem Jahrzehnt eine positive Einstellung zur Kirche und zur christlichen Kultur auszumachen, die Sirje Kivimäe mit den Worten zusammenfasst: „Estentum – das bedeutet Luthertum, historische Denkmäler, Restaurierung von alten Bauten, die estnische Sprache und Literatur, zunehmend auch bewußt die positive Bewertung der ehemaligen deutschen Kultur Estlands.“¹ Wie begrüßenswert dieses Bekenntnis zur eigenen

¹ In ihrem Beitrag „Estland ohne die Deutschbalten“, in: Die Deutsch-Balten, hrsg. v. Wilfried Schlau. München 1995 (Studienbuchreihe der Stiftung Ostdeutscher Kulturrat. 6), S. 150.

Kulturgeschichte auch ist, aktive und zahlende Mitglieder werden durch Kulturarbeit und Suppenküchen allein kaum zu werben sein.

Ulrike Plath, Mainz

Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte, hrsg. i.A. des Vereins für ostdeutsche Kirchengeschichte v. Peter Maser, Dietrich Meyer u. Christian-Erdmann Schott. Folge 4, Düsseldorf: Archiv der evangelischen Kirche im Rheinland 2001, 198 S.; Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte, hrsg. i.A. des Vereins für ostdeutsche Kirchengeschichte u. i.V.m. dem Ostkirchen-Institut Münster v. Peter Maser, Dietrich Meyer u. Christian-Erdmann Schott. Folge 5: Die Anfänge der Diakonie im östlichen Europa, Münster 2002, 280 S.

Seit den 1990er Jahren fördert der Verein für ostdeutsche Kirchengeschichte die Kenntnis der (nicht nur deutschen) evangelischen Kirchen jenseits des ehemaligen Eisernen Vorhangs. Dem dienen nicht zuletzt die von ihm herausgegebenen „Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte“. Auch die vierte und fünfte Folge dieser Zeitschrift enthalten Aufsätze und Buchbesprechungen, deren Themen vom 16. Jahrhundert bis in die Gegenwart reichen.

Folge 4 beginnt mit einem Beitrag zur Reformationsgeschichte: Eniko Böröcz (Budapest) erinnert an eine Schrift Luthers nach Osteuropa vom November 1526, die vier Trostpsalmen an Königin Maria von Ungarn (S. 1-11. Die Schrift steht in der Weimarer Ausgabe der Werke Luthers in Band 19, S. 542-615). Maria (1505–1558), eine Schwester des Kaisers, hatte ihren Mann Ludwig II. von Ungarn wenige Monate zuvor in der Schlacht bei Mohács gegen die Türken verloren. Ungarn war bis auf einen kleinen Rest im Nordosten ein Vasall des Osmanischen Reichs geworden, es war innerlich zerrissen zwischen politischen und konfessionellen Parteien. Maria hatte einen Humanistenkreis um sich gesammelt und galt als Sympathisantin der in Ungarn sonst verbotenen und verfolgten Reformation. Luther legt Maria die Psalmen 37, 62, 94 und 109 aus und erweist sich wieder einmal als Meister der Schriftauslegung und der Seelsorge. Gottesfurcht und Menschenfurcht, Bekenntnis, Verfolgung und Leiden, Flucht oder Martyrium, Streit um den Glauben und Ausbreitung der Botschaft der

Liebe und Versöhnung sind die großen Themen der Auslegung. Obwohl Maria auch später nie öffentlich evangelisch wurde, hat sie, so Böröcz, mehr von der Botschaft Luthers verstanden und (auch 1531–1556 als Regentin der Niederlande) mehr für die Reformation getan, als ihr gemeinhin zugestanden wird.

Christian-Erdmann Schott (Mainz) erinnert an Samuel Friedrich Lauterbach, einen fast vergessenen Geschichtsschreiber Polens (S. 12–27). Lauterbach (1662–1728), polnischer Patriot, Deutscher, lutherischer Pfarrer in Fraustadt/Wschowa, nach Schotts Beschreibung ein eigenwilliger und durchaus sympathischer Geist, schrieb eine etwa 800 Seiten starke „Pohlische Chronicke, Oder Historische Nachricht von dem Leben und Thaten aller Hertzoge und Könige in Pohlen“, die 1727 erschien. Das Werk gehört noch der Epoche vor der Aufklärung an. Die Geschichtsschreibung will belehren, von Helden- und von Untaten erzählen (Lauterbach bedauert, dass diejenigen Deutschen, die nicht das Glück hätten, Untertanen der polnischen Krone zu sein, diesbezüglich so wenig über Polen wüssten), und über allem will sie das Walten Gottes in der Schöpfung und in der Geschichte zeigen. Kritisches Quellenstudium im späteren Sinne gibt es noch nicht. Lauterbachs Methode ist es vielmehr, alle verfügbaren Nachrichten über Personen und Ereignisse der ruhmreichen polnischen Vergangenheit zusammenzustellen, glaubwürdige wie unglaubwürdige. Dies trug ihm später den Ruf ein, ein wenig verlässlicher Anekdotensammler zu sein, doch noch Schillers „Demetrius“ hat Lauterbach als Quelle. So sehr Lauterbach auch die Vorzüge des polnischen Staates preist – den an Gesetz und Gewissen gebundenen freiheitlichen Geist, den Stolz und hohen Sinn des polnischen Edelmanns –, so sehr warnt er auch vor den Gefahren dieses Systems – Parteienkämpfe, Intrigen, mangelnde Rechtssicherheit –, Gefahren, die in der Tat wenige Jahrzehnte nach Lauterbachs Tod wesentlich zum Untergang des polnisch-litauischen Staates beitragen sollten.

Weiter enthält der Band den zweiten Teil der Chronik der evangelisch-lutherischen Gemeinde zu Wollstein von 1602–1839, am 10. August 1839 vollendet durch den Wollsteiner Pfarrer Heinrich Gerlach (S. 37–70). Teil 1 der Chronik war in den Beiträgen zur ostdeutschen Kirchengeschichte 3 (1999), S. 122–141, erschienen, Teil 3 folgt in Folge 5, S. 169–219. Wollstein/Wolsztyn liegt in Großpolen, westlich von Posen/Poznań. Wir erfahren viel über die kleinen und großen Ereignisse im Gemeindeleben: Unglück und Glück der Menschen, Streit und Frieden, Schriftwechsel mit Behörden, Feuer und Wiederaufbau, Ausgaben und Einnahmen. Erstaunlich ist, wie wenig Auf-

sehen die politischen Wechsel machen, durch die Wollstein mehrfach an neu begründete Territorien fiel: 1793 kam die Stadt durch die zweite Teilung Polens an die preußische Provinz Südpreußen, 1807 mit dem Frieden von Tilsit an das Großherzogtum Warschau, 1815 nach dem Wiener Kongress an das preußische Großherzogtum Posen. Zum ersten heißt es nur, 1793 hätten die Verfolgungen durch die Katholischen aufgehört, doch sei die Uneinigkeit in der Gemeinde dadurch nur umso betrübender hervorgetreten (Folge 4, S. 55), zum zweiten, dieser Regierungswechsel sei zwar unerfreulich gewesen, doch sei der Verfolgungsgeist des polnischen Katholizismus unter der Warschauer Regierung nicht wiedergekehrt (ebenda, S. 64); das dritte findet gar keine eigene Erwähnung mehr. – Der Abschreiber der Chronik hätte wohl besser getan, die originale Rechtschreibung und Zeichensetzung beizubehalten; in modernisierter Form lässt der Text den Leser zunächst im Unklaren, ob er die Chronik selbst oder einen kommentierten Auszug vor sich hat.

In die jüngste Vergangenheit führt der Beitrag Malwine Masers (Telgte): Sie berichtet über die nun abgeschlossene Geschichte der „Ostkirchlichen Information“ (OKI) (S. 85-91). Diese Zeitschrift erschien seit 1954 (bis ca. 1965 noch unter anderen Namen) als Organ des Ostkirchenausschusses der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Dieser, 1946 gegründet, 2000 aufgehoben, vertrat die Pfarrer und Gemeinden der Heimatvertriebenen gegenüber den Landeskirchen, er wirkte als Hilfswerk und Sprachrohr der Vertriebenen einerseits zur Wahrung ihrer Identität, andererseits zu ihrer Eingliederung in die westdeutsche Gesellschaft. Die OKI also berichteten über die kirchliche Vertriebenen- und Aussiedlerarbeit, brachten aber auch Nachrichten von den Kirchen hinter dem immer undurchlässigeren Eisernen Vorhang. Ihre Einstellung 2000 hinterlässt eine schmerzliche Lücke.

Klaus Burba (Münster) erzählt (S. 28-36), wie er anlässlich der Enthüllung einer deutschen und polnischen Gedenktafel an einem Friedhof in Marienburg in Westpreußen/Małbork am 19. September 1998 in seiner Konfirmationskirche St. Georgen predigte und wie der 19. September zu einem festen Termin für ein jährliches Treffen der Marienburger mit gemeinsamem Gottesdienst wurde, alter und neuer Marienburger, deutscher und polnischer, evangelischer und römisch-katholischer. Dann veröffentlicht er eine Predigt, die er beim Bundestreffen der Marienburger 1999 in Magdeburg gehalten hat, eine Predigt nicht nach einem biblischen Text, sondern nach Liedern aus dem Marienburger Gesangbuch von 1756, dessen Verse er von

menschlichen Nöten und Freuden und göttlichem Trost in die Gegenwart sprechen lässt.

Christian-Erdmann Schott berichtet – wie schon in Folge 2 (1997) der Beiträge zur ostdeutschen Kirchengeschichte (vgl. meine Rezension in: Nordost-Archiv VII [1998], S. 687) – von der Arbeit der Johanniter in den neuen Bundesländern; dieses Mal zieht er eine zehnjährige Bilanz (S. 71-84): Misstrauen sei den Johannitern zunächst von der Bevölkerung entgegengebracht worden, der nicht nur das Christentum, sondern auch Veranstaltungen der Johanniter wie Rittertage fremd seien, aber auch von Pfarrern, in deren Gemeinden die Johanniter die Trägerschaft der diakonischen Einrichtungen übernahmen. Bei Ordenshäusern, die nach der Enteignung durch die DDR in der Treuhänderschaft der Kirche oder Diakonie waren und nun wieder von den Johannitern übernommen wurden, sei der christlich-kirchliche Charakter auch in der DDR-Zeit erhalten worden. Anders bei Einrichtungen wie Feierabendheimen, die von den Kommunen und Landkreisen übernommen worden seien: Hier war kein Platz z.B. für Andachten vorgesehen, Seelsorger waren traditionell unerwünscht. Mit den Einrichtungen habe man auch die dort beschäftigten Mitarbeiter übernommen, die meist nicht kirchlich gebunden waren (nicht aus bewusster Feindschaft, sondern weil sie ganz ohne Christentum aufgewachsen waren). Während die Malteser, die römisch-katholische Schwesterorganisation der Johanniter, sich 1992 entschlossen hätten, auf weitere Übernahmen nichtkatholischer Einrichtungen zu verzichten, um ihr Profil zu behalten, sei es die Strategie der Johanniter zu versuchen, Mitarbeiter (ohne Druck, sondern durch das Vorbild) für den Glauben zu gewinnen. – Nach zehn Jahren Osterweiterung seien die Johanniter in den neuen Ländern zwar noch nicht zu Hause, aber man müsse doch dankbar sein für das, was inzwischen (auch an Vertrauen) habe aufgebaut werden können.

Im längsten Beitrag des Bandes zeichnet Richard Heimann (Hamburg) den Weg der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland auf der einen und Polen und der Tschechoslowakei bzw. Tschechien auf der anderen Seite nach (S. 92-161). Nach der Vorgeschichte (Zerschlagung der Tschechoslowakei und Polens durch die Deutschen 1938/39, Krieg und Vertreibung, Kalter Krieg, sozial-liberale Ostpolitik) geht der Weg, auch anhand zahlreicher Grafiken und Statistiken, über die Rolle der östlichen Nachbarn bei der Wiedervereinigung (hier war Polen in einer anderen Lage als die Tschechoslowakei, da es durch die Lösung der deutschen Frage seine territoriale Integrität in Frage gestellt sehen konnte), die Freundschaftsverträge

von 1991 und 1992, die deutschen Minderheiten und die Vertriebenen und ihre Verbände, Städtepartnerschaften und wirtschaftliche Beziehungen bis hin zur (bei Erscheinen des Artikels noch in der Zukunft liegenden) NATO- und EU-Osterweiterung. Heute seien alle – auch im Eigeninteresse – um gute Nachbarschaft bemüht. Die Verhältnisse Deutschlands zu Polen und Tschechien seien insofern asymmetrisch, als das Verhältnis zu Polen politisch problemfrei, menschlich aber mit Vorurteilen belastet sei, indem sich das Bild der Deutschen von den Polen in den 90er Jahren von einem der Freiheitskämpfer zu einem der Autodiebe eingetrübt habe; das deutsch-tschechische Verhältnis sei hingegen von solchen Vorurteilen frei, doch seien die institutionellen Beziehungen vor allem wegen der mächtigen Verbände der Sudetendeutschen schwieriger. – Insgesamt wird man Heimann für den sehr instruktiven Aufsatz danken. Problematisch scheinen mir die als Leitmotiv vorangestellten Sätze: „Die Beziehungen Deutschlands zu Polen und der Tschechoslowakei im 20. Jahrhundert waren größtenteils von Feindschaft geprägt. Die Feindschaft war das Resultat der aggressiven deutschen Politik nicht nur im 20. Jahrhundert.“ Das ist doch ein recht einseitiger Rundumschlag! Ausgeblendet wird, was es seit Jahrhunderten und sogar während des Kalten Krieges an guter Nachbarschaft und Solidarität gab, ausgeblendet wird die schwierige Lage der deutschen Bevölkerungsgruppe in Polen und besonders der Tschechoslowakei zwischen den Weltkriegen; ausgeblendet wird schließlich, dass die Geschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa und ihrer Vertreibung im Ostblock ein Tabuthema war, über das strenger geschwiegen wurde, als das je mit den NS-Verbrechen im Westdeutschland der Nachkriegszeit der Fall war, und dass auch dort noch viel an Vergangenheitsaufarbeitung zu leisten ist. – Da sich im wiedervereinigten Deutschland ja auch die Geschichte der DDR fortsetzt, wäre es ein Thema für eine weitere Studie zu klären, inwiefern das damalige Verhältnis der DDR zu ihren Bruderstaaten noch fortwirkt.

Folge 5 der Beiträge hat ein gemeinsames Thema: die Anfänge der Diakonie im östlichen Europa. Er dokumentiert eine internationale Tagung, die der Fachausschuss Kirchengeschichte der Evangelischen Kommission für Mittel- und Osteuropa (EKMOE) im Oktober 2001 in Dzingelau/Dzięgielów veranstaltete (zum Tagungsort Dzingelau vgl. unten). Die Diakonie, das zeigt sich in den Beiträgen, hatte viele Wurzeln: christliche Liebestätigkeit, die es seit je gab, Nachbarschaftshilfe und Fürsorge für Arme, Witwen und Waisen im christlichen Geist, die Philanthropie der Aufklärung, besonders aber die Er-

weckungsbewegung des 19. Jahrhunderts und die mit der Industrialisierung immer brennenderen sozialen Probleme.

Gerd Stricker (Zürich) beklagt in seinem Referat über die Diakonie der lutherischen Kirche in Russland bis 1917 (S. 86-113) zunächst, dass es in Deutschland keinen Lehrstuhl für evangelische Kirchengeschichte Osteuropas gebe; russische und russlanddeutsche Forscher wendeten sich zwar in jüngster Zeit diesem Gebiet zu, doch fehle ihnen meist das Verständnis für kirchliche Dinge. – Der Gegenstand des Referates beginnt mit den seit dem 16. Jahrhundert als „Entwicklungshelfer“ nach Moskau gerufenen Deutschen, die bald eigene evangelische Gemeinden bildeten und schon im Nordischen Krieg die von Peter dem Großen aus dem Baltikum deportierten Glaubensgenossen freundlich aufnahmen. Wohltätigkeit war zunächst (auch in den Kolonistendörfern) kaum institutionell geregelt und nie übergemeindlich organisiert, sie fand als Selbstverständlichkeit in den Gemeinden statt. Seit etwa 1750 begann sich die Armenfürsorge in Moskau zu institutionalisieren, Einrichtungen für Witwen und Waisen wurden gegründet, seit 1845 dann, angeregt von den „Liebeswerken“ in Deutschland, diakonische Einrichtungen im modernen Sinn: zuerst in Moskau ein Hilfsverein für die Armen der drei evangelischen Gemeinden, es folgten Armenschulen, Frauenvereine, Krankenhäuser und anderes, in den Städten und auf dem Land. In Petersburg spielte die (1832 vom Zaren organisatorisch in die lutherische Kirche eingegliederte) reformierte Gemeinde eine Vorreiterrolle. Ein Dekret Lenins vom 23. Januar 1918 enteignete mit den Kirchen auch die Diakonie. – Strickers Referat wird ergänzt durch den Vortrag von Gisela Athanasia Schröder (Falkensee bei Berlin) über die Anfänge der Diakonie der Russisch-Orthodoxen Kirche (S. 114-123). Diese wurde nicht zuletzt durch aus Deutschland gebürtige Großfürstinnen angeregt wie die 1918 ermordete Elisabetha Fedorovna (geborene Prinzessin von Hessen-Darmstadt), aber auch durch die Initiative einzelner Priester. Nach dem Vorbild der Diakonissen wurden Schwesternschaften gestiftet, die sich der Armen- und Krankenpflege widmeten.

Arnulf Baumann (Wolfsburg) berichtet über die Anfänge der Diakonie unter den deutschen Siedlern in Wolhynien, Galizien und Bessarabien (S. 57-66). Deren Geschichte endete 1939/40 mit ihrer Umsiedlung „heim ins Reich“ als Folge des Hitler-Stalin-Paktes; die Gebiete gehören heute zur Ukraine und zu Moldawien. Auch hier ging der Gemeindediakonie und der Anstaltsdiakonie die Nachbarschaftshilfe voraus: Wer von den Siedlern unverschuldet in Not war, hatte Anspruch auf die Hilfe der Familie, Nachbarschaft oder

Dorfgemeinschaft. Die Gemeindediakonie entwickelte sich aus den in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gebildeten karitativen Frauenvereinen. Anstalten zur Pflege geistig und körperlich Behinderter und Kranker, die nicht in ihren Familien gepflegt wurden, wurden auf Initiative von Pfarrern gestiftet; sie kümmerten sich auch um Bedürftige, die nicht zur Gemeinde gehörten. Eine gesamtkirchliche Diakonie entwickelte sich nur in Ansätzen.

Christian-Erdmann Schott macht in seinem Beitrag auf die führende Rolle Schlesiens für die Geschichte der Diakonie in Deutschland aufmerksam (S. 67-75). Hier seien aber nicht die Pfarrer die Vordenker gewesen, sondern Adelige wie Baron Hans Ernst von Kottwitz und Gräfin Friederike von Reden; die diakonische Bewegung habe den Umschwung von einer Pfarrer- und Untertanenkirche hin zu einer Kirche des Laienengagements eingeleitet. Dass nicht die Pfarrer die Initiatoren gewesen seien, liege daran, dass sie oft selbst sehr arm gewesen seien und auch nicht den freien Gestaltungsspielraum des Adels gehabt hätten. In den 1830er Jahren setzte dann die diakonische Tätigkeit auf breiter Front ein – diesmal auch mit Beteiligung der Pfarrer. Schwerpunkte waren die „Rettungshäuser“ für Verwahrloste, bei denen es mehr noch als um die Linderung materieller Not um die Erziehung und geistliche Leitung ging, und die Diakonissenmutterhäuser. Das erste Rettungshaus wurde 1833 in Goldberg/Złotoryja gegründet, das erste Mutterhaus 1850 in Breslau/Wrocław. Bis 1863 wurden in Schlesien noch acht weitere Mutterhäuser errichtet, mehr als in jedem anderen deutschen Territorium. Dass auch der 1852 in Preußen restituierte Johanniterorden maßgeblichen Anteil an der Geschichte der Inneren Mission gehabt habe, werde leider meist übergangen; er hat seit 1853 allein in Schlesien acht Kranken- und Siechenhäuser aufgebaut. Zur Koordinierung der vielfältigen Arbeit gab es seit 1863 einen Provinzialverein für Innere Mission.

Riho Altnurme (Dorpat/Tartu) referiert über das Gebiet der heutigen Republik Estland, seinerzeit die Ostseeprovinz Estland und die nördliche Hälfte Livlands. Auch hier gab es schon vor der eigentlichen Zeit der Diakonie Einrichtungen wie das 1817 gegründete Martin-Luther-Waisenhaus in Reval/Tallinn. Auf Johann Hinrich Wicherns berühmte Rede auf dem Wittenberger Kirchentag 1848 hin wählte die livländische Synode 1850 ein Komitee zur Milderung der geistigen und zeitlichen Sorgen, es folgte die Gründung eines Diakonissenmutterhauses in Reval (1867) und von Vereinen wie den Dorpater St. Johannes-Verein (1907). Nach der Unabhängigkeit Estlands gab es neben dem Verein für Innere Mission der estnischen Kirche auch

Vereine der Deutschen. Die 1940 von den Sowjets verbotene öffentliche Arbeit der Diakonie wurde 1992 wieder aufgenommen, koordiniert vom Diakoniezentrum (Diakooniakeskus) in Reval. – Das Referat von Heinrich Wittram (Hemmingen) über Livland und Kurland (S. 19-30) überschneidet sich teilweise mit dem Altnurmes. In Riga/Rīga und anderen Städten gab es seit dem 18. Jahrhundert wohlthätige Bürgervereine. Zum Initiator der Inneren Mission wurde der Rigaer Pastor Wilhelm Hillner (1813–1868); er empfahl den deutschen Pastoren, sich an der Armenpflege, die den Kommunen und Bauernschaften oblag, zu beteiligen. Seit 1866 wurden Diakonissenanstalten in Riga, Mitau/Jelgava und Libau/Liepāja gegründet, dann auch eine Gemeindediakonie in einer Gemeinde bei Riga mit eigenem Pfarrer. Nach der Jahrhundertwende bemühte man sich um einen Zusammenschluss der Kräfte der Inneren Mission. Den russischen Behörden war die Innere Mission suspekt, da sie Missionierung, also Abwerbung Orthodoxer befürchteten. Einwände gegen die Institutionalisierung und Professionalisierung der Diakonie hatte der u.a. durch seine „Moralstatistik“ bekannte Dorpater Theologe Alexander von Oettingen: Er warnte vor einer Abwertung der familiären und nachbarschaftlichen Liebestätigkeit. – In die lettische Gegenwart führt der Beitrag von Iveta Berkolde (Riga) (S. 10-18): Sie berichtet, wie die lettische lutherische Kirche seit der Diakoniekonferenz von 1993 die Diakonie wieder aufgebaut hat, unterstützt von der Nordelbischen und der Norwegischen Kirche. An der Spitze der Diakonie stehen der Diakoniausschuss, der die theologischen Grundlagen der Arbeit legt, und das Diakoniezentrum, das die Ausbildung organisiert und die diakonische Arbeit koordiniert und beaufsichtigt. Die Arbeit geschieht auf Gemeindeebene und in gemeindeunabhängigen Projekten (Telefonseelsorge, Suppenküchen, Krankenhausarbeit, Arbeit an Straßenkindern usw.).

Vom Teschener Gebiet handelt der Vortrag von Herbert Patzelt (München) (S. 45-56). Hier, im Osten des österreichischen Schlesien (heute zwischen Polen und Tschechien geteilt), lebten Deutsche, Tschechen, Polen und slawische Slonzaken. Der Protestantismus hatte sich bis zum Toleranzedikt Josefs II. halten können; in milden Stiftungen, Schulen und Waisenanstalten äußerte sich ein vom Pietismus inspiriertes tätiges Christentum. Der Ausbau des Ostrau-Karwiner Kohlebeckens zu einem der größten Industriegebiete Europas stellte die Gemeinden vor neue Probleme (Bevölkerungsexplosion durch Zuzug von Arbeitskräften, Verelendung und Entwurzelung der Arbeiterschaft, Entfremdung auch des Bürgertums vom Christentum)

und ließ zahlreiche diakonische Vereine und Institutionen entstehen. – Hieran schließt sich der kurze Vortrag der Diakonissin Lidia Gottschalk an: Sie berichtet über das Diakonissenhaus Dzingelau, ihr Diakonissenhaus, das zugleich ja Ort der Tagung war (S. 31 ff.). Dzingelau liegt im Teschener Gebiet, nach dem Ersten Weltkrieg fiel es an Polen. Der polnische evangelische Pfarrer Karol Kulisz (1873–1940) gründete hier in den 20er Jahren (wie auch schon in Patzelt's Vortrag kurz erwähnt) ein Diakonissenhaus und gab ihm den Namen Eben-Ezer (nach 1. Sam 7,12). Die Deutschen vertrieben im Zweiten Weltkrieg die Schwestern und ersetzten sie durch NS-Schwestern. 1945 konnten die Schwestern zurückkehren, sie leiteten ein Kinderheim und ein Alten- und Obdachlosenheim. 1955 nahm der Staat ihnen gegen Entschädigung Grundstück und Kinderheim; die Diakonissen arbeiteten als Kranken- und Altenpflegerinnen weiter. 1986 wurde ein neues Mutterhaus eingeweiht. Nach der Wende wurde das Kinderheim zurückgegeben; es soll in ein Seniorenheim umgebaut werden, wenn das nötige Geld gesammelt ist.

Die Anfänge der Diakonie in der Provinz Posen waren durch eine doppelte Diaspora-Situation bestimmt: die evangelische Diaspora unter Katholiken, die deutsche Diaspora unter Polen. Davon handelt der Vortrag von Olga Kiec (Posen) (S. 34-44). In der Stadt Posen wurde 1849 ein Verein für Innere Mission gegründet, 1874 ein erstes Diakonissenkrankenhaus errichtet; der Provinzialverband für die Innere Mission entstand erst 1878, später als in den anderen preußischen Provinzen. Spezialisierte Mitarbeiter der Inneren Mission kümmerten sich mit mehr oder weniger Erfolg um Berufsgruppen, für die die Teilnahme am Gemeindeleben sonst schwierig war wie Soldaten, Flussschiffer und Kellner, eine Landmission bemühte sich um die als Kolonisten angeworbenen Deutschen. Die Diakonissenstationen gehörten zu den wenigen Begegnungsorten zwischen Deutschen und Polen, Protestanten, Katholiken und Juden. Auch im unabhängigen Polen blieben sie, trotz gelegentlicher Angriffe der nationalistischen Presse Polens, gefragte Anlaufstellen.

In Böhmen und Mähren, über das Josef Smolík (Prag/Praha) berichtet (S. 124-129), beginnt die Geschichte der Diakonie mit dem kaiserlichen Protestantentum von 1861, das die Ausbildung protestantischer Theologen und Diakonissen in Deutschland ermöglichte. Schon Anfang der 60er Jahre wurden in Kaiserswerth 20 Tschechinnen zu Diakonissen ausgebildet. Vier evangelische Kirchen, Lutheraner, Reformierte, freie Reformierte und Herrnhuter, gründeten 1903 zusammen einen Verein für Diakonie. Der Aufbau der Diakonie hatte mit fi-

nanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen, aber auch mit der Ablehnung durch die mehrheitlich römisch-katholische Öffentlichkeit. In der Tschechoslowakei – Lutheraner und Reformierte hatten sich zu einer unierten Kirche der Böhmisches Brüder zusammengeschlossen – wurden die Diakonissen nicht mehr an deutschen Mutterhäusern ausgebildet; sie besuchten Kurse für Krankenpflege und Sozial- und Familienrecht. Mit der kommunistischen Machtübernahme 1948 übernahm der Staat alle Sozialarbeit und Krankenhäuser. Nach 1989 wurde wieder eine Diakonie aufgebaut, allerdings ist der Diakonissenstand verschwunden; die Arbeit der Diakonissen verrichten nun Pflegeschwestern, die meist keine Kirchenmitglieder sind.

Die Diakonie in der Slowakei – das Thema des Referats von Milan Petrula (Pressburg/Bratislava) (S. 76-85) – beginnt in der deutschen evangelischen Gemeinde in Preßburg. Sie hatte am Ende des 18. Jahrhunderts zwei Waisenhäuser und ein Krankenhaus errichtet; aus letzterem wurde in den 1890er Jahren ein Diakonissenkrankenhaus, gleichzeitig wurde eine Gemeindediakonie, 1914 eine Diakonissenanstalt gegründet. All das fiel 1945 an die slowakische Evangelische Kirche Augsburgischen Bekenntnisses (A. B.). Slowakische Gemeinden hatten aber auch selbst diakonische Einrichtungen aufgebaut: 1912 ein überkonfessionell-evangelisches Diakoniehaus namens Vieroslava in Ó-Tura/Stará Turá mit Kinderheim, Altenheim und Krankenhaus und 1930 eine Gemeindediakonie der Evangelischen Kirche A. B. in Liptov Szent Miklos/Liptovský Mikuláš, bei der 1935 auch ein Diakonissenmutterhaus eröffnet wurde. Nach der kommunistischen Machtergreifung wurden alle Gemeinschaften aufgelöst; die Einrichtungen konnten durch Verschleppung ihrer Auflösung aber zum Teil noch bis in die späten 50er Jahre weiter arbeiten. Die Evangelische Kirche A. B. gründete die Diakonie 1991 neu; zurzeit gibt es neun Diakoniezentren.

Ein längerer Aufsatz von Wolfgang Wunsch (Petersdorf/Petresti), eine Kurzfassung seiner wissenschaftlichen Hausarbeit zum Zweiten Theologischen Examen in der Berlin-Brandenburgischen Kirche (S. 130-165), gehört wohl nicht mehr zur Tagung in Dzingelau, behandelt aber ebenfalls das Thema Diakonie, nämlich die Diakonie im Umfeld der Evangelischen Kirche A. B. in Rumänien. Unter den Siebenbürger Sachsen gab es neben der Nachbarschaftshilfe schon vor der Reformation auch institutionalisiertes diakonisches Handeln (ein Krankenhaus in Hermannstadt/Sibiu ist schon 1292 belegt). 1992 wurde ein Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche A. B. in Rumänien gegründet, dessen Zweck zunächst aber weniger die Zentralisierung und

Koordinierung der zahlreichen Aktivitäten seit 1989 war als die Notwendigkeit, einen Trägerverein für die Altenarbeit zu finden. Ein Problem ist, dass das geplante neue Religionsgesetz für Rumänien zur Regelung der Verhältnisse zwischen Kirchen und Staat und der staatlichen Unterstützungen noch nicht verabschiedet werden konnte, weil die orthodoxe Kirche für sich eine gegenüber den anderen Kirchen privilegierte Stellung als National- oder Staatskirche beansprucht. Wünsch berichtet von einer Fragebogenaktion, die er unter Pfarrern und Gemeindeältesten durchgeführt hat und in der er nach deren Einschätzung der diakonischen Arbeit fragt, nach dem Sinn, dem gegenwärtigen Stand und Wünschen für die Zukunft. Allgemein wurde die Wichtigkeit der Arbeit als Erkennungszeichen der christlichen Kirche betont und auch die ökumenische Zusammenarbeit mit anderen Kirchen gut geheißen; verschieden beurteilt wird die Frage, wie eng die diakonische Arbeit in die Arbeit der jeweiligen Ortsgemeinde einzubinden sei bzw. wie unabhängig sie von den Ortsgemeinden sein sollte. Als Hauptproblem der Gegenwart wird einerseits die soziale und finanzielle Unsicherheit weiter Bevölkerungskreise, besonders der Rentner, angesehen, andererseits das Hemmende der staatlichen Bürokratie. Für die Zukunft wünscht man sich die Erschließung neuer Arbeitsfelder und die Gewinnung weiterer engagierter Mitarbeiter. Zum Schluss stellt Wünsch ausgewählte diakonische Projekte vor, so die Diakonie in Mediasch/Medias und Heltau/Cișnădie, die beide, bei enger Zusammenarbeit mit den dortigen Gemeinden, doch unabhängig sind. Für Mediasch wurde 1992 ein Diakonieverein gegründet. In Heltau werden über 100 Familien regelmäßig mit Essen und Kleidern unterstützt. Vorbildlich sei die gute Zusammenarbeit der verschiedenen Arbeitsbereiche untereinander.

Neben dem schon erwähnten Schluss der Wollsteiner Gemeindechronik enthält der Band schließlich noch Kurzberichte von Rita Scheller (Hannover) und Arnulf Baumann über die Arbeit der Evangelischen Kommission für Mittel- und Osteuropa (EKMOE), des Konvents der zerstreuten evangelischen Ostkirchen und der evangelischen Hilfskomitees für Osteuropa (S. 220-235). Nach der Auflösung des Ostkirchenausschusses 2000 ist die EKMOE jetzt offenbar der Dachverband der verschiedenen Vereine und Hilfskomitees, die sich der Geschichte und Gegenwart der evangelischen Kirche östlich von Deutschland widmen (das schließe ich jedenfalls aus dem Berichteten). Wie erwähnt, wurde die Tagung in Dzingelau vom Fachausschuss für Kirchengeschichte der EKMOE durchgeführt. 2002 sollte eine weitere Tagung in Prag zum Thema Pietismus gehalten wer-

den. Mitglied in der EKMOE ist der Konvent der zerstreuten evangelischen Ostkirchen, der Spitzenverband der Hilfskomitees. Letztere fingen an als Landsmannschaften der ausgesiedelten oder vertriebenen Protestanten aus den jeweiligen Ostgebieten (aufgezählt werden Hilfskomitees für das Baltikum, Ostpreußen, Danzig-Westpreußen, Polen, Posen, Pommern, Schlesien, das Sudetenland, die Slowakei, Galizien, Siebenbürgen und Bessarabien). Heute geht es vor allem um Partnerschaft und Hilfe für die evangelischen Kirchen und die deutschen Minderheiten vor Ort. Die Komitees sind zumeist auch selbst Mitglieder der EKMOE.

Zum Schluss bleibt nichts als den beiden Bänden viele interessierte Leser zu wünschen.

Simon Gerber, Berlin

Viktoria Pollmann, Untermieter im christlichen Haus. Die Kirche und die ‚jüdische Frage‘ in Polen anhand der Bistumspreise der Metropole Krakau 1926–1939. Wiesbaden: Harrassowitz 2001, XII, 456 S., Literaturverzeichnis, Personenregister (Jüdische Kultur. Studien zur Geistesgeschichte, Religion und Literatur. 9).

Wenige europäische Beziehungsgeschichten sind so kontrovers wie das Verhältnis zwischen Polen und Juden im 20. Jahrhundert. Jüngst hat diese Kontroverse in der Debatte um den Mord an den Juden von Jedwabne im Juli 1941 einen neuen vorläufigen Höhepunkt erreicht. Zu den umstrittenen Punkten darin gehörte, inwieweit die Gewalttaten gegen Juden im Sommer 1941, zu denen es nicht nur in Jedwabne kam, ihre Ursache im Verhalten der Juden in der Zeit der sowjetischen Okkupation Ostpolens oder aber in langfristigeren Vorurteilsstrukturen und Wahrnehmungen von Juden hatten. Viktoria Pollmanns Arbeit stützt die letztgenannte These. Sie zeigt, wie im katholischen Diskurs die Juden zum Gegenbild des von der Kirche vertretenen Entwurfs polnischer nationaler Identität wurden und wie in der katholischen Publizistik antisemitische Stereotype Verbreitung fanden.

Im Mittelpunkt ihrer Untersuchung stehen die Bistumsblätter der Metropole Krakau. Dazu gehörten neben dem Erzbistum Krakau die Diözesen Kattowitz, Tschenschow, Kielce und Tarnów. Außerdem

hat Pollmann eine in Krakau erscheinende Tageszeitung, die sich im Besitz der katholischen Kirche befand, in die Auswertung einbezogen. Die in erster Linie für die einfachen Bevölkerungsschichten bestimmten Bistumsblätter können, so Pollmann, als Sprachrohr des jeweiligen Bischofs gelten, so dass es zulässig erscheint, die darin vertretenen Ansichten der Kirche als Institution zuzuschreiben.

Die Arbeit behandelt in einem ausführlichen einleitenden Kapitel die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Voraussetzungen der kirchlichen Interpretation der „Judenfrage“ in der Zwischenkriegszeit und stellt den polnischen Fall in einen gesamteuropäischen Zusammenhang. Die Verfasserin zeigt, dass die Deutung des gesellschaftlichen und kulturellen Wandels des 19. Jahrhunderts als Bedrohung, die in der katholischen Kirche insgesamt vorherrschte, in ihrem polnischen Zweig nicht zuletzt dadurch, dass die Kirche im preußischen und russischen Teilungsgebiet unter dem Druck der antipolnischen Politik der beiden Teilungsmächte stand, besonders ausgeprägt war. Der Ultramontanismus mit seiner Ablehnung des Liberalismus und der gleichzeitigen Stärkung der Autorität der kirchlichen Hierarchie setzte sich in der polnischen Kirche nachhaltiger als andernorts durch. Das Gefühl der Bedrohung durch die Kräfte der Moderne beförderte eine dualistische Weltanschauung, in der schließlich die Juden als vermeintliche oder tatsächliche Nutznießer aller aus Sicht der Kirche umstürzlerischen Bewegungen zum Inbegriff all dessen wurden, was die Kirche zu bedrohen schien.

Die aus der Romantik stammende Idee von der besonderen geistigen Mission des polnischen Volkes nahm im polnischen Ultramontanismus, in den sie vorwiegend über die 1842 in Rom gegründete katholische Gemeinschaft der „Zmartwychstańcy“ vermittelt wurde, eine konservative Wendung. Hier wurde die polnische zu einer katholischen Mission und entstand die Auffassung, dass die polnische Nation nur als katholische Nation überleben könne. Die Juden wurden, wie Pollmann zeigt, schon im ultramontanen Diskurs des 19. Jahrhunderts zum Inbegriff der „anderen“ des „Polak-katolik“: „Wer ein Vaterland ohne Gott, Kirche und Tradition sucht – sucht ein jüdisches Vaterland, eines für Menschen ohne Glauben, für Freimaurer“, hieß es bereits in den 1850er Jahren im „Przegląd Lwowski“ (S. 80). Im Begriff des Juden bündelte sich tendenziell alles, was die katholisch-polnische Identität und die Stellung der Kirche und des Glaubens zu bedrohen schien. Die Funktion eines solchen Judenbildes sieht Viktoria Pollmann im Anschluss an Olaf Blaschkes Forschungen zum Katholizismus im Kaiserreich in einer „Kohärenzmaximierung“ des katholi-

schen Milieus in Verbindung mit einer ‚Komplexitätsminimierung‘ auf der Suche nach den Ursachen der Übel dieser Zeit“ (S. 180).

„Żydo-Polska“, ein „Judeo-Polen“, wurde in der Zwischenkriegszeit zum Gegenbild des von der Kirche angestrebten „Polens für Christus“, „Polska Chrystusowa“. Mit der Revolution in Russland, den sozialen Spannungen in Polen selbst und mit dem polnisch-sowjetischen Krieg 1920, der den wieder entstandenen polnischen Staat existenziell bedrohte, verbreitete sich das Stereotyp der „żydo-komuna“. Die Studie zeigt, wie sich darin die älteren Bedrohungsvorstellungen und Theorien über freimaurerische oder freimaurerisch-jüdische Verschwörungen mit der Deutung der Jahre nach dem Ersten Weltkrieg verbanden. Verschwörungstheorien, die offenbar von den „Protokollen der Weisen von Zion“ inspiriert waren, fanden auch im polnischen Episkopat Resonanz. Der Bolschewismus, der mit den Juden identifiziert wurde, wurde im katholischen Diskurs zur Verkörperung des Antichristen (S. 188-212).

Darüber hinaus kann die Verfasserin zeigen, dass die Bistumsblätter die ganze thematische Spannbreite des Antisemitismus der Zwischenkriegszeit abdecken. So warben diese Schriften, die vor allem für die einfacheren Bevölkerungsschichten auf dem Lande und in den Städten bestimmt waren, für die Verdrängung der Juden aus dem Wirtschaftsleben und befürworteten, wie im Übrigen in den 30er Jahren bis auf die Sozialisten alle polnischen politischen Parteien, die Emigration der Juden – wohin auch immer. Zwar wandten sich die katholischen Publizisten gegen Gewalt gegen Juden. Wenn es aber zu Gewaltakten kam – und diese ereigneten sich in den 30er Jahren in wachsender Zahl –, dann tendierten sie dazu, diese auf das Verhalten der Juden zurückzuführen und den Vorfällen damit eine Rechtfertigung zu verschaffen. Der universale Anspruch der Kirche, durch den die von ihr vermittelte Heilsbotschaft auch für Juden offen war, bewirkte, dass die katholische Kirche und ihre Publizistik eine gewisse Distanz zu rassistischen Ideen bewahrten. Thesen über eine in Jahrhunderten geprägte „jüdische Psyche“ bildeten allerdings die Grundlage dafür, dass manchen kirchlichen Publizisten auch im Fall der Konversion eine Assimilation von Juden an die polnische Nation nicht wünschenswert erschien. Damit bestand eine deutliche Nähe zu Rassevorstellungen.

Viktoria Pollmanns Studie zeigt, wie tief der Antisemitismus in der katholischen Kirche Polens verwurzelt war. Er stand in einem engen Wechselverhältnis mit dem Aufschwung des Antisemitismus in der polnischen Gesellschaft Mitte der 1930er Jahre. Er spiegelte sich in der Zahl entsprechender Beiträge in den von Pollmann untersuchten

Zeitungen wider (Statistiken dazu im Anhang S. 419-426). Einerseits wirkte die gesamtgesellschaftliche Situation auf die kirchliche Publizistik ein, andererseits gehörte die Kirche aber zu den wichtigsten Trägern des Antisemitismus.

Nicht zuletzt dank Pollmanns Studie sind das antisemitische Denken innerhalb der katholischen Kirche und der Antisemitismus in der katholischen Publizistik der Zwischenkriegszeit mittlerweile relativ gut erforscht. In geringerem Maße gilt dies aber trotz der wichtigen Grundlagen, die Pollmann im ersten Teil ihrer Studie dafür skizziert, für das Verhältnis von Kirche und Antisemitismus im 19. Jahrhundert. Ein Desiderat bleiben für beide Epochen Forschungen darüber, was tatsächlich in den Gemeinden geschah und welche Rolle Priester für die Verbreitung antisemitischen Gedankenguts spielten. Zumindest für die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, so scheint es, wird die Bedeutung der Kirche als Trägerin des Antisemitismus gegenüber der Nationaldemokratie, der er meist in erster Linie zugeschrieben wird, unterschätzt.

Insgesamt stellt Viktoria Pollmanns Arbeit einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der polnischen katholischen Kirche im 19. und 20. Jahrhundert und zur Geschichte des Antisemitismus dar. Ihre Bedeutung ist umso mehr hervorzuheben, als die kirchengeschichtliche Forschung in Polen die Frage nach dem kirchlichen Antisemitismus bisher weitgehend ignoriert hat.

Kai Struve, Leipzig

Susanne Rau, Geschichte und Konfession. Städtische Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur im Zeitalter von Reformation und Konfessionalisierung in Bremen, Breslau, Hamburg und Köln. Hamburg/München: Dölling und Galitz 2002, 674 S. (Hamburger Veröffentlichungen zur Geschichte Mittel- und Osteuropas. 9).

Die städtische Geschichtsschreibung der Frühen Neuzeit wurde bisher als Quellencorpus für die Geschichts- und Erinnerungskultur des konfessionellen Zeitalters selten herangezogen. Geschah dies doch, so beschränkten sich Studien auf die Geschichtsschreibung einer Stadt, die dann auch für konfessionelle Fragestellungen ausgewertet wurde

(Klaus Graf).¹ Der Hintergrund für diese Abstinenz ist in dem schwierigen Zugang zu dem Quellencorpus zu suchen: Die städtische Geschichtsschreibung der frühen Neuzeit wurde zumeist nicht gedruckt und ist in zahlreichen (vielfach anonymen) Handschriften und Redaktionen überliefert, deren Abhängigkeitsgrad und Rezeption spezifische Probleme aufwerfen. Aufgrund dieser vielfältigen Detailprobleme schien eine vergleichende Studie mit thematischer Schwerpunktsetzung lange Zeit außerhalb der Möglichkeiten eines monografischen Forschungsprojektes zu liegen.

Die Dissertation von Susanne Rau sucht diese Begrenzung zu sprengen und geht von dem Grundgedanken aus, wonach „konfessionelle Ereignisse eine stark strukturierende Wirkung“ (S. 57) für Erinnerung und Gedächtnis der städtischen Kulturen besaßen. Sie wählt dafür aus den ca. 25 Großstädten des Alten Reichs das lutherische Hamburg, das katholische Köln, das zunächst nach Wittenberg orientierte, dann reformierte Bremen sowie das protestantische und dann von der Gegenreformation erfasste gemischtkonfessionelle Breslau aus. Untersucht werden also protestantische wie katholische städtische Gedächtnisse, wobei ein Schwerpunkt auf der humanistisch-reformatorischen Geschichtstradition liegt (S. 93-115). Parallel werden auch katholische „Reaktionen“ insbesondere anhand des Kölner Beispiels untersucht. Insgesamt leuchtet diese Anordnung ein, denn sie erlaubt es, konfessionelle Geschichtsbilder kontrastiv herauszuarbeiten.

Die – leider infolge von Exkursen und Einschüben unübersichtliche – Darstellung lässt sich in sechs aufeinander aufbauende Schritte gliedern: Zunächst wird die spätmittelalterliche Überlieferung als konstruktive Folie für jede einzelne Stadt gesichtet (S. 72-82), bevor in einem zweiten Schritt die reformatorischen Ereignisse als „neue Herausforderungen“ für die Konfliktbewältigung und Traditionsbildung der Städte beschrieben werden. Es folgen Skizzen der konfessionsgeschichtlichen Entwicklung der Städte (S. 144-190), ein notwendiger Schritt, da die Autorin anschließend die Frage nach einer prägenden Wirkung der konkreten Konfessionsgeschichte für die jeweilige städtische Erinnerung stellt (S. 198-326): Je nach konfessionsgeschichtlicher Entwicklung wähle die städtische Erinnerung unterschiedliche Schwerpunkte und narrative Muster.

¹ Vgl. z.B. Klaus Graf, *Gmünder Chroniken im 16. Jahrhundert*. Schwäbisch Gmünd 1984.

In dem zunächst durch eine lutherische und dann durch eine reformierte Konfessionsentwicklung geprägten Bremen wählten die städtischen Geschichtsschreiber zunächst heterogene, konfessionell geprägte Akzente, bevor sich durch die Stadtchronik Johann Renners ein integrierendes Bild durchsetzte, das die Reformation(en) als einen kontinuierlichen Prozess beschrieb und die städtische Erinnerung des 17. Jahrhunderts beherrschte. Dagegen griff die Breslauer Stadtgeschichtsschreibung aus Legitimierungsaspekten zu dem Mittel, die Einführung der Reformation vorzudatieren und als im Einverständnis mit den Bischöfen erfolgt darzustellen. Nichtlutherische Komponenten wurden in wachsendem Maße ausgeblendet, da in der Berufung auf den frühen lutherischen Charakter der Reformation ein Argument gegenüber gegenreformatorischen Ansprüchen gesehen wurde. Als Wendepunkt zum Schlechteren und als sinnfälliges Element für den Beginn der „schlimmen Zeit“ wählte die protestantische Chronistik den Einzug der Jesuiten (1638/59).

In der Hamburger Stadtgeschichtsschreibung führte die unangefochtene lutherische Bekenntnisbildung sehr früh dazu, dass die Reformation als datierbare Reihe von notwendigen Abschaffungen und Veränderungen erinnert wurde, die zudem durch reformatorische Dank- und Jubelfeste (1617, 1655, 1717) symbolisch dargestellt werden konnten. Konträr dazu steht die Kölner Stadtgeschichtsschreibung, die in den Reformationsversuchen nur gescheiterte Versuche eines Aufbruchs sah und früh mit der Gleichsetzung neue Lehre = Luthertum = Täufertum arbeitete. Gegenüber solchen Bedrohungen wurden Konsistenz und Kontinuität vor allem durch die Beschreibung der unerschütterlichen Kölner Sakraltopografie dargestellt.

In der zukünftigen Forschung ist zu diskutieren, ob die Reformation in der städtischen Geschichtsschreibung tatsächlich als solch starker historischer Bruch wahrgenommen wurde, wie dies die Studie feststellt. Rau spricht in Aufnahme von Zeitkonzepten Alessandro Cavallis mehrfach von einem „Nullpunktmuster“, das die protestantische Geschichtsschreibung Bremens, Hamburgs und Breslaus bestimmt habe. Dem steht allerdings das Selbstverständnis der Reformation als Wiederherstellung der alten reinen Lehre entgegen, das „Nullpunkte“ ausschloss und vor dem Hintergrund der städtischen Kontinuität auch ohne die Metapher vom Neubeginn auskam.

An diesen zentralen Teil schließt Rau einen Abschnitt mit biografischen Skizzen zu den jeweiligen städtischen Geschichtsschreibern, deren Bildungsvoraussetzungen und Schreibsituationen, den Orten städtischer Erinnerung sowie der Zirkulation und Rezeption der

Geschichtswerke in der städtischen Öffentlichkeit an (S. 327-480). Inwieweit dieser kompendienartige Züge tragende Teil erforderlich ist, ist diskutabel. Hervorgehoben sei jedoch der Abschnitt zur städtischen Festkultur (S. 480-500), in dem die Konsequenzen der unterschiedlichen Formen städtischer Erinnerung für die jeweiligen emotional-sinnlichen Inszenierungen städtischer Vergangenheit demonstriert werden: Während in Hamburg in den Reformationsjubiläen prägnant Stadtgeschichte erinnert werden konnte, wurde in Breslau das Jubiläum 1617 zurückhaltend begangen, während in Bremen die Bet- und Fasttage eine wenig konkrete Erinnerung beschworen.

Insgesamt ist die Darstellung von Rau eine Fundgrube für vergleichende Studien zur konfessionellen Geschichtsschreibung der Frühen Neuzeit. Hervorgehoben werden muss, da dies zu diesem Forschungsfeld noch nicht die Regel darstellt, dass die Autorin auch die polnischsprachigen Veröffentlichungen zur Breslauer Stadtgeschichte zur Kenntnis nahm. Leider wird jedoch die Lesbarkeit durch zahlreiche Exkurse, eine teilweise wenig konsistente Darstellung und ein unvollständiges Register erschwert, was Anlass zu einer – in dieser Form übermäßig scharfen – Polemik gab.² Der Wert der Studie liegt in dem vergleichenden Blick auf konfessionelle Prägungen und differierende Muster städtischer „eingebildeter Geschichte“ – eine Perspektive, die auch für die städtischen Zentren Nordosteuropas (etwa Danzig, Königsberg, Riga und Reval) mit Gewinn aufgenommen werden könnte.

Hans-Jürgen Bömelburg, Lüneburg

² Gregor Rohmann, Rezension von: Susanne Rau, *Geschichte und Konfession. Städtische Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur im Zeitalter von Reformation und Konfessionalisierung in Bremen, Breslau, Hamburg und Köln*. München/Hamburg: Dölling und Galitz 2002, in: *sehpunkte* 3 (2003), Nr. 6 [15.06.2003], URL: <http://www.sehpunkte.historicum.net/2003/06/1770.html>. Dort auch die Replik der Autorin und Duplik des Rezensenten.

Wolfgang Reinhard, *Probleme deutscher Geschichte 1495–1806. Reichsreform und Reformation 1495–1555*. 10., völlig neue bearb. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta 2001, 414 S. (Gebhardt. Handbuch der deutschen Geschichte. 9).

Es liegt gut in der Hand, dieses Buch. Die neue Gebhardt-Reihe ist in einem praktischen Format gehalten, in angenehmem Leinen gebunden, ordentlich geheftet, so dass die Seiten beim Lesen nicht ständig auseinandergedrückt werden müssen. Ein Lesebändchen erhöht das Vergnügen. Leicht ist es, die Seite zu markieren, an der man eine Pause einlegen möchte. Das Visuelle hingegen kommt ausgerechnet im Medienzeitalter wenig auf seine Kosten. Zwar ist die Typografie lesefreundlich gestaltet, was bei der heutigen Buchproduktion ein eigenes Lob verdient. Geografische und historische Karten jedoch müssen im 24. und für 2005 angekündigten Band nachgeschlagen werden, worauf freilich allein das Deckblatt auf seiner Rückseite verweist. Als einzige visuelle Hilfe findet sich die sinnvoll vereinfachte Stammtafel der Habsburger auf dem Vorsatzblatt. Sonstige Abbildungen wie Organigramme, welche die Problematik der Reichsverfassung oder den Verlauf eines Reichstags veranschaulichen könnten, werden nicht geboten. Nach einem Vorwort zur Reihe, dem Abkürzungsverzeichnis und einer rund 25-seitigen Bibliografie der Literatur und Quellen beginnt – endlich – der Text.

Ein Buch für die Hand also, und dies auch im übertragenen Sinne. Was Wolfgang Reinhard als Großmeister der Frühneuezeitforschung Interessierten und Studierenden hier an die Hand gibt, ist eine beeindruckende Überblicksdarstellung. Jeweils zur Einleitung oder zum Abschluss eines Kapitels gelingt es Reinhard auf elegante Weise, auf engstem Raum (internationale) Forschungsdiskussionen und historio-graphische Entwicklungen anschaulich zu skizzieren, wobei die Auseinandersetzung mit den früheren Auflagen des Gebhardt recht viel Raum einnimmt. Trotz bisweilen heftig geführter Debatten über Modernisierung oder Konfessionalisierung hält er sich dabei von jeglicher Polemik oder konfessionsbedingter Parteilichkeit fern. Die theoretischen Hintergründe der neueren Geschichtsschreibung weiß Reinhard anschaulich zu beschreiben. In wenigen Worten umreißt er den Einfluss von Foucault, Elias, Bourdieu und White auf die Frühneuezeitforschung. Dass Reinhard theoretische Positionen jedoch nicht nur referiert, sondern selbst konsequenter Theoretiker sein kann, zeigt seine Periodisierungsdiskussion. Die Frage, wie sich die Frühe Neu-

zeit als Epoche bestimmen lässt, setzt er einer „schonungslosen“ Dekonstruktion bisheriger Periodisierungskonventionen aus. Zwar weist Reinhard den bekannten Epochenbezeichnungen die notwendige Funktion zu, als Kurzformel der Verständigung zu dienen, doch zieht er den Schluss, dass „von der historischen Totalität eines Zeitalters (...) definitiv weder bei der konventionell so genannten ‚Frühen Neuzeit‘ noch bei ihren wie immer begrenzten Unterabschnitten die Rede sein“ kann (S. 64). Daher entscheidet sich Reinhard konsequent für einen pragmatischen Frühneuzeitbegriff: Er definiert die „Frühneuzeit als die Schnittmenge zwischen Mittelalter und Neuzeit“ (S. 76), Europa als den „historischen Einflussbereich der lateinischen Kultur“ (S. 74) und das Alte Reich als Teil dieser Kultur.

Wer ein Handbuch schreibt, setzt sich der Gefahr aus, zu didaktischen Zwecken unangemessen stark zu vereinfachen und zu generalisieren. Die Studierenden sollen schließlich wissen, auf welche Erkenntnisse sie setzen können. Reinhard vermeidet diese Falle. Systematisch deckt er den klischeeartigen Charakter geschichtswissenschaftlicher Topoi wie etwa denjenigen vom Dualismus zwischen Kaiser und Reich bzw. von Fürsten und Landständen auf. Immer wieder veranschaulicht er, wie die historischen Entwicklungen sozial, regional und historiografisch differenziert werden müssen. Er frustriert daher diejenigen systematisch, die wissen möchten, was denn nun stimmt. Denn Reinhard argumentiert nicht zwischen den Polen „richtig“ und „falsch“, sondern innerhalb eines Spektrums von „überzeugender“ und „weniger überzeugend“. Er weigert sich also, vermeintliche historische Wahrheiten zu vermitteln, um statt dessen die gesichert unsicheren Erkenntnisse der Forschung in ihrer Vielfalt zusammenzutragen. Pointierte Formulierungen helfen, sich auf diese verunsichernde Pluralität, die zu eigenständigem Denken anregt, einzulassen.

Das ideale Handbuch als solches ist wohl bislang noch nicht geschrieben. Auch dieses Handbuch hat seine Schwächen. Die insgesamt klare Strukturierung des Stoffes ist nicht überall immer zwingend. So behandelt Reinhard z.B. das Verhältnis von Bauern und Herren unter der Rubrik „ländliche Welt“ getrennt von der ökonomisch-rechtlichen Situation der Bauern, die er dem Kapitel „Bauernkrieg“ zuordnet. Auffällig ist ferner, dass Reinhard zwar die Bedeutung der Policy und der Juristen für die Entwicklung des frühneuzeitlichen Staates mehrfach hervorhebt, die Arbeiten von Michael Stolleis jedoch keine ausdrückliche Erwähnung finden. Ein solches Verschweigen, das sich auch über das Personenregister erstreckt, befremdet, zumal dieses

andere wichtige lebende Historiker berücksichtigt und damit eine schnelle historiografische Orientierung erlaubt.

Reinhard's Ausdrucksweise kann zuweilen rhetorisch überzogen oder soziologisch gespreizt wirken. Manchmal werden Begrifflichkeiten vorausgesetzt, die Studierenden oder dem anvisierten „breiten Publikum“ (S. X) doch eher unbekannt sein dürften. Wer von ihnen weiß schon, was beispielsweise das Reislaufen ist oder wofür die Engelsburg steht? Das sonst ausführliche und hilfreiche Orts- und Sachregister übersieht solche Begriffe oder verweist auf die Seiten, in denen die Begriffe lediglich erwähnt, nicht aber erklärt werden.

Ähnliche Zweifel lassen sich bezüglich der theologischen Grundkenntnisse anmelden, die Reinhard voraussetzt. Reinhard übergeht die Tatsache, dass ein nicht unbedeutender Teil seiner Leserschaft mit dem Christentum nicht mehr vertraut ist oder es überhaupt nicht kennt. Studierenden, welche – eine Erfahrung aus eigenen Seminaren – bereits die Zehn Gebote nicht aufzuführen wissen, fehlen die Grundlagen, um komplizierte theologische Aussagen wie die von der Rechtfertigung aus dem Glauben ohne weitere Kommentierungen zu verstehen. Möglicherweise werden zukünftige Handbücher, die sich mit Fragen der Religion im Abendland beschäftigen, so etwas wie eine Kurzeinführung in die Lehren des Christentums bzw. Judentums oder zumindest ein Glossar anbieten müssen. Britische Textbooks jedenfalls scheuen bereits heute vor solchen Hilfestellungen nicht zurück.

Handelt es sich bei den obigen Bemerkungen um eher kleinere Monita, scheinen mir folgende Einwände schwerer ins Gewicht zu fallen: Irritierend sind begriffliche Inkonsistenzen. Wer festhält, dass es schwer oder unmöglich sei, exakt zu bestimmen, was beispielsweise „Diskurs“ sei (S. 43), verblüfft, wenn er den Diskursbegriff zuvor in aller Selbstverständlichkeit verwendet. Genauso überraschend ist die Rede vom „Menschen der Antike“ (S. 52), nachdem Reinhard den Versuch, „eine Art kulturelles Basisphänomen in Gestalt eines ‚Renaissance‘- oder ‚Barock-Menschen‘ zu etablieren“ (S. 47), als gescheitert eingestuft hat. Ebenso stellt sich die Frage, ob Reinhard seiner eigenen Definition des jüngeren Kulturbegriffs als „alltäglichen Lebensvollzug einer Gruppe samt seiner häufig unbewussten symbolischen Artikulation“ (S. 97) treu bleibt, wenn er die folgenden Faktoren für den Konfessionalisierungsprozess ausmacht (S. 98): Abgrenzung der Glaubensgemeinschaften nach außen durch Glaubensbekenntnisse, Homogenisierung der Gemeinden nach innen durch Ausbau und Monopolisierung des Bildungswesens, konfessionelle Propaganda, Disziplinierung der Gläubigen, Intensivierung konfessions-

spezifischer Riten und Sprachregelungen. Reinhard's Blick richtet sich damit derzeitigen Forschungstendenzen entsprechend vorwiegend auf Institutionen, Amtsträger und kirchlich verankerte Glaubensvollzüge. Der Alltag der Gläubigen hingegen findet wenig Beachtung. Unbefriedigend ist ferner die Argumentation mit den nicht nur mikro- und makro-, sondern auch mesohistorischen Ebenen geschichtlicher Entwicklungen. Ist der „mikrohistorische Wille zur Macht“, der nicht so sehr von Personen, sondern von Dynastien getragen worden sei (S. 93), noch mikrohistorisch oder gehören Jahrhunderte lange dynastische Interessen nicht vielmehr zu den „makrohistorischen Rahmenbedingungen“? Wieso bewegen sich fürstliche Räte, die von der Steigerung der Fürstengewalt profitieren, auf der „Mesoebene des politischen Systems“ (S. 94), wenn sie mittels Krieg, Religion und Patriotismus – mikro oder makro? – die Ausweitung der fürstlichen Herrschergewalt betreiben? Reinhard selbst scheint von seinem Modell nicht recht überzeugt zu sein. Jedenfalls zieht er in der weiteren Argumentation sein Dreischichtenmodell nicht mehr heran.

In die gleiche Richtung geht die Kritik hinsichtlich der konventionellen politik- und ereignisgeschichtlichen Teile des Handbuchs. Gekonnt erzählt Reinhard von den vielen Reichstagen, kriegerischen Verwicklungen, diplomatischen Machenschaften, vertrackten Heiratsplänen und gescheiterten Religionsgesprächen. Lässt sich aber heute noch so erzählen, als ob Foucault, Bourdieu und White (oder andere) doch keine Spuren in der Geschichtswissenschaft hinterlassen hätten? Dieses Dilemma zwischen der Notwendigkeit, Studierende und Interessierte darüber zu informieren, was „passiert“ ist, und dem Problem, wie wir Geschichtsschreibung betreiben können, ist weiterhin aktuell. Freilich beansprucht auch Reinhard nicht, dieses Problem zu lösen.

Reinhard's Überblicksdarstellung wird diejenigen zu Recht enttäuschen, die eine simple Form von Geschichtsschreibung suchen. Diejenigen jedoch, die neugierig darauf sind, wo die historischen Probleme liegen, werden viele Anregungen in diesem Buch finden. Vielleicht fühlen sie sich selbst einmal dazu animiert, an der Geschichte der Frühen Neuzeit mit zu schreiben. Denn Reinhard entlässt seine Leserinnen und Leser nicht mit einem verwirrenden „alles ist möglich“, sondern mit einem stimulierenden „mehreres ist möglich“. Wie wohl dereinst im Anschluss an das gelungene Werk Reinhard's eine 11. überarbeitete Auflage des neunten Gebhardt-Bandes aussehen wird?

Francisca Loetz, Zürich

Erika Rummel, *The Confessionalization of Humanism in Reformation Germany*. New York: Oxford University Press 2000, 211 S. (Oxford Studies in Historical Theology).

Humanismus und Reformation waren zwei Phänomene, die das geistige Leben nördlich der Alpen im 16. Jahrhundert wesentlich prägten. Sie existierten dabei nie unabhängig voneinander, sondern ihr Einfluss beruhte auf einem ideologischen Wechselspiel. Bernd Moeller spricht noch davon, dass die religiöse Umbruchsbewegung nur durch die intellektuellen Errungenschaften der neuen Gelehrsamkeit lebensfähig werden können. Mit Berechtigung lässt sich auch die Perspektive der These ändern und umgekehrt die Wirkung der Reformation auf den Humanismus in Betracht ziehen. Diesen Weg beschreitet Erika Rummel mit der vorliegenden Studie, indem sie der Konfessionalisierung – die bewusste Durchsetzung und Konsolidierung einer Glaubensrichtung sowie Abgrenzung von anderen Ausprägungen – die Rolle des Motors in der besagten Beziehung zuspricht. Die Autorin verwendet den Begriff nach dem Muster, wie er in der Theologischen Realenzyklopädie definiert ist. Sie projiziert den Vorgang der Konfessionalisierung, der bisher vornehmlich im politischen und gesellschaftlichen Bereich untersucht worden ist, auf die geistesgeschichtliche Ebene. Hier manifestiert er sich nach Rummels Überzeugung insofern, als die reformatorische Bewegung humanistische Konzepte für ihre Zwecke instrumentalisiert und manipuliert habe, was zu unterschiedlichen Reaktionen der Gelehrten führte. Als räumlicher und zeitlicher Rahmen des Buches ist bewusst das Heilige Römische Reich in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts gewählt, um der Situation sowohl in den Ursprungslanden als auch in der konstruktiven Phase der Reformation vor dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 nachzugehen.

In den frühen Jahren der Reformation wurde der christliche Humanismus, wie ihn Desiderius Erasmus prägte, von der zeitgenössischen Publizistik in direkte Verwandtschaft zur religiösen Bewegung gesetzt und der holländische Gelehrte mit gewisser Berechtigung zu deren Vordenker stilisiert, was selbst bis in die moderne Historiografie anhält. Erika Rummel, die bereits mehrere Studien zu Erasmus veröffentlicht hat, möchte jedoch nicht eine weitere Bewertung der Problematik vornehmen, sondern verfolgt einen dokumentarischen Ansatz. Sie beabsichtigt, eine authentische Schilderung der damaligen Situation aus dem Blickwinkel der betroffenen Intellektuellen zu erreichen.

Folglich werden die Stimmen der Akteure in thematischen Zusammenhängen präsentiert. Die Autorin steht an dieser Stelle bereits vor der Schwierigkeit, die Persönlichkeiten, die sie zu Wort kommen lässt, in den Kategorien Humanisten oder Theologen ohne eine zu starke Reduzierung ihrer tatsächlichen Interessen und akademischen Voraussetzungen unterzubringen. Obwohl Erasmus 1506 den Grad eines Doktors der Theologie von der Universität Turin verliehen bekam, gilt er sowohl seinem Selbstverständnis als auch der Einschätzung der Zeitgenossen folgend unumstritten als der Prototyp des humanistischen Gelehrten. Philipp Melanchthon hingegen, der wegen seines Einsatzes für die Verbreitung säkularer Gelehrsamkeit als „Praeceptor Germaniae“ bekannt wurde, konnte keinen theologischen Abschluss vorweisen. Dennoch zählt er, bedingt durch seine leidenschaftliche Unterstützung Luthers und die Abfassung des Augsburger Bekenntnisses (1530), zur Elite der reformatorischen Theologie.

Humanisten sahen sich tatsächlich immer wieder mit der Instrumentalisierung ihres Gedankenguts durch die Verfechter der Reformation konfrontiert, ohne dass sie eine solche Bezugnahme unbedingt billigten. Desiderius Erasmus durchlebte wohl am eindringlichsten dieses Dilemma. In seinen Schriften übte er Kritik an der Voreingenommenheit der konservativen Scholastik und der Selbstüberschätzung des Klerus. Frömmigkeit sollte nach Erasmus' Verständnis stärker in die persönliche Sphäre des Gläubigen rücken und sich von überzogenen Ritualen der Kirche lösen. Dazu gehörte auch die Bibellectüre, wodurch alle Christen aus erster Hand die Grundlagen ihrer Religion erfahren und nicht einer Auslegung der Geistlichen blind vertrauen sollten. Erasmus selbst rekonstruierte das Neue Testament getreu dem humanistischen Grundsatz „ad fontes“ aus einer textkritischen Verbindung des griechischen Urtexts, der Vulgata und den kirchenväterlichen Kommentaren in der Edition unter dem Titel „Novum Instrumentum“ (1516). In der Tat kehrten diese Maximen alle bei der reformatorischen Publizistik wieder.

Neben Erasmus lassen sich noch weitere kritische Vertreter des Gelehrtenstandes finden. So griff Agrippa von Nettesheim bereits in seinem Werk „De occulta philosophia“ (1510) den Klerus an. Alle wiesen jedoch eine Gemeinsamkeit auf: ihre dauernde Verbundenheit mit der alten Kirche. Ihnen waren die Missstände bewusst, und sie konnten scharf gegen sie argumentieren, nur für einen Bruch mit Rom plädierte keiner. Im Gegenteil, Erasmus distanzierte sich vehement von der Reformation und bestritt die Wirkung seines Schaffens auf jegliche religiöse Doktrin. Während der ersten Aufregung um die Lehren Mar-

tin Luthers musste er selbst Anfeindungen von konservativen Theologen erdulden, was ihn anfänglich zu einer Position zwischen den Fronten bewegte. Er suchte sogar zwischen Papst und Luther zu vermitteln, immer unter dem Aspekt einer Entkräftung der Vorwürfe gegen die eigene Person. Obwohl Erasmus eine Distanz zur reformatorischen Bewegung stets betonte, wollte er dennoch seine Unabhängigkeit in der konfessionellen Kontroverse wahren. Nur war es ihm auf Dauer nicht möglich, einer öffentlichen Stellungnahme zu Luther aus dem Weg zu gehen. 1524 erschien schließlich „*De libero arbitrio*“, womit er einen entsprechenden Beitrag leistete.

Agrippa von Nettesheim plädierte für Toleranz in Bezug auf die Interpretation religiöser Angelegenheiten, ohne vom katholischen Glauben abzufallen. Er vertrat in diesem Zusammenhang die These, dass ein zu energisches Vorgehen der Kirche gegen Luther, der anfänglich lediglich das Fehlverhalten von Mönchen und Prälaten kritisiert habe, an dessen Zerwürfnis mit Rom Mitschuld trage. Es war tatsächlich die fehlende Kompromissbereitschaft der orthodoxen Theologie, die das intellektuelle Klima noch zu bestimmen glaubte, wodurch Humanismus und Reformation in einem Lager vereint wurden. Die humanistischen Gelehrten provozierten als Freidenker die Tradition der Scholastik. Ihre Beschäftigung mit antiker Philosophie öffnete ihnen alternative Muster für das Verständnis der Welt. Der wiederentdeckte Platonismus forderte den schon christlich etablierten Aristotelismus heraus. Generell bedeutete die Suche der Humanisten nach den Ursprüngen jeglichen Wissens, die mit Hilfe einer Kenntnis der alten Sprachen keine Schwierigkeiten bereitete, die Gefahr eines Autoritätsverlusts auch der Kirchenväter und gängigen Biblexegese. So bot der Humanismus bereits ohne Inanspruchnahme durch die Reformation eine Angriffsfläche für konservative Theologen.

Für die Humanisten galt Bildung als oberstes Gebot, um den Menschen zu formen. Es sollte ein Individuum entstehen, das Moral hochschätzte und in der Gesellschaft selbstverantwortlich agierte. Die Antike avancierte hierbei zum verbindlichen Vorbild. Den Kern des humanistischen Bildungsprogramms konstituierte eine Verbindung von philologischen, historischen und philosophischen Studien mit den traditionellen freien Künsten. Dieses Ideal sahen Gelehrte – allen voran Erasmus – gefährdet durch die angebliche Beschränkung der reformatorischen Lehrauffassung auf „*dogmata et linguae*“.

Die Bildungskontroverse veranschaulicht Rummel unter anderem auch am Beispiel der Universität Erfurt. Hier werden die Grenzen ihres Ansatzes, eine mehr oder weniger wertfreie Darstellung zeitge-

nössischer Diskussion zu übermitteln, besonders deutlich. In den Jahren 1522 bis 1526 erlebte Erfurt einen dramatischen Rückgang der Immatrikulationen. Die Hauptschuld für diese Entwicklung schrieben verschiedene Quellen der religiösen Uneinigkeit und damit verbundenen Ablehnung von Gelehrsamkeit, die das einstige Zentrum humanistischer Studien erschütterten, zu. Es muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass der katastrophale Einbruch erst ab 1522 auftrat, als an der Universität mehrheitlich eine katholische Gesinnung herrschte, was den Vorwurf ein Stück weit entkräftet. Darüber hinaus wäre eine bloße Reduzierung der Ursachen auf die konfessionelle Ebene im Hinblick auf die reichsweite Ausdehnung des Studentenschwundes, wofür auch demografische, finanzielle und politische Gründe verantwortlich waren, zu einseitig. Die Situation der Universität Heidelberg während der Regierungszeit des entschieden lutherischen Kurfürsten Ottheinrich (1556–1559) zeigt, dass die Reformation keineswegs negativ auf das geistige Klima wirken musste, denn dort erlebte der Humanismus mit der Universitätsreform von 1558 sogar einen neuen Höhepunkt. Karlstadt, der mit zunehmender Radikalisierung nachweislich antiintellektuelle Ambitionen hegte, stand nicht für die gesamte Bewegung; Melancthon bewies, dass Glauben und Gelehrsamkeit vereinbar waren. Solche Überlegungen, die den Rahmen des Diskurses sprengen und die Hintergründe erforschen, sind in Rummels Konzept nicht vorgesehen.

Obwohl die Reformatoren sich anfänglich sehr stark auf den Humanismus beriefen, entdeckten sie dennoch Strömungen, die nicht mit ihren Lehren konform gingen. Dazu gehörten Skeptizismus und Nikodemismus. Beide verkörperten den humanistischen Drang nach Unabhängigkeit und Vermeidung jeglicher Festlegung in konfessionellen Fragen. Rummel widmet ihnen aus diesem Grund jeweils ein Kapitel. Zahlreiche Humanisten bewunderten den syrischen Satiriker Lukian, dessen Werke sie übersetzten. Er symbolisierte den Zweifler, der selbst dem Tun der Götter kritisch gegenüberstand. In ähnlicher Weise äußerten sich skeptizistische Ansätze in humanistischen Schriften, die die Grenzen der Erkenntnisfähigkeit des Menschen auch auf das Göttliche ausdehnten. Die Autorin nimmt exemplarisch Bezug auf Erasmus, Agrippa und Sebastian Castellio. Sie reflektierten zwar alle über mögliche Auswege, gerieten aber mit ihrer *ars dubitandi* in Konflikt zur evangelischen Theologie, die solcher Einschränkung die Erleuchtung durch den Heiligen Geist und die Eindeutigkeit der Bibel entgegensetzte. Zusätzlich störte die Reformatoren ein damit verbundener Unwille zur Entscheidung für eine der beiden Alternativen des

christlichen Glaubens. Im schlimmsten Fall würden sich diese Humanisten zu Nikodemiten entwickeln, die ihren Glauben nicht preisgäben. Johannes Calvin sprach sich entschieden dagegen aus und unterstellte den Gelehrten Gleichgültigkeit als Hauptmotiv für solches Verhalten. Sie waren Protestanten im katholischen Deckmantel wie Urbanus Rhegius, der aus Sorge um seinen Lebensunterhalt nicht offen bekannte, oder Wolfgang Capito, der die eigene Karriere nicht gefährden wollte und Diplomatie im Religionskonflikt favorisierte. In den Augen überzeugter Protestanten wie Katholiken konnte dieser Weg nicht annehmbar sein.

Rummel schlägt mit einer Beschreibung des unterschiedlichen Verhaltens von Humanisten gegenüber dem Prozess der Konfessionalisierung eine Brücke zwischen den Kapiteln über Skeptizismus und Nikodemismus. Einige Gelehrte beugten sich dem Druck, der von ihrem sozialen Umfeld ausging. Der Aufenthalt in der Reformation nahe stehenden Städten wurde sonst zur Bedrohung. Freundschaft war für die Humanisten ein hohes Gut, das sie intensiv pflegten und die konfessionelle Entscheidung ebenfalls beeinflussen konnte. In vielen Fällen begegneten humanistische Gelehrte jedoch der Konfrontation durch die Reformation, wenn eine neutrale Haltung nicht mehr möglich war, mit einer Abkehr von der religiösen Debatte. So konzentrierte sich Beatus Rhenanus nur noch auf philologische Studien, die in der Publikation von seinem großen Geschichtswerk „*Rerum Germanicarum*“ mündeten.

In den 30er Jahren des 16. Jahrhunderts identifiziert die Autorin in der humanistischen Publizistik die Tendenz zur Vermittlung eines Ausgleichs zwischen den Konfessionen, der auf Konsens beruhen sollte. Erasmus formuliert diese Vorstellung am eindringlichsten in „*De sarcienda ecclesiae concordia*“ (1533). Ein Dialog müsse nach Grundsätzen der Rhetorik in gegenseitiger Achtung stattfinden und zur Eintracht führen. Hier plädiert er wie so oft in seinen Schriften für Toleranz und Frieden, die Eckpfeiler der Humanität. Der Ansatz des Erasmus beruht auf erkenntnistheoretischen Überlegungen, die von späteren Fürsprechern einer Einigung nicht in Betracht gezogen wurden. Vielmehr spiegelt die unter erasmistischem Einfluss entworfene Kirchenordnung für Jülich-Kleve-Berg, die Herzog Johann III. 1532 erließ, eine vorrangig politische Motivation auf Ausgleich wider und vertritt Georg Witzel die Ansicht, dass der Konflikt nur mit Hilfe einer historischen Rekonstruktion der urkirchlichen Lehren zu lösen sei.

Erika Rummels Studie lebt in erster Linie von der bemerkenswerten Fülle des Quellenmaterials. Sie filtert aus den Schriften und Korrespondenzen der zeitgenössischen Autoren deren Standpunkte zur Beziehung von Humanismus und Reformation heraus, die besonders von persönlichen Erfahrungen geprägt waren. Folglich kann die Autorin ein breites Spektrum an Ideen und Empfindungen berücksichtigen. Im Verlauf der Darstellung wird deutlich, dass der Prozess einer Konfessionalisierung nicht ungehindert verlief. Humanistische Protagonisten wehrten sich gegen die Instrumentalisierung ihres Denkens durch die Reformation, und deren Verfechter erkannten die Grenzen einer Anwendbarkeit der neuen Gelehrsamkeit für ihre Zwecke. Tatsächlich verwendet Rummel den Begriff Konfessionalisierung anachronistisch, wie sie in den Vorbemerkungen eingesteht, und möchte die Wurzeln des Phänomens bereits in dem von ihr veranschlagten Untersuchungszeitraum nachweisen. Eine solche Einschränkung sollte aber schon im Titel des Buches erkennbar sein. Letztendlich bleiben durch den dokumentarischen Ansatz die Kontroversen zwischen Humanisten und Reformatoren offen, was die Autorin zwar bewusst in Kauf nimmt, aber nicht unbedingt vorteilhaft für die Aussagekraft ihrer Arbeit ist.

Marco Neumaier, Heidelberg

Maike Sach, Hochmeister und Großfürst. Die Beziehungen zwischen dem Deutschen Orden in Preußen und dem Moskauer Staat um die Wende zur Neuzeit. Stuttgart: Franz Steiner Verlag 2002, 488 S. (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa. 62).

Im späten 15. Jahrhundert gelangte das erstarkte Moskau in das Blickfeld des Westens, dessen Bündnisangebote bei den Großfürsten Ivan III. (1462–1505) und Vasilij III. (1505–1533) auf sorgsam abwägendes Interesse stießen. Ausgesprochen positiv stand Moskau einem gemeinsamen Vorgehen gegen Polen-Litauen gegenüber, da die Gewinnung von dessen ostslavischen Gebieten das Hauptziel der russischen Außenpolitik bildete. Unter diesem Vorzeichen kam es 1490 und 1514 zu Bündnissen zwischen den Rjurikiden und dem Hause

Habsburg, das mit den Jagiellonen – der in Polen-Litauen herrschenden Dynastie – um Böhmen und Ungarn konkurrierte. Weniger Beachtung fand bisher, dass auch der Deutsche Orden in Preußen zu einem Partner Moskaus wurde. Dem lag ebenfalls eine gemeinsame Gegnerschaft gegen die Jagiellonen zugrunde, denn der Orden erstrebte die Revision des Zweiten Thorner Friedens (1466), in dem er dem König von Polen den besten Teil seines bisherigen Gebiets hatte überlassen müssen und in dem der Ordensmeister zu einem Treueid gegenüber dem polnischen Herrscher verpflichtet worden war.

In der vorliegenden Kieler Dissertation wird die Entwicklung des preußisch-russischen Verhältnisses im ausgehenden 15. und ersten Viertel des 16. Jahrhunderts untersucht und in den Kontext der zwischenstaatlichen Beziehungen im östlichen Europa eingeordnet. Über die bereits im späten 19. Jahrhundert veröffentlichten Quellen aus den Archiven des Moskauer Außenamtes (*Posol'skij prikaz*) und des Deutschen Ordens hinaus hat die Autorin dafür eine große Fülle an weiterem gedruckten und ungedruckten Quellenmaterial herangezogen, und sie hat die in deutscher, polnischer und russischer Sprache vorliegende Literatur sorgfältig rezipiert. Am wichtigsten davon war die knappe Darstellung, die Kurt Forstreuter im Rahmen seines Buches „Preußen und Russland von den Anfängen des Deutschen Ordens bis zu Peter dem Großen“ (1955) geboten hat. Fairerweise vermerkt die Verfasserin recht oft, dass Urteile dieses Historikers zutreffend sind. Berechtigte Kritik übt sie dagegen häufig an dem sowjet-russischen Autor Vladimir Baljazin, der eine Dissertation über das Thema verfasst hatte, mitunter aber auch an Hans Uebersberger, dessen bekanntes Werk über Österreich und Russland wegen der engen Verflochtenheit der preußischen mit den habsburgischen Russlandbeziehungen nicht selten heranzuziehen war.

Nachdem Ivan III. bereits in den 1490er Jahren ergebnislos Kontaktaufnahmen mit Preußen beabsichtigt hatte, reiste im Jahre 1510 mit Christoph Schleinitz erstmals ein preußischer Gesandter nach Moskau, der den dorthin geflohenen litauischen Magnaten Michail Glinskij dazu veranlassen sollte, dem damaligen Waffenstillstand zwischen Russland und Litauen entgegenzuwirken. Mit Glinskij, der zeitweilig in Deutschland gelebt hatte und den Schleinitz persönlich kannte, gelangt aus Anlass dieser Episode ein interessanter politischer Akteur in das Blickfeld. Im Jahre 1512 begannen in der Tat militärische Auseinandersetzungen zwischen Moskau und Litauen. Deshalb konnten Kaiser Maximilian I. und Albrecht von Brandenburg-Ansbach, seit 1511 Hochmeister des Deutschen Ordens, mit Aussicht auf Erfolg

den Plan einer großen antijagiellonischen Union verfolgen, und in diesem Sinne schlossen Maximilian und Vasilij 1514 ein Bündnis ab. Schon im Folgejahr einigten sich jedoch die Habsburger mit den Jagiellonen, wobei Maximilian die Anwartschaft auf Böhmen und Ungarn erhielt, während er auf die Unterstützung Moskaus verzichtete und die Bestimmungen des Thorner Friedens von 1466 bestätigte.

Der Hochmeister Albrecht verfolgte das Ziel der Revision jenes Friedens jedoch weiter und steuerte mit Hilfe seines Rates und Vertrauten Dietrich von Schönberg auf ein Kriegsbündnis mit Moskau zu, das im März 1517 abgeschlossen wurde. Davon erhofften sich die Partner vor allem Chancen für die Eroberung der jeweils beanspruchten Gebiete Polen-Litauens. Anfang 1520 begann Albrecht den so genannten „Reiterkrieg“ gegen Polen, der sich ungeachtet der Zahlung russischer Subsidien bald als aussichtslos erwies und 1521 mit einem auf vier Jahre bemessenen Waffenstillstand beendet wurde. Der zuvor lebhafteste Gesandtschaftsaustausch zwischen Königsberg und Moskau dauerte nur noch bis 1522. Nachdem sich Albrecht dem Luthertum zugewandt hatte, wandelte er 1525 bekanntlich den Ordensstaat in ein weltliches Herzogtum unter polnischer Lehnshoheit um. Sonderbeziehungen mit Moskau kamen nun nicht mehr in Frage, und erst zur Zeit Peters des Großen gab es wieder ähnlich dichte preußisch-russische Beziehungen, wie sie um 1517 bestanden hatten.

Auf die Behandlung von Einzelheiten des Reiterkrieges – der letzten militärischen Auseinandersetzung zwischen dem preußischen Deutschordenszweig und Polen – verzichtet die Verfasserin sinnvollerweise, weil dazu neuere Darstellungen von Marian Biskup und Jan Tyszkiewicz vorliegen. Ansonsten ordnet sie das preußisch-russische Verhältnis weit ausgreifend in die Zusammenhänge ein. So finden sich in dem Buch Rückblicke auf die Geschichte der beiden Beziehungspartner, ferner die Berücksichtigung der gesamten Außenbeziehungen Preußens und Russlands in der fraglichen Zeit und eine hier im gegebenen Umfang nicht unbedingt zu erwartende Einbeziehung der Ostpolitik des livländischen Ordenszweiges, die zu derjenigen Preußens im Gegensatz stand, weil Moskau für Livland potenziell der gefährlichste Gegner war. Nicht zuletzt ist darauf hinzuweisen, dass die Autorin anhand des preußischen und weiteren Materials die gegenseitige Wiederentdeckung Russlands und des Westens eingehend thematisiert. Wie sie fein aufzeigt, war Preußen für Moskau über die politisch-militärischen Ziele hinaus als Erkundungsterrain und als Station im Verkehr mit dem Westen wichtig.

Nicht akzeptabel ist die regelmäßige Bezeichnung des polnischen Königs, der aufgrund der bestehenden Personalunion zugleich Großfürst von Litauen war, als „König von Polen-Litauen“. Wie sonst oft ist auch bei Sach zu lesen, dass vor Peter dem Großen kein russischer Herrscher das Ausland aus eigener Anschauung kannte (S. 132). Indessen nahmen die Zaren Ivan IV. (1530–1584) und Aleksej Michajlovič (1629–1676) an russischen Feldzügen in Livland teil, und der letztere hielt sich in der Zeit des Russisch-polnischen Krieges von 1654–1667 auch in Litauen auf. Eine Falle, in die Historiker nicht selten tapen, ist die in den Quellen anzutreffende Ähnlichkeit der Namensformen von Polozk und Pleskau/Pskov; im 15. Jahrhundert gab es keinen Vertrag Rigas mit Pskov, sondern Rigaer Vereinbarungen mit Polozk (S. 66). Auch kann die Haltung Wolters von Plettenberg, der 1494 livländischer Ordensmeister wurde, nicht ohne weiteres als Mitursache für das Scheitern eines zeitlich davor liegenden Verhandlungsangebots Ivans III. an Preußen und Livland betrachtet werden (S. 426). Solche kleinen Versehen fallen aber gegenüber den großen Vorzügen der Darstellung in keiner Weise ins Gewicht. Die auf breitester Materialbasis ruhende, sehr eindringliche und gut formulierte Arbeit erweitert und verfeinert unser Bild von den Ost-West-Beziehungen an der Wende zur Neuzeit in starkem Maße. Das hier Geleistete verdient hohe Anerkennung.

Norbert Angermann, Buchholz i.d. Nordheide

Christoph Schmidt, Auf Felsen gesät. Die Reformation in Polen und Livland. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002, 341 S.

Die Reformation war für viele Länder und Völker ein Meilenstein, der den Übergang vom Mittelalter zur Frühen Neuzeit kennzeichnete – auch für Polen, Preußen, Litauen und Alt-Livland. Es ist allerdings ein wagemutiger Versuch, alle diese Länder unter ein Dach oder zwischen zwei Buchdeckel zu bringen, selbst wenn dies ein Beispiel für vergleichende Geschichtsforschung sein sollte. Schmidt hat sich eine sehr schwere Aufgabe vorgenommen, denn es ist schon fast unmöglich, die Quellen- und Literaturbasis zu vergleichen. Der Verfasser hat völlig Recht, wenn er am Anfang des Buches schreibt, dass „ihre (livländische, deutschbaltische, lettische, sowjetische?) Historiographie den-

noch tiefgehende Brüche auf(weist)“ (S. 17). Am Ende des Bandes – im Quellen- und Literaturverzeichnis – finden wir eine Erklärung dafür, nämlich in der Unproportionalität der ausgewerteten Forschungen über Polen und Preußen auf der einen und über Livland auf der anderen Seite. Doch dieses Buch bietet keinen Vergleich, so dass die Auswertung noch größere Schwierigkeiten bereitet. Bei dem Polen gewidmeten Teil stürzt sich der Verfasser auf eine große Menge alter wie auch neuer Forschungen, doch bei Alt-Livland treffen wir hauptsächlich nur auf die „Klassiker“, zumeist aus dem 19. Jahrhundert.

Um in der Buchbewertung konkret zu bleiben, soll hier nur dem kleineren, doch für den Rezensenten als Historiker aus Lettland interessantesten Teil des Buches von Christoph Schmidt Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Reformation in Livland möchte Schmidt „aus der Perspektive dreier Akteure“ betrachten, doch während uns die ersten beiden bekannt sind – Städte und Adel –, so stellen sich bei der Erwähnung der estnischen und lettischen Bauern, die „zur Sprache“ kommen sollen, erste Fragen ein: Waren diese besondere, wichtige Akteure in dem zu untersuchenden Prozess? Oder stellt deren Untersuchung nur eine Reverenz gegenüber den nationalen Elementen dar, um eine „neue Sicht“ auf die Geschichte des Baltikums zu demonstrieren? Der Versuch, die Mission bei Esten und Letten während der Reformation ausführlich zu beschreiben, erweist sich als plakative, aber leider unnütze Höflichkeitsgeste gegenüber den autochthonen Bevölkerungsgruppen, denn deren eigentliche Reformation sollte erst 200 Jahre später zusammen mit der Herrnhuter Brüdergemeine nach Livland kommen.

Städte – hauptsächlich die großen Städte Alt-Livlands wie Riga, Reval und Dorpat – standen an der Spitze der livländischen Reformation. Und hier ist Schmidts Beschreibung sehr wichtig, wie Andreas Knopken die Ideen der Reformation (oder auch nur des Humanismus) zu den Rigensern brachte. Dass Knopken bei seiner ersten Ankunft in Riga nur vereinzelt Interesse an den von ihm propagierten Ideen fand, war nach Schmidts Meinung Ausdruck der „Isolation in der Kaufmannsgemeinde Rigas“ (S. 166). Man sollte jedoch bedenken, dass die Stadtgemeinde Riga sehr rational ausgerichtet war – Handel und Kaufmannschaft mit ihren spezifischen Interessen bestimmten die Aktionen der Stadt. Es wäre naiv, von diesen Leuten eine für Geistliche und Gelehrte günstige Stimmung zu erwarten. So bleibt die Bewertung der ersten rigischen Disputation weiterhin strittig. Weist die Vermutung L. Arbusows angesichts des unentschiedenen Ergebnisses nicht doch auf die Gleichgültigkeit der rigischen Kaufleute gegenüber

theologischen Fragen hin? Für die livländischen Städte bildete die Reformation eine ungemein günstige Gelegenheit, die eigene Selbstständigkeit zu erreichen bzw. auszudehnen, und erst in diesem Moment erblickten die Kaufleute positive Seiten in den neuen lutherischen Ideen für sich selbst.

Schmidt akzentuiert die Abläufe der Reformation in Livland sehr genau und korrigiert die Aussage Lohmüllers über die Verbreitung reformatorischen Gedankenguts: Nicht „ganz Livland dürste nach der reinen Lehre“, sondern nur Riga (S. 169), und hier vor allem die Kaufleute der Stadt.

Als einen entscheidenden Wendepunkt in der Reformation der livländischen Städte kann der Zeitraum vom 20. bis 23. Oktober 1522 betrachtet werden, weil in diesen Tagen „in die bisherige Kirchenordnung die entscheidende Bresche geschlagen und das alleinige Recht der Pfarrherrn auf Stellenbesetzung durchbrochen“ (S. 171) wurde. Die Stadt – also die Ratsleute, vorwiegend Kaufleute – setzten das Recht durch, selbst die Prediger in die städtischen Kirchen zu berufen und deren Lohn zu bestimmen. Die Reformation ermöglichte es den Rigensern, kirchliche Ausgaben zu senken – und gleichzeitig konnten sie die Rivalen der vorangegangenen Jahrzehnte (Orden und Erzbischof) in ihrer Entwicklung entscheidend beeinträchtigen.

Nicht viel anders verlief die Reformation in Estland. Nur wenige Jahre später erfuhren die Einwohner der Stadt Reval von Luthers neuer Lehre, und der Konflikt, der in diesem Zusammenhang ausbrach, war noch trivialer: ein Streit zwischen Stadt und Kirche (Dominikanerorden) über erb- und testamentlose Güter.

Noch deutlicher entschied sich der livländische Adel – der Verfasser erkennt hier, dass „aus ganz und gar weltlichen Dingen“ (S. 181) der Adelsstand sich der Reformation zuneigte. Die bisweilen ähnlichen Interessen von Städten und Adel hatten nicht immer ein stabiles Fundament der Zusammenarbeit bewirkt. Zu oft wechselte der Adel seine Position, was Schmidt als „nicht sehr überraschend“ einordnet (S. 185). Doch kann eine solche Inkonsequenz auch als Schwäche des Adelsstandes interpretiert werden.

Doch zurück zu den Letten und Esten. Das Bemühen des Autors, diese Bevölkerungsgruppe auch in den großen Städten – Riga und Reval – als Elemente der Reformation zu untersuchen, ist verständlich, doch die Mühe ist vergeblich. Dort finden wir nur einen kleinen Teil – denn die meisten Letten und Esten waren immer nur Bauern gewesen und hatten auf dem Lande gelebt. Wenn man die Ausbreitung der Reformation im Blick hat, muss man zugestehen, dass es fast aus-

schließlich um Stadtbewohner ging – eine ganz andere Gesellschaftsschicht als estnische und lettische Bauern. Ein Bauernkrieg, ausgelöst durch reformatorische Bestrebungen, war in Alt-Livland ein völlig illusorisches Unterfangen, denn die Bauern hatten gelernt, allem, was aus dem Westen, aus dem Heiligen Römischen Reich, kam, zu misstrauen und die weitere Entwicklung zunächst abzuwarten.

Die Position des Ordensmeisters Wolter von Plettenberg zu untersuchen, ist ein interessantes Unterfangen. Schmidt sucht nach Motiven für seine tolerante Haltung gegenüber der Reformation (S. 190 ff.), doch vergisst er darüber, dass Plettenberg – im Gegensatz zu seinem preußischen Großmeister – zu alt war, um sich für die Reformation und damit für die Säkularisierung zu entscheiden.

Unter der Überschrift „Livland wird polnisch“ versucht Schmidt die Frage zu klären, ob es in Livland eine Gegenreformation gab mit dem polnischen König Stefan Batory und den Jesuiten als Protagonisten. Es wird nicht ganz deutlich, ob Livland das Ziel der jesuitischen Expansion war, oder nicht vielmehr doch Schweden bzw. Moskau (S. 215). Dass die „livländische Karte“ bei weitem nicht die wichtigste war, zeigt ein Blick auf die livländischen Bischöfe. Nur der letzte – Otto Schenking – arbeitete in Livland, doch auch er floh während des schwedisch-polnischen Krieges 1600–1629 und blieb seinem Bistum über zehn Jahre lang fern. Andere – wie Dymitr Solikowski, Aleksander Mielinski oder Patritius Nidecki – betraten nie Livlands Boden oder waren so schwach, dass von Zeitgenossen überliefert ist, der Bischof habe „völlig nutz- und zwecklos in Livland gelebt“.¹

Das Buch von Christoph Schmidt leistet einen guten Beitrag für die Forschung zur Reformation und Nachreformationszeit im osteuropäischen Raum. Der interessierte Leser findet bekannte Sachverhalte und neue Sichtweisen und Interpretationen wie auch nützliche Hinweise für noch ausstehende Forschungen.

Gvido Straube, Rīga

¹ Vgl. G. Straube, Die „polnische Gegenreformation in Livland – Ziele und Realitäten“, in: Prusy i Inflanty między średniowieczem a nowożytnością (Preußen und Livland zwischen Mittelalter und Neuzeit). Toruń 2003, S. 119.

Eberhard Völker, Die Reformation in Stettin. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2003, 261 S. (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Pommern. 38).

Eberhard Völkers Untersuchung der Stettiner Reformationsgeschichte stellt sich in den Zusammenhang der verfassungsgeschichtlichen Stadtforschung und fußt – trotz des Verlustes des Stettiner Stadtarchivs 1945 – auf umfangreichen Archivstudien, insbesondere im jetzigen Archiwum Państwowe w Szczecinie; sie wertet die erreichbaren historisch-chronistischen Darstellungen des 16. und 17. Jahrhunderts (Thomas Kantzow, Jakob Runge, Reichskammergerichtsakten u.a.) sowie die deutsche und polnische Literatur vollständig aus. Der Wert des vorliegenden Buches liegt nicht zuletzt in den vielfältigen Vergleichen der Stettiner Ereignisse und Entwicklungen des 16. Jahrhunderts mit den gleichzeitigen Geschehnissen und Kräfteverhältnissen in anderen norddeutschen Hansestädten im „Kräftedreieck zwischen Bürgerschaft, Rat und Landesherrn“ (S. 1).

Sein erstes Hauptthema widmet Eberhard Völker der in Stettin vorfindlichen politischen Dominanz des Landesherrn am Ort, und zwar einschließlich der damals für die Stadt zentralen Bemühungen, eine möglichst große Unabhängigkeit der Stadt von den pommerschen Herzögen zu erreichen (S. 46-57). Völkers erstes Interesse gilt daher der Frage, „wie sich das Bestreben nach Bewahrung einer gewissen Unabhängigkeit mit den reformatorischen Strömungen verbindet oder kreuzt, oder auch, wie weit beide getrennt voneinander verlaufen und welche dabei jeweils dominant war“ (S. 2).

Völkers Ausführungen zeigen, dass der Rat der Stadt im Verbund der Hansestädte eine gewisse Machtstellung erringen konnte, obgleich Herzog Bogisław erst 1518 durch die Erweiterung des Herzogsschlusses und die Betonung seiner Gerichtsbefugnisse den herzoglichen Machtbereich ausdehnen konnte. Die eigene Politik des Rates zeigte sich 1522 in einer schriftlichen Anfrage an Martin Luther, ob die Domherren zu Recht von den bürgerlichen Lasten befreit seien. In seiner Antwort betonte Luther, die Geistlichen hätten diese Lasten mit zu tragen. Schon dieser Schriftwechsel kann als Vorbereitung der späteren Einführung der Reformation gewertet werden. Im Schatten der politischen Gegensätze konnte sich die reformatorische Bewegung aus der Initiative des Rates heraus entwickeln. Die Berufung des lutherischen Predigers Paul vom Rode aus Quedlinburg an die Stettiner Jakobikirche 1523 und bald darauf weiterer Prediger (darunter Niko-

laus Decius) „ermöglichte zeitweise dem Rat, eine gewisse Geschlossenheit von Rat und Bürgerschaft gegen den Landesherrn herzustellen“ (S. 237).

Völker beschreibt detailliert die noch vielgestaltigeren Machtkonstellationen und wechselnden Machtgewinne im Zeitraum von 1523–1534 nach dem Tode des Herzogs Bogisław X. 1523: 1. Die Söhne Bogisław's, Georg und Barnim, vertraten unterschiedliche Positionen. Georg blieb bis zu seinem Tode 1531 Anhänger der alten Kirche, Barnim (der schon 1518/19 in Wittenberg Luther kennen gelernt hatte) verhielt sich abwartend, so dass das Herzogtum sich in den territorialen Bündnissen zunächst zwischen den Fronten positionierte. 2. Besondere Komplikationen entstanden durch die mehrfachen Unruhen in der Stadt: durch die sozialen Unruhen 1524, über die in den letzten Jahrzehnten polnische Historiker Forschungen vorgelegt haben, und dann durch die tumultuarischen religiösen Auseinandersetzungen 1526 auf Anstiften des Dr. Johann Amandus. In der gemeinsamen Ablehnung der Tumulte fanden der Rat der Stadt und die Bürgerschaft zusammen und sahen in der dauerhaften Berufung lutherischer Prediger Sicherungen für Frieden und Einigkeit in der Stadt. 3. Zusätzliche Streitpunkte beschäftigten die Stadt in den Auseinandersetzungen des Rates mit ihrem machtbetonten Bürgermeister Hans Stoppelberg, durch schwierige Verständnisprozesse zwischen Rat und Bürgerschaft und durch einen Huldigungsstreit zwischen Rat und Herzögen, bei dem der Rat das Junktim vertrat, die Huldigung nur gegen die Bestätigung der Privilegien der Stadt leisten zu wollen.

Diese vielfältigen Komplikationen in wechselnden Kräfteverhältnissen und mit einer Vielzahl von Streitschriften hatten endlich ein Ergebnis: „Der eigentliche Durchbruch der Reformation in Stettin geschah 1531 durch einen neuen Aufruhr in der Bürgerschaft, mit der sich der Rat um der Eintracht in der Stadt willen verband“ (S. 239). Die formelle Entscheidung fiel 1534: Herzog Barnim vollzog auf dem Treptower Landtag den Übertritt zur Reformation. Johannes Bugenhagen, der gebürtige Treptower und Verfasser vieler reformatorischer Kirchenordnungen, erhielt von den Herzögen Barnim und Philipp den Auftrag, zusammen mit den berufenen Predigern zu diesem Landtag die Grundzüge einer neuen Kirchenordnung vorzulegen. Die Ereignisse und Ergebnisse dieses Landtages und der ersten Stettiner Kirchenvisitation 1535 beschreibt Völker an Hand der historischen Darstellung Thomas Kantzows, der Pommerschen Landtagsakten und der von Hellmuth Heyden veröffentlichten Protokolle der pommerschen Kirchenvisitationen. 1540 konnte der Streit zwischen Landes-

herrschaft und Stadt durch einen Vergleich weitgehend beigelegt werden. Die Herzöge waren in Stettin zeitlich die letzten, die sich für die Reformation in der Stadt einsetzten (S. 243), doch sie festigten nun ihre obrigkeitliche Stellung im Bunde mit den evangelischen Predigern und deren Stützen in Bürgerschaft und Rat. Letzte Widerstände gegen die neue Lehre im Rat fanden erst auf dem Landtag 1548 ihr Ende, als sich die Vertreter Stettins gegen die Annahme des Interims aussprachen (S. 234 f.).

In der Arbeit Eberhard Völkers wird in der Tat deutlich, dass die Reformation in der Stadt Stettin alles andere als ein „geradliniger Prozeß“ (S. 236) gewesen ist. Dass sie ihren Anfang nahm in einer Anfrage des Rates bei Luther, ist in einer Hansestadt nicht ganz so singulär, wie Völker (S. 3) annimmt, wenn man die Initiative des Stadtssekretärs Johannes Lohmüller zur Reformation in Riga 1522 zum Vergleich heranzieht.¹ Zu Recht fasst Eberhard Völker das Ergebnis seiner Forschungen wie folgt zusammen: „Die Reformation in Stettin begann mit dem Interesse für die Lehren Luthers in der Bürgerschaft und hatte von Anfang an auch Freunde in Rat und Landesherrschaft. Sie festigte sich mit Hilfe des Rates und geriet durch deren Ausbleiben wieder in Schwierigkeiten, sie konnte das Feld schließlich behaupten durch Rückhalt an der Landesherrschaft“ (S. 236). Der Historischen Kommission für Pommern ist zu danken, dass sie die Veröffentlichung dieser heute wenig bekannten Ereignisse des 16. Jahrhunderts ermöglicht hat.

Heinrich Wittram, Hemmingen

¹ Vgl. Baltische Kirchengeschichte, hrsg. v. Reinhard Wittram. Göttingen 1956, S. 38 f. Zur Person Johannes Lohmüllers vgl. zuletzt Ulrich Müller, Johann Lohmüller und seine livländische Chronik „Warhaftig Histori“. Biographie des Autors, Interpretation und Edition des Werkes. Lüneburg 2001 (Schriften der Baltischen Historischen Kommission. 10).

John Witte jr., Law and Protestantism. The Legal Teachings of the Lutheran Reformation. Cambridge: Cambridge University Press 2002, 337 S.

John Witte jr. ist Jonas Robitscher-Professor für Rechtswissenschaften und Ethik am interdisziplinären Zentrum für Religionsstudien der Universität Emory in Atlanta. Seine Leitung des dortigen Programms der Universität „Law and Religion“ sowie seine vielfältigen Arbeiten zur Rechtsgeschichte, zur Entwicklung religiöser Freiheitsrechte und zur Geschichte des Eherechts zeigen Wittes breit gefächertes Interesse an Berührungspunkten von Recht und Theologie. Davon profitiert auch die vorliegende Einführung in die rechtlich-theologischen Aspekte der Reformation Martin Luthers.

Witte beschreibt den Wandel der Reformation von einer rein innerkirchlichen Bewegung zu einer Bewegung, die Gesellschaft, Politik und Recht der Zeit maßgeblich beeinflusste. Den Grund für die nachhaltige Bedeutung der Reformation auch als Neubeginn einer Epoche sieht Witte in der Verbindung der theologischen mit den juristischen Reformen der 1530er Jahre. Erst durch die juristische Festschreibung der Reformen erhielt die Reformation ihre zum Teil bis heute reichende Wirkung und Bedeutung, so die zentrale These. Die Juristen verhalfen der Reformation zu ihrer wahren Tragkraft. Zwar polemisierte Luther selbst anfänglich gegen eine Verbindung von Recht und Theologie und signalisierte gerade durch seine wohlbekannte Verbrennung von Büchern des kanonischen Rechts 1520 den endgültigen Bruch mit Rom, doch erkannten er und seine Anhänger durch die Unruhen der 1520er Jahre bald die Notwendigkeit einer rechtlichen Basis zur Durchführung der Reformation. „The reality was that Luther and the other theologians needed the law and the jurists, however much they scorned them. It was one thing to deconstruct the framework of medieval Catholic law. It was another thing to reconstruct a new Lutheran framework of law, politics and society with only this theological sword in hand. (...) It was thus both natural and necessary for the Lutheran reformation to move from theology to law“ (S. 4).

Die Hinwendung zum Recht war keine Verleugnung der reinen Lehre Luthers, sondern stellte ihre pragmatisch bedingte Weiterführung dar. Durch das Recht wurden die theologischen Ideen in ein Ordnungsgefüge eingebettet, welches die Ideale Freiheit und Gleichheit mit der Notwendigkeit von Verantwortlichkeit und Autorität in Einklang brachte. Hierin sieht Witte auch das genuine Innovations-

potenzial der lutherischen Lehre, die mit mittelalterlichen Traditionen brach. Für Witte ist die gesellschaftliche Erneuerung der Reformation die solide Basis des „christian republicanism“ (S. 9) und markiert den Beginn des christlichen Wohlfahrtsstaates.

Spätestens hier wird deutlich, dass Witte die gesellschaftlich-rechtliche Dimension der Reformation eher positiv bewertet. Der Autor versteht sein Werk denn auch als eine Ergänzung der unter anderem von Ernst Troeltsch vertretenen Auffassung, das Luthertum sei von seiner Konzeption her keine gesellschaftlich relevante Bewegung, die überdies dem mittelalterlichen Denken im besonderen Maße verpflichtet sei. Ebenso führe die besondere Stellung des Individuums in Luthers Theologie zu einer apolitischen Haltung seiner Anhänger. Der Untertitel von Wittes Studie ist eine Anspielung auf Troeltschs Klassiker „Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen“ (in der engl. Übersetzung: „The social teachings of the Christian Churches“) von 1912 (vgl. S. 23-27). Auch die Weiterentwicklung der These Troeltschs durch einige Nachkriegshistoriker, die in der von Luther propagierten starken Stellung des Landesherrn und der damit verbundenen Fügung in herrschaftliche Gewalt sogar die Ursache für die spätere Akzeptanz des nationalsozialistischen Führerkults durch die lutherisch geprägten Deutschen sahen, will Witte widerlegen. Dass die Thesen Troeltschs teilweise bis heute wirken, zeigt u.a. der von Thomas A. Brady mit herausgegebene Sammelband zur europäischen Geschichte, der die lutherische Reformation aus sozialgeschichtlicher Perspektive nicht als Wendepunkt der Geschichte gelten lässt¹ (vgl. Witte, S. 19). Es wäre jedoch falsch anzunehmen, Witte verträte eine einfache Gegenposition. Die Stärke seiner Studie liegt vielmehr in der Differenziertheit, mit der er die Errungenschaften der Reformation Luthers betrachtet. Vorsichtig analysiert er, welche Aspekte der Reformation ihre Entwicklung vor allem spätmittelalterlichen Reformbemühungen oder der kanonischen Rechtstradition verdanken und welche Aspekte grundlegend neu sind und in dieser Form ohne das reformatorische Gedankengut nicht denkbar gewesen wären. Seine These entwickelt er in sieben Kapiteln, die von einem Vorwort und einer Schlussbetrachtung eingerahmt werden.

In den beiden ersten Kapiteln schildert Witte einführend das Verhältnis von kanonischem Recht und weltlichem Recht (Kapitel 1) und die Aneignung und ‚Umkehrung‘ des kanonischen Rechts in weltli-

¹ Handbook of European History: 1400–1600, hrsg. v. T.A. Brady (u.a.). Bd. 1, Leiden/New York 1994.

ches Recht durch führende lutherische Juristen in den 1530er Jahren (Kapitel 2). Die Krisen der 1520er Jahre ließen viele Reformer ihre anfängliche Skepsis gegenüber dem kanonischen Recht vergessen. Sie begannen, das kanonische Recht in großen Teilen zu übernehmen. Doch diese Aneignung zeigt keineswegs, dass die Reformation rechtlich gesehen lediglich mittelalterliche Entwicklungen weiterführte, sondern in ihrem Kern innovativ war. Die partielle Aneignung des kanonischen Rechts erfolgte in einer pragmatischen Neuauslegung der Zwei-Reiche-Lehre Luthers. Folgerichtig besteht Wittes nächstes Kapitel aus einer äußerst differenzierten und klaren Erläuterung der Zwei-Reiche-Lehre, einem besonders gelungenen Kapitel des Buches. Witte kommt zu dem Schluss, dass Luthers Theologie weit reichende gesellschaftliche, politische und rechtliche Neuerungen implizierte. Gesellschaftlich bedeutete sie einen Umsturz der bisherigen traditionellen Hierarchien, politisch verlor die Kirche durch sie die Macht an das weltliche Oberhaupt und rechtlich forderte sie die Auslegung und Festschreibung des Naturrechts durch den Landesherrn.

Diese Implikationen der Zwei-Reiche-Lehre wurden weiterentwickelt in den unterschiedlichen Theorien Philipp Melanchthons, Johannes Eisermanns und Johann Oldendorps, die Witte im folgenden Kapitel analysiert. Diese Lutheraner gingen insofern über Luther hinaus, als sie eine eigene evangelische Gesellschaftsordnung schaffen wollten, also Berührungspunkte der beiden Reiche zuließen. Dabei fassten sie die Bibel als grundlegenden Leitfaden für das weltliche Recht auf, griffen auch auf das spätmittelalterliche kanonische Recht als Quelle des protestantischen weltlichen Rechts zurück und betonten die erzieherische Wirkung des Rechts, welches einen Untertan auf den rechten spirituellen Weg führen konnte. Wenn auch die Erörterung weniger bekannter Reformatoren wünschenswert gewesen wäre, so wird dies durch den äußerst nuancierten Vergleich der drei Lutheraner ausgeglichen, der die Spannbreite möglicher Folgerungen aus Luthers Lehre illustriert.

Die folgenden Kapitel befassen sich auf verschiedenen Ebenen mit der Umsetzung lutherischer Theorien in die Praxis der Kirchenordnungen. Die Kirchenordnungen enthielten vor allem Bestimmungen für die Bereiche (1) Religion, Kirche und Liturgie, (2) öffentliche Moral, (3) Armenfürsorge und andere Formen sozialer Wohlfahrt, (4) Familie und Heirat sowie (5) öffentliche Bildung und Erziehung. Die Kirchenordnungen des 16. Jahrhunderts griffen zwar teilweise die Reformen des Rechtswesens des 15. Jahrhunderts auf bzw. übernahmen Regelungen aus dem kanonischen Recht, doch stellten sie insbeson-

dere für die Bereiche der Wohlfahrt, der Ehe und des Schulwesens ein in sich neues Reformmoment dar, welches allein durch die Theologie Luthers bedingt war. Witte belegt diese These in den zwei letzten Kapiteln anhand des Eherechts und des Bildungswesens. Hier trägt sein Ansatz Früchte, die Reformation sowohl aus theologischem als auch aus juristischem Blickwinkel zu betrachten. Nach einer ausführlichen Darstellung der Tradition des Eherechts bzw. der Schulbildung geht Witte auf die neue lutherische Theologie der Ehe bzw. der Bildung ein. Auf diesen theologischen Grundlagen bildeten sich die juristischen Neuerungen zwangsläufig heraus. Die Zwei-Reiche-Lehre bedingte z.B. im Schulwesen den Wechsel von kirchlicher zu weltlicher Trägerschaft; an die Stelle der kirchlichen Ausbildung trat ein säkulares Schulwesen, an die Stelle scholastischer Texte das Studium der Bibel. Bildung war nicht mehr nur dem besonderen Stand der Kleriker vorbehalten, sondern sollte allen Christen ermöglicht werden. Ihre rechtliche Festschreibung fanden diese neuen Prinzipien in den Statuten der Ratsschulen bzw. der Landes- oder Fürstenschulen.

Wittes Studie ist dank ihrer klar gegliederten Argumentation und durch die jedem Kapitel folgenden Zusammenfassungen sehr eingängig. Die Einzelstudien zu Luther, Melanchthon, Eisermann und Oltendorp sind aus umfangreichem Quellenmaterial gearbeitet, und auch die deutschsprachige Literatur wurde in hohem Maße beachtet. Wittes Buch ist ein wichtiger Beitrag zur Analyse der rechtlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Reformation. Er zeigt, wie aus dem anfänglichen Spannungsverhältnis von Theologie und Recht eine zwar pragmatisch bedingte, jedoch erfolgreiche Symbiose entstand. Vielleicht hätte ein Vergleich mit den rechtlichen Lehren des Calvinismus die Grundthese der Bedeutung der rechtlichen Lehren des Luthertums noch hervorgehoben. Doch hier schließt inzwischen auch die neue Studie von Wittes geistigem Mentor, dem die vorliegende Studie gewidmet ist, zumindest teilweise an.² Auch hätten die negativen gesellschaftlichen Folgen der Reformation, die aus der starken Stellung des Landesherrn resultierten und die in ähnlicher Form wie Eheklauseln und staatlicher Fürsorge bis heute wirken, etwas stärker ins Blickfeld gerückt werden können. Hier hätte man sich eine weitere Erläuterung der in der Einleitung vertretenen These, die starke Stellung des Landesvaters sei eher ein Garant für einen „christian republi-

² Harold J. Berman, *The legal revolution II: The impact of the protestant reformations on the western legal tradition*. Cambridge, Mass. (u.a.) 2004.

canism“ als für eine quietistische Haltung der Untertanen, gewünscht. Insgesamt ist Wittes Studie jedoch eine gelungene Einführung aus einer hochinteressanten Perspektive.

Elisabeth von Glinski, Heidelberg

Andrej Angrick, *Besatzungspolitik und Massenmord. Die Einsatzgruppe D in der südlichen Sowjetunion 1941–1943*. Hamburg: Hamburger Edition 2003, 796 S., zahlreiche Abbildungen; Christopher Browning, *Die Entfesselung der ‚Endlösung‘. Nationalsozialistische Judenpolitik 1939–1942. Mit einem Beitrag von Jürgen Matthäus*. München: Propyläen 2003, 832 S.; Willy Peter Reese, *„Mir selber seltsam fremd“. Die Unmenschlichkeit des Krieges. Rußland 1941–1944*, hrsg. v. Stefan Schmitz. München: Claassen 2003, 284 S., 27 Abbildungen.

Der Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und die Vernichtung des europäischen Judentums stehen in einer engen, bis heute in der Historiografie umstrittenen Verbindung. Dass mit dem Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 auf deutscher Seite eine geradezu mörderische Radikalisierung erfolgte, die nicht nur die nationalsozialistische Judenpolitik, sondern weitere ideologische oder ‚rassische‘ Feinde betraf, steht indes außer Frage. Die vorzustellenden Bücher zeichnen die Wege in den Massenmord aus verschiedenen Perspektiven nach.

Christopher Browning, einer der profiliertesten Holocaust-Forscher, hat eine Gesamtdarstellung der NS-Judenpolitik zwischen 1939 und 1942 vorgelegt, die zugleich den ersten veröffentlichten Teilband eines von der zentralen israelischen Gedenk- und Forschungsstätte Yad Vashem mit dem Titel „The comprehensive History of the Holocaust“ herausgegebenen Reihenwerkes darstellt. Browning behandelt damit eine, ja die entscheidende Phase, denn: „In der kurzen Zeitspanne zwischen Herbst 1939 und Herbst 1941 vollzog die nationalsozialistische Judenpolitik einen Entwicklungssprung von erzwungener Emigration zur ‚Endlösung‘...“ (S. 13). Es geht also um die ‚Entscheidungsfindung‘, die dann 1942 in den systematischen Massenmord an der in deutscher Hand befindlichen jüdischen Bevölkerung einmündete, zu dessen Symbol die Vernichtungslager im besetzten Polen

wurden. Folgerichtig lässt der Autor seinen Band im März 1942 enden, als in Chelmno und Belzec die ersten Morde durch Gas verübt wurden.

Die Anforderungen an einen im Rahmen einer ‚comprehensive history‘ geschriebenen Band sind hoch, denn nichts anderes als ein Standardwerk wird erwartet – und Browning kann die Ansprüche, um dies gleich vorweg zu nehmen, zu großen Teilen erfüllen. Das einleitende Kapitel, das sich dem gesamteuropäischen Antisemitismus, aber auch der spezifischen deutschen Spielart widmet, besticht durch kurze und präzise Formulierungen. Auch wenn Browning altbekannte Erkenntnisse aufbereitet, etwa das anfängliche Unbehagen der Wehrmacht wegen der Morde in Polen im Herbst 1939, findet er die richtige Balance zwischen Details und dem Blick auf das Hauptthema. So weist er beispielsweise relativ früh darauf hin, dass die schwierige Durchführung der gigantischen Umsiedlungsaktionen den Tätern die ‚Erfahrung‘ vermittelt habe, dass in vielen Fällen Mord einfacher sei als eine Umsiedlung (S. 64). Deutlich wird, wie sehr die Akteure sich durch das Scheitern ihrer Vorhaben unter Entscheidungsdruck setzten und sich immer mehr radikalisierten; es ist sicherlich kein Zufall, dass der Chef der Umwandererzentrale in Posen, SS-Sturmbannführer Rolf-Heinz Höppner, im Juli 1941 in einem Schreiben an Adolf Eichmann als ‚humanste Lösung‘ empfahl, die nicht mehr arbeitsfähigen Juden vor Winteranbruch „durch irgendein schnell wirkendes Mittel zu erledigen“, um ihnen den Hungertod zu ‚ersparen‘ (S. 465). Folgerichtig stellt Browning die verschiedenen Umsiedlungspläne im besetzten Polen unter die Überschrift einer „‚Endlösung‘ durch Vertreibung“ (S. 65). Der Autor gibt eine interessante, auf der Höhe der Zeit befindliche Darstellung zu den Ghettos im Generalgouvernement und zur Situation der deutschen und westeuropäischen Juden bis in den Sommer 1941. Im Kapitel „Vorbereitung auf den ‚Vernichtungskrieg‘“ (S. 316) weist Browning völlig zu Recht darauf hin, dass von einem „langwierigen, schrittweisen Entwicklungsprozeß“ (S. 316) auszugehen sei, bei dem die „Vorbereitungen auf das ‚Unternehmen Barbarossa‘ eine verhängnisvolle Kette von Ereignissen in Gang“ setzten: „(...) und der mörderische ‚Vernichtungskrieg‘ führte dann rasch zum systematischen Massenmord, zuerst an den sowjetischen und bald darauf auch an den anderen europäischen Juden“ (S. 318).

Dem Beginn der Judenmorde nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion widmet sich Jürgen Matthäus, dessen Kapitel überzeugend und kritisch die schwierige Forschungslage beleuchtet: „Mit dem Angriff auf die Sowjetunion wurde, chronologisch und regional

uneinheitlich, die Schwelle zur ‚Endlösung‘ an der Peripherie überschritten“ (S. 428). Matthäus gelingt es, die unterschiedlichen Motive, die die Mörder vor Ort antrieben, zumindest anzudeuten: die ‚Praktiker‘ vor Ort waren, so eine Erkenntnis der neueren Forschung, eben nicht nur gehorsame Befehlsempfänger, sondern durchaus Teil einer „unsystematischen dialektischen Interaktion wechselseitiger Radikalisierung zwischen zentralen und lokalen Behörden“ (S. 317). So überzeugend die Darstellung im Allgemeinen ist, so unbefriedigend ist sie zu Litauen, da hier die neuere Forschung souverän ignoriert wird. Weder lassen sich autochthone litauische Pogrome vor (!!!) Ankunft der deutschen Truppen zweifelsfrei nachweisen, wie von Matthäus vertreten (S. 392), noch meuterte das 297. litauische Territorialkorps in Kaunas (sondern in Vilnius), noch stimmt die pauschale Behauptung, die Litauische Aktivistenfrente habe in ihren antisemitischen Flugblättern litauischen Kollaborateuren mit der Sowjetmacht nur Gnade in Aussicht gestellt, wenn sie mindestens einen Juden töteten. Litauische Historiker haben den Hintergrund schon lange geklärt: Der obige Satz ist als handschriftlicher Zusatz nur auf einem einzigen Flugblatt der LAF nachweisbar.

Brownings eigene Ausführungen zur Verbindung von ‚Vernichtungskrieg‘ und ‚Endlösung‘ (S. 449-535) schildern den Sachverhalt aus einer anderen Perspektive als Matthäus, was für den Leser nochmals eindrücklich verdeutlicht, wie schwierig die Rekonstruktion der ‚Entscheidungsfindung‘ ist, zugleich aber einen anregenden Blick auf die aktuelle Forschungsdebatte gewährt.

Leider weicht diese kritische Darstellung im Folgenden sehr stark der eindringlichen Verfechtung des eigenen Interpretationsansatzes durch den Autor: Er lässt keinen Zweifel, dass die endgültige Entscheidung zur Ermordung *aller sowjetischen* Juden und schließlich *aller europäischen* Juden gefällt wurde, als die Sieges euphorie über den vermeintlichen schnellen Sieg über die Sowjetunion im Hochsommer und während eines ‚zweiten Siegestaumels‘ im September und Oktober 1941 auf dem Höhepunkt war. Es gibt jedoch beachtenswerte Forschungsansätze, die die Entscheidung zum Holocaust eben nicht mit dem vermeintlich positiven Kriegsverlauf, sondern mit dem Scheitern des ‚Unternehmens Barbarossa‘ in Verbindung bringen. Im Rahmen einer ‚comprehensive history‘ des Holocaust stellt Browning nach Empfinden des Rezensenten die eigene Interpretation zu stark in den Mittelpunkt und schenkt anderen Überlegungen zu wenig Aufmerksamkeit. Brownings ‚Euphorie-These‘ stellt *ein* mögliches Szenario dar, im Buch wird es jedoch zum allein verbindlichen. Da diese Fragen

den Kern des Buches ausmachen, bleibt eine gewisse Enttäuschung zurück, die nur zum Teil durch die vorzügliche Aufbereitung des Stoffes aufgehoben wird.

Mit einem Teil der ‚Endlösung‘ auf sowjetischem Boden beschäftigt sich Andrej Angrick, der eine – im wahrsten Sinne des Wortes – erschöpfende Monografie zur Einsatzgruppe D des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD geschrieben hat. Seit langem galt als Desiderat der Forschung die Fortführung der von Hans-Heinrich Wilhelm zur Einsatzgruppe A vorgelegten Arbeit¹ für weitere der mobilen Mordkommandos, nicht zuletzt deswegen, weil den Einsatzgruppen beim Weg in den Holocaust eine besondere Bedeutung zukommt (wie Christopher Browning und Jürgen Matthäus in dem eben besprochenen Band gezeigt haben).

Angrick hat die Einsatzwege und Aufgaben der EG D und ihrer Einsatz- und Sonderkommandos akribisch und quellennah rekonstruiert und eine beeindruckende Forschungsleistung vorgelegt. In einer detaillierten Nacherzählung der Ereignisse und Verbrechen, die die Angehörigen der EG D zwischen 1941 und 1943 verübten, offenbart sich vor allem die entsetzliche ‚Alltäglichkeit‘ und ‚Normalität‘ von Massenmord. Wichtig auch, dass der Autor in diesem Zusammenhang den Blick nicht nur auf das Jahr 1941 richtet, sondern auch die Aktivitäten der EG im Kaukasus während der deutschen Sommeroffensive 1942 darstellt und die unter dem Deckmantel der ‚Partisanenbekämpfung‘ verübten Verbrechen schildert. Doch darf man die EG's nicht nur als mobile Tötungsmaschinen verstehen, denn die Kommandos der Sicherheitspolizei waren auch für politische Berichterstattung und Aktionen zuständig, so z.B. beim Umgang mit den Russlanddeutschen auf der Krim (S. 254-307) oder beim ‚Unternehmen Zeppelin‘, dem Einschleusen von ehemaligen russischen Kriegsgefangenen als Agenten hinter die russische Front (S. 477-485).

Im Rahmen seiner chronologischen Darstellung unterbricht Angrick den Ablauf der Ereignisse am Ende des Jahres 1941, um ein Soziogramm der Mitglieder der EG D zu entwerfen (S. 386-452). Mit großer Spannung liest man die entsprechenden Passagen, denn die Täterforschung hat in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt und bildet immer mehr einen Schwerpunkt der Forschung. Doch: dieser besonders wichtige und zentrale Teil des Buches umfasst gegenüber den deskriptiven Kapiteln nur etwa 70 Seiten, während z.B. allein die

¹ Hans-Heinrich Wilhelm, Die Einsatzgruppe A der Sicherheitspolizei und des SD 1941/42. Frankfurt a.M. 1996.

Darstellung zur „Operation ‚Blau‘ – Hitlers ‚Zweiter Feldzug‘: das deutsche Heer im Kaukasus“ (S: 545-669) fast 125 Seiten beansprucht. Aufgrund der Quellenlage (hauptsächlich Akten zur strafrechtlichen Ahndung nach 1945) hielt es der Autor für nicht „sinnvoll, eine groß angelegte Sozialstudie über das Personal der Einsatzgruppe D zu entwerfen“ (S. 388), denn die „Selbstdarstellungsquellen der Täter“ (ebenda) seien dazu nicht geeignet. Jedoch will Angrick die „Ausnahmen von der Regel, das Ausscheren aus dem Kodex“ (ebenda) untersuchen und eben doch eine „kollektive Biographie (...) ausgehend von exemplarischen Karrieren“ (ebenda) skizzieren. Allerdings will sich beim Lesen der einzelnen biografischen Absätze ein Gesamtzusammenhang nur schwerlich einstellen, sieht man einmal davon ab, dass die Mannschaften wohl alle als Notdienstverpflichtete in der Heimat entbehrlich schienen und über besondere handwerkliche Fertigkeiten (Lkw-Fahrer, Mechaniker usw.) verfügten: Ob dies bereits die euphemistische Bezeichnung eines „uniformen Sozialprofils“ verdient, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls bleibt die Darstellung weit von einer kollektiven Biografie entfernt. Das gilt – *mutatis mutandis* – auch für die Anführer, obwohl Quellenlage und die geringere Anzahl die Stringenz der Darstellung unterstützen. Dabei bestätigt das Ergebnis, dass das Leitungspersonal erst spät in die NSDAP fand, aber bereits früh einen nationalistisch-völkischen Hintergrund und oft akademische Bildung (Jura) aufwies (S. 417), durchaus andere jüngere sozialgeschichtliche Forschungen zum Nationalsozialismus. Auch dass auf mittlerer Ebene eine kleinbürgerliche Herkunft keine Seltenheit darstellte, stellt nicht unbedingt eine Überraschung dar, vielleicht schon eher Angricks aporische Feststellung, die soziale Herkunft der unteren Führungsebene sei so heterogen, dass man keine verbindlichen Gemeinsamkeiten entdecken könne. Damit aber bleibt nur noch wenig von einer kollektiven Biografie übrig.

Im folgenden Kapitel widmet sich der Autor dem „Mensch hinter der Uniform“ (S. 429-450); hinter der unglücklichen Kapitelüberschrift verbirgt sich die zentrale Frage, wie die Mörder mit ihren Taten umgingen und welche Motivation sie trieb. Leider kommt die Argumentation über simple Einteilungen (wenige ‚Exekutionsverweigerer‘, eine ‚breite Masse‘ mit ‚dickem Fell‘ und einige ideologische Überzeugungstäter) nicht hinaus (S. 433). Die von Christopher Browning in seinem ‚Polizeibataillon 101‘² so glänzend rekonstruierte Motivsuche,

² Christopher Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die Endlösung in Polen*. Reinbek 1993.

die ein Bündel von Ursachen zusammenfasste, findet bei Angrick nicht statt. Es überrascht, dass der Autor überhaupt nicht auf eines der zentralen Strukturmerkmale eingeht, dem die Täter unterlagen: Zweifellos hat die militärisch-maskuline Zwangsgemeinschaft eine besondere Gruppendynamik erzeugt, der der einzelne nur schwer ausweichen konnte. Stattdessen geht der Autor einer seltsamen Frage nach: „Entsprach die Abstammung der Herren über Leben und Tod überhaupt den rassistischen Normen und Ausleseverfahren der SS?“ (S. 438). Angrick betont, in der einen oder anderen Täterbiografie seien Schwierigkeiten mit der ‚Erbgesundheit‘ der ‚Sippe‘ belegt (S. 438-442), auch habe es bei manchen Eheplänen Schwierigkeiten gegeben, da die Braut nicht den Vorstellungen der SS-Führung entsprochen habe (S. 443 ff.), aber er lässt den Leser völlig im Unklaren, welche Bedeutung und Relevanz diese Passagen für die Taten der EG D haben. Es drängt sich natürlich die Vermutung auf, die eigene Unzulänglichkeit im Hinblick auf das ideologisch-rassistische Idealbild habe einen Motivationsfaktor beim Massenmord dargestellt. Bei Angrick taucht die Argumentation nur ex negativo auf: „es wird im dunkeln bleiben, ob später beim auswärtigen Einsatz einer von ihnen mit sich selbst ins Gewissen ging, an die eigene Erfahrung und sich selbst eingestand (...), daß die Bestimmung angeblich rassistischer Merkmale ein reiner Willkürakt und der Rassenhaß das Produkt einer entfesselten mörderischen Phantasie und Erziehung war“ (S. 442). Wer zuvor von den Taten der EG D gelesen hat, die Angrick so beeindruckend und bedrückend darstellt, kann nur das Gegenteil vermuten!

Und so bleibt alles in der Schwebe: „stellt sich die Einsatzgruppe D nicht etwa als homogener, sozial geschlossener Verband dar. Vielmehr setzte sich diese Einheit in ihrer Summe aus zum Teil konträr verlaufenden (bzw. weiter verlaufenden) individuellen Biographien zusammen. Dessen ungeachtet entfaltete die Einsatzgruppe eine erschreckend ‚homogene‘ Wirkung...“ (S. 450). Einen Ansatz für die Lösung dieses entscheidenden Rätsels bleibt Angrick den Lesern leider schuldig.

Die Enttäuschung über den schwachen sozialgeschichtlichen Teil ergibt sich zum einen daraus, dass die jüngst erschienene Geschichte einer deutschen Infanteriedivision zeigt, wie man sich kollektiven Biografien und Erfahrungen annähern und auch Motivationsbündel aufzeigen kann,³ zum andern daraus, dass Angrick ja eine hervorra-

³ Christoph Rass, „Menschenmaterial“: Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision 1939–1945. Paderborn (u.a.) 2003.

gende Arbeit geschrieben hat, was die Ereignisgeschichte und die Details anbelangt. In der Rekonstruktion jeder Verästelung des Geschehens ist ein Buch entstanden, das unter der quantitativ und qualitativ ungleichgewichtigen Behandlung von Ereignissen und Strukturen leidet – und nichtsdestotrotz eine Arbeit, die einen Forschungsfortschritt darstellt.

Aus völlig anderer Perspektive nähern wir uns ein weiteres Mal dem ‚Unternehmen Barbarossa‘, wobei *prima facie* eine Primärquelle vorzustellen ist: die Aufzeichnungen eines jungen deutschen Soldaten, der von 1941 bis 1944 an der Ostfront kämpfte und im Sommer 1944 bei Minsk den Tod fand.

Der Abiturient Willy Peter Reese (geb. 1921), literarisch begabt und interessiert, versuchte sein Erleben zu verarbeiten, indem er Tagebuch schrieb und während der Heimaturlaube seine Notizen als Grundlage für ein Manuskript mit dem Titel „Russische Abenteuer – Ein Bekenntnis aus dem Großen Kriege“ benutzte. Wir haben es also weniger mit einer historischen Quelle denn mit einem literarischen Versuch zu tun, der sich bewusst in eine Nachfolge von Ernst Jünger und (was die Aussage betrifft) Erich Maria Remarque stellt. Nirgends wird die literarische Absicht deutlicher als in der konsequenten Vermeidung militärischer Dienstgrade und in der durchgängigen Anonymisierung der Kameraden: in Reeses Krieg fehlen zentrale Versatzstücke der militärischen Organisation: „wir“ oder „einer“ ersetzt die Erwähnung von Kameraden (S. 131: „Einer unserer Gruppe hatte einen Volltreffer erhalten. Wir sammelten seine Glieder aus dem Schnee...“; S. 76: „Mein Kamerad fiel.“); auch die Vorgesetzten des Gefreiten Reese tauchen nicht auf, sondern werden hinter unpersönlichen Wendungen verborgen (S. 77: „Ein Befehl war da, keine Gefangenen zu machen... Am Abend kam ein erregter Befehl zum Aufbruch.“).

Der literarische Anspruch erlaubt eigentlich keine historische Wertung, aber eben das macht die Wirkung des Buches aus: es ist der Versuch eines jungen Deutschen, das Geschehen eines Vernichtungskrieges psychisch zu verarbeiten, die eigene Abstumpfung gegen Tod, Mord, Grausamkeit und das eigene Mitmachen zu analysieren und den mörderischen ‚Alltag‘ zu verstehen. Willy Peter Reese ist kein Nazi: „Nichts konnte meinem Wesen mehr widersprechen, als dass ich Soldat werden musste, (...) dass ich das Waffenhandwerk lernen und eines Tages auch kämpfen sollte, kämpfen für eine Weltanschauung, die ich hasste, in einem Krieg, den ich niemals wollte, und gegen Menschen, die meine Feinde nicht waren“ (S. 28). Am Ende des nicht vollendeten Manuskripts tritt uns ein anderer Willy Peter Reese entgegen:

„Jahre stürmten einher, der Tod jagte über die Erde, Gott und Sterne starben im Abendland, und auf der Welt war Krieg. Ich war Soldat in Gefahren und Schmerzen, Wanderer, Abenteurer im All. Aber ich liebte das Leben“ (S. 217).

Die Normalität der Unmenschlichkeit und den Alltag der Grausamkeit schildert Reese in einfachen und eben deswegen beeindruckenden Worten: „Wir richteten uns für längere Zeit ein. Die Frauen trieben wir aus ihren Wohnungen und pferchten sie in den schlechtesten Häusern zusammen. Schwangere und Blinde mussten mit hinaus. Verkrüppelte Kinder jagten wir in den Regen, und manchen blieb nur ein Stall oder eine Scheune, wo sie neben unseren Pferden lagen. Wir (...) gepflegten uns selbst. Kartoffeln, Brot und Fett fanden wir immer (...) Sonst lebten wir aus dem Vollen und dachten nicht an die Hungersnot, die nach uns kam. Komsolemjanskoje hieß das Dorf“ (S. 62 f.).

Als Herausgeber hat Stefan Schmitz im Vor- und Nachwort die nötige Einführung zum deutschen Vernichtungskrieg und zum persönlichen Hintergrund von Willy Peter Reese gegeben, so dass der Leser den Text einordnen kann. Beklemmend bleibt, dass Reese unter den Millionen von Deutschen in der Sowjetunion sicherlich einer der ganz wenigen war, die – auch gegenüber sich selbst – nicht die Augen verschlossen und sich völlig im Klaren waren, welche Art von Krieg im Osten im Namen des deutschen Volkes geführt wurde. Warum bildeten Menschen wie Reese die absolute Ausnahme?

Alle drei vorgestellten Werke tragen trotz einzelner Schwächen auf jeweils spezifische Weise dazu bei, den Kenntnisstand zum Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion und zum Holocaust zu erweitern. Ein deutscher Gefreiter, der 1944 in diesem Krieg den Tod fand, hat in einem Gedicht aus dem Jahre 1942 literarisch verarbeitet, was die Geschichtsschreibung seit nunmehr fast 60 Jahren zu beschreiben und zu interpretieren hat (S. 242 f.):

*Die Juden ermordet,
als brüllende Horde
nach Russland marschiert,
die Menschen geknebelt,
im Blute gesäbelt,
vom Clowne geführt,
sind wir die Gesandten
des allwärts Bekannten
und waten in Blut.*

*Wir tragen die Fahnen
der arischen Ahnen:
sie stehen uns gut.
Wir saufen und huren,
vandalische Spuren,
bezeichnen den Pfad,
wir toben und schreien,
am Blocksberg und feiern,
im närrischen Rat.*

*Wir protzen und lügen,
wir fluchen und siegen,
wir herrschen im Bund:
der Mensch ist ein Muskel,
die Fratze bepustelt,
und sonst nur ein Hund.
Der Geist ist vernichtet,
wir machen Geschichte
für elftausend Jahr,*

*wir stürzen die Reiche
das dritte nur bleibe
der rasenden Schar.
Wir opfern und dienen
mit viehischen Mienen
dem Gott unserer Zeit,
vom Narren erkoren,
zum Morde geboren,
dem Satan geweiht.*

Joachim Tauber, Lüneburg

Seraina Gilly, *Der Nationalstaat im Wandel. Estland im 20. Jahrhundert*. Bern (u.a.): Peter Lang 2002, 676 S., *Abbildungen (Geist und Werk der Zeiten. Arbeiten aus dem Historischen Seminar der Universität Zürich. 97)*.

Spätestens seit dem Beitritt der baltischen Republiken in die Europäische Union ist auch in Westeuropa zunehmend bekannt, dass die baltischen Staaten nicht aus dem Zerfall der Sowjetunion neu entstanden sind, sondern völkerrechtlich wie psychologisch unmittelbar an die Nationalstaaten der Zwischenkriegszeit anknüpfen. Ein historischer Vergleich beider Unabhängigkeitszeiten bietet sich also unmittelbar an. Allerdings ist er aufgrund der sehr unterschiedlichen historischen Bedingungen nach dem Zusammenbruch des Zarenreiches und dem der Sowjetunion ein schwieriges Unterfangen. Seraina Gilly hat sich dieser ehrgeizigen Aufgabe für die Republik Estland gestellt.

Die Klammer von Gillys Untersuchung bildet das nationale Prinzip, dessen Entstehung beziehungsweise Wiedererstarken beiden Unabhängigkeitszeiten vorausging. Doch ist damit nur das primäre Forschungsobjekt benannt. Der methodische Zugriff auf das Thema Nationalität bleibt undeutlich. Zwar beginnt die Arbeit mit einer umfangreichen Zusammenfassung der wichtigsten Modelle von Modernisierung und Nationalstaatsentwicklung, die einen *äußeren* Rahmen zur Interpretation der Ereignisse bieten könnten. Doch werden die in der methodischen Einführung gesetzten Ansprüche in den Einzeluntersuchungen kaum eingelöst. Gleichzeitig bleibt auch die *innere* Seite, also die Genese subjektiver Einstellungen, Denk- und Deutungsmus-

ter und Identitäten, die für jede Gruppenbildung elementar ist, weitgehend unbeachtet. Auf diese Weise erschöpft sich die Behandlung weitgehend in einer deskriptiven Darstellung der institutionellen und sozio-ökonomischen Entwicklung Estlands. Die konzeptionellen Grundkategorien der nationalen Entwicklung werden dagegen allen methodischen Einleitungen zum Trotz als gegeben hingenommen. Dabei führt die unhistorische und letztlich essentialistische Verwendung von zeitgenössischen Begriffen wie „estnischer Geist“, „Deutschtum“ u.ä. mitunter zu handfesten Widersprüchen. Was etwa war die estnische nationale Emanzipation während der Russifizierungszeit: Ausdruck eines von St. Petersburg geschürten „Rassenhasses“ (S. 81) oder eine vom entstehenden estnischen Mittelstand geführte Emanzipationsbewegung gegen einen „Zustand politischer Unterdrückung“ (S. 88)? Hier wäre eine Historisierung der verwendeten Kategorien dringend angeraten gewesen.

Insgesamt gelingt es Gilly kaum, die Beziehungen zwischen institutionellen Strukturen, politischen Konzepten und ihren Auffassungen durch die Bevölkerung lebendig werden zu lassen. So erfahren wir in den Abschnitten über die Minderheitenpolitik beider Republiken viel über die Gesetzgebung, wenig aber über die sie betreffenden Diskussionen und die Praxis ihrer Anwendung. Und das Kapitel über die Landreform der 1920er Jahre sagt viel über die Umverteilung des Bodens, aber nichts über die tatsächlich noch auf Jahre hinaus gültigen Gruppenbildungen der „Alt-“ und „Reformbauern“, die sich in ökonomischen Begriffen nicht mehr ausdrücken ließen. Wenn es an anderer Stelle heißt, die Genehmigung von Parteien in der Spätperestrojka sei die Basis „für die Wiedereinführung der für eine Demokratie unentbehrlichen *civil society*“ gewesen (S. 382), wird ein Grundproblem der Arbeit überdeutlich: Die Zivilgesellschaft lässt sich eben nicht durch Verwaltungsakte, Institutionen und Gesetze *einführen*. Wie sich aber das neue Staatsbürgertum als *Haltung* in der Bevölkerung verbreiten konnte, bleibt in Bezug auf beide Republiken offen. Auch das vergleichende Kapitel am Ende des Buches kann diese konzeptionellen Mängel nicht wettmachen. Mangels klar herausgearbeiteter Vergleichskategorien und Rückgriff auf die eingangs aufgestellten Modelle werden die Befunde eher nebeneinander gestellt als verglichen. Eine abschließende, durchaus lesenswerte Diskussion der positiven und negativen Aspekte der Globalisierung bleibt wiederum von den vorherigen Kapiteln weitgehend isoliert.

Zwischen Kapitel III und IV klafft ein Loch: die Zeit der sowjetischen Besatzung. Wo eben noch von Kommunikation und Rundfunk

der Zwischenkriegszeit die Rede war, findet sich der Leser plötzlich in der Darstellung eines Landes wieder, das im Begriff ist, sich aus der Sowjetunion zu lösen. Zwar werden einzelne Informationen später nachgereicht, doch offenbart die Vorgehensweise ein grundsätzliches Problem des Vergleiches der ersten und zweiten Republik: Lassen sie sich wirklich nebeneinander stellen, ohne der Sowjetzeit ein größeres Gewicht beizumessen? So bleiben die ersten Schritte bei der Herauslösung aus dem Sowjetsystem blass, weil sie als dualistischer Widerstreit zweier Prinzipien – der nationalen Unabhängigkeit und der zentralistischen Union –, nicht aber gleichzeitig als Krisenerscheinung innerhalb letzterer interpretiert werden. Entsprechend werden Konflikte zwischen dem oppositionellen Kongress und dem Parlament dargestellt, die Verschiebungen und Machtkämpfe innerhalb der KP Estlands aber unberücksichtigt gelassen. Dass Politiker wie Savisaar oder Rütel selbst kommunistische Spitzenfunktionäre waren, wird damit vollständig ausgeblendet.

Bei allen genannten Schwächen ließe sich das Buch aufgrund der riesigen Fülle an Material noch als Handbuch begreifen. Leider sind jedoch auch einer solchen Nutzung des 676 Seiten starken Bandes deutliche Grenzen gesetzt. Dies beginnt mit der etwas unübersichtlichen Organisation der Darstellung, die weder zeitlich konsekutiv aufgebaut ist noch einer klaren systematischen Argumentationsstruktur folgt. Auch wurde sehr zum Nachteil der Übersichtlichkeit auf zusammenfassende Abschnitte an Kapitelenden zumeist verzichtet.

Störender noch ist die Tatsache, dass der Stand der verwendeten Literatur trotz eines umfangreichen Literaturverzeichnisses als veraltet bezeichnet werden muss. Eine Reihe der im Verzeichnis aufgeführten Titel findet sich im Textteil nicht wieder, ein Mangel, der kaum durch die Tatsache aufgewogen wird, dass im Textteil auf einige Titel verwiesen wird, die man im Literaturverzeichnis vergeblich sucht. Die Abschnitte über die Nationalbewegung und die estnische Republik sind zu großen Teilen an älteren Überblicksdarstellungen entlang gearbeitet und bieten daher wenig Neues. Doch auch die Kenntnis der älteren Literatur ist mangelhaft. So wird die Entwicklung der Nationalbewegung nachgezeichnet, ohne die grundlegenden Arbeiten Ea Jansens¹ zu berücksichtigen. Die Darstellung der Parteienlandschaft

¹ Vgl. z.B. Ea Jansen, „Sakala“ kaastööliste sotsiaalsest ja kutselisest jagunemisest (Über die soziale und professionelle Gliederung der Mitarbeiter von „Sakala“), in: Eesti NSV TA Toimetised – Ühiskonnateadused 14 (1965), S. 433-452; Seltsid ja ühiskonna muutumine. Talupojajühiskonnast rahvusriigini. Artiklite kogumik (Vereine und die Veränderung der Gesellschaft. Von der Bauerngesellschaft zum Nationalstaat. Aufsatzsammlung), hrsg. v. ders. u. Jaanus Arukaevu. Tallinn 1995.

der Zwischenkriegszeit nutzt nicht die Untersuchung von Graf,² und auch die Charakterisierung der Verfassungsentwicklung nach 1934 bietet mit Verweisen auf Meissner, v. Knorring, v. Rauch und Uibopuu³ kaum etwas Neues. Ebenso verhält es sich mit dem Kapitel über die landwirtschaftliche Entwicklung, das sich vor allem auf Meyer-Willudda und Kaur⁴ stützt, Ruusmann⁵ jedoch vollkommen unberücksichtigt lässt und Kõll⁶ zwar nennt, aber offenbar nicht nutzt.

Die Darstellung der zweiten Unabhängigkeitszeit krankt dagegen daran, dass einige Kapitel offenbar schon einige Jahre vor Erscheinen des Buches abgeschlossen worden waren. Dies führt zu einschneidenden Verkürzungen. Wenn das Kapitel über die Integration der Russen in der zweiten Republik auf dem Stand Mitte der 1990er Jahre stehen bleibt, so vermittelt dies ein falsches Bild der Minderheitenpolitik in Estland. Denn der entscheidende Übergang zu einer aktiven Minderheitenpolitik durch das Forschungsprogramm VERA und ihre erstmalige programmatische Formulierung fand eben in der zweiten Hälfte der 90er Jahre statt. Auch das Landwirtschaftskapitel (S. 482 ff.) bleibt auf dem Stand von 1997 und deckt daher wesentliche Entwicklungen der Konsolidierung der estnischen Landwirtschaft nicht mehr ab.

Außerdem finden sich im Text zu viele Inkonsistenzen: Wie kann die *de jure*-Anerkennung Estlands durch Polen und Finnland „als erstes“ erfolgt sein, wenn einen Satz vorher von der schon erfolgten Anerkennung durch Sowjetrußland die Rede ist (S. 107)? Und wie war die

² Mati Graf, *Eesti rahvusriik. Idee ja lahendus: ärkamisajast Eesti Vabariigi sünnini* (Der estnische Nationalstaat. Ideen und Lösungen: Von der Zeit des nationalen Erwachens bis zur Geburt der estnischen Republik). Tallinn 1993.

³ Boris Meissner, *Die Erfahrungen* (im Literaturverzeichnis nicht nachgewiesen!); Gustav v. Knorring, *Krisenjahre in Estland*, in: *Baltische Hefte* 8 (1962), S. 86-95; Georg von Rauch, *Zur Krise des Parlamentarismus in Ostmitteleuropa zwischen den beiden Weltkriegen*. Marburg a.d.L. 1967; Henn-Jüri Uibopuu, *Die Entwicklung des Freistaates Estland*, in: *Die baltischen Nationen Estland – Lettland – Litauen*, hrsg. v. Boris Meissner. Köln 1991, S. 110-138.

⁴ Erich Meyer-Willudda, *Wirtschaftsgeographie von Estland*. Stuttgart 1938; Uno Kaur, *Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftspolitik des Freistaates Estland 1918–1940*, in: *Commentationes Balticae* 8/9 (1960/61), S. 83-256.

⁵ Trotz mitunter phrasenhafter sowjetischer Interpretationen noch immer grundlegend: Ants Ruusmann, *Talurahva klassistruktuurist Eestis 1940. a. sotsialistliku revolutsiooni eelõhtul* (Die Klassenstruktur der Bauern in Estland 1940 am Vorabend der sozialistischen Revolution), in: J. Kahl, E. Laasi, A. Ruusmann, *Eesti talurahvas teel sotsialismile* (Die estnische Bauernschaft auf dem Weg zum Sozialismus). Tallinn 1965, S. 130-195.

⁶ Anu-Mai Kõll, *Peasants on the World Market. Agricultural Experience of Independent Estonia 1919–1939*. Stockholm 1994 (Acta Universitatis Stockholmiensis. Studia Baltica Stockholmiensia. 14).

Flucht von 6 000 Esten und einigen tausend Estlandschweden der größte Bevölkerungsverlust während der deutschen Besatzungszeit, wenn einen Satz vorher zu lesen ist, dass 15 000-25 000 Esten in der deutschen Wehrmacht gefallen waren (S. 273) (im Übrigen handelte es sich tatsächlich um Mitglieder von Polizei- und Grenzschutzbataillons, später von Einheiten der Waffen-SS).

Hinzu kommt eine Reihe klarer Sachfehler: Die auf Deutsch als In-grier bezeichnete finnische Volksgruppe ist nicht mit den *Ischoren* (estn. Isurid) zu verwechseln, sondern werden auf Estnisch als *ingerlased* bezeichnet (S. 113). Die Deportationszahlen vom März 1949 (S. 276) werden schon lange nicht mehr auf 80 000 oder 90 000 geschätzt, sondern nach gründlicher Auswertung verschiedener Quellen auf etwa 30 000.⁷ Lennart Meri ist keineswegs ein *ungelesener* Historiker (S. 386), sondern machte 1953 seinen Abschluss an der historischen Fakultät der Universität Tartu! Auch die Darstellung der „Rubel-affäre“, über die Ministerpräsident Mart Laar im Jahr 1995 stürzte, ist grundfalsch: Der Skandal bestand nicht darin, dass alte Rubelscheine *unter Wert* nach Čechenien verkauft wurden, sondern in der Illegalität des ganzen Unternehmens.

In diesem Zusammenhang ist auch die hohe Zahl falsch geschriebener estnischer Termini besonders im Fußnotenapparat und Literaturverzeichnis zu vermerken, die noch zu verschmerzen wäre, betreffe sie nicht auch wichtige Eigennamen. Wenn aus Kreuzwald Kreuzwald wird, aus Tarand Tarant (S. 386) und aus Godipõõ Gboõõ (S. 389), wenn Einseln zu Einslin (S. 390), Thiele zu Theile (S. 579) und Jesimann zu Jesimann mutiert und Päts als Pats, Pillau aber als Püilau (S. 657) auftritt, so spricht das nicht nur für eine mangelhafte Redaktion des Bandes, sondern schmälert seine Nutzbarkeit als Handbuch wesentlich. Auf weitere Tippfehler in der Wiedergabe estnischsprachiger Literaturtitel sei hier nicht weiter eingegangen.

So ist der Band in seiner komparativen Perspektive zwar einzigartig und stellt die derzeit umfangreichste Überblicksdarstellung über zwei unterschiedliche Phasen der estnischen Eigenstaatlichkeit dar. Doch fehlt es an konzeptionellem Zusammenhalt, und man ist im Einzelfall gut beraten, ergänzende Literatur zu Rate zu ziehen.

David Feest, Berlin

⁷ Eine konzise Zusammenfassung der Diskussion mit weiterer Literatur findet sich bei Aigi Rahi, 1949. aasta märtsiküüditamine Tartu linnas ja maakonnas (Die Märzdeportationen von 1949 in der Stadt und dem Landkreis Tartu). Tartu 1998, S. 110f.

Eckhard Hübner, *Ferne Nähe. Die Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und Russland in Mittelalter und Neuzeit*. Heide: Verlag Boyens & Co. 2003, 95 S., Abbildungen.

Der Besuch Präsident Putins auf Schloss Gottorf in Schleswig kurz vor Weihnachten 2004 aus Anlass des deutsch-russischen Gipfeltreffens hat die engen historischen Beziehungen zwischen Schleswig-Holstein und Russland kurzfristig wieder ins Bewusstsein gerufen – historische Verbindungen, die angesichts der Kriege des 20. Jahrhunderts zwischen Deutschen und Russen allgemein in Vergessenheit geraten und nur noch historisch Interessierten bekannt waren. Das steht in krassem Gegensatz zu der Tatsache, dass es zwischen den beiden „Enden des Ostseeraumes“ über mehrere Jahrhunderte, angefangen im Hochmittelalter, eine besonders enge und überwiegend friedliche Verbindung gab, wie es zwischen keinen anderen Regionen in diesem Teil Europas der Fall war. Es ist das Verdienst dieses Büchleins, dies auf prägnante und anschauliche Art zu vergegenwärtigen. Zunächst waren es die wirtschaftlichen Interessen der deutschen Kaufleute, die nach der Neugründung Lübecks durch Heinrich den Löwen in der Mitte des 12. Jahrhunderts und der Festigung der sächsischen Herrschaft im südöstlichen Holstein den lukrativen russischen, d.h. Novgoroder Markt für das westliche Europa erschlossen und durch diesen Zwischenhandel ihren Reichtum begründeten. Novgorod gehörte zu den ersten Vertragspartnern der neu gegründeten Fernhandelsstadt Lübeck. Die Achse Lübeck-Novgorod wurde eine der bedeutendsten Wirtschaftsverbindungen im Hanseraum, und das Hansekontor in Novgorod, der Peterhof, war einer der vier wichtigsten Außenposten der Hanse (neben London, Brügge und Bergen). Der Einfluss der Hansekaufleute blieb dabei nicht auf den Warenaustausch beschränkt, sondern erstreckte sich auch auf die Gestaltung der Rechtsverhältnisse und insbesondere auf kulturelle Bereiche. Die enge Verbindung Lübecks mit Russland setzte sich – trotz zeitweiliger Unterbrechung – auch nach der Schließung des Novgoroder Kontors durch Ivan III. 1494 zu beiderseitigem Nutzen fort. Lübeck vermochte noch lange Zeit der Kristallisationspunkt für Kontakte Richtung Osten zu bleiben, und für Delegationen und Wissbegierige aus Russland war es weiterhin bevorzugter Anlaufpunkt.

Mit der Darstellung der Entwicklung dieser intensiven Beziehung nimmt das Büchlein von Eckhard Hübner seinen Ausgangspunkt, und es endet in der Zeit des so genannten dänischen Gesamtstaates, der im

18. Jahrhundert erst eigentlich durch machtpolitischen Verzicht der Gottorfer auf dem Zarenthron zustande gekommen ist. Der Autor unternimmt einen sehr kenntnisreichen, mit klug ausgewählten Abbildungen illustrierten Streifzug durch diese rund sieben Jahrhunderte ferner Nähe, wobei zwei historische Schwerpunkte ausführlicher betrachtet werden: Neben der Hansezeit, d.h. eigentlich den lübeckisch-russischen Kontakten, sind es die Beziehungen in der frühen Neuzeit im Zeichen der Auseinandersetzungen um die Vorherrschaft im Ostseeraum zwischen Dänemark, Schweden und Russland, in denen Schleswig und Holstein – also dem Gottorfer Staat – eine besondere Rolle zufiel. Den Abschluss bildet die Zeit der Napoleonischen Kriege mit der anschließenden machtpolitischen Neuordnung im Norden. Hübner vermag es, auf anschauliche und prägnante Weise darzustellen, wie das enge Verhältnis zwischen den Häusern Romanov und Holstein-Gottorf gerade die nordeuropäische Politik des 18. Jahrhunderts nachhaltig prägte. Diese dynastischen Verbindungen werden neben den Lübecker Handelsverbindungen als die Glanzlichter einer besonderen Beziehungsgeschichte herausgestellt, die bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts währte, um sich dann in veränderten machtpolitischen Zusammenhängen „ziemlich abrupt“ aufzulösen.

Es handelt sich um ein sehr informatives, mit leichter Feder geschriebenes Büchlein, in dem man auch eine ganze Menge über die russische Geschichte erfährt. Dabei ist die Darstellung nicht auf die politische und Wirtschaftsgeschichte beschränkt. Gerade auch die Beschreibung der vielschichtigen kulturellen Kontakte verdient hervorgehoben zu werden. In diesen Zusammenhang gehört beispielsweise das Wirken des Mathematikers, Astronomen und Reiseschriftstellers Adam Olearius sowohl am Gottorfer wie am Zarenhof in der Mitte des 17. Jahrhunderts. Dessen weltberühmter Gottorfer Globus ging 1713 als Geschenk an Peter den Großen. Eine Nachbildung konnte Vladimir Putin bei seinem Besuch im Dezember 2004 in Gottorf bewundern.

Robert Bohn, Kiel

Die Integration des südlichen Ostseeraumes in das Alte Reich, hrsg. v. Nils Jörn u. Michael North. Köln (u.a.): Böhlau Verlag 2000, VIII, 554 S. (Quellen und Forschungen zur Höchsten Gerichtsbarkeit im Alten Reich. 35).

Der vorliegende Sammelband ist das schriftliche Ergebnis eines 1996–1999 von der Volkswagenstiftung geförderten Forschungsprojektes über die „Integration des südlichen Ostseeraumes in das Alte Reich“. Dieser Titel verheißt mehr, als die Beiträge leisten können. Tatsächlich geht es eher um mögliche, aber nicht immer erfolgte, versuchte, aber nicht immer geglückte Integrationen in das Alte Reich. Dennoch haben die Autoren versucht, einige Schneisen in dieses bisher kaum zureichend erschlossene Stück Geschichte des norddeutschen Raumes zu schlagen. Das damit in Sichtweite gekommene Forschungsfeld muss allerdings von künftigen Autoren noch weiter beackert und fruchtbringend bestellt werden.

„In der traditionellen deutschen Frühneuzeitforschung war und ist der Ostseeraum kein Thema“, stellt Michael North in seinem Beitrag zur „Integration im Ostseeraum und im Heiligen Römischen Reich“ (S. 1-11) fest. Inzwischen stimmt diese Einschätzung nicht mehr ganz. Zahlreiche Aktivitäten zur Erarbeitung einer Geschichte des Ostseeraumes – vor allem in Greifswald, Berlin, Kiel, Flensburg und Hamburg – haben auch die frühe Neuzeit und die Gebiete an der südlichen Ostsee erfasst. Das ändert freilich nichts an der Tatsache, dass der Norden des Reiches – nach den Vorgaben des Forschungsprojekts: die Hansestädte Hamburg und Lübeck, die Herzogtümer Holstein, Mecklenburg, Pommern und Sachsen-Lauenburg sowie die Bistümer Lübeck, Ratzeburg, Schwerin und Kammin – in mehrfacher Hinsicht als „reichsfern“ (North, S. 1) aufgefasst wurde und die Frage einer möglichen Reichsintegration während der frühen Neuzeit weiterhin relevant ist.

Im vorliegenden Fall lag ein besonderes Gewicht auf der Untersuchung rechtlicher Integrationsvorgänge durch die staatliche Gerichtsbarkeit und Verwaltung an der südlichen Ostseeküste, aber auch politische Integrationsvorgänge wie etwa die Beziehungen dieser Gebiete zum deutschen Reichstag oder zwischen Hanse und Kaiser, schließlich die Strukturen der Steuerzahlung und die Frage nach „regionalen“ Identitäten und Perzeptionen spielen eine Rolle.

Michael Norths Beitrag bietet eine allgemeine Einführung in das Thema des Forschungsprojekts. Dabei formuliert er am Ende als Auf-

gaben „für eine künftige Erforschung des Kommunikationssystems ‚Altes Reich‘“ die Untersuchung der Kommunikationsstrukturen und -medien, die zwischen dem „Reichsnorden“ einerseits und der Zentrale des Reiches, den „außerreichischen“ Landesherren im Ostseeraum (Dänemark, Schweden) und den anderen Mächten im Ostseeraum (Polen-Litauen, Russland) – und zwar auf den Gebieten Wirtschaft, Wissenschaft und Recht – im Zeitraum zwischen dem 16. und 18. Jahrhundert bestanden haben.

Mit der „Reichsgerichtsbarkeit in den Ostseeländern“ beschäftigt sich ein Beitrag von Bernhard Diestelkamp (S. 13-38). Die quellengestützte Arbeit berücksichtigt Lübeck, Livland, Preußen, Pommern, Mecklenburg, Holstein und Sachsen-Lauenburg und kommt zu einem entsprechend differenzierten Ergebnis: Während sich viele Hansestädte eher dem Lübecker Oberhof als der Reichsgerichtsbarkeit zugehörig wussten, lösten Livland und Preußen ihre jurisdiktionellen Bindungen zum Reich, bevor sich die Reichsjustiz hier etablieren konnte. Schwedisch-Pommern erhielt nach 1648 mit der Gerichtsbarkeit für die schwedischen Reichsgebiete eine eigene oberste Gerichtsbarkeit, nämlich das „Wismarer Tribunal“. Für Hinterpommern und Mecklenburg – wie auch für Holstein und Sachsen-Lauenburg – ergibt sich, nicht zuletzt aufgrund der verfügbaren Quellen, ein eher diffuses Bild hinsichtlich der Frage, welche Obergerichtsbarkeit im Einzelfall zuständig war bzw. akzeptiert wurde.

Der sehr lange Beitrag von Tobias Freitag und Nils Jörn „zur Inanspruchnahme der obersten Reichsgerichte im südlichen Ostseeraum 1495–1805“ (S. 39-141) hingegen kommt zu dem überraschend klaren Ergebnis, dass man im Norden, was seine Hinwendung zur obersten Gerichtsbarkeit des Reiches betraf, keineswegs von „Reichsferne“ sprechen könne. Vielmehr zeige sich im Vergleich mit anderen Reichsterritorien sehr deutlich, dass die Inanspruchnahme der obersten Reichsgerichte ganz und gar dem Reichsdurchschnitt entsprach. Der Widerspruch, der sich hier zum Beitrag von Diestelkamp ergibt, ist deutlich, wird allerdings von den Herausgebern seltsamerweise nicht aufgelöst, ja nicht einmal kommentiert.

Es folgen zwei Fallstudien von Nils Jörn (S. 143-184 u. 185-233), die sich mit Karrieremustern der mittleren Schicht von Amtsträgern an obersten Reichsgerichten beschäftigen. Jörn formuliert hier die These, dass Aufsteiger aus bescheidenen sozialen Verhältnissen durchaus Chancen hatten, in den Reichsgerichten Karriere zu machen, während gleichzeitig begüterte Aspiranten an ebendieser Aufgabe scheitern konnten. Als lesender Interpret darf man dies wohl so verstehen, dass

die obersten Reichsgerichte bei ihren Mitarbeitern juristische Kompetenz und Bewährung im Arbeitsalltag höher bewerteten als ständischen Rang und außerjuristische Verdienste. Sie werden damit als Institutionen sichtbar, die im Rahmen einer noch weitgehend ständisch-starren Sozialordnung ein gewisses Maß an vertikaler sozialer Mobilität ermöglichten und verwirklichten.

Nils Jörns Beitrag zu „Stand und Aufgaben bei der Erforschung der Geschichte des Wismarer Tribunals“ (S. 235-273) resümiert die bisherige Forschung und macht Vorschläge zur weiteren Erforschung dieser Institution. Dabei denkt er vor allem an das Stockholmer Hofgericht bzw. das Reichskammergericht und deren Rolle als mögliche Vorbilder für die Organisation des Wismarer Tribunals, aber auch an eine oder mehrere Geschichten seines Gerichtspersonals und juristischen Alltags.

Martin Krieger thematisiert in seinem Beitrag das Verhältnis von südlichem Ostseeraum und Deutschem Reichstag vom 16. bis 18. Jahrhundert (S. 275-309). Dabei geht es ihm vor allem um die Repräsentation der nördlichen Reichsstände auf den Reichstagen. Er unterscheidet eine Periode von 1500 bis ca. 1550, in der sich die nördlichen Reichsstände in einem Zustand der „Reichsferne“ präsentierten, während ab 1550 eine langsame Integration in das Reich und seine politischen Gremien einsetzte, die bis dessen Ende am Beginn des 19. Jahrhunderts immer deutlicher und konkreter zu Tage trat.

Es folgen Nils Jörns „Beobachtungen zur Steuerzahlung der Territorien des südlichen Ostseeraumes in der Frühen Neuzeit“ (S. 311-391). Sie lassen keine signifikanten Abweichungen der Stände in den nördlichen Territorien von der Steuerzahlung der Stände des übrigen Reiches erkennen. Auf diesem Feld herrschte also, um das Anliegen der Autoren aufzunehmen, volle Integration.

Einen ganz anderen und differenzierter zu beurteilenden Aspekt dagegen beleuchtet Jörns Beitrag über die „Versuche von Kaiser und Reich zur Einbeziehung der Hanse in die Anstrengungen zur Abwehr der Türken im 16. und 17. Jahrhundert“ (S. 394-423). Anders als die norddeutschen Steuerzahler und Rechtsucher erwies sich die Hanse in der Frage der Kriegsfinanzierung, denn hierum ging es vor allem, als widerspenstig und wenig kooperationsbereit. Allein die wendischen Hansestädte erhofften sich davon gewisse Vorteile und fanden sich zur Unterstützung der Türkenabwehr des Kaisers bereit. Im 17. Jahrhundert fielen aber auch diese Subsidien weg. Das hatte freilich auch mit den internen Problemen der Hanse in dieser Zeit zu tun. Die Zeit ihrer wirtschaftlichen Erfolge war vorbei, sie fiel organisatorisch lang-

sam auseinander und war infolgedessen für die Türkenhilfe kaum mehr zu gebrauchen.

Integrationsmuster und politische Identitäten in Grenzregionen des Alten Reiches am Beispiel von Holstein und Schwedisch-Pommern (S. 425-472) thematisiert ein Beitrag von Olaf Mörke. Diese beiden Territorien erweisen sich vor allem deshalb als interessant, weil sie neben ihrer Eigenschaft als Reichsterritorien auch noch „Nebenländer“ oder „Provinzen“ anderer Reiche, nämlich Dänemarks (Holstein) und Schwedens (Pommern) waren. Die Frage, welches jeweilige Reich die größere Integrationskraft besaß und Holstein bzw. Pommern politisch an sich binden konnte, beantwortet Mörke recht eindeutig zugunsten der nichtkaiserlichen Reiche, wenn auch im Falle Pommerns mit leichten Einschränkungen. Auch hier fragt man sich als Leser natürlich, wie sich dieser Befund mit den Ergebnissen der anderen Beiträge des Sammelbandes verträgt und was jeweils als „Integration“ und – damit eng verbunden – identitätsbildend bezeichnet werden kann.

Der letzte Beitrag, von Wolfgang E.J. Weber, über den „südlichen Ostseeraum im Spiegel der Reichspublizistik“ (S. 473-536) behandelt vorzugsweise die „Tagespublizistik“ und „geographisch-historisch-statistische Schriften“ über den Reichsnorden. Bedeutsam scheint mir hier die Tatsache, dass in zahlreichen publizistischen Schriften eine Integration der nördlichen Gebiete erwünscht war und diese Tendenz auf dem Hintergrund einer fortschreitend schärferen schwedenkritischen Haltung nach dem Westfälischen Frieden, vor allem gegenüber Schwedisch-Pommern, zu beobachten ist. Diesen Vorgang sieht Weber neben Humanismus, Reformation und Franzosenhass als eine der Quellen für ein entstehendes deutsches Nationalgefühl an, das nach dem Zusammenbruch des Alten Reiches zum Durchbruch kam.

Insgesamt bietet der Sammelband ein nuanciertes und damit notwendigerweise recht heterogenes Bild von der „Integration des südlichen Ostseeraumes in das Alte Reich“. Es zeigt sich, dass *die* Integration kein einheitlicher oder gar intentional-systematischer Vorgang war, sondern auf unterschiedlichen Ebenen des politischen und juristischen Handelns und der entsprechenden institutionellen Strukturen unterschiedliche Ergebnisse produzierte und auf unterschiedlichen Ebenen unterschiedliche Geschwindigkeiten entwickelte. Diese Einsichten sind ein Anfang. Das machen auch die Ergebnisse der Einzelbeiträge mit ihren zahlreichen Hinweisen auf Forschungsdefizite deutlich. Es steht zu hoffen, dass weitere Forschungen auf diesem

Gebiet unser Bild von der Stellung der deutschen Ostseeländer gegenüber dem Reich nach und nach komplettieren.

Ralph Tuchtenhagen, Hamburg

Preußens Herrscher. Von den ersten Hohenzollern bis Wilhelm II., hrsg. v. Frank-Lothar Kroll. München: Verlag C.H. Beck 2000, 364 S., 10 Abbildungen.

Terminologisch bietet der Titel des hier vorzustellenden Buches einige Probleme, denn Preußen war die längste Zeit über, nämlich vom Mittelalter bis ins frühe 18. Jahrhundert, nur eine Landschaft an der Ostsee, die im Anklang an mittelalterliche Chronisten in der Landesgeschichte vielfach als „Preußenland“ bezeichnet wird. Die Bezeichnung „Preußenland“ wird benutzt, um es vom Königreich Preußen zu unterscheiden, das es bekanntlich erst seit der Königsberger Krönung von 1701 gegeben hat. Dessen Name wurde erst im Verlauf des 18. Jahrhunderts zum Oberbegriff für die Gesamtheit der Territorien unter der Herrschaft der Hohenzollern. Für die Zeit vor 1701 werden in dem hier vorzustellenden Buch die Markgrafen von Brandenburg und Kurfürsten des Reichs behandelt, seit die Hohenzollern erstmalig mit der Mark 1415 belehnt wurden. Der Buchtitel hätte zutreffender „Brandenburg-Preußische Herrscher“ lauten sollen. In diesem Sinne folgerichtig trägt der einleitende Beitrag des Herausgebers die Überschrift „Stufen und Wandlungen der Fürstenherrschaft in Brandenburg-Preußen“ (S. 9-25). Schon seit der Antike gibt es historiografische Beispiele, Geschichte durch eine Abfolge von Herrscherbiografien darzustellen. Auch in dem hier vorzustellenden Werk werden die einzelnen brandenburg-preußischen Herrscher nicht nur in lexikonähnlichen Artikeln, sondern in Aufsatzform dargestellt, wobei die Länge der Aufsätze im Ganzen zur Gegenwart hin zunimmt. Zuvor bemüht sich der Herausgeber die große Entwicklungslinie aufzuzeigen, um der Summe der 13 folgenden Aufsätze eine Einheit zu geben.

Auch die ersten drei Aufsätze, die eine Zeit von mehr als zwei Jahrhunderten vor dem Großen Kurfürsten darstellen, fassen vier bzw.

drei der frühen Hohenzollernherrscher zusammen. So behandelt Dieter J. Weiß unter der Überschrift „Die ersten Hohenzollern in der Mark (1415–1499)“ Friedrich I., dessen Söhne Friedrich II. und Albrecht Achilles sowie dessen ‚brandenburgischen‘ Sohn Johann Cicero. Es wird gezeigt, wie die Hohenzollernfürsten bis zu Burggraf Friedrich VI. von Nürnberg eine mittlere Machtstellung unter den deutschen Fürsten hatten erringen können. Als Parteigänger des 1410 neugewählten deutschen Königs Siegmund erhielt er bald die Verweiserschaft über die Mark Brandenburg, 1415 während des Konstanzer Konzils folgte die endgültige Belehnung. Damit war er unter die Kurfürsten aufgerückt. Das war ein bedeutender Machtgewinn, auch wenn Brandenburg noch für längere Zeit als das schwächste Kurfürstentum anzusehen ist. Dass dies nicht auf Dauer so blieb, ist die historische Leistung der in diesem Buch vorzustellenden Herrscher. Dabei fiel dies den Hohenzollern nicht in den Schoß, wie gerade der erste Beitrag zeigt, weil diese ersten Herrscher ihr neues Kurfürstentum als Nebenland nach ihren fränkischen Stammländern ansahen. Das erschwerte die Auseinandersetzung mit den brandenburgischen Ständen, die zuvor in dem wittelsbachisch-luxemburgischen Jahrhundert nur eine schwache Landesherrschaft gewohnt waren. Die Voraussetzungen verbesserten sich erst, als nach dem Tode von Albrecht Achilles dessen ältester Sohn Johann Cicero allein für das Kurfürstentum zuständig wurde, während die beiden jüngeren Brüder in den fränkischen Ländern blieben.

„Die brandenburgischen Kurfürsten im Jahrhundert der Reformation (1499–1598)“, nämlich Joachim I., dessen Sohn Joachim II. und Enkel Johann Georg, behandelt Helmut Neuhaus. Brandenburg war inzwischen das nach der Fläche größte und geschlossenste Territorium im Norden des Reichs, dessen Entwicklung die längeren Regierungszeiten ihrer Kurfürsten zugute kamen. Brandenburg wurde eine bedeutendere Macht, denn Joachims I. Bruder Albrecht hatte als Erzbischof von Mainz (und Magdeburg) im Zeitalter Kaiser Karls V. eine weitere Kurstimme inne. Beide Brüder waren eine Stütze der Altgläubigen, ehe sich unter Joachim II. die Reformation – zwar gegenüber Kursachsen und Preußen etwas verspätet – rasch durchsetzte. Gegen Ende des Jahrhunderts war Brandenburg streng lutherisch.

An dieser Stelle hätte ein Kapitel über die preußischen Herzöge Albrecht, seinen Sohn Albrecht Friedrich und dessen fränkischen Vetter Georg Friedrich folgen sollen, der als erster Vormund für seinen Vetter nach Preußen gekommen war. Stattdessen folgen unter der Überschrift „Zwischen Luthertum und Calvinismus (1598–1640)“ aus

der Feder von Axel Gotthard die nächsten Kurfürsten, nämlich Joachim Friedrich, Johann Sigismund und Georg Wilhelm. Die beiden ersten hatten ebenfalls die Vormundschaft in Preußen wahrzunehmen. Entscheidende Änderungen vollzogen sich unter Johann Sigismund, der 1613 den berühmten Konfessionswechsel in schwieriger Zeit durchführte. Dennoch verfocht er mit einem Teilerfolg die Erbanprüche im Westen des Reichs, mit denen die Hohenzollern ihre Herrschaft im Rheinland und in Westfalen begründeten. Nach dem Tode Albrecht Friedrichs gelang es auch, in dem von der Krone Polen lehnsabhängigen Herzogtum Preußen die Erbfolge anzutreten. Es wird gezeigt, wie sich Georg Wilhelm in den gut zwei Jahrzehnten seiner Regierungszeit während des Dreißigjährigen Krieges als sehr leidensfähig erwies, so dass er das unzusammenhängende Herrschaftsgebiet noch wenig festigen konnte.

Das änderte sich erst, als 1640 dessen Sohn Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst, die Regierung übernahm, mit dem sich Heinz Duchhardt beschäftigt. Von nun an können die Mitarbeiter dieses Bandes auf eine reiche Literatur und umfangreiche Quellen zurückgreifen. Daher sollte es beim Großen Kurfürsten nur darum gehen, einige Akzente zu setzen. Hinsichtlich der Anwendung des Absolutismusbegriffs wird zwar eine stärker werdende Neigung zur Regierung aus dem Kabinett beobachtet, dem aber relativierend andere Maßnahmen gegenübergestellt werden. Dennoch ist dem Kurfürsten zuzugestehen, dass es ihm gelang, durch die Schaffung neuer Behörden die Macht der Stände einzuschränken. Die Frage nach der historischen Größe dieses Kurfürsten droht dem Vf. unter den Fingern zu zerrinnen. Es bleibt eben doch die Feststellung, dass dieser Kurfürst unter den nicht leichten äußeren und inneren Bedingungen seiner Herrschaften mehr erreichen konnte als andere zeitgenössische Fürsten.

Wolfgang Neugebauer stellt sich der schwierigen Aufgabe, den Nachfolger Friedrich III./I. (1688–1713) zu charakterisieren. Schwierig ist die Aufgabe, weil es trotz der umfangreichen Literatur und der zahlreichen Untersuchungen zu Einzelthemen, die anlässlich des Jubiläums der Königskrönung vor wenigen Jahren erschienen, keine moderne wissenschaftliche Biografie dieses Fürsten gibt. Vf. weist mit Recht darauf hin, dass das Verständnis erschwert wird, weil schon der eigene Sohn und auch der Enkel dem hochbarocken Regierungsstil kein Verständnis entgegenbrachten. Dabei war es Friedrichs besondere Leistung, dass er die außenpolitischen Möglichkeiten zielstrebig und mit längerem Atem ausnutzte, um zunächst für das bereits unter dem Großen Kurfürsten lehnsunabhängig gewordene Preußen die

Königskrone zu erwerben und von anderen Staaten anerkennen zu lassen. Die Bewertung fällt hier freundlicher aus als in der älteren Geschichtsschreibung. Hinsichtlich der staatswirtschaftlichen Entwicklung verweist Vf. auf manche Übergänge zum Nachfolger.

Mit Friedrich Wilhelm I. (1713–1740) wendet sich Peter Baumgart der wohl zentralen Gestalt der brandenburg-preußischen Herrscher-geschichte zu. Dabei hatte er sich mit einer Reihe von Vorurteilen und unterschiedlichen Bewertungen auseinanderzusetzen. Neben einem cholerosen Temperament und despotischen Umgangsformen ist eine religiös durch den Pietismus bestimmte Grundhaltung herauszustellen, die vor allem die Innenpolitik bestimmte. Mit einer äußerst sparsamen Ausgabenpolitik reformierte er das Heerwesen und schuf grundlegende Veränderungen in der staatlichen Verwaltung und Wirtschaft. Die Einrichtung des Generaldirektoriums 1723 als oberste Einheitsbehörde für diese Aufgaben ist nur die auffälligste Erscheinung. Deutlich wird die persönliche Auffassung Friedrich Wilhelms I. von seinem Herrscheramt herausgearbeitet, die sich deutlich vom barocken Lebensstil seiner fürstlichen Zeitgenossen unterschied. Im Innern setzte er sich insbesondere in der Steuerpolitik gegen die Stände durch. Angeführt wird die Einführung des Generalhufenschuß im vormaligen Herzogtum Preußen mit Hilfe des Grafen Truchseß von Waldburg. Dieser Region kam besonders die religiöse Grundlegung seiner Wirtschaftspolitik zugute, als nach Pest und Staatsbankrott ein „Retablissement“ betrieben wurde.

„Friedrich II., der Große (1740–1786)“ ist das Thema von Johannes Kunisch, der diesem König inzwischen ein umfangreiches Buch gewidmet hat. Auch bei diesem Herrscher hatte der Vf. sich mit einer Vielzahl von Beurteilungen zu beschäftigen, wobei er herausstellt, dass es sich um den begabtesten und vielseitigsten der preußischen Könige – und Herrscher wird man ergänzen müssen – handelte. Die einzelnen Lebensabschnitte sowie sein Handeln und Denken haben die widersprüchlichsten Bewertungen erfahren – von der Kronprinzenzeit in Rheinsberg bis zum „Alten Fritz“. Vf. stellt nicht in Abrede, dass Friedrichs Schaffen auf künstlerisch-kulturellem Gebiet letztlich doch nur ‚traditionalistisch‘ gewesen sei. Er gibt jedoch zu bedenken, dass nach des Königs eigener Meinung dies von ihm nur zur ‚Zerstreuung‘ betrieben worden sei, also nicht das Wesentliche seiner Herrschaft gewesen sei. Friedrichs einzigartigen Rang unter den Fürsten seines Zeitalters sieht er in seinem Verständnis des Herrscheramtes. Dazu wird erörtert, dass Friedrich anders als seine Gegner die schlesischen Kriege als König und Feldherr zugleich führen konnte.

Die Frage, ob der König zu seinem Vorgehen das Recht gehabt habe und wie sich hier die Frage nach seiner Größe stelle, wird mit einem Zitat von Thomas Mann verständlicherweise offen gelassen.

Es folgt Friedrichs Neffe Friedrich Wilhelm II. als König, mit dem sich David E. Barclay beschäftigt. Politisch veränderte sich in seinem Jahrzehnt nicht allzu viel, so dass Preußen im Zeitalter der Französischen Revolution auf die damit entstandenen Fragen allzu wenig reagierte, ja ‚antiquiert‘ wirkte. Vom Vf. herausgestellt wird die kulturelle Blüte dieser Jahre.

Dessen Sohn und Nachfolger war Friedrich Wilhelm III., der hier von Thomas Stamm-Kuhlmann, dem Verfasser einer umfangreichen Biografie dieses Königs (1992), vorgestellt wird. Was sich unter dem Vater schon andeutete, wird unter dem Sohn deutlicher, dass die Könige zunehmend ihren Einfluss auf die Politik ihres Staates verloren, obwohl Zivil- und Militärkabinetts bis zum Ende der Monarchie bestanden. Es wird darauf hingewiesen, dass dieser König trotz seiner langen Regierungszeit von 43 Jahren verhältnismäßig wenig bekannt ist. Er war der Ehemann der Königin Luise, er stand im Schatten der Reformer des preußischen Staates wie Stein, Hardenberg, Schön, Scharnhorst und andere, die die Befreiungskriege gegen Napoleon zu einem glücklichen Ende führten. Obwohl er sich für tolerant gehalten habe, konnte oder wollte er nach 1815 nicht verhindern, dass reaktionäre Kreise wieder stark an Boden gewannen, ohne sich ganz durchzusetzen. Testamentarisch versuchte dieser König, seine Nachfolger auf die absolutistische Staatsform festzulegen.

Erster Nachfolger war sein ältester Sohn Friedrich Wilhelm IV., den Winfried Baumgart, ein besonderer Kenner des zeitgenössischen Krimkrieges, behandelt. Es ist sicher richtig, ihn in erster Linie als Künstlernatur vorzustellen, der vielfach als der Romantiker auf dem preußischen Königsthron angesehen wird. Politik machte er aus Pflichtgefühl und äußerer Notwendigkeit. Ungern setzte er sich mit dem aufkommenden Liberalismus und Nationalismus auseinander. Er war wieder ein königlicher Bauherr, wobei er die Ausführung seiner skizzenhaften Vorstellungen seinem Architekten Schinkel und dessen Schülern überließ. Als König war er vom Gottesgnadentum seines Herrscheramtes überzeugt, so dass er sich nicht dazu durchringen konnte, eine Verfassung zu erlassen; auch nach dem Revolutionsjahr 1848 blieb es schließlich nur bei der oktroyierten Verfassung. Das hinderte ihn auch daran, von der Frankfurter Nationalversammlung 1849 die Kaiserkrone anzunehmen. Die Skizzierung seiner Außenpolitik in

den Jahren des Krimkrieges macht seine skurrile Politik besonders deutlich.

Da Friedrich Wilhelms gesundheitlicher Zustand ihn nötigte, die Regierungsgeschäfte aufzugeben, hatte sein nächstjüngerer Bruder Wilhelm zunächst als Prinzregent, seit 1861 als König die Nachfolge zu übernehmen. Jürgen Angelow nimmt sich eines Monarchen an, der erst in einem Alter von über 60 Jahren sein Amt antreten konnten und ein Alter von fast 91 Jahren erreichte. Vf. verfolgt verhältnismäßig ausführlich vor allem den militärischen, aber auch politischen Weg des späteren deutschen Kaisers. Als wichtige Fähigkeit des Prinzen und späteren Herrschers wird gesehen, dass er sich rechtzeitig zurücknehmen konnte, wenn andere besser waren. Das zeigte sich besonders, als er nach der Übernahme der Regierung in Bismarck seinen Minister und Kanzler fand, mit dem er als „erfolgreiches Duo“ die bekannte Politik über die Einigungskriege zum deutschen Kaisertum mitgestalten konnte. Sehr zu beachten sind die abschließenden Ausführungen zur Popularität, die der „alte Kaiser“ in seinem Alter in weiten Kreisen genoss.

Friedrich III. ist als der 99-Tage-Kaiser in die Geschichte eingegangen, weil ein Kehlkopfkrebsleiden ihm keine längere Regierungszeit erlaubte. Hans-Christof Kraus hatte daher fast gänzlich das Leben eines Kronprinzen darzustellen, dessen Lebensweg, auch an der Seite einer englischen Prinzessin, zu mancherlei Hoffnung in den liberalen Kreisen Preußens und des Reichs Anlass gegeben hatte. Angesichts des Heeresverfassungskonflikts 1862, als Friedrich nicht bereit war, seinem abtretungsbereiten Vater als neuer König zu folgen, wird die Frage aufgeworfen, ob er wirklich ein Liberaler gewesen sei. Er habe sich zwar, als er noch nicht regierte, mit liberalen Vorstellungen beschäftigt, doch führt Vf. eine Reihe von Zeitzeugen an, die bei längerer Regierungszeit eher eine restaurative Einstellung des Kaisers vermuteten.

Die schwierigste Persönlichkeit, Wilhelm II., behielt sich „anstandshalber“, könnte man sagen, der Bandherausgeber Frank-Lothar Kroll selbst vor. Der letzte Kaiser habe zwar das nach ihm benannte Wilhelminische Zeitalter stark geprägt, aber er habe nicht über die persönlichen und verfassungsmäßigen Voraussetzungen verfügt, um das von ihm verbal geforderte Gottesgnadentum seines Herrscheramtes auch wirklich ausfüllen zu können. Als ungünstig für die Persönlichkeitsentwicklung wird herausgestellt, dass das Verhältnis zu seinen Eltern schon sehr früh gestört war. Für seine Pflichtauffassung lebenslang prägend wirkte sein calvinistischer Hauslehrer. Skizziert wird

seine für einen künftigen Monarchen durchaus sinnvolle Ausbildung, die einem unausgeglichenen Charakter gegenübergestellt wird. Eine oftmalige Entscheidungsschwäche stand zu seinem Anspruch als Kaiser in Widerspruch. Auf diesem Hintergrund werden die politischen Ereignisse bis zum Ersten Weltkrieg und dem Ende der Monarchie besprochen. Ein abschließender Abschnitt ist den gut zwei Jahrzehnten im niederländischen Exil gewidmet.

In einem Anhang folgt kapitelweise eine kumulative Anführung der wichtigsten Quellen und Literatur. Eine Zeittafel, eine Stammtafel und ein Personenindex beschließen einen Band, der im Gespräch mit der jüngsten Forschung die brandenburg-preußischen Herrscher aus dem Hause Hohenzollern gut lesbar vorstellt.

Bernhart Jähnig, Berlin

Markus Krzoska, Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900–1955) als Historiker und Publizist. Osnabrück: fibre 2003, 482 S., 4 Fotos, 5 Abbildungen (Einzelveröffentlichungen des Deutschen Historischen Instituts Warschau. 8).

Noch vor wenigen Jahren wäre eine deutsche Studie über einen der wirkungsmächtigsten Historiker der frühen Volksrepublik Polen wohl vor allem als Politikum betrachtet worden. Dass eine solche Vermutung auf die Studie von Markus Krzoska offensichtlich nicht zutrifft, kann als ein Zeichen für den fundamentalen Wandel gesehen werden, der sich in den deutsch-polnischen Historikerbeziehungen in den vergangenen Jahren vollzogen hat, selbst wenn es mitunter noch zu Rückfällen in überwunden geglaubte Zeiten kommt. Man kann es freilich auch anders sehen: Bis in die letzten Jahre überwog in der polnischen Geschichtswissenschaft doch die Zurückhaltung gegenüber einer traditionskritischen Betrachtung der polnischen „Westforschung“ und ihrem Verhältnis zur Staatsmacht. Der Begriff „Westforschung“, den Markus Krzoska in seiner Studie aufgreift, ist in die deutsche Diskussion als Analogiebildung zur stark politisierten (deutschen) „Ostforschung“ eingeführt worden, während in der polnischen Diskussion der schwer übersetzbare Begriff „myśl zachodnia“ überwiegt, der jedoch deutlich über den Bereich der Geschichtswissenschaft hinausgeht.

Krzoska präsentiert in seiner Berliner Dissertation eine intellektuelle Biografie Zygmunt Wojciechowskis, der trotz seines frühen Todes 1955 ein umfangreiches historiografisches und publizistisches Œuvre hinterlassen hat und darüber hinaus die treibende Kraft in der Formierung der polnischen Westforschung seit 1944 gewesen ist. Der Verfasser stützt sich vor allem auf die publizierten und unpublizierten Texte von Wojciechowski, darüber hinausreichende archivalische Quellen hat er partiell einbezogen. Dass er keinen Zugang zu den Archivalien des von Wojciechowski um die Jahreswende 1944/45 gegründeten West-Instituts in Posen hatte, ist bedauerlich und erstaunt ein wenig. Da die dortigen Bestände jedoch nicht sehr umfangreich sind, tut diese Tatsache der Biografie keinen größeren Abbruch.

Die Studie gliedert sich in drei große Abschnitte: In einem ersten Teil skizziert Krzoska zunächst die polnische Geschichtswissenschaft bis 1939 und geht auf Wojciechowskis wissenschaftliche und politische Vorbilder ein. Im zweiten Abschnitt behandelt er das wissenschaftliche Werk, und der dritte Abschnitt befasst sich mit Wojciechowskis publizistischen Schriften und beleuchtet sein Wirken im Untergrund während des Zweiten Weltkriegs sowie im westwärts verschobenen, sozialistischen Nachkriegspolen.

Wissenschaftlich wie politisch war Wojciechowski vom Lemberger Milieu der 1920er Jahre geprägt. Er gehörte zu einer Generation polnischer Historiker, die nicht mehr an deutschsprachigen Universitäten studiert hatten und die sich insbesondere von der galizischen Tradition der „Stańczyken“ distanzierten. Als Historiker der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte sah sich Wojciechowski vor allem in der Tradition Oswald Balzers, dem er auch in seiner patriotischen Einstellung folgte. Darüber hinaus, so vermutet Krzoska, war Wojciechowski von den nationalen Spannungen zwischen Polen und Ukrainern geprägt worden. Der Fokus auf die ethnische Nation ließ ihn zu einem Anhänger der Nationaldemokratie Roman Dmowskis werden, von dem er sich 1934 allerdings abwandte. Als Wojciechowski 1925 an die Universität Posen berufen wurde, kam er in das Zentrum der sich formierenden polnischen Westforschung, an der er seit den 1930er Jahren maßgeblich beteiligt war. Sein zentraler Beitrag – das unterstreicht auch der Titel von Krzoskas Studie – war die historische Herleitung eines in seinem Schwerpunkt nach Westen verschobenen polnischen Staates an Oder und Ostsee. Dass Wojciechowski diese Idee noch in Lemberg skizziert hatte, ist von Andrzej Feliks Grabski bereits betont worden; bei Krzoska wird aber deutlich, dass sich diese *idée fixe* mit einer erstaunlichen Beharrlichkeit durch die Arbeiten Wojciechowskis

über alle politischen Brüche zieht. Den Auslöser zur wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Anfängen des polnischen Staates unter Mieszko gab dabei die Kontroverse mit der deutschen Ostforschung und insbesondere Albert Brackmann. Gegen die von der Ostforschung erhobenen Gebietsansprüche auf den „deutschen Volks- und Kulturboden“ setzte Wojciechowski in seinem grundlegenden Text über die polnischen Mutterländer von 1933 die geostrategische Bedeutung der Flussläufe von Oder und Weichsel und insbesondere ihrer Mündungen sowie der zwischen ihnen sich erstreckenden Ostseeküste. Inwieweit Wojciechowski bei den ersten Überlegungen für ein Groß-Pommern-Konzept auf Überlegungen von Historikern und Publizisten wie Aleksander Majkowski, Józef Kisielewski und Gerard Labuda zurückgreifen konnte, wäre noch eine genauere Untersuchung wert. Wojciechowski ging es vor allem um die Einheit von Staat und Nation in der Frühphase polnischer Geschichte, die er als Orientierungspunkt für die Gegenwart nachdrücklich betonte. Sein Zugriff war somit kein primär volksgeschichtlicher, sondern basierte neben geopolitischen Überlegungen vor allem auf einem verfassungsgeschichtlichen Ansatz. Dieser Grundgedanke zieht sich auch durch die Publikationen Wojciechowskis bis zu seinem wohl bekanntesten Buch über „Polen – Deutschland. Zehn Jahrhunderte Kampf“.

Aus dieser Hartnäckigkeit der Thesen Wojciechowskis wird zugleich deutlich, dass, bei allem Betonen der Inbesitznahme des preußischen Ostens, die massenhafte Vertreibung der deutschen Bevölkerung keine originäre Idee Wojciechowskis war; diese Ereignisse waren für ihn – trotz aller nachträglichen Unterstützung bei der Eingliederung der Westgebiete in den polnischen Staat – eben doch eine Folge der Kriegsergebnisse.

Der Grundüberzeugung von der Notwendigkeit der Westgebiete für Polen folgend, hatte Wojciechowski 1944 den Bruch mit der Londoner Exilregierung vollzogen und die Zusammenarbeit mit der Lubliner Regierung gesucht. Daraus entstand das Posener West-Institut, das trotz aller ideologischen Kontroversen und politischen Intrigen nicht nur die Phase des Stalinismus, sondern auch die der Annäherung zwischen (West-)Deutschland und Polen und ebenso die Wende von 1989 überstanden hat.

Krzoskas Verdienst ist es, die wissenschaftlichen und politischen Konzeptionen Wojciechowskis sachlich dargelegt und die bislang bekannten Informationen in einen geordneten Kontext gestellt zu haben. Daran schließt sich dann die Frage nach der Rolle Wojciechowskis innerhalb der polnischen Geschichtswissenschaft wie der

deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte an. Seine Wirkung beruhte weniger auf seinen wissenschaftlichen Forschungen, wo er offensichtlich nicht Schule bildend war, sondern auf seinen wissenschaftlich-organisatorischen Aktivitäten als *spiritus rector* der Westforschung, die bis 1939 zumindest ansatzweise zu erkennen sind und seit 1944 eindeutig seine Tätigkeit bestimmten. Daher hätte der Rezensent nach der Lektüre der Studie gerne noch mehr über die Entstehung des West-Instituts erfahren, insbesondere über seine Kritiker und alternativen Konzepte, denn erst daraus würde sich die Bedeutung Wojciechowskis in einem breiteren Kontext der frühen Volksrepublik erschließen lassen.

Vor dem Hintergrund dieser Studie erscheinen biografische und institutionelle Vergleiche zwischen deutscher Ostforschung und polnischer Westforschung dringend geboten. Offensichtlich begünstigten die Verhältnisse in der ersten und zweiten Nachkriegszeit die Führungsrolle „politischer“ Historiker, seien es Albert Brackmann und Hermann Aubin deutscherseits, und vor allem Zygmunt Wojciechowski polnischerseits, und bislang steht auch eine parallele Betrachtung des Posener West-Instituts und des Marburger Herder-Instituts noch aus.

Jörg Hackmann, Greifswald

Antti Kujala, *The Crown, the Nobility and the Peasants 1630–1715. Tax, rent and relations of power.* Helsinki: SKS 2003, 293 S.

Die schwedische Großmachtzeit ist eines der zentralen Themen der schwedischen Geschichtswissenschaft und zieht immer wieder das Interesse der Historiker auf sich. War das Schweden des 17. Jahrhunderts ein Machtstaat oder ein Verhandlungsstaat? Die bisherige Erarbeitung des Modells der Wechselwirkung von Staat als Herrscher und dessen Untertanen beruht vorwiegend auf Forschungen zum Gerichtssystem und zur Gerichtspraxis. Die Lunder Historikerin Eva Österberg, eine der überzeugtesten Anhänger der Konzeption des „Verhandlungsstaats“, vertritt die Meinung, dass die Untertanen – obgleich der Staat und gemeindliche Institutionen keineswegs als gleichgestellte Partner anzusehen sind – auch ihrerseits auf die Herrschenden einen Einfluss ausgeübt hätten, nicht nur umgekehrt. Nur unterbäuerliche Schichten

seien nach Österberg völlig wirkungslos geblieben. In der jüngeren Forschung zur Wechselwirkung von Staat und seinen Untertanen wird die Besteuerung zumeist nur am Rande behandelt. Den Kern der ersten nicht-muttersprachlichen Monografie¹ des finnischen Historikers Antti Kujala (Helsinki) bildet allerdings gerade die Besteuerung der Untertanen als eine der Möglichkeiten der Machtausübung durch den Staat. Da die größte Steuerlast dem Bauerntum aufgebürdet wurde, steht im Mittelpunkt von Kujalas Untersuchung die Frage, ob und inwieweit die Bauern ihre Lage als Untertanen der Adligen und des Königs selbst beeinflussen bzw. zu deren Verbesserung beitragen konnten (S. 16). Die Chancen der Bauern, ihr Leben zu meistern, werden vor allem aufgrund der Steuern und anderer Leistungen (z.B. Frondienste) sowie aufgrund der Wirtschaftlichkeit der Bauernhöfe eingeschätzt. Kujalas Blick konzentriert sich auf die Gültigkeit des Modells der Wechselwirkungen im 17. Jahrhundert und Anfang des 18. Jahrhunderts.

Die Untersuchung befasst sich mit Finnland (in erster Linie mit den Provinzen Åbo, Björneborg, Nyland und Tavastehus im südwestlichen Teil Finnlands). Insofern als die Unterschiede zwischen Schweden und Finnland nicht allzu groß waren, gelten die Forschungsergebnisse auch für andere schwedische Hoheitsgebiete (S. 33). Das Buch beruht auf einer umfassenden Historiografie sowie auf verschiedenen in Finnland und Schweden (vor allem in den Nationalarchiven) befindlichen Materialien.

In der Einführung gibt der Verfasser einen Überblick über das Steuersystem, was zum Verständnis der anschließenden Abhandlung von wesentlicher Bedeutung ist. Die drei Hauptkapitel handeln von den Beziehungen zwischen dem Adel und dem Bauern einerseits und zwischen dem Staat und dem Bauern andererseits. Sowohl die Analyse der Pachthöhe und der von den Bauern eingetriebenen Steuern als auch die Behandlung der Bauer-Adel-Verhältnisse beruht auf detaillierten regionalen Fallstudien zu einzelnen Gutshöfen (Hitå, Bjärnä, Jockies, Elimä, Kumogård u.a.m.).

Der Studie von Kujala zufolge ließ der Adel sich in seinem Handeln nicht nur von wirtschaftlichen Überlegungen leiten, sondern auch von

¹ Zwei der drei früheren Monografien Antti Kujalas behandeln die Geschichte Finnlands am Anfang des 20. Jahrhunderts, die dritte befasst sich mit Finnland im Nordischen Krieg: Antti Kujala, *Miekka ei laske leikkiä: Suomi sursassa pohjan sodassa 1700–1714* (Das Schwert scherzt nicht. Finnland im Nordischen Krieg 1700–1714). Helsinki 2001.

„moralischen“ Verpflichtungen, die auf gegenseitigen Interessen des Adels und der Bauern beruhten. So testeten die Gutsherren bei der Festsetzung der Pacht, wie hoch sie die geforderten Leistungen steigern konnten, ohne dass die Bauern sich zur Wehr setzten. Sobald die neuen Forderungen auf heftigen Widerstand stießen, seien sie eingeschränkt worden. Auf diese Weise kam eine inoffizielle soziale Verständigung zustande. Insofern als die Stellung der schwedischen Adligen im Vergleich zu der ihrer Standesgenossen im restlichen Europa relativ schwach war, erreichten die Bauern mit ihren Beschwerden über die zu hohen Leistungsforderungen und über die Ungerechtigkeiten vor den Gerichten bzw. bei den Beamten gelegentlich auch einen gewissen Erfolg. Die Misshandlung von Bauern wird in erster Linie mit den baltischen Adligen in Zusammenhang gebracht, deren Hände in den Ostseeprovinzen durch keinerlei gesetzlich festgeschriebene Rechte der Bauern gebunden waren. Von den Bauern erhielten sie dafür den Spitznamen „livländische Hunde“ (S. 108). Zugleich sei es den Bauern in einer Gerichtssache gegen die baltischen Gutsherren eher gelungen, zu ihrem Recht zu kommen, während es ihnen gegen die schwedischen Adligen gewöhnlich viel schwerer fiel, sich durchzusetzen. Die Gutsherren konnten einen zu starken Druck auf die Bauern auch deswegen nicht ausüben, weil viele Bauernhöfe leer standen, so dass die Bauern die Möglichkeit hatten, bei Gelegenheit die Flucht zu ergreifen und in einen anderen Hof zu ziehen bzw. sich gar ein anderes Beschäftigungsfeld zu suchen. Zur Druckausübung auf die Bauern standen dem Gutsherrn verschiedene Mittel zur Verfügung: Er konnte den Bauern als Soldaten rekrutieren lassen; falls ein Landwirt wegen seiner Schulden die erbschaftlichen Rechte auf seinen Bauernhof verloren hatte, verschlechterte dies wesentlich seinen rechtlichen Status, weil ihm dadurch die schützende Hand der Krone entzogen wurde, wenn der Gutsherr ihm immer neue und höhere Leistungen auferlegen wollte; einem verschuldeten Bauern konnte der Gutsherr auch den Bauernhof kündigen. Die Pachtschulden banden den Landwirt dermaßen an seinen Hof, dass er in seiner Stellung nicht wesentlich von einem Hörigen zu unterscheiden war (S. 102).

Zur Erreichung ihrer Ziele setzten die Bauern ihrerseits Beschwerden und Einsprüche ein oder weigerten sich, die Abgaben zu leisten. Da die Parteien äußerst ungleich gestellt waren und ein öffentlicher Widerstand für den Schwächeren zumeist schlecht ausging, habe das einfache Volk einer Revolte die „Waffen der Schwachen“ vorgezogen (S. 109). Kujala gelangt zum Schluss, dass die von dem amerikani-

schen Anthropologen James C. Scott beschriebenen Widerstandsformen der malaysischen Bauern aus den 1970er Jahren mit den finnischen Umständen im 17.–18. Jahrhundert besser vergleichbar seien als die Unruhen und Revolten der Bauern und Unterschichten, die im restlichen Europa zu der gleichen Zeit vonstatten gingen (S. 26). Die finnischen Bauern appellierten nach Kujala an das Wohlwollen und Zuvorkommen der Adligen und waren bemüht, einen öffentlichen Aufruhr zu vermeiden. Die Bauern hätten allerdings ein geringeres Risiko vorgezogen, indem sie unter der schützenden Hand der Herrschenden standen. Wenn ein Bauer bei einem Adligen in Schulden geraten war, konnte ein Teil seiner Schulden gelegentlich getilgt werden; zumindest wurde er bei der Eintreibung der Schulden mit gewisser Großzügigkeit behandelt: Dem Schuldner wurde Zeit gelassen, anstatt ihm bei Fälligkeit seiner Schulden sofort den Hof zu entziehen.

Entsprechend den allgemeinen Trends der neueren Agrargeschichte nimmt die vorgestellte Arbeit den akteursbezogenen Standpunkt ein. Kujalas Grundthese, dass der Bauer auch in der ständischen Gesellschaft ein Subjekt gewesen sei, wirkt in der schwedischen Geschichtsschreibung nicht so neu wie z.B. im deutschen Kontext, in dem der Bauer nach einer bis zu den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts vorherrschenden Meinung (zumindest in den Gebieten, in denen es Gutsherrschaft gab) nur selten handelnd in den Ablauf der Ereignisse eingegriffen habe. In Schweden konnten die Bauern sich für ihre Rechte z.B. durch ihre Repräsentation im *Riksdag* einsetzen, wo sie neben anderen Ständen Sitz und Stimme hatten, wenn auch dies nach der Meinung vieler skeptisch gesinnter Historiker keine wesentlichen Ergebnisse erbrachte.

Mit Hilfe der Reduktion hatte die Krone nicht gerade die Absicht, die Lage der Bauern zu verbessern, sondern verfolgte vielmehr das Ziel, Staatsfinanzen zu sanieren und eine neue effiziente Heeresorganisation aufzubauen. Karl XI. forderte eine rigorose Eintreibung von Steuern. Er bestand darauf, keine Steuerermäßigungen zuzulassen. Dies habe enorme Schulden nach sich gezogen, die erst ab den 1690er Jahren gelegentlich reduziert wurden. Kujala zufolge habe die Reduktion die Lage der Bauern vorläufig keineswegs verbessert (S. 153). Sie hätten daraus erst nach dem Nordischen Krieg einen Nutzen gezogen. Zu dieser Zeit hatte die autokratisch geprägte königliche Macht ihre Bedeutung verloren und der Staat war auf den Status einer europäischen Macht zweiten Ranges herabgesunken. Kujala tendiert also dazu, die Gültigkeit des Modells der Wechselwirkung im Bereich der Besteuerung bei den Beziehungen Adel-Bauern für bedeutender

zu halten als in den Bauern-Staat-Beziehungen. Unter der autokratischen Regierung von Karl XI. seien die Interessen der Bauern von der königlichen Macht weniger berücksichtigt worden als vom Adel (S. 155 f.). „Der Machtstaat handelte und die Gesellschaft fügte sich“ (S. 179). Jedoch sollte nicht vergessen werden, dass die Steuererträge von der königlichen Macht nicht nur zu ihrem eigenen Wohl verwendet wurden, wie dies bei dem Adel der Fall war, sondern auch zur Verstärkung der Staatssicherheit, womit den Interessen aller Untertanen gedient war.

Im abschließenden Teil des Buches „Probleme der Autokratie“ wird ein kurzer Überblick über die Zahl der Bauern am Ende des 17. Jahrhunderts, über die Wirtschaft allgemein und über die wirtschaftliche Lage der Bauern in den Jahren 1694–1713 sowie über die Steuerkürzung am Ende des Jahrhunderts und ihre erneute Erhöhung zur Zeit des Nordischen Krieges gegeben.

Die spannendsten Folgerungen des Schlusskapitels, wenn auch nicht ganz ausreichend fundiert, finden sich im Unterkapitel „Krise der Autokratie“. Als der Staat im Jahre 1713 nicht mehr imstande war, seinen Pflichten nachzukommen und seine Untertanen in Finnland vor den Angriffen der feindlichen Heere zu verteidigen, seien Unzufriedenheit und Ungehorsamkeit der Bauern besonders stark angestiegen. Die Bauern hatten aufgehört, Steuern zu bezahlen und die Armee zu unterstützen. Die Zahl der Desertierungen nahm zu. Im Buch wird behauptet, dass die Ungehorsamkeit gegen staatliche Forderungen sehr viel stärker wurde, als dies bei den Forderungen des Adels der Fall war. Als das politische System und die Effizienz der Gesellschaft den Erwartungen der Bauern bezüglich der Staatsmacht nicht mehr entsprachen, wurde auch deren Legitimität von ihnen nicht mehr anerkannt. Nach Meinung des Verfassers beweisen die außergewöhnlichen Verhältnisse im Jahr 1713 noch deutlicher als seine vorangehende Behandlung, dass die Gesellschaft im 17. Jahrhundert nicht nur auf Zwang beruhte, sondern gleichermaßen oder noch mehr auf der Tatsache, dass die herrschende Ordnung für einfache Leute einen gewissen Grad an Legitimität bewahrt hatte. Obwohl die Bauern mehr Pflichten und weniger Rechte hatten als andere Stände, seien sie nicht nur als gebender Teil der Gesellschaft anzusehen, sondern auch als einer, der ebenfalls seine eigenen Interessen vertreten konnte (S. 188).

Das vorgestellte Buch verdient Beachtung nicht nur wegen der wesentlichen Forschungsergebnisse, die zur Erweiterung der bisherigen Erkenntnisse über die finnische (und schwedische) Agrargeschichte beitragen, sondern auch dank einer fließenden und mitreißenden Er-

zählweise, die durch eine geschickte Verflechtung von narrativen und reflektierenden Teilen zustande kommt, sowie dank den zahlreichen gelungen ausgewählten Illustrationen.

Kersti Lust, Tartu

Deutscher Osten 1939–1945. Der Weltanschauungskrieg in Photos und Texten, hrsg. v. Klaus-Michael Mallmann, Volker Rieß u. Wolfram Pyta. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2003, 205 S., 84 Abb.; **Orte des Grauens. Verbrechen im Zweiten Weltkrieg**, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2003, 270 S., 1 Karte.

Im vergangenen Jahrzehnt hat die Forschung zu den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen vor allem durch Regionalstudien wichtige Impulse erhalten. Je exakter die Rekonstruktion der deutschen Besatzungsherrschaft vor Ort erfolgte, desto klarer wurde, dass praktisch alle beteiligten zivilen und militärischen Institutionen in die Verbrechen involviert waren. Dabei kommt den Beständen der Zentralen Stelle der Justizverwaltungen in Ludwigsburg, die seit 1958 für die Vorermittlung bei NS-Verbrechen zuständig war und ist, eine besondere Bedeutung zu: Die Vernehmungsprotokolle von Zeugen und Verdächtigen bilden einen zentralen Fundus zu einzelnen Orten und Einheiten. Zugleich stellt der Ludwigsburger Komplex aus quellenkritischer Sicht besondere Herausforderungen an den Historiker: Die besondere Situation einer juristisch-polizeilichen Einvernahme von Personen (meist Jahrzehnte nach den Geschehnissen), denen aus vielerlei Motiven (Selbstbelastung, Kameradschaft usw.) nicht unbedingt daran gelegen war, erschöpfend Auskunft zu geben, ist bei der Verwendung der Materialien immer mit zu bedenken. Dies gilt *mutatis mutandis* auch für die Gattung der Feldpostbriefe, deren Quellenwert von der äußeren und inneren Zensur abhängt. Aussagen und Erinnerungen der überlebenden Opfer wiederum mangelt es oft an präzisen Angaben zu Zeitpunkt, Tätern usw., auf die eine historische Rekonstruktion angewiesen ist.

Als die juristische Untersuchung von deutschen Gewaltverbrechen sich ihrem Ende näherte, wurde in den Räumen der Zentralen Stelle eine „Forschungsstelle Ludwigsburg“ der Universität Stuttgart ge-

schaffen; als erste Veröffentlichung der Forschungsstelle ist nun der Band zum Deutschen Osten 1939–1945 erschienen. Die Herausgeber, an ihrer Spitze Klaus-Michael Mallmann, haben den Stoff in drei Hauptkapitel gegliedert: Mentalitäten (S. 11-57), Tattorte (S. 59-126), Einheiten (S. 127-171). „Das ungeheure Geschehen wird nicht analytisch beschrieben, sondern aus der Erlebnisperspektive der Täter, Opfer und Zuschauer ausschnittartig beleuchtet. Primär bietet der Band also sinnliche Anschauung in einer akteurszentrierten Perspektive, konfrontiert mit der Mentalität der Täter, läßt einen Blick zu in ihre Köpfe, auf ihre Antriebe und Motive“ (S. 8).

Dieses Ziel haben die Herausgeber aber nur teilweise erreicht, wie vor allem bei den „Mentalitäten“ deutlich wird. Bar jeglichen Kommentars reihen sich Briefauszüge, Tagebucheintragen und Befehle aneinander, die dem Leser ohne Interpretationsansatz präsentiert werden; in den Anmerkungen finden sich die Archivsiglen ohne jede weitere Erläuterung der vorgestellten Quelle. In chronologischer Reihenfolge kommen Offiziere, Unteroffiziere, Mannschaften, Polizeiangehörige, Verwaltungsangestellte und Überlebende zu Wort, die wenigstens Dokumente stammen dabei aus Vernehmungen nach 1945. Es fehlen jegliche biografische Angaben, dabei wäre erst vor dem persönlichen Hintergrund eine Einordnung des publizierten Dokuments möglich. Die Aussage „Als Menschen kann man diese Leute nicht bezeichnen“ bedeutet wenig, wenn man nur erfährt, ein Soldat Heinz S. habe diesen Brief am 6. August 1941 an seine Mutter geschrieben. Wie alt war Heinz S., aus welchem sozialen Umfeld stammte er, engagierte er sich in NS-Gruppierungen, in welchem Abschnitt der Ostfront und bei welcher Einheit war er eingesetzt? Der Tätertypus, der dem Leser präsentiert wird, ist der des sadistischen, brutalen Massenmörders, der seine Taten aus Überzeugung und teilweise mit Freude vollbringt. Und damit beginnt das eigentliche Problem des Bandes, denn dieses Täterbild, das hat die Forschung seit geraumer Zeit klar herausgearbeitet, trifft nur für einen Bruchteil derjenigen zu, die den ideologischen Vernichtungskrieg im Osten exekutierten. Die von Ulrich Herbert in seiner Bahn brechenden Biografie zu Werner Best aufgezeigte „Generation der Sachlichkeit“, deren ‚seriöser Antisemitismus‘ sich nicht im Hass auf Einzelpersonen und in Pogromen erschöpfte, sondern ein Teil ihrer ‚völkischen Weltanschauung‘ wurde, kommt in den Mentalitäten nicht vor.¹ Letztlich fehlen auch die ‚nor-

¹ Vgl. Ulrich Herbert, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989. 3. Aufl., Bonn 1996, S. 42-69, 203-224.

malen Männer', die als Mitläufer zu Tätern wurden, wie Christopher Browning² und seit kurzem auch Christoph Rass³ gezeigt haben. Der betrunkene Gestapobeamte, den ein Zeuge, wie er 1962 zu Protokoll gab, seinen 1000. Genickschuss feiern sah, repräsentiert diejenige Tätergruppe, auf die nach 1945 die deutsche Gesellschaft alle Schuld projizierte, um sich nicht der viel weiter gehenden Beteiligung, Zustimmung und Billigung am Massenmord stellen zu müssen. Die Dokumente der Mentalitäten illustrieren diese frühe Deutung, sie führen aber nicht über sie hinaus.

Die Schwächen des Bandes zeigen sich auch in den Rubriken „Tatorte“ und „Einheiten“. Obwohl die Anmerkungen nun teilweise etwas ausführlicher sind, drängen sich dem Leser immer wieder Fragen auf, die die Herausgeber nicht beantworten. Im Falle der Judenmorde in Dubno (S. 100-104) kommt dem Gebietskommissar Brocks (Foto S. 102) eine wichtige Rolle zu. Leider wird zu Brocks nur ausgesagt, er sei 1930 der NSDAP beigetreten. Was ergaben die Ludwigsburger Ermittlungen zu Brocks, wie gestaltete sich sein Leben nach 1945, falls er den Krieg überhaupt überlebte? Der damit angesprochene grundsätzliche Mangel der Edition zeigt sich überdeutlich im Fehlen jeglichen Registers – bei einem Quellenband ein eigentlich nicht zu entschuldigendes Versäumnis.

Insgesamt liegt die Vermutung nahe, die Herausgeber seien der Meinung gewesen, die Quellen sprächen für sich. Dies gilt auch für die Fotos, die ja einen zentralen Bestandteil des Bandes ausmachen. Aber auch das Bildmaterial wird unkommentiert präsentiert, eine nähere Information zu den Bildern ergibt sich erst bei einem lästigen Hin- und Herblättern zum Abbildungsnachweis (S. 199-204), der ebenfalls spärlich ausgefallen ist und oft wenig weitere Erkenntnisse bietet.

So bleibt als Fazit festzuhalten, dass die editorischen Grundsätze den Wert des Bandes massiv mindern und das eigentliche Ziel, die Motivation der Täter darzustellen, nur für eine Teilgruppe eingelöst werden kann. Dies ist umso bedauerlicher, als die Herausgeber ein weit über Fachkreise hinausgehendes Publikum ansprechen und vor allem „Träger der Jugend- und Erwachsenenbildung“ (S. 8) erreichen wollen. Eben dieser Personenkreis hätte eine kritische und ausführliche Kommentierung verdient gehabt, und sicherlich wäre auch eine Aus-

² Christopher R. Browning, *Ganz normale Männer. Das Reserve-Polizeibataillon 101 und die Endlösung in Polen*. Reinbek 1994.

³ Christoph Rass, *„Menschenmaterial“: Deutsche Soldaten an der Ostfront. Innenansichten einer Infanteriedivision*. Paderborn (u.a.) 2003.

wahlbibliografie nützlicher gewesen, als wichtige Arbeiten in einem knappen Anmerkungsapparat am Ende des Buches zu verstecken.

Sowohl im „Deutschen Osten 1939–1945“ als auch im von Gerd R. Ueberschär betreuten Band „Orte des Grauens“ ist ein Kapitel den Ereignissen in Kaunas gewidmet. Im Band mit den Ludwigsburger Beständen wird eine Zeugenaussage von 1962 zu einem der scheußlichsten und bekanntesten Verbrechen im Juni 1941, dem öffentlichen Massaker im Garagenhof der litauischen Genossenschaft Lietūkis zitiert, die die Morde dem berühmten Partisanenführer Klimaitis zur Last legt, und zwar vor dem Eintreffen der ersten deutschen Einheiten (S. 64: „Der Einmarsch der Deutschen fand am 24.6.41 statt und zwar nachmittags. Am gleichen Tag, einige Stunden vorher hat u.a. K. die erwähnten Aktionen durchgeführt. Gesehen habe ich das nicht selbst, aber Freunde ... haben es mir erzählt“). Diese Aussage haben die Herausgeber in ihren Band aufgenommen, obwohl die folgenden Dokumente allesamt von Wehrmachtssoldaten stammen, die die Morde am 27. Juni 1941 mit eigenen Augen gesehen haben. Die Deutschen waren zum Zeitpunkt des Verbrechens bereits in der Stadt, wie ja auch die Fotos vom Tatort beweisen, und bislang wurde Klimaitis in keiner Darstellung des Massakers erwähnt. Jürgen Matthäus, der den Beitrag zu Kaunas in „Orte des Grauens“ übernommen hat (S. 83–91), schildert den Sachverhalt völlig zutreffend, sieht man von einem Schreibfehler (Lietukas statt Lietūkis) ab (S. 84). Vergleicht man die beiden Darstellungen zu Kaunas, so ist dem Aufsatz von Matthäus der Vorzug zu geben, er kann den Tatort in die allgemeine Vernichtungspolitik einordnen, er zeigt die sich gegenseitig aufschaukelnden antisemitischen Stimmungen in Teilen der litauischen Bevölkerung und die Absichten der deutschen Sicherheitsorgane auf, die schließlich zu grauenhaften Pogromen und systematischem Massenmord eskalierten, er bietet kurze Quellen- und Literaturhinweise und beleuchtet die Ereignisse nach 1945. Hinzu kommt, dass im „Deutschen Osten“ nur auf die Tage im Juni 1941 eingegangen, aber das Ghetto in Kaunas mit keinem Wort erwähnt wird. Im direkten Vergleich zeigen sich die Schwächen in besonders eklatanter Weise, die auch durch die „Verknüpfung von Bildnarrativ und Selbstzeugnissen“ (so der Text auf dem Umschlagrücken) des „Deutschen Ostens“ nicht wettgemacht werden können.

Gerd R. Ueberschär hat in seinen Band Tatorte aufgenommen, „die sowohl gegen das gewohnheitsmäßige und vertraglich geregelte Kriegsrecht als auch gegen das humanitäre Völkerrecht verstießen“ (S. XI). Von den 26 Beiträgen ist die große Mehrzahl (21) deutschen

Verbrechen gewidmet, wobei das Spektrum von Auschwitz bis Oradour-sur-Glane reicht. Den Schwerpunkt hat der Herausgeber auf Schauplätze im südosteuropäischen Raum gelegt, da zum einen für den Vernichtungskrieg in Polen und in der Sowjetunion bereits auf verschiedene Publikationen verwiesen werden kann, zum anderen die Verbrechen im südeuropäischen Raum (vor allem in Italien) erst jüngst durch wichtige Veröffentlichungen ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt sind.

Kann man diese Argumentation ohne weiteres nachvollziehen, so überrascht andererseits die durchaus problematische, unter dem Oberbegriff ‚Kriegsverbrechen‘ jedoch zweifellos zutreffende Aufnahme von Tatorten wie Dresden 1945 oder Nemmersdorf 1944, die in einem Band mit Auschwitz oder Lidice vereint sind. Leider äußert sich der Herausgeber nicht zu dieser zu Missdeutungen Anlass gebenden Auswahl. Zweifellos besteht ein Unterschied zwischen dem staatlich angeordneten und exekutierten rassistischen Massenmord an Millionen Juden und dem Mordbrennen deutscher Gebirgsjäger in Griechenland, die, nachdem griechische Partisanen 80 ihrer gefangenen Kameraden hingerichtet hatten, beim ‚Bandenkampf‘ zu einer Soldateska wurden; es besteht ein Unterschied zwischen der ideologisch motivierten und von der obersten sowjetischen Führung angeordneten Exekution von kriegsgefangenen polnischen Offizieren 1940 und den Massenverbrechen der Roten Armee an der deutschen Zivilbevölkerung 1944/45. Allein eine Strukturierung in Staatsverbrechen (z.B. Auschwitz, Katyn), Befehls- (z.B. Fosse Ardeatine, Dresden) und Exzesstaten (z.B. Oradour-sur-Glane, Nemmersdorf), so unscharf und teilweise überlappend diese Kriterien auch sind,⁴ hätte der Binnenstruktur des Buches Kontur verliehen. Zudem wäre eine zentrale Gliederung wie in dem von Gerd R. Ueberschär gemeinsam mit Wolfram Wette herausgegebenen Band „Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert“⁵ in „Deutsche Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg“ und „Andere Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert“ sinnvoll gewesen. Die Anordnung der Beiträge in alphabetischer Reihenfolge unter-

⁴ Für eine Typisierung immer noch unverzichtbar Herbert Jäger, Verbrechen unter totalitärer Herrschaft. Studien zur nationalsozialistischen Gewaltkriminalität. 2. Aufl., Frankfurt a.M. 1982 (Erstausgabe 1967).

⁵ Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Wolfram Wette u. Gerd R. Ueberschär. Darmstadt 2001. In seinem Vorwort bezieht sich Ueberschär auf diesen Band, als dessen „detailliertere Ergänzung (...) für bestimmte Schauplätze“ (S. XI) der vorliegende Band zu betrachten sei.

streicht dagegen die vom Herausgeber zweifellos nicht beabsichtigte ‚Gleichheit‘ der Tatorte.

Die Geschlossenheit des Bandes wird durch die in Umfang und Form identisch konzipierten Beiträge erreicht. Wichtig ist dabei, dass alle Autoren auch einen Blick auf die Zeit nach 1945 werfen, sei es nun, um die Symbolik des Tatorts aufzuzeigen oder die juristische (Nicht-)Aufarbeitung zu skizzieren, und jedem Beitrag Quellen- und Literaturhinweise beigegeben sind. Die durchweg hohe Qualität macht es schwer, einzelne ‚Orte des Grauens‘ hervorzuheben, vielleicht sind es bislang in der Bundesrepublik wenig oder gar nicht bekannte Verbrechen, die am meisten bewegen, da sie die ‚Alltäglichkeit‘ inhumaner Gewalt dokumentieren: die Brutalität, mit der die deutsche Wehrmacht ‚unnötige‘ russische Zivilisten in Lager verfrachtete, um sie bei einer Frontbegradigung ‚halbverhungert‘ der Roten Armee zu überlassen (Hans-Heinrich Nolte: *Osariči* [eigentl. *Azariči*; Anm. d.Red.], S. 187-194), oder das mörderische Vorgehen deutscher Einheiten gegen ehemalige italienische Verbündete in Kephallonia (Gerhard Schreiber, S. 92-101) sind zwei besonders eklatante Beispiele. Einzig Bernhard Fisch scheint mit den Vorgaben des Herausgebers teilweise nicht zurechtgekommen zu sein, denn sein Aufsatz verliert sich manchmal in einer Aneinanderreihung verschiedener und sich teilweise widersprechender Zeugenaussagen. Bei dem beschränkten Umfang des Beitrages überrascht es, dass Fisch eine ganze Seite lang der Frage nachgeht, ob die toten Zivilisten in Nemmersdorf nicht von Rotarmisten, sondern von SS-Männern ermordet worden seien, um der NS-Propaganda Material an die Hand zu geben. Die Indizien (Anwesenheit von SS-Einheiten im Operationsgebiet, schnelle Abordnung eines hochrangigen SS-Arztbes nach Nemmersdorf) sind aber wenig aussagekräftig und stehen in deutlichem Widerspruch zur 1997 erschienenen Monografie des Autors über die Morde. Dort heißt es nämlich noch: „Zum anderen war nachweisbar keine SS am Ort. Aber da im klassischen Feindbild der SS jede Schweinerei unterstellt wurde, mußte sie folglich auch in diesem Fall präsent gewesen sein.“⁶

Beide Bücher machen betroffen, sie schildern Massenmord in seiner konkreten Form, sie nennen Täter und Opfer, zeigen auf, wie leicht es offensichtlich war und ist, Menschen zu gnadenlosen Mördern zu machen. Beide Bücher werden ihren Weg machen, wobei beim ‚Deutschen Osten‘ die editorischen Schwächen und fehlenden Kom-

⁶ Bernhard Fisch, *Nemmersdorf, Oktober 1944. Was in Ostpreußen geschah*. Berlin 1997, S. 177.

mentierungen allzu leicht vor allem im Bereich der politisch-historischen Bildung zu einem kontraproduktiven Effekt führen können, während die ‚Orte des Grauens‘ in den Einzelbeiträgen hervorragend informieren, aber unter dem Diktum Verbrechen gegen Kriegsrecht und humanitäres Völkerrecht Tatorte vereinen, die ohne Begründung besser nicht auf eine Stufe gestellt worden wären.

Joachim Tauber, Lüneburg

The Sovietization of the Baltic States 1940–1956, hrsg. v. Olaf Mertelsmann. Tartu: Kleio Ajalookirjanduse Sihtasutus 2003, 254 S., Abbildungen, Tabellen.

Im Mai 2003 fand im beschaulichen estnischen Küstenort Haapsalu eine internationale Konferenz zur Sowjetisierung des Baltikums statt, deren Vorträge als Grundlage des vorliegenden Sammelbandes dienten. Der Konferenzort mag zu einem gewissen estnischen Übergewicht der Artikel beigetragen haben, denn von den 14 Texten behandeln sechs den nördlichen der drei baltischen Nachbarn, jeweils zwei Autoren stellen ihre Ergebnisse in Bezug auf Lettland und Litauen vor. Abgesehen von Walter C. Clemens' allgemeinen Überlegungen zum Schicksal der Völker des Baltikums unter der sowjetischen Okkupation blickt nur Jeremy Smith in seinem Beitrag über die unterschiedlichen Reaktionen auf die Bildungsreform unter Chrusčev in der Estnischen bzw. der Lettischen SSR über das jeweils gewählte Untersuchungsland hinaus. Andererseits behandelt gerade dieser Text eher das innersowjetische Problem der Beziehungen zwischen Zentrum und (nationaler) Peripherie als die eigentliche Sowjetisierung und sprengt daher den ohnehin recht generös gewählten chronologischen Rahmen dieses Bandes. Da sich nur wenige Autoren in die Zeit nach Stalins Tod 1953 verirren, macht die im Titel genannte Zäsur „1956“ ohnehin keinen richtigen Sinn. Um Smith mit seinem zeitlich bereits die abgeschlossene Sowjetisierung beispielhaft diskutierenden Beitrag einzuschließen, hätte man also ruhig „1940–1960“ angeben können. Wie dem auch sei, Komparatistik, d.h. eine Antwort auf die Frage, inwieweit Entwicklungen in der einen Republik übertragbar sind auf die anderen, ist von den Beiträgen dieses Sammelwerks nicht zu erwarten,

aber das ist auch schon die schärfste Kritik, die einem angesichts der grundsätzlich überzeugenden Qualität der Arbeiten einfällt.

Nicht nur die untersuchte Region, auch die angewandten Methoden könnten unterschiedlicher kaum sein. Hier zeigt sich jedoch gegenüber mancher theoretischen Schattenboxerei, wie vorteilhaft methodischer Pluralismus sein kann. Neben faktenorientierten Arbeiten etwa zur britischen Sicht der sowjetischen Okkupation, sozialgeschichtlichen Untersuchungen – zum quantitativen Elitenwechsel, zur Implementierung des Terrors auf dem Lande –, einem wirtschaftshistorischen, einem kirchengeschichtlichen sowie einem literaturwissenschaftlichen Text finden sich hier Arbeiten, die sich mit Fragestellungen der neueren Kulturgeschichte auseinandersetzen. „Culture matters“ deklariert Walter C. Clemens (S. 27) als Schlüssel zum Verständnis, warum die Völker des Baltikums Terror und Sowjetisierung überlebt hätten; Kultur im weitesten Sinne als Ausdruck menschlicher Verhaltensformen bietet auch den Hintergrund der Untersuchungen von Timofei Agarin und Rüdiger Ritter zu Litauen sowie von Marie Alice L'Heureux über die sowjet-estnische Architektur.

Doch der Reihe nach. Clemens schildert (S. 19-42) eindrücklich die Macht der Kultur bei der Sicherung des Überlebens der Völker des Baltikums. Mehr als die sozialökonomische Entwicklung der drei Länder vor 1940 habe deren kulturelle Grundlage dank der Konsequenzen der Reformation und der Festigung kultureller (nationaler) Identitäten im 19. Jahrhundert zu einer „self-organized fitness“ beigetragen (S. 41), aufgrund derer fremder Repression begegnet werden konnte. Gerade auch im Vergleich zu anderen Regionen der Sowjetunion hätte sich in der *Sovetskaja Pribaltika* die lange Lesetradition positiv bemerkbar gemacht, so dass das Eigene bewusst bewahrt werden konnte. Zu ergänzen wäre freilich, dass nicht nur Lesefähigkeit allein, sondern in erster Linie die Verarbeitung des Gelesenen, die Auseinandersetzung mit verschiedenen literarischen Traditionen hierfür entscheidend war – im Gegensatz zum erst unter sowjetischer Herrschaft alphabetisierten russischen Lesepublikum, dessen Erwartungshaltung an Literatur mehr von den Schablonen des Sozialistischen Realismus eingeschränkt gewesen sein dürfte.

Craig Gerrard setzt sich mit der Londoner Haltung zur Lage im okkupierten Baltikum am Ende des Zweiten Weltkriegs auseinander (S. 43-53). Im Gegensatz zur idealistischen Atlantik-Charta von 1942 machte Außenminister Anthony Eden Stalin Anfang 1944 deutlich, dass niemand den sowjetischen Anspruch auf die durch Hitlers Angriff „verlorenen“ Baltischen Sowjetrepubliken bestreite. Chur-

chill, der sich in seinen Memoiren später für die Unabhängigkeit des Baltikums stark machte, verwies damals darauf, dass Stalins Forderungen nach territorialem Zuwachs sogar hinter den Grenzen vor 1914 zurückblieben, somit offenbar unerwartet defensiv ausfielen. Schließlich einigte man sich 1945 auf die Sprachregelung, die baltischen Staaten seien *de facto* und nicht *de jure* inkorporiert worden. Gerrard macht hierfür nicht zuletzt eine gerade auch im Gegensatz zu Finnland und der Tschechoslowakei deutlich werdende indifferente Haltung der britischen Politik gegenüber den baltischen Ländern aus.

Dmitrii Smirnovs Beitrag zur Perspektive der heutigen russischen Gesellschaft (S. 55-62) bleibt demgegenüber leider recht blass. Seine Ausführungen bieten zwar hübsche Beispiele dafür, dass die baltischen Sowjetrepubliken in der sowjetischen Binnenperspektive stets als etwas Fremdes, „Europäisches“ betrachtet worden sind, doch hat dies wenig mit seiner Ausgangsthese der „partiellen Akzeptanz einer moralischen Schuld“ (S. 55) in der Gesellschaft der Russländischen Föderation zu tun. Seine grundsätzlich richtige Beobachtung, dass russische Historiker die Sowjetisierung des Baltikums als Teil des Stalinismus in der UdSSR betrachten, widerspricht dieser These zudem zumindest zum Teil, wird doch die Zugehörigkeit Estlands, Lettlands und Litauens zu Stalins Reich damit nicht zwangsläufig in Frage gestellt. Und solange die offiziöse Darstellung der Geschichte des Russischen Außenministeriums zum Juni 1940 nur zu sagen hat, dass die Sowjetunion im Baltikum „ihre Positionen gefestigt“ habe,¹ ist ein Schuldbekenntnis in den entscheidenden Kreisen der Politik ohnehin nicht zu erwarten.

Sehr dicht dagegen präsentiert sich die feine Studie von Geoffrey Swain zum „Latbjuro“ 1944–1947 (S. 63-84), das zunächst vom Moskauer Politbüro als Beobachtungsinstanz für die schleppende Übernahme der Macht in Lettland eingerichtet worden war, aber zunehmend die Initiative an sich zog wie z.B. bei der Durchführung der Landreform oder der Bekämpfung der „Waldbrüder“. Unter der Leitung von Nikolaj Šatalin, der übrigens auch als erster Leiter des parallel eingerichteten „Ēstbjuros“ fungierte,² garantierte es in allen

¹ Očerki istorii Ministerstva inostrannykh del Rossii 1802–2002 gg. v 3-ch tomach (Abriss der Geschichte des Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten Russlands 1802–2002 in 3 Bänden). Moskva 2002, hier Bd. 2: 1917–2002 gg., S. 262.

² Eestimaa Kommunistliku Partei keskkomitee organisatsiooniline struktuur 1940–1991 (Organisationsstruktur des Zentralkomitees der Estnischen Kommunistischen Partei 1940–1991), hrsg. v. Enn Tarvel. Tallinn 2002, S. 39 ff.

Fragen die Beibehaltung der orthodox sowjetischen Linie und disziplinierte die lettischen Genossen auch in Bezug auf den Strom von Russland-Letten, der sich nun in die Funktionsetagen des neuen Staates ergoss. Sie wenigstens wussten genau, in welche Richtung es gehen sollte, wie Swain pointiert festhält: „Their knowledge of the future more than compensated for any ignorance they might have of Latvia's immediate past“ (S. 83). Genauso eng an den Quellen erarbeitet ist Irēna Salenices Text über Lehrer in Daugavpils (S. 197-206). Ihr gelingt es, den umfangreichen Elitenwechsel deutlich zu machen, der auf dem Gebiet der Erziehung „junger Kader“ die Sowjetisierung beschleunigen sollte. 1945/46 waren nur noch 7% der Lehrer im Schuldienst der Stadt, die 1939/40 dort unterrichtet hatten; der Bestand an Lehrkräften hatte sich insgesamt um die Hälfte verringert. Während 1945 noch über die Hälfte der 139 Lehrer ihre Ausbildung im unabhängigen Lettland erhalten hatten, sank deren Zahl 1947 bereits auf 36,2%. Demgegenüber stieg die Anzahl derjenigen steil an, die in der Sowjetunion ausgebildet wurden – von ca. 20% auf 57,3%. Interessant dürfte es sein, das Schicksal dieser Gruppen während der Deportationen von 1949 zu untersuchen.

Auch Anu-Mai Kõlls konzentrierter Beitrag über die Kulakenverfolgung in Landkreis Viljandi (S. 127-149) kann sich auf umfangreiche Archivstudien stützen. Als Ausgangsthese nimmt sie an, dass die Exekutoren der kommunistischen Politik „ordinary men“ gewesen seien. Zumindest auf lokaler Ebene dürfte es diesen allerdings nicht bewusst gewesen sein, dass die von ihnen mehr oder weniger gehorsam zusammengestellten Listen von Kulaken später als Grundlage für die Deportationen dienten. Demgegenüber dürften sie durchaus begriffen haben, wie Kõll mit Recht festhält, dass sie an einem Prozess der sozialen Exklusion teilhatten, der zum wirtschaftlichen Ruin und politischer Verfolgung der betroffenen Nachbarn führen konnte (S. 133). Kõlls lokale Perspektive auf die Ereignisse ermöglicht ihr darüber hinaus zu dokumentieren, wie unterschiedlich die Identifikation und Verfolgung von „Kulaken“ in den von ihr ausgewählten Bezirken abgelaufen ist. Energischen Maßnahmen einer gehorsamen Bürokratie standen andernorts langsame und unwillige Reaktionen seitens der ausführenden Organe gegenüber, und selbst die Begründungen für die Stigmatisierung eines Bauern als „Kulak“ variierten von Ort zu Ort: Mal waren sie dezidiert politisch (NS-Kollaborateur), mal ökonomisch (Hofgröße), vielfach finden sich in den Akten auch nur stereotypische Formulierungen. Interessanterweise protestierten nahezu alle Betroffenen als Reaktion auf die für „Kulaken“ bestimmte Steuer-

erhöhung gegen diese Einstufung. Dieser Protest wurde in Estland tatsächlich ernst genommen, so dass sich in den ausgewählten Bezirken auf diesem Wege immerhin 17% von der Stigmatisierung befreien konnten und das ganze Verfahren um ein Jahr verzögert wurde. Fast noch bemerkenswerter ist jedoch, dass sich im Zusammenhang mit diesen Berufungsverfahren in den Archiven ungleich mehr Unterstützungsschreiben finden lassen als Denunziationen. Unter den Bittgesuchen befinden sich Briefe von Parteimitgliedern, hochdekorierten Soldaten sowie Mitarbeitern der Organe und ehemaligen, auf dem Hof der „Kulaken“ beschäftigten sowjetischen NS-Kriegsgefangenen, die ein hohes persönliches Risiko eingingen, um Freunde oder Familienmitglieder zu retten.

Der Herausgeber wiederum beschäftigt sich zum wiederholten Male mit der Frage, ob es in Sowjet-Estland eine Art „Wirtschaftswunder“ gegeben hat, wie es die sowjetischen Statistiken mit erkennbarer Absicht verkündeten (S. 151-169). Sowjetische Statistiken mit sowjetischen Statistiken zu widerlegen und dabei die Standards der Marktwirtschaft anzulegen ist methodisch eine Gratwanderung, bei der man zwangsläufig der Verlockung unterliegt, solche Daten als verlässlich zu deklarieren, die die eigene These stützen. So muss auch Mertelsmann zugeben, dass seine Ergebnisse nicht mehr als „rough estimations“ bieten können (S. 153). Insgesamt könne man aber feststellen, dass es keine stalinistische Industrialisierung in Estland gegeben habe, sondern lediglich eine stalinistische Rekonstruktion der Industrie. Mertelsmanns Untersuchung zufolge ergab sich folgendes Bild: Es gab kaum Verbesserungen in der Infrastruktur. Zwar stieg die Zahl der in der Industrie Beschäftigten an, doch waren die Arbeiter meist geringer qualifiziert und schlechter motiviert als vor 1940. Schließlich mangelte es auch an realen Investitionen, v.a. in Bezug auf Ausrüstung und Maschinen. Dass Mitte der 1950er Jahre die Industrie deutlich mehr produzierte als die Landwirtschaft, lag an den desaströsen Folgen der Kollektivierung, nicht an der triumphal fortschreitenden Industrialisierung, wie sie die Statistiken zu spiegeln vorgeben.

Hinzu gesellten sich die typischen Probleme der sowjetischen Industrie: Quantität war wichtiger als Qualität, und die Konsumgüterproduktion fiel kaum ins Gewicht. Daher erscheint Mertelsmanns „serious question“, wer denn den behaupteten Zuwachs an Industriegütern konsumiert habe, wo doch die Bevölkerung aufgrund der real gesunkenen Löhne nicht in Frage gekommen sei, als rhetori-

sche Finte (S. 155).³ Denn auch der Autor weiß, dass „Staat und Militär“ enorme Mengen verbraucht haben, ohne freilich Zahlen dazu zu nennen. Die leider undokumentierten Rekurse auf „collective memory“ helfen hier auch nicht weiter, da die Zeitgenossen dazu tendierten, ihre Vorkriegserfahrungen auf die Nachkriegszeit zu übertragen und daher mit subjektivem Recht davon ausgehen konnten, dass Wirtschaftswachstum die Läden füllt. Nicht so in der Sowjetunion. Deutlich führt Mertelsmann dem Leser jedoch die ökonomische Fälscherfabrik der Statistik vor Augen, so dass der Gesamtplan stets erfüllt werden konnte, selbst wenn in 45% der Einzelprodukte dies offenkundig nicht gelang. Korruption, Missmanagement und Betrug führten dazu, dass 1949 eine Möbelfabrik dabei erwischt wurde, ihre Produktion statistisch um ganze 54% vergrößert zu haben. Hier liegt ohne Zweifel auch der wahre Kern des sowjetischen „Wirtschaftswachstums“: die statistischen Methoden. So wurde bei der Umstellung der Kronenpreise auf sowjet-typische Rubel-Fixpreise der offizielle Umtauschkurs von 1 Krone zu 1,25 Rubel genutzt – Mertelsmann zufolge wäre ein Kurs von 1:6 weitaus realistischer gewesen.

Die beiden Artikel von Ritter (S. 85-110) und Agarin (S. 111-126) drehen sich um die Frage des Performanzproblems sowjetischer Herrschaft in der Litauischen SSR. Mit Recht betont Ritter eingangs, dass die sowjetischen Funktionäre sich keineswegs als brutale Unterdrücker, sondern als Agenten einer „sozialistischen Mission“ sahen und neben der offenkundigen Gewalt gegen die „Feinde“ der übrigen Bevölkerung ein Identifikationsangebot machten. So interessant sich die Frage nach der Akzeptanz des neuen Regimes anhört, mit dem zumindest 1939/40 viele Hoffnungen der Elite verbunden waren (hatte es nicht die alte Hauptstadt Vilnius zurückgebracht?), so konventionell ist die Antwort: Am Ende der 1940er Jahre sei das Angebot einer sowjet-litauischen Identität gescheitert, denn der Aufbau des Sozialismus sei als Russifizierung verstanden worden. Von nun an habe nur das Gewaltmonopol des Staates die Sowjetmacht erhalten und die Versuche, litauische Kultur zu fördern, hätten nur die nationale Opposition bestärkt und im Endeffekt die nationale Identität gefestigt. Ritter

³ Eine vergleichbare rhetorische Finte erlaubt sich der Autor bei der Behauptung, die Anzahl an Industriearbeitern habe sich den offiziellen Statistiken zufolge „nahezu verdoppelt“ („nearly doubled“, S. 155). Tatsächlich geht es um einen Anstieg um ca. drei Viertel (75%, von 73 000 auf 127 000); ein Zuwachs, der allerdings immer noch entscheidend höher ausfällt, als der vom Autor als realistisch angenommene Anstieg um „one-fourth“ die gewünschte Aussage gegen die offiziellen Statistiken mithin nicht ändert.

übersieht dabei allerdings die zumindest theoretische Möglichkeit, dass spätere Generationen aufgrund des staatlichen Erziehungsmonopols doch zumindest partiell auf das sowjetische Identifikationsangebot eingingen.

Leider zerfasern Ritters Ausführungen zusehends, da er sich schlicht zu viel vorgenommen hat: die Beziehungen zu Polen, die Vernichtung der Juden, Stalins Nationalitätentheorie und die Rolle der Geschichte als Legitimation der sowjetischen Herrschaft. Seine Überlegungen zu Stalins Nationalitätentheorie z.B. zeigen letzten Endes nur, dass letztere nur dann funktionierte, wenn es der Sowjetmacht diente. Die Versuche, sie ernst zu nehmen und ihre Widersprüche aufzuzeigen – wobei nur vergessen wird, darauf hinzuweisen, dass auch die Deportationen der Esten, Letten und Litauer nach Sibirien Stalins Vorstellungen einer „Territorialisierung der Nation“ (R.G. Suny) widersprachen –, erübrigen sich damit eigentlich. Abschließend kommentiert Ritter zynisch, wie dankbar die Litauer der Sowjetmacht heute sein können, denn schließlich war sie es, die den „dirty job“ der Vilnius-Frage gelöst und die litauisch-polnisch-belorussischen Siedlungsgebiete „entwirrt“ habe.

Agarin entwirft demgegenüber eine post-koloniale Perspektive auf die Litauische SSR, wobei es ihm in Bezug auf den Begriff „kolonial“ nicht um Gleichsetzung mit der klassischen Definition von Kolonialherrschaft, sondern um Ähnlichkeiten in Zielen und Handlungen geht: die Sowjetunion sei keine „(socialist) imperialist“ Macht gewesen, aber im Prozess der Sowjetisierung hätten sich gewisse Ähnlichkeiten mit der Machtausübung von „(capitalist) imperialist“ Ländern gezeigt (S. 114 f.). Im Gegensatz zu Ritter sieht Agarin das Ziel der sowjetischen Integrationsbemühungen nicht in der „Eroberung der Köpfe“, sondern in der Verbreitung der pragmatischen Überzeugung, dass Litauen nur eine sozialistische Zukunft haben könne. So kommen bei ihm die Prozesse zur Sprache, welche dafür sorgten, dass ein Großteil der Bevölkerung am System teilhatte: soziale Mobilität und Expansion des Bildungssystems. Letzten Endes ist jedoch auch für ihn, kaum überraschend, die Sowjetisierung gescheitert, wofür er die gängigen Gründe nennt: die Verbundenheit der Litauer mit Westeuropa, ihre Erfahrung mit der Eigenstaatlichkeit sowie ihre linguale Identität. Gerade die sowjetische Sprachpolitik identifiziert Agarin dabei als typisch kolonial, da durch die Propagierung des Russischen die öffentliche Sphäre der kolonialisierenden Macht vorbehalten blieb und die lokale Sprache in den privaten Raum zurückgedrängt wurde. Die kulturpolitischen Konzessionen an die Litauer hingegen hatten,

und hier stimmt Agarin, wenn er auch vorsichtiger formuliert, Ritter zu, nur den Effekt, die eigene Kultur und vorsowjetische Tradition attraktiver zu machen.

Mit einem zumindest theoretisch perfekten Beispiel für Stalins Nationalitätentheorie beschäftigt sich Glenn Eric Kranking: den Estlandschweden (S. 171-186). Sie lebten geschlossen an der Küste und auf den Estland vorgelagerten Inseln, hatten sich Kultur und Sprache bewahrt und waren zudem noch meist arme Bauern oder Fischer. Aber trotz aller propagandistischen Anstrengungen des Regimes hielt es sie nicht im Sowjetstaat und sie flohen oder emigrierten während der deutschen Besatzung. Kranking beschränkt seine Analyse auf das in schwedischer Sprache 1940/41 erschienene Wochenblatt „Sovjet-Estland“, welches er treffend als „Fibel“ charakterisiert, die den Schweden den Sozialismus nahe bringen sollte. Wie stets wurde hierin die leidvolle Vergangenheit beschworen, vor der die sowjetische Gegenwart, in der alle Nationen die gleichen Rechte hätten, leuchten sollte. Ob jedoch, wie Kranking bemerkt, eine fünfteilige Porträtserie verschiedener Gemeinden, im Frühjahr 1940 erschienen, in der schlichte Fotos und Berichte den friedlichen und fleißigen Alltag schilderten, völlig ideologiefrei gewesen ist, darf bezweifelt werden. Schließlich war die Präsentation glücklicher Arbeiter und Bäuerinnen im Sinne des Regimes schon Werbung genug; früher ging es ja per definitionem allen viel schlechter. Gleichzeitig musste sich die Tallinner Parteiführung jedoch den Misserfolg ihrer Agitation eingestehen, da immer mehr Stimmen unter den Schweden laut wurden, die den Exodus befürworteten. Auch Steuervergünstigungen, die deutlich machten, für wie wichtig man diese kleine Gruppe gerade auch im Hinblick auf die Propaganda in Schweden und Westeuropa hielt, konnten nichts mehr ändern. Die Ambivalenz der sowjetischen „affirmative action“ (Terry Martin) wurde jedoch deutlich, als auch 36 Schweden zu den im Juni 1940 Deportierten gehörten und sich unter ihnen auch der Lehrer Tomas Gärdström befand, der kurz zuvor zwei schwedischsprachige Lehrbücher fertiggestellt hatte, also zu denen gezählt hatte, die sich zu einer Kooperation mit dem neuen Regime bereit gefunden hatten.

Auch die restlichen Studien beschäftigen sich mit Estland, fügen aber wiederum jeweils neue Perspektiven hinzu. Riho Altnurme beschäftigt sich thesenartig mit der Sowjetisierung der Evangelischen Kirche (S. 187-195), die zunächst zwar weniger einer antikirchlichen Kampagne ausgesetzt war, der aber auf administrativem Wege rasch deutlich gemacht wurde, dass ihr Platz in der Gesellschaft vom

Gehorsam gegenüber dem Staat abhing. So musste die Kirche staatliche Feiertage und sogar Stalins 70. Geburtstag Ende 1949 mit Gottesdiensten preisen, während die eigentlichen kirchlichen Unterweisungen mehr und mehr in den Untergrund gedrängt wurden. Spätestens nach den Deportationen jedoch hatte sich die offizielle Kirche mit ihrer neuen Rolle abgefunden. Ab Mitte der 1950er Jahre trat die Kirche auch in den Dienst der sowjetischen Außenpolitik, indem sie internationale kirchliche Zusammenkünfte mit Vertretern beschicken durfte, deren Arbeit freilich stets vom politischen Kontext abhängig war.

Während die Kirche keine legale Chance hatte, das Monopol des Staates in der Erziehung der Jugend zu brechen, war die Schulpolitik der Union Ende der 1950er Jahre ein Thema, bei dem die nationale Peripherie ihre Kräfte mit der Moskauer Zentrale maß, wie Jeremy Smith zu berichten weiß (S. 237-252). Chruščëvs Schulreform strebte danach, die Quantität des Sprachunterrichts zu verringern. Die estnische Führung entfachte eine republikweite Diskussion in der Presse, bei der zumindest darin Konsens erreicht wurde, dass der Unterricht in einer dritten Sprache – neben Estnisch und Russisch – beizubehalten sei. Ein höflicher Brief des Ersten Sekretärs Kabin mit den estnischen Vorstellungen blieb in Moskau zwar unbeantwortet, doch kam es zu keinem weiteren Konflikt, als die Republik ihr 3-Sprachensystem fortsetzte. Die weniger kompromissbereite Haltung der lettischen Parteiführung in dieser Frage, die inhaltlich mit den estnischen Kollegen übereinstimmte, konnte am Vorabend der Säuberungen die Spannungen nur anheizen. Für Smith ist diese Episode ein deutliches Anzeichen dafür, dass die Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie zumindest Ende der 1950er Jahre keineswegs festen Regelungen unterworfen waren und dass jede einzelne Republik in gewissem Rahmen durchaus eigenen Handlungsspielraum besaß.

Kommen wir noch einmal zum Bereich der (Hoch-)Kultur zurück, die bekanntlich „national in der Form, sozialistisch im Inhalt“ zu sein hatte. Cornelius Hasselblatt untersucht dieses Diktum anhand fünf ausgewählter Romane aus der sehr eingeschränkten literarischen Produktion der ersten Jahre sowjetestnischer Literatur (S. 227-236). Die Mehrheit der hier untersuchten Texte verankert Hasselblatt in der Tradition des kritischen Realismus, wobei manche sozialistischen Elemente künstlich hineinoperiert worden seien, um der Verurteilung durch die Kritik zu entgehen. Die reinen sozrealistischen Werke hingegen seien in der Minderheit und, wie man ahnt, vorhersehbar, spannungsarm und damit handwerklich misslungen gewesen. Mit dem

Erscheinen von Rudolf Sirges heftig diskutiertem Roman „Land und Volk“ („Maa ja rahvas“) sei 1956 schließlich das Ende aller Versuche eingeläutet worden, die „Literatur in das Prokrustesbett des ‚sozialistischen Realismus‘“ zu zwingen (S. 235). Insgesamt charakterisiert Hasselblatt die frühe Phase der estnisch-sowjetischen Literatur pointiert als nicht nur national in der Form, sondern auch national im Inhalt.

Hasselblatts interessanter abschließender Hinweis auf die Nischenfunktion der so genannten „Küstenliteratur“ als Refugium (S. 235) wird leider mit der absurden Begründung entwertet, die Russen hätten ja keine Küste und könnten nicht über das Meer und Fischer schreiben, so dass der Sozialistische Realismus für diese Themen kein Modell zur Verfügung gestellt habe. Aber haben die Russen nicht reißende Flüsse und riesige Binnenmeere und angeln jede freie Minute? Ist Gončarovs „Fregatte Pallas“ kein Buch über das Meer? Und wo ist eigentlich der Unterschied zwischen einer landwirtschaftlichen Kolchose und einem Fischereikombinat? Warum soll sich nicht auch ein armer Fischerjunge von seinen reaktionären, unwissend-dumpfen Eltern emanzipieren und die dem Aufbau des Sozialismus ergebene Tochter des fortschrittlichen Kombinatsschefs ehelichen und später als Held der Arbeit die Versorgung der Hauptstadt mit Fischprodukten sicherstellen? Was als Schlusspointe in einer mündlichen Präsentation noch angehen mag, wirkt in der schriftlichen Fassung in der Tat „too simplistic“. Könnte nicht „Küstenliteratur“ gerade deshalb außergewöhnlich gewesen sein, weil die estnische Küste nun plötzlich hochsensible Grenzzone war und estnische Fischer qua Beruf immer schon (gefährliche!) Auslandskontakte hatten, die Kontrollmechanismen hierfür aber schlicht noch nicht eingeübt waren?

Zu einem ähnlichen Ergebnis wie Hasselblatt kommt Marie Alice L'Heureux in ihrer Arbeit über die sowjetestnische Architektur mit ihrem politischen Projekt der Verherrlichung des Systems (S. 207-226). Wie im Falle der Literaten mangelte es auch in der Architektur Ende 1944 an sowjetisch geschulten, erfahrenen Kräften. Trotz des Aderlasses an Experten durch Krieg, Deportation und Flucht waren von den 43 im November 1945 von der Architekturverwaltung der Estnischen SSR registrierten Architekten immerhin 16 schon vor 1940 tätig gewesen. Alar Kotli, einer ihrer prominentesten Vertreter, der für manch ein repräsentatives Gebäude des von den Sowjets als „faschistisch“ gebrandmarkten Regimes von Präsident Konstantin Päts verantwortlich gewesen war, stand bis 1950 dem Architektenverband

vor.⁴ Ob aber nun, wie L'Heureux schreibt, „design styles“ sich nicht einfach aufgrund einer neuen Ideologie änderten (S. 207), oder ob nicht eher davon ausgegangen werden kann, dass die Unterschiede in der architektonischen Repräsentation autoritärer/totalitärer Regimes Mitte des 20. Jahrhunderts gar nicht so groß waren, sei als Frage in den Raum gestellt. Interessanterweise wurden noch 1948 sozialistische Projekte auf internen Versammlungen als „formalistisch“ kritisiert, was von offizieller Seite etwas hilflos mit der Aufforderung, marxistisch-leninistische Abendkurse zu besuchen, gekontert wurde.

L'Heureux gelingt es, bei den von ihr untersuchten Wettbewerbsbeiträgen führender Architekten deutliche Anzeichen für Kontinuität aufzuzeigen, wobei es für die Zukunft der Architektur von entscheidender Bedeutung war, dass ältere, bereits vor 1940 aktive Kollegen mit den Jüngeren zusammenarbeiteten und letzteren eine Vorstellung der vorsowjetischen Bautraditionen vermitteln konnten. Zwar wurde letzten Endes wenig von dem verwirklicht, was – ob perfekt sozialistisch-realistisch oder nicht – als Vorschlag eingereicht wurde. Doch haben manche Architekten durchaus versucht, durch die Form auch den Inhalt weitgehend als national zu codieren. Insgesamt ist L'Heureux ein Einblick in einen faszinierenden Forschungsgegenstand zu verdanken, von dem man sich auch in vergleichender Perspektive einen großen Erkenntnisgewinn versprechen kann. Aber hätte man die irreleitende Anm. 11 nicht korrigieren können (S. 210), in der behauptet wird, die „Estonian Soviet Socialist Republic“ – unter diesem Namen erst 1940 gegründet – hätte durch Beschluss eines vom Volk gewählten „National Council of Estonia“ vom 28. November 1917 aufgehört zu bestehen?⁵

Insgesamt markiert dieser Sammelband durchaus einen großen Fortschritt bei der Erforschung der Sowjetisierungsprozesse im Baltikum, schon durch die Vorstellung von Forschungsergebnissen in englischer Sprache – eine Auswahlbibliografie zum Thema wäre mit Sicherheit eine Fundgrube geworden, aber sie fiel wahrscheinlich dem erstaun-

⁴ Kotlis Nachfolger in diesem Amt war allerdings der aus Russland gekommene Otto Keppe und nicht, wie L'Heureux in Anm. 76 (S. 225) schreibt, Harald Arman. Eesti Nõukogude Entsüklopeedia (Estnische Sowjetenzyklopädie). Bd. 2, Tallinn 1987, S. 241.

⁵ Zwar hatte sich an diesem Tag der aus begrenzt freien Wahlen hervorgegangene „Landtag“ („Maapäev“) zum „Träger der höchsten Macht“ in Estland erklärt, doch war er kurz darauf von der sowjetischen Administration für abgesetzt erklärt worden. Letztere verlor erst durch den Vormarsch der deutschen Truppen im Februar 1918 ihre Macht in Estland.

lichen Tempo der Publikation zum Opfer. Der Band zeigt die verschiedenen Wege auf, die von der aktuellen Forschung beschritten werden. Noch ist die Perspektive der Forschungen recht eng. Wie könnte es weitergehen? Interessant wäre in jedem Fall eine Gruppenbiografie über die aus den alten Sowjetrepubliken gekommenen Exekutoren der Sowjetisierung. Wie Salenice andeutet, dürften die meisten von ihnen keineswegs mit der Absicht in die baltischen Republiken gekommen sein, die indigene Bevölkerung zu unterjochen, zu russifizieren oder gar zu deportieren. Auch sie waren in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf der Suche nach lebenswerten Bedingungen, die sie schließlich im Baltikum fanden. Was sie dort konkret fanden und wie sie den mehr oder weniger großen Kulturschock verarbeitet haben, würde unsere Kenntnis der Sowjetisierung in einem entscheidenden Punkt voranbringen: Wie wurden „ganz normale Männer“ zu „Stalins willigen Exekutoren“? Kölls Studie zeigt, dass die Quellen durchaus ergiebig sein können. Sicher ist, das betonen sowohl Swain als auch Smith, dass die aus Russland zugezogenen Esten, Letten und Litauer eine Vermittlungsrolle zu spielen hatten, da sie nicht nur Russisch konnten, sondern auch das Sowjetsystem kannten. Wie weit ging ihre Treue zur Parteilinie? L'Heureux berichtet von dem russlandestnischen Architekten Voldemar Meigas, der auf Versammlungen stets seine estnische Abstammung betonte und in seiner Arbeit estnische Themen präferierte. Ironischerweise wurde ausgerechnet er einmal dafür von offizieller Seite kritisiert, dass eins seiner Projekte keinerlei „eigene nationale Prinzipien“ vermittele.

Die Forschung ist zum Teil immer noch, wie Hasselblatt mit Recht hervorhebt, in Schwarz-Weiß-Schemata verstrickt, vor allem was die scheinbar deutliche Differenzierung von Russen und Esten in „Täter“ und „Opfer“ angeht. Studien zur Kooperationsbereitschaft mit den neuen Herren unter den „Opfern“ fehlen. Wie viele Esten/Letten/Litauer wurden zu „Tätern“? Wann beginnt „Täterschaft“, wann geht es um das eigene Überleben? Trotz einiger in dieser Besprechung vermerkter Ausnahmen ist auch dem vorliegenden Band dieses Erbe noch deutlich anzumerken. So bleibt eine Untersuchung der „positiven“ Elemente der Sowjetisierung, der sozialen Mobilität durch Karrieremöglichkeiten für neue Eliten (noch) aus. Eine solche Arbeit müsste aber über die unmittelbaren Jahre der Sowjetisierung hinausgehen und sich vor allem auf die nachstalinistische Entwicklung konzentrieren. So bleibt z.B. die Frage, inwieweit die massenhaften Parteieintritte in späteren Jahren wirklich der Absicht dienten, die Partei von innen heraus zu verändern – oder ging es doch in erster Linie nur um die Wah-

rung der persönlichen Karrierechancen? Wann endete angepasste Opposition und wann begann Anpassung an das Regime? War das Ende der Waldbrüder-Guerilla gleichbedeutend mit „nationaler“ Resignation oder gab es hier und dort nicht auch schlicht Erleichterung, weil eine indirekte Bedrohung für die eigene, wie stark auch immer angepasste Existenz aufgehört hatte?

Smirnovs Hinweis, dass die russischen Forscher die Sowjetisierung des Baltikums nur im Spiegel des gesamtsowjetischen Stalinismus sehen, könnte fruchtbar gemacht werden, indem man genauer als bisher untersucht, inwieweit Stalins Politik der 1930er Jahre eins zu eins im Baltikum (und den anderen „wiedervereinigten“ Gebieten) umgesetzt wurde. Zwar gab es wohl tatsächlich keinen „Masterplan“, wie Mertelsmann in seiner Einleitung bemerkt. Aber die Rahmenbedingungen – ob aus Ratlosigkeit, um nichts falsch zu machen, oder aus ideologischer Borniertheit – setzten eindeutig die 1930er Jahre ohne Rücksicht auf mögliche Lehren, die man etwa aus den katastrophalen ökonomischen Folgen der Kollektivierung der Landwirtschaft in Russland hätte ziehen können. Wenn dies tatsächlich „unintended consequences“ gewesen sein sollen, wie Mertelsmann meint, dann dürfte man der sowjetischen Führung wohl eine spezielle Form kollektiven Gedächtnisverlusts attestieren. Ist dies nicht eher ein Hinweis darauf, dass es eben weniger auf qualitative ökonomische Entwicklungen ankam, sondern schlicht auf die durch die Ideologie als sakrosankt geltende Produktionsform? Wie alles in der Sowjetunion war auch die Ökonomie nicht auf die „irdische“ Gegenwart gerichtet, sondern auf die „leuchtende Zukunft“ im paradiesischen Sozialismus. Wer diesen irrationalen Faktor bei der Sowjetisierung nicht mit einberechnet, muss sich dafür kritisieren lassen, dass er womöglich fremde Maßstäbe anlegt, die mit der theoretischen sowjetischen Wirklichkeit nichts zu tun hatten. Zwischen der „dekretierten“ und der „gefühlten“ Realität lagen in diesem System eben Welten.

Und noch eine letzte semantische Anmerkung. Die Antizipation der Zukunft war eine der genuinen „Leistungen“ der sowjetischen Ideologie, weshalb die Ereignisse im Juni 1940 eben nicht „later“, wie Mertelsmann schreibt, sondern bereits in weiser Voraussicht vorher als „Revolution“ bezeichnet wurden.⁶ Moskaus Emissäre Ždanov, Vyšinskij und Dekanosov wussten eben genau, was Genosse Stalin in Tallinn, Riga und Kaunas organisiert haben wollte; schließlich erinnert

⁶ 1940 god v Ėstonii. Dokumenty i materialy (Das Jahr 1940 in Estland. Dokumente und Materialien). Tallinn 1990.

uns Swain daran (S. 65), dass Stalin zufolge das Rigaer Proletariat eine derartig wichtige Rolle in der Geschichte der Sowjetunion gespielt habe, wie sonst nur die Petrograder Klassenbrüder. Und war das Baltikum nicht schon immer russisch? Na also!

Karsten Brüggemann, Tallinn

Riga. Portrait einer Vielvölkerstadt am Rande des Zarenreiches 1857–1914, hrsg. v. Erwin Oberländer u. Kristine Wohlfart. Paderborn (u.a.): Verlag Ferdinand Schöningh 2004, 288 S., Abbildungen.

Dem mit dem Riga des 19. und frühen 20. Jahrhunderts befassten Historiker stellt sich diese ökonomisch und demografisch über sich hinauswachsende Stadt als „eine Stätte der Völkerbegegnung“ (S. 29 des vorliegenden Buches) dar; Orte und Ebenen des Austausches und der Verständigung unter den verschiedensprachigen Stadtbewohnern gab es jedoch, wie sich bei näherem Hinsehen zeigt, nur wenige. „Denn trotz vielfältiger Kontakte in der Arbeits- und Geschäftswelt blieben die Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten in der Alltagswelt, d.h. im privaten und gesellschaftlichen Bereich, weitgehend unter sich.“ Diesen Befund Erwin Oberländers wird man als Anstoß zur Herausgabe, als Prämisse wie auch als Kernaussage der Aufsatzsammlung verstehen dürfen, die im Folgenden zu besprechen ist. In ihr stellen lettische und deutsche Autorinnen und Autoren für den genannten Zeitraum, konsequent separierend, „Das Riga der Letten“, das der Deutschen, der Russen, Juden, Polen, Litauer und das der Esten vor. „Das Riga der Letten“ wird von Oberländers Mitherausgeberin Kristine Wohlfart abgehandelt.

„Rigas Aufstieg zur multinationalen Wirtschaftsmetropole“ – so überschreibt Oberländer seinen Einleitungsbeitrag, in dem er zunächst die allgemeine Situation des Zarenreichs seit dessen Niederlage im Krimkrieg betrachtet. Der Akzent liegt auf dem Streben der autokratischen Herrscher Russlands nach wirtschaftlich-technologischen Reformen und ihrem Mangel an Bereitschaft, ihr Imperium zugleich politisch zu reformieren. Neben dieser wesentlichen Ursache für die späteren Revolutionen von 1905 und 1917 thematisiert der Autor die Überwindung der lange Zeit chronischen Kapitalarmut des Russischen Reiches, ehe er sich spezifischen Vorteilen für die ökonomische

Entwicklung Rigas zuwendet, darunter der Gründung des dortigen Polytechnikums 1862, die die Abhängigkeit vom Zuzug ausländischer Fachkräfte mindern half. Aufgrund seiner in der Folgezeit gewonnenen doppelten Bedeutung als Exporthafen und als Industriestandort habe Riga Wirtschaftskrisen wie in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts sowie in den Jahren von 1899 bis 1903 vergleichsweise gut überstehen können, so Oberländer.

In ihrer Eigenschaft „als Handelsmetropole“ und „als Industriemetropole“ wird die Stadt dann jeweils gesondert vorgestellt. Diesen hervorragend lesbaren Zusammenfassungen wirtschaftshistorischer Daten fehlt es nicht an Originellem, denn vor dem Ersten Weltkrieg nahm Riga nicht nur den ersten Rang unter den Holzexporthäfen der Welt ein; vielmehr war es schon vorher auch zum „wichtigsten Eierexportplatz des Reiches“ (S. 17) aufgestiegen: Eier, hauptsächlich nach England geliefert, machten ab etwa 1895 um die 15% des Rigaer Exportguts aus.

Unter „Veränderungen in der Stadt“, wie eine weitere Zwischenüberschrift lautet, begreift Oberländer nicht nur die 1857 begonnene Niederlegung der Festungswälle, die die Stadtväter zu der bis heute erkennbaren Prachtentfaltung entlang neuer Boulevards nutzten, sowie die spätere Entstehung der Rigaer Jugendstilbebauung, sondern im Kontrast dazu ebenso die unzumutbaren Wohnverhältnisse, mit denen viele einfache Arbeiter auszukommen hatten und die sich noch um die Jahrhundertwende immer weiter verschärften. Nicht einmal vom Ausbau der innerstädtischen Verkehrsverbindungen profitierte die zugewanderte Arbeiterschaft in ähnlichem Maße wie die besser gestellten Bewohner der Innenstadt – Umstände, die wie eine (vielleicht kaum erwartete) Spiegelung der geringen Teilhabe insbesondere der zwischen 1867 und 1913 anteilmäßig von einem Viertel auf zwei Fünftel der Gesamtbevölkerung angewachsenen Rigaer Letten an der Stadtregierung anmuten.

Oberländers Einführung schließt mit Verweisen auf Parallelen zwischen Riga und den damals ebenfalls an der Peripherie des Reiches gelegenen städtischen Zentren Lodz, Kiev, Odessa, Tiflis und Baku. Allen war gemein, dass in ihnen noch um 1850 eine andere ethnische Gruppe die relative oder absolute Mehrheit stellte als im jeweiligen Umland sowie dass ebendiese ethnische Gruppe in den folgenden Jahrzehnten ihre Mehrheitsposition einbüßte.

Um die Letten, die entsprechend in Riga die vormals auch quantitativ dominierenden Deutschen vom Spitzenplatz in der Bevölkerungsstatistik verdrängten, geht es im ersten der nachfolgenden sieben Auf-

sätze. Kristine Wohlfart verdeutlicht, dass durchaus nicht alle Rigaer Letten wie selbstverständlich über Lettischkenntnisse verfügten, dass aus mangelndem Verlangen, dies zu ändern, anfangs nur sehr zurückhaltend lettische Schulangebote wahrgenommen wurden sowie dass die allmähliche Aneignung von lettischer Sprachkompetenz sich eher bei Männern und in deren Gesprächen untereinander vollzog als auf Seiten der Frauen. Bis 1905, so die Autorin, sei in Innenstadtstraßen nahezu kein Lettisch zu hören gewesen, danach vielleicht unter Restaurantbesuchern, nicht jedoch zwischen Gast und Kellner. Wohlfart zählt eine Reihe amüsanter, im heutigen Wortschatz nicht mehr präsenter Nachahmungen deutscher Wörter und Ausdrücke im Lettischen auf (S. 42) und lässt auch sonst ausgiebig, oftmals ohne eigene Kommentare und Resümees, ihre Quellen sprechen. Mit der Zwischenüberschrift „Vereine“ betritt die Autorin ihr eigentliches Fachgebiet; sie beschließt dieses Unterkapitel indes mit einem längeren Exkurs in die Rigaer Jugendstilarchitektur. Im Zusammenhang mit dem ihr bestens vertrauten „Rigaer Letten Verein“ – entstanden als Hilfsverein nach einer Hungersnot in Estland 1867 – gelingt Wohlfart eine überaus lebendige Schilderung des üblichen Empfangs seiner Mitglieder durch den Gutsherrn auf Dahlen, Baron Loewis of Menar, im Anschluss an einen seinerzeit alljährlichen Bootsausflug auf der Düna (S. 58). Bestandteil ihres Beitrags sind auch Zusammenfassungen der Biografien diverser recht prominenter Letten (etwa des Malers Jānis Rozentāls). Sie dehnen die Darstellung ein wenig, fügen sich jedoch alles in allem passend in sie ein.

Ein Leser ohne fundiertes Vorwissen zur Topografie Rigas wird sich mit einer Stilblüte konfrontiert glauben, wenn es auf S. 47 heißt, dass wohlhabendere Letten sich zunehmend in den „teuersten Bezirken niederließen – in der Innenstadt und besonders im Stadtzentrum“. Die Seiten später folgende Aufklärung, inwiefern die beiden Termini bei Riga nicht für Identisches stehen, hätte man vorziehen können. War ein Irritationseffekt womöglich gewollt?

In dem überreichlich mit statistischen Angaben gespickten Beitrag von Markus Lux über „Das Riga der Deutschen“ lässt sich zur 700-Jahr-Feier der Stadt 1901, einem in Bezug auf den damaligen Umgang zwischen Deutschen, Letten und Russen aufschlussreichen Ereignis, erfreulicherweise mehr finden als im vorausgegangenen Beitrag. Dass das Stadtjubiläum dort so knapp erwähnt wird, reduziert andererseits die Menge an unvermeidlichen Wiederholungen zwischen den einzelnen Aufsätzen (welche freilich nur ein das gesamte Buch verschlingender Leser bemerkt). Lux lässt indes auch innerhalb seines Beitrags

die mehrfache Einführung ein und derselben Information zu: Gleich dreimal ist – ohne Querverweise – von der Mitbegründung der Korporation „Fraternitas Baltica“ durch das spätere Stadthaupt George Armitstead zu lesen, nämlich in den Abschnitten „Die kommunale Verwaltung“, „Stadthaupt George Armitstead“ und „Hochschule und Korporationen“ (S. 89, 92 und 105). Einen Schwerpunkt in letzterem Unterkapitel, sehr zu Recht aber auch anderswo im Beitrag von Lux bildet die Russifizierung der Ostseeprovinzen Ende des 19. Jahrhunderts.

Die auf S. 111 angesprochene „*Rigaer Rundschau*, die bis 1939 erschien (...)“ hieß in Wahrheit „Rigasche Rundschau“ und zählte zu den seinerzeit führenden deutschsprachigen Zeitungen im östlichen Europa. Eine marginalere sprachliche Feinheit, die immerhin hätte erwähnt werden *können*, betrifft das einflussreiche Rigaer Börsenkomitee, das in Lux, aber auch in anderen der vorliegenden Aufsätze Erwähnung findet, ohne dass man erfährt, dass es in Riga traditionell „*der Börsen-Comité*“ hieß, also als Maskulinum aufgefasst wurde.

Auffallend disparat sind die drei Teile, in die Vladislavs Volkovs seine Ausführungen über „Das Riga der Russen“ gliedert und deren erster überschrieben ist mit: „Begegnung mit Riga“. Treffend formuliert Volkovs (S. 117): „Riga bedeutete (...) in den Jahrzehnten beschleunigter Modernisierung ein Mosaik aus lokalen sprachlichen, religiösen, historischen, nationalen und sogar landschaftlichen Räumen.“ Als Beleg für die Wahrnehmung einer derartigen Räume-Vielfalt präsentiert der Autor eine bemerkenswerte Auswahl literarischer Zitate aus der Feder durchgereister wie auch ortsansässiger Russen. Sujet eines Teils dieser Textzeugnisse ist ausschließlich die Moskauer Vorstadt, die sich nach Volkovs als „eine deutliche Antithese zum übrigen Riga“ darstellte; andere Auszüge gelten eher der Düna als der an ihr gelegenen Stadt. Dort, wo von der Stadt die Rede ist, geht es wiederholt um eine seltsame Kulissenartigkeit, die Russen an Riga empfanden. Nachvollziehbar machen diesen Eindruck die dazu zitierten Worte Alexander Herzens über seine wie einen Kulissenwechsel erlebte Reise vom Gouvernement Pskov in das so gegensätzliche, zugleich aber so nahe benachbarte Livland.

Im mittleren Drittel des Beitrags werden „Russische Rigenser“ vorgestellt, darunter viele, die ausgezeichnete, was nach Volkovs „als Krönung des unternehmerischen und beruflichen Wirkens“ galt: Wohltätigkeit. Etliche dieser Personen porträtiert der Autor ausführlicher; von anderen nennt er kaum mehr als den Namen und einen für bestimmte Zwecke, meist zugunsten des Bildungswesens oder der So-

zialfürsorge, gespendeten Betrag. Volkovs' Ehrgeiz, jedweden Textfund für den Aufsatz zu verwerten, wird beim Blick auf seine Anmerkungen erklärlich; diese weisen auf die eingehende Durchforstung von rund 40 Jahrgängen seiner Hauptquelle, der Zeitung „Rižskij Vestnik“ („Rigaer Bote“). Während die verschiedenen Rubelsummen indes bloße Zahlen bleiben, fällt in Volkovs' Beitrag das statistische Material umso interessanter aus: Man liest etwa (S. 139), dass 1890 „19% der Einwohner Rigas, aber 43% der Analphabeten“ Russen waren oder dass Frauenberufstätigkeit bei keiner Rigaer Nationalität so ausgeprägt war wie bei der russischen mit 38% (1897).

Auf den verbleibenden 15 Seiten beschäftigen Volkovs „Russische Nation und politische Differenzierung“ und dabei zunächst die Frage, auf welchen Widerhall die Slawophilen-Bewegung in Riga stieß. Ihr Vordenker Jurij Samarin hatte von 1846 bis 1848 selbst in dieser Stadt gelebt. Versuche, den ‚russischen Nationalcharakter‘ zu ergründen, füllten später auch im „Rižskij Vestnik“ viele Spalten. Im Weiteren wendet Volkovs sich, das besondere Nationengefüge der baltischen Provinzen berücksichtigend, der Formierung von Liberalen und Konservativen sowie schließlich der (zahlenmäßig in Riga allerdings nur wenigen) Nationalliberalen nach der Revolution von 1905 zu. Erkennbares Bemühen um Leserefreundlichkeit zeichnet Volkovs' Beitrag insofern aus, als dieser Autor reichlich Gebrauch vom Prinzip des vorliegenden Bandes macht, Fußnoten für Begriffserklärungen zu reservieren, während alle Anmerkungen kompakt am Buchende versammelt sind.

Hilfreich ist diese Art des Fußnoten-Gebrauchs auch bei der Lektüre von Svetlana Bogojavlenskas Abriss über „Das Riga der Juden“. Er zeichnet nach, wie zögerlich Juden in Riga überhaupt ein Niederlassungs- sowie 1858 schließlich das Immobilienerwerbsrecht zuteil wurde, und skizziert die Rolle von Schlock (lett. Sloka), dem einzigen Ort im Gouvernement Livland, in dem Juden sich zuvor hatten registrieren lassen können. Von der Genese der jüdischen Gemeinde und ihrer Schulen leitet die Autorin über zum Dauerstreit zwischen „kurländischen Juden“, für die bei einer Rabbinerwahl nur ein deutschsprachiger Kandidat in Frage kam, und ihren russenfreundlichen Glaubensgenossen, darunter dem lange vergeblich um das Rabbineramt bemühten Aaron Pumpjanskij, der Hinwendung zum Russischen als der Sprache des Herrschers, dessen Untertan man sei, forderte. Auch im Zusammenhang mit den jeweils kurzlebigen jüdischen Zeitungen, die in Riga erschienen, war Sprache offenbar ein zentrales Problem; wurden sie auf Jiddisch gedruckt, erwiesen sie sich jedenfalls,

wie Bogojavlenskaskas weiteren Ausführungen zu entnehmen ist, als wenig absatzträchtig. Die Autorin geht auf noch mehr örtliche Facetten des Nebeneinanders von Mitnagdim und Chassidim ein, ferner auf die Begeisterung baltischer Juden für den Zionismus und auch auf „Wirtschaftsaktivitäten der Juden in Riga“; immerhin partizipierten Juden um die Jahrhundertwende stark am Erfolg des Rigaer Holzhandels. Bogojavlenska versäumt es zum Glück nicht, abschließend, nachdem zuvor des Öfteren von Pogromen die Rede war, an einem konkreten Fall darzustellen, wie sich ein Pogrom entzünden und welchen Verlauf es nehmen konnte. Als Beispiel dienen ihr antijüdische Übergriffe während des Revolutionsjahrs 1905.

Die Beiträge von Ēriks Jēkabsons, der sowohl über „Das Riga der Polen“ als auch über das der Litauer schreibt, beziehen im Gegensatz zu allen vorangegangenen auch die Zeit des Ersten Weltkriegs mit ein. Daneben stützen sie sich in stärkerem Maße als diese auf Akten des Historischen Staatsarchivs Lettlands (Latvijas Valsts Vēstures Arhīvs). Dies zahlt sich einerseits aus; andererseits verleitet gründliches Aktstudium freilich genauso wie die akribische Durchsicht von Presse-material (vgl. oben) dazu, einen Aufsatz-Text mit mancherlei Quisquilien anzureichern.

Weit überproportional vertreten war die polnische Nationalität, gemessen an ihrem Anteil an der Stadtbevölkerung, unter den Studierenden am Polytechnikum – den Angaben Jēkabsons' zufolge in Spitzenzeiten, 1879, mit über 44% (S. 193). Ausführlich widmet sich der Autor den polnischen Korporationen wie der „Arconia“. Nicht zuletzt hier wirkte sich aus, dass die Polen von anderen in Riga anzutreffenden Nationalitäten die hohe Zahl Adliger in ihren Reihen unterschied, was mit dem niedergeschlagenen polnischen Aufstand von 1863 zusammenhing – neben dem Motiv der Arbeitssuche einem zusätzlichen Anlass, als junger Pole in eine aufblühende Großstadt wie Riga überzusiedeln.

Die Folgen des Aufstandes verstärkten zugleich die Zuwanderung von Litauern. Für deren Situation auch in Riga war das 1864 verhängte Verbot, in lateinischen Lettern litauische Texte zu drucken, ein prägendes Moment. Wie man bei Jēkabsons erfährt (S. 217), gehörte zu den Leidtragenden sogar ein Zensor. Er schritt 1898 gegen Plakate, die auf Litauisch die erste litauischsprachige Theateraufführung in Riga ankündigten, nicht ein und verlor daraufhin sein Amt. Die Aufhebung des Druckverbots 1904 eröffnete dem Emanzipationsstreben der Litauer erstmals gleiche Möglichkeiten wie dem der Letten und Polen. Zur Publikation litauischsprachiger Zeitungen in Riga kam es zu-

nächst allerdings immer noch nicht, da es nun hieß, es gebe vor Ort keinen des Litauischen mächtigen Zensor. Erst 1909 entstand die Zeitung „Rygos Garsas“ (bei Jėkabsons frei mit „Rigaer Echo“ übersetzt), deren Auflage nach weiteren fünf Jahren beachtliche 13000 Exemplare betrug (S. 230). Der Verdacht, dass Jėkabsons an anderen Stellen Wörter wie „viel“ und „zahlreich“ etwas großzügig benutzen dürfte, bestätigt sich auf S. 232, wo mit „zahlreich“ eine konkrete Ziffer verbunden ist: „In Riga wurden auch zahlreiche litauische Bücher verlegt, z.B. sechs im Jahre 1910.“

Der Autor beschreibt, wie man litauischerseits auf religiösem Gebiet aufgrund des einenden katholischen Bekenntnisses mit den Polen gemeinsame Wege ging, auf denen es gleichwohl auch Reibungen gab (etwa in der Frage der Gottesdienstsprache), und wie andererseits im weltlichen Spektrum am ehesten die Letten litauische Initiativen stützten, wenn es sich beispielsweise um die Bereitstellung der Räumlichkeiten für eine Theaterdarbietung handelte. Finanzmittel für die Errichtung eines eigenen Gebäudes für kulturelle Zwecke erhoffte man sich derweil von den Deutschen, was im Vorfeld von Stadtverordnetenwahlen zu einer – wenngleich umstrittenen – prodeutschen statt zu einer proletarischen Wahlempfehlung im „Rygos Garsas“ führte. Ob ein Litauer im damaligen Riga sich politisch-gesellschaftlich an der Seite der Deutschen oder der Letten sah, hing nach Jėkabsons davon ab, welcher sozialen Schicht er angehörte (S. 235); „wertvolle moralische und materielle Unterstützung erhielten“ die örtlichen Litauer nach Worten des Autors letztlich vor allem von den Letten (S. 240).

Die Behandlung der Esten durch Valters Ščerbinskis auf gut sieben Seiten scheint mit dieser Kürze den bis zuletzt geringen Anteil der Esten an der Stadtbevölkerung widerspiegeln zu wollen: Mit 1,8% erreichte er unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg seinen Höchstwert (S. 242). Eine vor diesem Hintergrund umso interessantere Information ist es, dass unter den Lettischen Schützen immerhin 3,6% in Wahrheit *estnische* Schützen waren (Anm. 37 auf S. 273), was 1916 in absoluten Zahlen 402 estnischstämmige Schützen und Unteroffiziere bedeutete (S. 247). Wohnhaft wurden die nach und nach zugewanderten Esten bevorzugt in ansonsten lettisch geprägten Stadtbezirken – am konzentriertesten zwischen Alter und Neuer Gertrudenkirche, also in einem bestimmten Teil der Petersburger Vorstadt, und auch in jeweils einem bestimmten Teil der Moskauer Vorstadt sowie des Gebietes jenseits der Dūna. Ščerbinskis schreibt den Esten ein im damaligen Riga überdurchschnittliches Bildungsniveau zu und bezieht dies auf ihren Alphabetisierungsgrad von 79% (ermittelt bei der Volks-

zählung von 1897). Akzentuiert wird auch die Zahl von 22,5% russisch-orthodoxer Glaubensangehöriger unter den Rigaer Esten, wobei der Hinweis auf Rigas orthodoxes geistliches Seminar als Station im Leben des späteren estnischen Staatsoberhauptes Konstantin Päts (kurz erwähnt auf S. 247) gern ausführlicher hätte ausfallen dürfen. Die estnischsprachigen Begriffe und Literaturangaben in und zu Ščerbinskis' Beitrag sind nicht frei von Schreibfehlern – die lettischsprachigen allerdings auch nicht ganz.

Bezüglich der sprachlichen Aufbereitung des vorliegenden Bandes, der auch auf Lettisch veröffentlicht wurde, bleibt in Rechnung zu stellen, dass die meisten Aufsätze aus dem Lettischen übersetzt werden mussten. Die Leistung der Übersetzerin verdient Anerkennung, und das auch, weil nicht allzu viele Buchstabenauslassungen, -verwechslungen und Interpunktionsfehler unterliefen. Bei Wiedergaben in indirekter Rede mischt sich vereinzelt unnötige Umständlichkeit in die ansonsten korrekte Sprache (z.B. auf S. 166, 183 und 187). Dass fremdsprachliche Vorlagen zugrunde liegen, bleibt spürbar. Latente Lettizismen enthält nicht zuletzt der Beitrag über „Das Riga der Letten“; möglicherweise wurde er parallel auf Deutsch und auf Lettisch erarbeitet.

Wenn dem Buch eines gelingt, so ist es die Bewusstmachung, welche enorme Bedeutung für die Nationalitäten im Riga der Zeit um 1900 dem Vereinswesen zukam. Bewusstsein hierfür stellt sich schlicht dadurch ein, dass bei der Mehrzahl der Beiträge ganze Passagen sich wie die Chroniken und Tätigkeitsberichte von Vereinen lesen. Durchaus typisch in dieser Hinsicht sind die (auf eine der zweifellos bedeutsamen und für die damalige ‚Vereinslandschaft‘ mit charakteristischen Spar- und Vorschusskassen bezogenen) Sätze (S. 227): „Bei der Gründung verfügte sie über 44 Mitglieder, deren Zahl bis Ende 1912 auf 171, von denen ungefähr 70 Litauer waren, und bis zum März 1913 auf 258 anstieg. Bis zu dieser Zeit hatte die Kasse bereits finanzielle Transaktionen im Wert von über 136292 Rubeln getätigt [sic]; ihr Sicherheitskapital betrug 14 444 Rubel.“ Die vom Leser eventuell eher erwarteten Schilderungen von Lebensumständen – Milieuskizzen gleichsam – nehmen im Vergleich dazu weit weniger Textanteil ein und haben innerhalb des Bandes am ehesten in Kristine Wohlfarts Aufsatz über die Letten Eingang gefunden.

Der Ertrag genau dieser Abschnitte bei Wohlfart wiederum hätte bei konsequenterer Gestaltung des Anhangs noch gesteigert werden können. Letzterer umfasst neben einem Personenregister einen Stadtplan der zentralen Teile Rigas aus der behandelten Zeit sowie ein höchst

nützlichem deutsch-lettischem Verzeichnis der in den Texten vorkommenden Straßennamen. Hier hätte sich angeboten, in entsprechender Weise auch alle erwähnten Namen von Vororten und umliegenden Ortschaften deutsch-lettisch aufzulisten; denn auch deren Namen erscheinen in sämtlichen Texten sinnvollerweise so, wie sie seinerzeit amtlich lauteten, also deutsch. Alternativ zu einem solchen Verzeichnis hätte wenigstens eine Planansicht des kompletten Stadtgebietes mitgeliefert werden können. So aber fällt es vermutlich nicht jedem Leser leicht – zumal wenn er kein Lettisch versteht –, etwa das „Rotdünische“ oder gar „Schreyenbusch“ (das heutige Čiekurkalns) zu lokalisieren, solange er nur Pläne aus jüngerer Zeit zur Hand hat.

„Portrait einer Vielvölkerstadt (...)“ nennt das besprochene Werk sich im Untertitel. „Portrait der Völker einer Stadt“ wäre nach dem, was einleitend formuliert und im Weiteren inhaltlich geboten wird, vielleicht präziser gewesen. Zentraler Bezugspunkt ist in den meisten Beiträgen nun einmal weniger ein Stadtraum als vielmehr die jeweilige Nationalität und dabei vor allem die unter den ihr Angehörigen vollbrachte, von je einigen wenigen getragene Integrationsleistung.

Andreas Fülberth, Kiel

Eva-Clarita Onken, Demokratisierung der Geschichte in Lettland. Staatsbürgerliches Bewußtsein und Geschichtspolitik im ersten Jahrzehnt der Unabhängigkeit. Hamburg: Krämer 2003, 294 S.

Onkens politikwissenschaftliche Arbeit, 2001 als Dissertation an der Freien Universität Berlin eingereicht, untersucht die „Rolle der Geschichte, ihre Wahrnehmung und Deutung im Prozeß der Demokratisierung“ (S. 11) und wählt als Beispiel die Republik Lettland, um „den Prozeß der politischen Emanzipation und der kognitiven Demokratisierung einer postsozialistischen Gesellschaft“ (S. 14 f.) nachzuzeichnen. Lettland erscheint der Autorin besonders interessant, da die geopolitische Lage dieses Staates als kleiner Nachbar eines unruhigen Russland nach wie vor brisant sei, die Geschichte des Landes mit seiner kleinen, verspäteten und „unhistorischen“ (S. 15) Kulturnation der Letten in besonderer Weise die Extreme des 20. Jahrhunderts widerspiegeln und Lettland mit seiner multiethnischen Bevölkerungszusammen-

mensetzung als Folge einer unkontrollierten sowjetischen Migrationspolitik in besonderem Maße individuelle Wahrnehmungen und kollektive Handlungsweisen beeinflusse und präge.

Ferner habe Lettland in den 90er Jahren das schwierige Dilemma der Gleichzeitigkeit einer fünffachen Transformation lösen müssen: die der Demokratisierung, der marktwirtschaftlichen Reformen, der nationalen Identitäts(neu-)findung, des multinationalen Zusammenlebens und der transnationalen Integration in ein sich wandelndes Europa. Damit verbunden sei es in Lettland darum gegangen, „die bisher das kollektive Selbstverständnis der Letten dominierenden geschlossenen ethnokulturellen Merkmale wie Abstammung, Traditionen und Mythen durch politische und dadurch offenere Identifikatoren wie die Verfassung, den Rechtsstaat und demokratische Grundwerte von Meinungsfreiheit und Pluralismus zu ergänzen“, also „um nichts mehr und nichts weniger als die Herausbildung einer breiten öffentlichen Kultur von Toleranz und Akzeptanz der Unterschiede“ (S. 18).

Onken untersucht diesen Wandlungsprozess, der – verglichen mit den Ereignissen auf dem Balkan – erstaunlich friedlich verlief, indem sie sich auf die Elitendiskurse zwischen 1988 und 1999 konzentriert, wobei eine Besonderheit darstellt, dass besonders zu Beginn der Transformation Machteliten und Reflexionseliten häufig identisch waren.

Die Autorin arbeitet in zwei Schritten: Im ersten beleuchtet sie die Debatten über Nation und Nationalstaat im Kontext neuerer Theorien und Konzepte der Nation und des postsowjetischen Nationalismus, vor allem die Thesen Ghia Nodias und David Millers, denen zufolge der postsowjetische Nationalismus durchaus in liberalem Sinne als Motor der Demokratisierung („nationalism to get the democratic enterprise started“) zu gelten habe und Nationalismus nicht durchweg als schädlich für Demokratie angesehen werden müsse; in einem zweiten Schritt reflektiert sie Geschichte, Gedächtnis und Identität, um danach die Möglichkeiten und Mechanismen der politischen Inanspruchnahme von Geschichte in der jungen lettischen Demokratie darzustellen. Sie beschränkt sich dabei auf die Analyse aktueller Geschichtsdebatten bezogen auf drei Phasen der Zeitgeschichte Lettlands (die erste Unabhängigkeitszeit 1920–1940, die stalinistische und nationalsozialistische Besatzungszeit 1940–1953 sowie die „Taufwetterperiode“ unter Chruščev und die „Stagnation“ unter Brežnev 1953–1985) und verknüpft diese mit Fragestellungen nach Diktatur und Nationalismus, Kollaboration und Widerstand sowie personellen und strukturellen Kontinuitäten bzw. individueller Verantwortung. Na-

tionsdiskurse werden mit Geschichtsdiskursen verbunden und in den Zusammenhang von Demokratisierung und politischer Integration in einem multinationalen Staat gestellt – insgesamt eine überaus reizvolle Aufgabe, die die paradigmatische Besonderheit gerade Lettlands für die angesprochenen historischen und politikwissenschaftlichen Fragestellungen herausstellt. Als Quellen standen Onken wissenschaftliche Zeitschriften, Tages- und Wochenzeitungen, Parlamentsprotokolle, Gesetze, Umfragen und Statistiken Lettlands zur Verfügung. Der Untersuchungszeitraum endet 1999, da mit der Einladung Lettlands zu den EU-Beitrittsverhandlungen sowie einer spürbaren Liberalisierung des neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes die Transformationsphase im engeren Sinne als abgeschlossen gelten könne.

Nach einem Überblick über unterschiedliche theoretische Ansätze aus dem Umfeld des „linguistic turn“ und dessen postmodernen Schulen, die für Begriffe wie Identität, Gedächtnis und Geschichtswissenschaft bedeutsam sein mögen – selbstverständlich werden auch die Arbeiten von Aleida und Jan Assmann erwähnt –, skizziert Onken eine instruktive „kurze Geschichte der lettischen Historiographie“ (S. 122-150) und macht deutlich, dass, bedingt durch die Brüche der jüngeren Geschichte des Landes, eine moderne, plurale Geschichtswissenschaft erst seit Ende der 80er Jahre in Lettland existiert.

Den Abschluss der Untersuchung bilden die Darstellung von Forschung und Diskussion des national-autoritären Regimes unter Kārlis Ulmanis (1934–1940), die Debatten um Kollaboration und Widerstand in den Jahren 1940–1953 sowie die Auseinandersetzungen mit der sowjetischen „Normalität“ zwischen 1960 und 1985.

Einige Überlegungen sollen an dieser Stelle den Eindruck von Plausibilität, den die Arbeit hinterlässt, schmälern. Unklar bleibt, wie so häufig bei postmodernen Rekursen, inwieweit Begriffe wie Abstammung, Tradition, Kultur, Nation ideelle Konstrukte sind, Demokratie, offene Gesellschaft, Rechtsstaat und Grundwerte jedoch nicht; falls sie es aber doch sind, fehlt die Begründung, warum die Autorin ganz offensichtlich Sympathien für letztere hegt, für erstere aber nur, wenn sie für letztere bedeutsam sind. Ähnliches gilt für „das Gefühl einer existenziellen Bedrohung des lettischen Volkes“ (S. 63), das als Beweggrund für eine restriktive Sprachenpolitik zugunsten des Lettischen diagnostiziert wird: Liegen nicht möglicherweise der subtil suggerierten Empfehlung einer multikulturalen Lösung ethnischer Konflikte zwischen Letten und Russen ebenso Bedrohungsängste zugrunde?

Generelle Zweifel gelten der politischen Reichweite der beschriebenen Diskurse. Sicherlich hatten sie mobilisierende Wirkung auf die

Bevölkerung, und diese hat mit ihren „Manifestationen“ für den nötigen Druck von der Straße gesorgt, die eigentlichen Entscheidungen für den politischen Weg Lettlands zwischen 1987 (der ersten Demonstration am Freiheitsdenkmal in Riga) und 1995 (der Nacht- und Nebel-Aktion der Antragstellung auf EU-Mitgliedschaft nach den Wahlsiegen rechtspopulistischer und postsowjetischer Wahlbündnisse bei den Parlamentswahlen vom Oktober) fielen in einer kleinen, überschaubaren Gruppe von Juristen und Politikern, unabhängig von „Diskursen“, und in Abhängigkeit vor allem von der völkerrechtlichen Doktrin der staatlichen *de jure*-Kontinuität der Republik Lettland über den 14. Juni 1940, dem Beginn der Besatzungsregime, hinaus. Eine der Schlüsselfiguren des lettischen Transformationsprozesses hat die Arbeits- und Denkweise dieser kleinen Gruppe ansatzweise in „persönlichen Anmerkungen“ beschrieben.¹

Zu guter Letzt wäre es wünschenswert gewesen, und dies bleibt Desiderat der Forschung, die lettischen Diskurse mit den Debatten der anderen in Lettland lebenden Volksgruppen, allen voran der Russen, zu kontrastieren und sie vor dem Hintergrund der postkolonialen Diskurse in Russland selbst – das den Verlust seiner Westgebiete innerhalb von 75 Jahren gleich zweimal zu beklagen hat – neu zu gewichten. Möglicherweise sind weniger lettische nationale Mythen bzw. deren Reflexionen als vielmehr eine bleibende geopolitische Situierung Lettlands, revisionistisch gestimmte Minderheitengruppen sowie ungebrochene Begehrlichkeiten der großen Konnation im Osten geschichtsträchtiger, als der „linguistic turn“ glauben macht.

Allen Unkenrufen verwöhnter, auch deutscher Besserwisser zum Trotz wird jedoch deutlich, dass es in Lettland trotz schmaler Ressourcen gelungen ist, innerhalb weniger Jahre differenzierte Vergangenheitsdiskurse zu installieren, die einen Vergleich mit deutscher Vergangenheitsbewältigung in den ersten 15 Jahren nach Kriegsende durchaus standhalten dürften. Diese Debatten ausführlich, kenntnisreich und vollständig vorgestellt und kommentiert zu haben, ist das einstweilen bleibende Verdienst der vorliegenden Arbeit.

Detlef Henning, Lüneburg

¹ Egils Levits, Valsts atjaunošanas koncepcijas attīstība (personiskas piezīmes) (Die Entwicklung der Konzeption zur Wiederherstellung des Staates), in: 4. maijs. Rakstu, atmiņu un dokumentu krājums par Neatkarības deklarāciju (Der 4. Mai. Sammelband mit Aufsätzen, Erinnerungen und Dokumenten zur Unabhängigkeitsdeklaration), hrsg. v. Fonds Latvijas Vēsture. Rīga 2000, S. 266-294.

Armin v. Ungern-Sternberg, „Erzählregionen“. Überlegungen zu literarischen Räumen mit Blick auf die deutsche Literatur des Baltikums, das Baltikum und die deutsche Literatur. Bielefeld: Aisthesis Verlag 2003, 1009 S.

„Ich gebe nicht nur zu, daß meine Analyse begrenzt ist, sondern ich wollte es so, ich habe es ihr auferlegt.“ Mit diesen auf Michel Foucault zurückgehenden Worten leitet Armin v. Ungern-Sternberg seine Dissertation ein. Dass diese mit ihren rund 1000 Seiten schlichtweg zu lang geraten ist, vermag aber auch dieser Anflug von Selbstironie nicht zu entschuldigen – wenn man das Eingangszitat denn überhaupt als solche auffassen darf.

In seinem *opus magnum* entwickelt Ungern-Sternberg eine neue Methode zur Analyse der Tiefenschichten literarischer Raumstrukturen. Er sträubt sich damit gegen einen oberflächlich verstandenen Begriff von Regionalität, wie er ihn etwa hinter der Untersuchung des lokalen Literaturmarkts und Elitengeschmacks oder regionalen Mentalitätsvorstellungen vermutet, und baut die textimmanente Räumlichkeit zu einer dritten literaturwissenschaftlichen Klassifikationsebene neben Gattung und Stil aus. Diese methodischen Überlegungen führt er anhand der Konstruktion des baltischen Raums in der primär deutschbaltischen Literatur exemplarisch vor. Da diese jedoch wenig bekannt ist und bislang nicht umfassend wissenschaftlich bearbeitet wurde, steht Ungern-Sternberg vor dem Dilemma, zugleich sammeln und dokumentieren, als auch analysieren und methodisch Neues bieten zu wollen. In einem Wurf versucht er somit, eine Phänomenologie des literarischen Raums, eine Quellensammlung und ein allgemein verständliches regionales Lesebuch zu schreiben – ein Anspruch, an dem er letztendlich scheitert.

Fast noch schwerer als diese konzeptionelle Überladung wirken sich jedoch seine wenig präzise und ausufernde Gedankenführung und Sprache aus, die bereits bei der methodischen Herleitung der Fragestellung im ersten Teil des Buches (S. 28-139) unnötig Komplexität und Verwirrung schaffen. Das langsame und umständliche Heranpirschen an das Phänomen ‚Regionalität‘ in der Literatur ist aber nicht zuletzt auch im problematischen Verhältnis der Literaturwissenschaft und Germanistik zu ihr begründet. Von der Romantik bis 1945 wurden beide von regional-volkstümlichen Ideen und Mentalitätsvorstellungen korrumpiert, die es auch in der Nachkriegszeit schwer machten, einen neuen Zugang zu diesem Thema zu finden. Auch wenn

die Region seit den 70er Jahren im allgemeinen ‚Aufstand der Provinzen‘ auch aus linker Perspektive wieder zu einem In-Thema wurde und schließlich mit der Wende, als das Interesse an ‚Heimat‘ und ‚Räumen‘ wuchs, vollends rehabilitiert schien, blieb das Tabu der literarischen Regionalität bzw. der regionalen Aspekte literarischer Werke bestehen. Und so konstatiert Ungern-Sternberg eine weiterhin klaffende Forschungslücke: „Was als regionaler Aspekt von literarischen Werken zu gelten hätte, worin Kriterien zur Bestimmung literarischer Regionen bestehen können, welche Maßstäbe man anlegen, ja, wonach man überhaupt suche sollte, ist heute, wie vor knapp hundert Jahren (...), weitgehend ungeklärt“ (S. 106). Und so hat auch er Schwierigkeiten, das unklare und schwer definierbare Phänomen des ‚geistigen‘ Raums in den Griff zu bekommen. Seine als Zusammenschau der verbreitetsten Raumstereotype vom Baltikum beginnende Untersuchung, die zu ihrer De- und anschließenden literarischen Rekonstruktion führt, dreht sich thematisch im Kreis. Immer wieder werden redundante Motive eingehend beschrieben, ohne dass diese langatmige Erzählstruktur analytisch gerechtfertigt erscheint.

Seine Darstellung beginnt mit einem ausführlichen Landschaftsportrait des Baltikums, gezeichnet nach den Vorlagen deutschbaltischer Romane (S. 140-483). Wir erfahren, dass erst nach der Umsiedlung Klischees, wie etwa das der „geliebten Heimat“ und des „weiten Landes“, die im 18. Jahrhundert noch als karg, bedrohlich oder langweilig skizzierte ‚nordische Elementarlandschaft‘ positiv umdeuteten. Doch blieben diese Raumstereotype zumeist ohne konkreten Bezug zur Landschaft. Ungern-Sternberg deutet das mit dem deutschbaltischen ‚Heimatgefühl‘, das nicht im Naturraum, sondern in der Siedlungsleistung und Lebenseinstellung der Deutschen gründe (S. 360). Durch diese Loslösung vom primären Landschaftsbezug wird der ‚baltische Raum‘ zu einem imaginären Betätigungsfeld, dessen homogene literarische Überzeichnung aus zeitgenössischer Perspektive sofort als Fiktion entlarvt werden konnte, aus heutiger Sicht jedoch erst als solche dekonstruiert werden müsse. Was nicht weiter schwer zu fallen scheint, fehlt doch jeglicher Bezug zur Lebensrealität: das städtische Leben, Industrialisierung und Politik, das gesamte soziale und nationale Konfliktpotenzial, mithin alle wesentlichen Aspekte der multikulturellen, baltischen Lebenswelt werden konsequent nicht thematisiert. Selbst die Umsiedlung fand in der letzten großen deutschbaltischen Romanwelle in den 50er und 60er Jahren keinen Widerhall.

Den Fixpunkt der deutschbaltischen Lebenswelt bildet in den Romanen der Gutshof. Er bildet die Kulisse, vor der die massiven

sozialen Unterschiede zwischen den Deutschbalten verschwinden und alle zu deutschen Aristokraten werden. Erst in der kommunikativen Vernetzung Gleichgesinnter gewinnt das Land an Gestalt. Die bedrohte deutschbaltische Existenz wird literarisch als homogene Einheit konstruiert, die gefeit ist vor allen drohenden Brüchen von außen und innen, und so ist kein Platz für existenzielle Sorgen und Ängste. „Fast drängt sich der Eindruck auf, im Baltikum herrschten ewige Ferien“ – dieser Satz (S. 189) bringt die literarische Fiktion der baltischen Lebenswelt auf den Punkt: die Protagonisten arbeiten, analysieren oder kritisieren nicht, sie bewegen sich nicht fort und verändern sich nicht – es bleibt literarisch bei der Beschwörung des immer Gleichen in der ländlichen Häuslichkeit.

Trotz dieser Stilisierung des adeligen Landlebens kann die ‚baltische Literatur‘ nicht als ‚Herren- oder Kolonialliteratur‘ klassifiziert werden, wie in den 30er Jahren behauptet wurde, und dies aus einem seltsamen Grund: „In baltischen Romanen haben wir es sozusagen mit Herrenmenschen ohne ‚Untermenschen‘ zu tun: einer elitären Minderheit, die gar keine Minderheit ist, sondern eine Gruppe ohne wirkliches Gegenüber. Daß es ‚Herrenmenschen‘ sind, würde man oft nicht ahnen, würde es einem nicht ausdrücklich gesagt“ (S. 194). Trotz der überwältigenden demografischen Mehrheit der Letten und Esten in Stadt und Land werden diese in den Romanen ebenso ausgeklammert wie alle nichtadeligen Deutschen, wodurch die Literatur einen eigenartigen ‚doppelten Minderheitencharakter‘ erlangt. Das Fehlen eines fremden Gegenübers im Inneren mache die baltische Literatur daher eher zu einer ‚Kolonistenliteratur‘, werden Fremdenängste doch allein nach außen gegen Rußland, Europa und zunehmend das Deutsche Reich gerichtet. Selbst während der Revolution von 1905 wird der offene Konflikt im Inneren literarisch als höfliches und verständnisvolles Geplauder auf der Veranda des Gutshofs umgesetzt, und auch nach 1945 ändert sich an dem freundlich-patriarchalen Grundton nichts.

Trotzdem könne man die Romane nicht der Minderheiten- oder Provinzialliteratur zuordnen, fehle ihnen dafür doch das Rückgrat, die Realität der gesamtbaltischen Existenz nachzuzeichnen, Probleme anzusprechen und nach Lösungen zu suchen. Ungern-Sternberg zeigt Verständnis für dieses Phänomen: Würde die Stilisierung des inneren Zusammenhalts durch kritische oder allein schon realistische Töne Risse bekommen, würde die Einheit der Provinzen und damit ihre behauptete Eigenständigkeit und Autonomie in Nichts zerfallen: „Der baltische Raum ist ein (...) Panzer; sein Gerüst verträgt keine wirkliche

Handlung“ (S. 262). Hinter diesem Panzer wirkten die Deutschen jedoch verzagt und von Ängsten vor dem herannahenden Ende ihrer Existenz gepeinigt.¹ Auch die zeitliche Perspektive des baltischen Raums ist daher seit der inneren Umstrukturierung durch die Bauernbefreiung von 1816/19 auf die ruhigste Epoche der Geschichte begrenzt. Während am Ende des Jahrhunderts die Unterwerfung des Landes noch kritisch reflektiert wurde, wird das Mittelalter im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert trotz seiner Popularität in der Romantik und trotz literarischer Vorlagen im benachbarten Ostpreußen ebenso ausgeklammert wie die wichtigen Umbruchs- und Reformjahre um 1800. Statt historische Entwicklungslinien aufzuzeigen und zu hinterfragen, wird das ‚Baltische Biedermeier‘ oder ‚Livländische Stillleben‘ als „fiktive, zeitlose Epoche eines siebenhundertjährigen Ruhezustands“ und damit als konfliktfreie Traumzeit und bewusste Gegenwart zur politisch und sozial bedrohten Gegenwart aufgebaut (S. 293). Die Realität von Krieg, Revolution, Enteignung, Emigration und das Leben als Minderheit werden auch zu Beginn des 20. Jahrhunderts ausgeklammert. Weiterhin steht der Gutshof im Zentrum des (Nicht-) Geschehens und so bleibt „alles beim alten“ (S. 344). Erst nach der Umsiedlung häufen sich Rückgriffe auf das Mittelalter, um so – nach Ungern-Sternbergs Interpretation – die Landnahme literarisch zu wiederholen. Doch findet eine weiterführende Vergangenheitsbewältigung nicht statt. An den Balten mit ihrem schrulligen Charakter rauscht die Geschichte vorbei, sie werden nicht angeklagt und keines Versagens bezichtigt. „In ihrer Literatur sind die Balten sozusagen ihr eigener Raum“ (S. 349), der zwar „Veränderungen, aber keinen wirklichen Wechsel“ kennt (S. 351).

In dem absoluten Fehlen jeglichen Realitätsbezugs sieht Ungern-Sternberg nun die typischen Eigenschaften der literarischen Erzählregion des Baltikums. Doch von was für Voraussetzungen, von welchen Quellen geht er aus? Er stützt sich in erster Linie auf zumeist deutschsprachige und zum guten Teil deutschbaltische Romane. Dass er trotz dieser sehr speziellen Auswahl immer wieder von der ‚baltischen Literatur‘ insgesamt spricht, ist daher im doppelten Sinne irreführend. Zum einen legt der Begriff ‚baltisch‘ nach heutigem Sprach-

¹ Diese Untergangssängste wurden in den Romanen nicht direkt ausgedrückt, vgl. S. 233, 264, 279, 341, 351 f., 695. Vgl. auch Ulrike Plath, *Untergang oder Reform: Die Deutschen im Baltikum zu Beginn des 19. Jahrhunderts*, in: *Perceptions of Loss, Decline and Doom in the Baltic Sea Region – Untergangsvorstellungen im Ostseeraum*, hrsg. v. Jan Hecker-Stampehl (u.a.), Berlin 2004 (*The Baltic Sea Region: Northern Dimensions – European Perspectives*, 1), S. 299-322.

gebrauch nahe, dass er über die deutschen Quellen hinaus die Regionalliteratur des Baltikums insgesamt behandelt. Zwar setzt er mehrmals dazu an, sich mit dem Begriff ‚baltisch‘ und der sprachlichen und nationalen Vielfalt der Region auseinanderzusetzen, doch vermisst man eine tiefgreifende kritische Reflexion des Wortgebrauchs und des eigenen, die nationale Spaltung der Gesellschaft fortschreibenden Ansatzes. Dass es nämlich sehr wohl möglich ist, sich mit dem grundlegenden Problem der inklusiven oder exklusiven Regionalität des Baltikums kritisch und innovativ auseinanderzusetzen, zeigte erst kürzlich der estnische Literaturwissenschaftler Jaan Undusk in seiner vieldiskutierten Anregung, den regionalen Autonomiegedanken als einigendes Band zwischen Esten/Letten und Deutschen anzusehen.² Die wissenschaftliche Reflexion der baltischen Erzählregion kann also auch ganz andere Wege beschreiten. Doch auch in der Reduzierung auf die deutschsprachige Literatur nimmt der Autor erneut eine nicht weiter begründete und – wie ich meine – verfälschende Auswahl vor. Der Teil der Literatur, den er für entscheidend erachtet, ist rein fiktiv-poetischer Natur und unterliegt damit einer gänzlich anderen Logik und Erzählstruktur als etwa die politische Publizistik der Aufklärung oder das Genre der Autobiografien und Memoiren. Ungern-Sternberg ist sich des entscheidenden Unterschieds zwischen den Genres wohl bewusst (S. 207), wildert aber zur Untermauerung seiner Thesen immer wieder gerne in fremden Gefilden und verwässert dadurch seinen analytischen Ansatz. Nach Belieben zitiert er aus der deutschbaltischen Publizistik und Geschichtsschreibung und aus jenem für das Baltikum typischen Mischgenre aus Erinnerung, Länder- und Reiseberichten,³ ohne ihre Raumstrukturen insgesamt zu analysieren. Dabei wäre die Beschränkung auf Romane problemlos möglich gewesen, hätte er diese nur anfangs deutlicher gemacht, sich von Verallgemeinerungen auf die ‚baltische Literatur‘ insgesamt ferngehalten und seine Ergebnisse, ihren Aussagewert und ihre Begrenztheit kritisch hinterfragt.

² Jaan Undusk, *Ajalootõde ja metahistoorilised žestid. Eesti ajaloo mitmest moralist* (Die Wahrheit der Geschichte und die metahistorischen Gesten. Über die vielfältige Moral der estnischen Geschichte), in: Tuna (2000), H. 2, S. 114-130. Die weitere Diskussion wurde in den Folgeheften von „Tuna“ ausgetragen.

³ Ulrike Plath, *Nichts Neues im wilden Osten? Die baltischen Provinzen Rußlands im Blick deutscher Reisender und Migranten um 1800*, in: *Die Welt erfahren. Reisen als kulturelle Begegnung von 1780 bis heute*, hrsg. v. Arnd Bauerkämper (u.a.). Frankfurt (u.a.) 2004, S. 43-69, hier S. 45 ff.

Wie schwierig bereits der regionale Bezug der Romane zu fassen ist und wie wenig es weiterhilft, von ‚deutschbaltischer Literatur‘ bzw. ‚deutschbaltischen Romanen‘ zu sprechen, macht Ungern-Sternberg glaubhaft deutlich: So verurteilt er zu Recht die älteren Ansätze, deutschbaltische Zugehörigkeit über Geburt, Heirat oder Sympathie zu definieren.⁴ Für ihn liegt das eigentlich (Deutsch-)Baltische eben darin, gerade nicht (deutsch-)baltisch sein zu wollen und damit einen spezifisch eigenen literarischen Raum zu erschaffen (S. 526-538). Interessanterweise wurde dieser Raum nicht für den lokalen (deutsch-)baltischen Lesemarkt geschaffen. Nach dem Aufschwung der aufklärerischen Literatur gegen Ende des 18. Jahrhunderts nahm das Interesse an Literatur in den Ostseeprovinzen bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts merklich ab. Anhand der Inventarlisten der Bibliothek des Gutshofs Palmse weist Ungern-Sternberg nach, dass neben der vorherrschenden französischen Literatur deutsche Schriften kaum vertreten und unter ihnen (deutsch-)baltische so gut wie nicht vorhanden waren. Der einheimische Adel las kaum, und für die eingewanderten Hofmeister und wenigen Aufklärer war die lokale Lektüre zu provinziell. Geschrieben wurde zunehmend für Deutschland, wo die Romane allerdings aufgrund ihres dort fehlenden Regionalcharakters wenig rezipiert wurden. Sie bewegten sich also auch, was ihre Leserschaft anbelangte, im luftleeren Raum. Umso dringender wäre ein Abgleich mit den übrigen literarischen Genres der deutschsprachigen Literaturlandschaft des Baltikums nötig gewesen. Doch dem entzieht sich Ungern-Sternberg.

Trotz der damit letztlich unbefriedigenden Quellengrundlage überzeugt sein Ansatz zu einer quellenorientierten Phänomenologie des literarischen Raumes (S. 558-565). In Anlehnung an die Raumgestaltung in der darstellenden Kunst plädiert er für eine penible Untersuchung der dargestellten Räumlichkeit und damit auch der Lücken und leeren Räume, des Verdrängten und Verschwiegenen. In einem Modell unterscheidet er sechs Ebenen der literarischen Raumgestaltung, die in zwei Bereiche untergliedert sind. Inhaltlich unterscheidet er den dargestellten Raum, die Raumausgestaltung und die dadurch erzeugte Atmosphäre, formal die Raumbezüge der Textstruktur, die Gliederung und zuletzt die vom Leser selbst assoziativ erzeugte Raumvorstellung. Leider führt Ungern-Sternberg diesen zentralen Teil seiner Arbeit nicht näher aus und lässt ihn daher nicht die Be-

⁴ Vgl. S. 485-522.

deutung gewinnen, die ihm vom Aufbau der Arbeit her hätte zukommen müssen.

Auf das baltische Beispiel übertragen zeigt das vorgestellte Modell seine Schlagkraft, können mit ihm doch direkte und indirekte Regionalbezüge von der Titelgestaltung bis hin zur Erzählstruktur analysiert werden. So zeigt sich, dass der Beginn ‚deutschbaltischer Romane‘ zumeist induktiv von der Zentralperspektive des Gutshofs her gestaltet wird, von wo aus der Raum sich weitet; seltener führt der Roman deduktiv auf den Gutshof hin. Dadurch und durch das Fehlen isoliert stehender Räume würden laut Ungern-Sternberg Begegnung und Austausch zum Ausdruck gebracht, was stilistisch im Ton des Konversationsromans fortgesetzt werde (S. 643-649). Der Gutshof selbst, der am Anfang und Ende jeder Bewegung steht und damit jede weitere Bewegung ausschließt, reduziert sich wiederum auf eine einzige riesengroße gläserne Veranda. Dies könne als Symbol des Entgegenkommens und der Offenheit im gesellschaftlichen Umgang in jener halbfiktiven, regional nicht näher definierbaren Welt des ländlichen Adels gedeutet werden (S. 658-670). Bewusst blieben somit Landschaftsbeschreibungen aus, und nur wo tatsächlich Fremdheit erzeugt werden sollte, finden sich Motive des hohen Nordens oder Ostens. Innerhalb dieses seltsam schwebenden, charakterlosen baltischen Raumes herrschen die Utopie der Homogenität und aristokratische Gleichartigkeit aller Einwohner, der Raum selbst ist zeitlos, krisen- und kriegsresistent. In diesem Bündel von Eigenschaften sieht Ungern-Sternberg den ‚Genotyp‘ der baltischen Literaturlandschaft, der nun komparatistisch mit anderen Räumen verglichen werden könnte. Doch hätte er es besser bei dieser Aussage zum Charakter der baltischen Romanlandschaft belassen sollen. Zu wenig nachvollziehbar ist die Bedeutung des komparatistischen Anhangs für sein Modell und zu ungenau werden seine Ausführungen zum deutschen Bild des Baltikums gerade für das 18. und 19. Jahrhundert.⁵

⁵ Vgl. insgesamt S. 719-875 und für das 18. Jahrhundert separat Armin v. Ungern-Sternberg, „Die Grenzen, so man diesem Lande giebet, sind sehr unterschieden“. Zur Stellung des Baltikums in der deutschen Literatur des 18. Jahrhunderts, in: Die Stadt im europäischen Nordosten: Kulturbeziehungen von der Ausbreitung des Lübschen Rechts bis zur Aufklärung. Beiträge anlässlich des „II. Internationalen Symposiums zur Deutschen Kultur im Europäischen Nordosten“ der Stiftung zur Förderung Deutscher Kultur (Aue-Stiftung) Helsinki vom 10. bis 13. September 1998 in Tallinn, Estland, hrsg. v. Robert Schweitzer u. Waltraud Bastman-Bühner. Helsinki (u.a.) 2001 (Veröffentlichungen der Aue-Stiftung. 12), S. 253-279.

Nach Ungern-Sternberg gehörte das Baltikum aus deutscher Sicht seit der Frühen Neuzeit bis in das 20. Jahrhundert hinein unveränderlich zum Osten. Mit dieser statischen Aussage ignoriert er die grundlegenden Arbeiten von Hans Lemberg⁶ und Larry Wolff⁷ zur geographischen Topografie Osteuropas im 17.–19. Jahrhundert und zeigt damit grundsätzliche Lücken, was den aktuellen Forschungsstand anbelangt. Erst ab den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts begann man nämlich, das Baltikum als ein an Russland verlorenes Gebiet anzusehen, davor gehörte Nordosteuropa eher zum Norden denn zum Osten.⁸ Es ist daher weder inhaltlich noch methodisch möglich, den wichtigen Reisebericht von Aurelio Buddeus⁹ aus dem Jahr 1849 als Zeugnis für frühere Zeiten zu zitieren. Viel grundsätzlicher stellt sich jedoch die Frage, ob seine Unterscheidung von ‚baltischer Literatur‘ und der deutschen Sicht auf das Baltikum so überhaupt sinnvoll ist. Ungern-Sternberg erwähnt die Grundwerke der baltischen Aufklärung von Hupel bis Merkel, ohne darauf aufmerksam zu machen, dass die meisten von ihnen als deutsche Akademiker ein- und nicht wenige von ihnen nach kürzerer oder längerer Zeit wieder nach Deutschland zurückgewandert sind. Das eigentlich „Deutschbaltische“ verschwimmt also bereits in Hinsicht auf die Autoren. Er vermeidet anscheinend bewusst, die Publizistik der Aufklärung auf ihren Raumcharakter hin zu analysieren. Hätte er dies getan, wäre seine ‚baltische Erzählregion‘ nämlich ganz anders und weit vielschichtiger ausgefallen, finden sich doch hier all die in der fiktiven Welt der Romane ausgeklammerten historischen, sozialen und nationalen Brüche, die Gesellschaftskritik und die historische Dimension sehr wohl. Auch wird der hier begonnene kritische Diskurs über 1816/19 hinaus weitergeführt, so dass ein wahrer ‚Gegendiskurs‘ zur Traumwelt der Romane besteht. Ihn zu umreißen und damit den eigenen Ansatz zu präzisieren, verpasst Ungern-Sternberg.

Wiederum lediglich für die Romane und unter Ausklammerung der breiten publizistischen Auseinandersetzung Deutschlands mit dem Baltikum trifft zu, wenn Ungern-Sternberg konstatiert: „Genaugenommen müßte man sogar feststellen, daß eine genuin poetische Sicht

⁶ Hans Lemberg, Zur Entstehung des Osteuropabegriffs im 19. Jahrhundert. Vom „Norden“ zum „Osten“ Europas, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 33 (1985), S. 48-91.

⁷ Larry Wolff, *Inventing Eastern Europe. The Map of Civilization on the Mind of Enlightenment*. Stanford, Calif. 1994.

⁸ Vgl. Plath, *Nichts Neues* (wie Anm. 3), S. 43-69.

⁹ Nicht Buddens, wie Ungern-Sternberg fehlerhaft angibt, vgl. S. 732.

des Baltikums überhaupt nicht zu existieren scheint, oder höchstens insofern, als wir vom Land noch weitaus weniger erfahren, als den Zeitgenossen eigentlich bekannt war – und von baltischen Autoren in Romanen gestaltet wird. ‚Balten‘ treten nirgends auf, von Esten oder Letten ganz zu schweigen. Die Stellung des Baltikums reduziert sich auf eine bloße Folie anderer Interessen“ (S. 738). Trotz der Erwähnung einiger (Deutsch-)Balten bei Schiller, Theodor Gottlieb v. Hippel und E.T.A. Hoffmann entfernte sich das Baltikum um 1800 immer weiter aus der deutschen Literatur. Es dient nicht mehr selbst als noch so peripherer Schauplatz des Geschehens, sondern der Balte kommt als ferne, altmodische, menschenfreundliche oder auch unheimliche Gestalt, als Fremder also, nach Deutschland. Da es die ‚baltische Literatur‘ verpasste, sich selbst zu beschreiben, wird das Baltikum im 19. Jahrhundert zusehends von dem sich ausbildenden Stereotyp vom fernen und wilden Osten geschluckt und scheidet schließlich ganz aus dem Repertoire der Erzählregionen in der deutschen Literatur aus. Trotz einer kurzen Phase der Wiedereingliederung während des Ersten Weltkrieges über die Adaption ostpreußischer Erzählstrategien war das Entgleiten baltischer Themen nicht mehr zu stoppen. Bereits kurz nach dem Zweiten Weltkrieg fiel das Baltikum in totale Vergessenheit: „In aller Regel werden nicht einmal Lenz oder Herder, geschweige denn Kotzebue mit dem Baltikum assoziiert. Den wenigsten Germanisten ist Merkel ein Begriff; Bergengruen und Edzard Schaper sind aus den Hauptseminaren längst verdrängt und werden wie die anderen formkonservativen Autoren der 1950er Jahre im Erbschaftsfall in die Antiquariate abgeschoben, sofern nicht einfach weggeworfen“ (S. 860). Nur vereinzelt tauchten Balten im Zusammenhang der Vertriebenen-Problematik auf, zumeist als männliche, dem Baron Keyserling nachempfundene exotische und kontextungebundene Einzelpersonen.

Die hier vorgestellte ‚baltische Erzählregion‘ zeichnet sich also durch ein besonderes Maß an Nicht- und schemenhafter Halbexistenz aus. Doch bleibt die Frage, ob sie von einer anderen Perspektive aus betrachtet nicht sehr wohl an Konturen gewinnen würde. Es ist Ungern-Sternbergs grundsätzliche Erkenntnis, dass Erzählstrukturen nicht regional vorgeprägt, sondern freiwillig übernommen werden – es reiche aus, den beschriebenen Genotyp der baltischen Erzählregion zu reaktivieren, um als ‚baltischer Autor‘ zu gelten. Diese „Freiwilligkeit“ in der Übernahme von literarischen Identitäten verleitet ihn jedoch dazu, vorschnell die Ansätze der Fremdheitsforschung abzuurteilen (S. 891 ff.). Es ist richtig, mit der Konstatierung regionaler Men-

talitäten sollte man vorsichtig umgehen, sie gehören kritisch hinterfragt und dekonstruiert – dennoch ist es unbestreitbar, dass sie existieren und das Miteinander (negativ) prägen. Auch die Übernahme alternativer Erzählstränge und Identitäten schützt nicht davor, zur Konstruktion des jeweils verbalisierten Ichs – so zeitgebunden es auch immer sein mag – andere auszuschließen. Und so sei hier abschließend auf die von ihm auf S. 889 vage angedeutete ‚deutschbaltische Ideologie‘ und ihren möglichen regionalen Bezug eingegangen. Kann man etwas „typisch Deutschbaltisches“ in der bewussten Ausklammerung der Esten und Letten aus dem Erzählraum der Romane erkennen? Steht Ungern-Sternberg mit seiner einseitigen Quellenauswahl und Fragestellung – auch bei ihm bilden Esten und Letten nicht mehr als einen ‚dunklen Hintergrund‘¹⁰ – nicht möglicherweise selbst in dieser literarischen Tradition, die er analysiert? Äußerst seltsam und wenig nachvollziehbar wirkt seine Argumentation, dass „gerade weil“ Esten und Letten nicht vorkommen, sie in der Welt des Romans stets „vorhanden“ und auch strukturell von erheblicher Bedeutung“ seien (S. 202), oder anders formuliert: „Gerade weil Esten und Letten im literarischen Raum des Baltikums ausgespart werden, mithin auch nicht als Fremde in Erscheinung treten, gehören sie – paradoxerweise, doch eindeutig – mit dazu“ – eindeutiger mithin als der deutsche Bauer in Mecklenburg oder Bayern „als Reflexion des eigenen“ (S. 247). Dass der ‚(deutsch-)baltische‘ Roman aus „Höflichkeit“ die sozialen und nationalen Abgründe ausspart, kann ebenso schwerlich nachvollzogen werden. Eher schon überzeugt der Ansatz, hinter diesem Ausblenden das Unvermögen (deutsch-)baltischer Autoren zu sehen, eine Erzählstrategie zu finden, die der komplexen baltischen Lebensrealität gerecht werden konnte. Auch die publizistischen Quellen und Reiseberichte des 18. und 19. Jahrhunderts greifen zur Charakterisierung des nationalen und sozialen Gefüges häufig auf Vergleiche zur Sklavenherrschaft in Übersee zurück und zeigen sich somit nicht in der Lage, eine eigene Sprache zu finden.¹¹ Auch literarisch scheitern die Deutschbalten daran, eine allgemeine regionale, also tatsächlich ‚baltische‘ Utopie zu entwickeln.¹² Statt dessen wird die Fiktion einer ho-

¹⁰ Ungern-Sternberg zitiert S. 201 Vegesack (vgl. Siegfried v. Vegesack an Otto v. Taube, 21.10.1965, in: Ders., Briefe 1914–1971, hrsg. v. Marianne Hagengruber. Grafenau 1988, S. 518).

¹¹ Wenig hierzu bei Ungern-Sternberg, S. 208–212; vgl. auch Plath, Nichts Neues (wie Anm. 3).

¹² Es scheint tatsächlich den Esten und Letten überlassen zu bleiben, auf diesem Gebiet neue Wege zu beschreiten, und man kann mit Spannung erwarten, wie sich Jaan Undusks Ansatz (vgl. Anm. 2) in Zukunft weiterentwickeln wird.

mogenen und ausschließlich deutschen Welt aufgebaut, die alles Unangenehme und In-Frage-Stellende verdrängt (S. 695 ff.). Ob man hinter dieser Verdrängung nun eine Mentalität, eine Ideologie oder eine Erzählstrategie sehen will, ändert an der Tatsache des offensiven Ausblendens nichts. Ungern-Sternberg muss sich die Frage gefallen lassen, ob er mit seinem methodischen Ansatz und seiner Begrifflichkeit, die ‚baltisch‘ immer wieder als ein Synonym für ‚deutschbaltisch‘ ansieht, nicht diese Tradition fortschreibt.

Vielleicht könnte man tatsächlich hinter der langatmigen Annäherung an die Region, den immer erneuten Fragestellungen, Selbstvergewisserungen und der nicht eben übersichtlich aufgebauten Gliederung eine gewisse Befangenheit in dem überlieferten deutschbaltischen Raumverständnis und den nicht ganz gelungenen Versuch sehen, sich daraus analytisch zu befreien. Eine striktere Beachtung der historischen Entwicklungsstränge hätte geholfen, Zuordnungsfehler zu vermeiden, und ein konsequenterer systematischer Aufbau hätte das Lesen erleichtert. Schließlich verdrießen Ungenauigkeiten in der ohnehin unübersichtlichen Nummerierung der zahllosen Unterkapitel, so wiederholt sich Unterpunkt I.B.b/1β (!). Auch der Text selbst erschließt sich nicht einfach, sondern will in seinen aufeinander aufbauenden und zumeist umständlichen Argumentationskreisen insgesamt gelesen und verstanden werden. Dabei ist die Fülle von ausführlichen und umständlich in den Schreibfluss eingebauten Zitaten und Nebenbeobachtungen, die allesamt einer strafferen und kompakteren Erzählweise hätten weichen können und müssen, nicht mehr vertretbar. Dieses Vorgehen ist umso ärgerlicher, als auch ein – bei der Menge der zitierten Literatur dringend nötiges – Register fehlt. Das Literaturverzeichnis weist Lücken auf, und eine Reihe von Komma- und Rechtschreibfehlern,¹³ Ausdrucksmängeln¹⁴ sowie die ungenaue Recherche¹⁵ runden den Eindruck ab, dass diese Dissertation vor der Drucklegung noch einmal gründlich hätte überarbeitet, gekürzt und gestrafft werden müssen. Doch dafür wäre ein kritischer Kommentar von außen in Person eines kundigen Lektors nötig gewesen, der diesem Buch offensichtlich fehlt.

¹³ U.a. die wiederholt falsche Schreibweise von „Eesti Vabarik“ auf S. 225 und S. 331.

¹⁴ U.a. „das Baltikum gehört zu den sogenannten ‚jungen Völkern‘“, S. 733.

¹⁵ So ist Johann Georg Kohl nicht nur als Reisender im Baltikum gewesen, sondern hat sieben Jahre in Kur- und Livland als Hauslehrer gelebt (S. 727), und die Esto- und Lettophilie nahm nicht bereits in den 1830er Jahren ihr Ende, wie auf S. 288 behauptet.

Was also ist die ‚baltische Erzählregion‘, die uns Ungern-Sternberg vorgeführt hat? „Wer den Dichter will verstehen, / muß in Dichters Lande gehen“ – auf dieses Goethe-Zitat baut der Autor seine methodischen Überlegungen auf (S. 27). Es beschleicht einen bei der Lektüre des Buchs die Vermutung, dass Ungern-Sternberg in der literarischen Peripherie der ‚(deutsch-)baltischen‘ Romane einen ganz persönlichen deutschbaltischen Metaort wiederentdeckt, dem er über 1000 Seiten hinweg eine Bedeutung zuschreibt, die ihm nicht unbedingt gebührt. Gewiss nicht in dieser Länge.

Ulrike Plath, Mainz